

Stenografisches Protokoll

der 14. Sitzung
des Verteidigungsausschusses
als 1. Untersuchungsausschuss gem. Art. 45 a Abs. 2 GG
- zugleich 25. Sitzung des Verteidigungsausschusses -
am Donnerstag, dem 18.03.2010, 14.00 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB (SPD)

Tagesordnung

	Seiten
Zeugenvernehmungen von:	1 - 112

- General a. D. Wolfgang Schneiderhan
- Staatssekretär a. D. Dr. Peter Wichert

[Seiten II - VII: Platzhalter für Teilnehmerliste]

(Beginn: 14.18 Uhr)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses, die zugleich die 25. Sitzung des Verteidigungsausschusses ist. Ich begrüße auch sehr herzlich den Wehrbeauftragten in unserer Mitte.

Ich komme nun zum **einzigen Punkt unserer Tagesordnung**:

Zeugenvernehmungen gemäß den Beweisbeschlüssen 17-73 und 17-63

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, stehen heute insgesamt zwei Zeugenvernehmungen in öffentlicher Sitzung an.

Die zahlreichen Vertreter der Medien weise ich darauf hin, dass keine Film-, Bild- und Fernsehaufnahmen gemacht werden dürfen. Gleiches gilt für die Besucher auf der Tribüne. Ich darf Sie daher bitten, sämtliche Film-, Ton- und Bildaufnahmegeräte aus dem Sitzungssaal zu entfernen. Die Benutzung von Handys ist nicht gestattet. Die Handys müssen während der gesamten Sitzung ausgeschaltet werden.

In seiner 7. Sitzung am 25. Februar hat der Ausschuss die Vernehmung folgender Zeugen in der genannten Reihenfolge beschlossen: erstens Generalinspekteur a. D. Herr Schneiderhan, zweitens Staatssekretär a. D. Dr. Wichert. - Ich begrüße sehr herzlich Herrn General Schneiderhan hier in unserer Mitte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, aus den Erfahrungen der ersten Anhörungen ist es möglich, dass Teile der Vernehmung als VS-Vertraulich oder VS-Geheim eingestuft werden. Ich möchte daher bereits an dieser Stelle ausdrücklich auf die Geheimenschutzordnung des Deutschen Bundestages hinweisen. Nach § 7 der Geheimenschutzordnung des Deutschen Bundestages muss eine entsprechende Beschlussfassung herbeigeführt werden, wenn über Verschlussachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich und höher beraten wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass im Falle einer Einstufung der Vernehmung mit einem Geheimhaltungsgrad VS-Vertraulich oder höher ein Wechsel des Sitzungssaales erforderlich wird. Daher möchte ich Sie bitten, nach Mög-

lichkeit etwaige Vernehmungsteile, die einer entsprechenden Einstufung bedürfen, gesammelt am Ende der Vernehmung zur Sprache zu bringen. Im Vorfeld der heutigen Vernehmung haben sich die Fraktionen im Ausschuss darauf verständigt, die eingestuft Vernehmungsteile in dem Ihnen bekannten Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes durchzuführen.

Ich weise ferner darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. Dies gilt auch für Vorhalte aus Akten, die VS-Nur für den Dienstgebrauch, also VS-NfD, eingestuft sind. Im Fall eines Vorhaltes möchte ich daran erinnern, dass die beigezogene Unterlage, sofern sie nicht wörtlich verlesen wird, dem Zeugen durch den Fragesteller vorzulegen ist. Das Sekretariat ist hier in bewährter Übung gerne zu Hilfestellungen bereit. Ich bitte aber um klare Benennung der Fundstelle mitsamt der MAT-Nummer.

Im Falle der Einstufung der Sitzung wird die Wortprotokollierung grundsätzlich weitergeführt. Bestehen hiergegen Einwände? - Das ist nicht der Fall. Damit ist eine durchgehende Wortprotokollierung beschlossen.

Ich weise Sie darauf hin, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugesandt. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

**Vernehmung des Zeugen
Wolfgang Schneiderhan**

Herr General Schneiderhan, Sie sind mit Schreiben vom 2. März 2010 geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss zugegangen. Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern bekannt.

Die Aussagegenehmigung und eine Konferenzbescheinigung haben Sie vorgelegt. Die Aussagegenehmigung wurde an die Mitglieder vorab verteilt. Auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden.

Nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden

verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Abs. 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Nachdem ich Ihnen den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, komme ich nun zur Vernehmung zur Person. Herr General, bitte nennen Sie Ihren vollständigen Namen, Ihren Familienstand und Ihre letzte dienstliche Anschrift.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Sehr gerne, Frau Vorsitzende. - Wolfgang Schneiderhan. Meine letzte Dienststellung war Generalinspekteur der Bundeswehr im Dienstgrad General, und meine letzte Dienststelle war das Ministerium der Verteidigung mit Sitz in Berlin.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Danke schön. - Ich wollte die Techniker noch mal bitten, die Mikrofonaanlage etwas auszusteuern, weil das schwer verständlich war. Haben wir Techniker da?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Vielleicht war ich auch zu weit weg vom Mikrofon.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Na ja, man muss deswegen ja nicht immer in unnatürlicher Haltung sitzen. - Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache. Herr General, zunächst gebe ich Ihnen die Gelegenheit, im Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen von dem Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Danach werde ich Ihnen einige Fragen stellen. Danach erhalten die Mitglieder des Ausschusses in einer festgelegten Reihenfolge das Wort.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienstgeheimnissen nur in einer höher eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie erneut um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann. - Herr General, wünschen Sie das Wort?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, sehr gerne, Frau Vorsitzende. - Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es gehört sicherlich nicht zu den erstrebenswerten Tätigkeiten eines Generalinspektors, auch nicht eines Generalinspektors außer Diensten, vor einem Untersuchungsausschuss vortragen zu müssen. Gleichwohl steht dieser Vorgang für eine großartige Errungenschaft der Bundesrepublik Deutschland und unseres Grundgesetzes. Damit meine ich den Primat der Politik, die Kontrolle der Bundeswehr durch das Parlament, weit über das Haushaltsrecht hinaus. Diese Prinzipien, verbunden mit dem Leitgedanken des Staatsbürgers in Uniform, standen für mich nie in Zweifel. Mit diesem Respekt vor dem Primat der Politik stehe ich Ihnen heute, wie in den letzten siebeneinhalb Jahren, mit großer Anerkennung für Ihre Arbeit Rede und Antwort.

Gestatten Sie mir, dass ich mich bei Ihnen bedanke, weil ich das in der letzten Sitzung, die ja zugleich meine erste und letzte mit Ihnen war, nicht tun konnte. Mein Dank richtet sich an Sie, Frau Vorsitzende, an Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, und zugleich natürlich an Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger. Das gilt auch für Sie, Herr Wehrbeauftragter, und Ihren Vorgänger. Dank für eine hochanspruchsvolle gemeinsame Verantwortungswahrnehmung für die Menschen in unserer Bundeswehr.

Transparenz, Offenheit, Vertrauen - das waren die Grundlagen unseres gemeinsamen Ringens um das Richtige und um das Notwendige. Die Einstellung der Bundeswehr

in allen ihren Teilen, militärisch und zivil, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, sie bündnisfähig zu halten und damit auch zukunftsfähig zu machen, das alles ging einher mit einem rasanten Anwachsen der weltweiten Einsätze ganz unterschiedlicher Natur. Das Ringen um die Wahrnehmung und Durchsetzung der Prinzipien der Inneren Führung - gerade mit Blick auf die neue Einsatzrealität - hat uns ständig beschäftigt, ja, teilweise in Atem gehalten, wenn ich an die berühmte Geschichte mit den Totenkopfbildern denke.

Die Komplexität dieser Leistung, Transformation genannt, hat uns miteinander in Atem gehalten. Wenn ich das reflektiere und gegen den Untersuchungsgegenstand nun beurteile, Frau Vorsitzende, komme ich zu einem kritischen, ja, auch selbstkritischen Thema. Ich glaube, mit den militärischen, mit den politischen und den rechtlichen Konsequenzen aus den Charakteristika der neuen Kriege haben wir uns vielleicht gemeinsam in den letzten siebeneinhalb Jahren zu wenig befasst und zu wenig auseinandergesetzt.

Ich konnte hier in diesem Ausschuss immer wieder auf den asymmetrischen Charakter des Kampfes gegen Terroristen, Piraten, Kämpfer in kollabierenden Staaten hinweisen. Weder sind Frontlinien definierbar, noch sind Kämpfer von Zivilisten und beide nicht von Kriminellen zu unterscheiden. Wer will denn heute aufklären können, welcher Landarbeiter sich in den nächsten Stunden als Teilzeitterrorist einige Dollars dazuverdienen wird? Wer will heute mit Sicherheit sagen können, welche Zivilisten freiwillig oder unfreiwillig Schutzschilder für Terroristen geworden sind? Wer will denn in diesen neuen Szenarien in der Verpflichtung für den Schutz von Zivilisten Unschuldigen und Unbeteiligten heute vorhersagen, wer morgen Opfer sein wird?

Wiederholt durfte ich in diesem Ausschuss darauf hinweisen, dass es auch in den Regionen in Afghanistan, in denen kriegsähnliche Zustände herrschen, weder ein Waffentrageverbot noch eine Ausgangsbeschränkung gibt. Auch dies trägt erheblich zu einem Wesensmerkmal der neuen asymmetrischen Auseinandersetzung bei, nämlich zur Unübersichtlichkeit. In dieser Unübersichtlichkeit handeln unsere Frauen und Männer in einigen Regionen - und seit geraumer Zeit vor allem in und um Kunduz - täglich.

Mit dieser kleinen Skizze wollte ich das Ende der herkömmlichen militärischen Entscheidungskriterien beschreiben. Damit müssen die Führer aller Ebenen in den Einsätzen von heute tagtäglich fertig werden. In dieser Unübersichtlichkeit erfüllen unsere Soldatinnen und Soldaten an jedem Einsatztag tapfer und gehorsam ihre Pflicht, so wie es das von Ihnen erteilte Mandat vorschreibt. Seit Monaten heißt dies, vor allem in und um Kunduz: Handeln in existenzieller Gefahr, und dies jeden Tag.

Diese Skizze habe ich Ihnen als ehemaliger Soldat nur unter militärischen Gesichtspunkten aufgezeigt. Auch meinen nächsten Gedanken mögen Sie bitte nicht als Einmischung in juristische Zuständigkeiten verstehen. Vor dem Hintergrund dieser Unübersichtlichkeiten und dieser Unberechenbarkeiten auf dem neuen Kampfschauplatz möchte ich mir den Hinweis erlauben, dass auch Einsatzregeln, die berühmten RoE, dass ständige Verfahrensprozeduren, dass taktische Anweisungen und auch der Operationsplan im Konsens der Mitgliedstaaten der NATO festgelegt werden - im *Konsens* festgelegt werden - als deren Vorstellung von militärischen Befugnissen, die zum erfolgreichen Einsatz für nötig gehalten werden.

Ich will damit sagen: Diese Rules of Engagement, SOP und Tactical Directives setzen nicht unmittelbar Recht in der Konkretisierung des VN-Mandats. Das Spektrum der erforderlichen Handlungen, der militärischen Handlungen, die sich daraus ergeben, ist eine Funktion der konkreten Situation, in der militärische Formen der Kampfführung des Gegners die entscheidenden Kriterien setzen. Dies beschreibt die Verantwortung des örtlichen taktischen und vielleicht operativen Führers.

Dies alles und diese Situation hat Oberst Klein in seinem Entschluss mit Begründung, den er mir am 05.09. letzten Jahres zugeleitet hat, so dargestellt, wie ich es versucht habe Ihnen abzuleiten.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, von dem ich glaube, dass wir im Ringen um das Richtige noch nicht am Ziel sind. Wie an vielen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist auch an mir in den letzten Jahren das Wechselbad der öffentlichen Bewertungen unserer Einsatzleistung von den nationalen, aber auch von den internationalen Zuschauertribünen herab nicht spurlos vorübergegangen. „Brunnenbohrer“, „bewaffnetes THW“ - im Übrigen auch ein

Schimpf für das THW -, „Drückeberger, die sich in den Ferienlagern des Nordens einrichten“, „Weicheier, die Fliehenden nicht robust nachsetzen“ - das war die eine Seite dieses Wechselbades. Ich habe die Diskussion um die Taschenkarte im Sommer letzten Jahres noch gut in Erinnerung, auch den Vorwurf, diese Taschenkarte gebe nicht genügend Raum für robusteres Handeln. „Die schießen auf euch, die hauen ab, ihr lasst sie laufen, und morgen schießen sie wieder auf euch.“ - Das habe ich alles noch sehr gut im Ohr.

Entsetzen und punktgenaue Empörung, wenn Soldaten sich dann in existenzieller Not und Gefahr wehren oder Not und Gefahr von anderen abwenden, akribisches Nachstellen von situativen psychischen Grenzsituationen und deren öffentliche Begutachtung ohne Schutz für die betroffenen Persönlichkeiten - das war die andere Seite dieses Wechselbades, in dem wir uns in den letzten Jahren bewegt haben.

Für die militärische Führung, aber auch für den Generalinspekteur ist dieses Spannungsfeld häufig auch grenzwertig gewesen. Ich musste den Soldaten im Einsatz oft erklären, warum wir den Spöttern ihre Häme vergeben müssen, und ich musste gleichzeitig dafür sorgen, dass aufkommende Aggressionen gebändigt werden, damit sie sich nicht herausbewegen aus dem Ordnungsrahmen des Rechts, der Menschenwürde und des Mandats gegen einen Gegner, dessen stärkste Waffe gerade die Verachtung von Recht, Gesetz und Menschenwürde ist, weil er so in unseren anfälligen offenen Gesellschaften die größte Angst, die größte Einschüchterung erzielen kann. Diesen Aspekt erlaube ich mir zu empfehlen bei der Weiterentwicklung der Medienarbeit in allen Arten von Einsätzen der Streitkräfte mit Blick auf unsere Bündnisfähigkeit, mit Blick auf unsere eigenen Streitkräfte, aber auch mit Blick auf die Wahrnehmung beim Gegner im Einsatzgebiet.

Ich möchte einige Bemerkungen machen zum Unterstellungsverhältnis im Einsatz. Wir führen national keine Einsätze, weder Potsdam noch der Einsatzführungsstab noch der Generalinspekteur. Alle unsere Truppen im Einsatz unterstehen dem Bündnis in einer Ordnung, die sich gliedert nach Auftrag, nach Zeit und Raum. Dieses alles ist definiert. Wir nennen das Operational Control. Damit sind wir national aus der Führung heraus.

Wir, an der Spitze der Generalinspekteur, sind national verantwortlich - militärisch meine ich jetzt - für die Sicherstellung der Durchhaltefähigkeit, dass unsere Soldaten alles haben, was sie brauchen, und dass wir die Mandatszeiten erfolgreich bestehen können. Die Einflussnahme auf einen Operationsplan, die Einflussnahme auf eine der Rules of Engagement, eine SOP oder eine taktische Directive läuft - wie ich schon erwähnt habe - in den Gremien der Konsensbildung der NATO. Es gibt in diesem Einsatz keine nationalen Rules of Engagement. Das sind alles in der NATO im Konsens festgelegte Dinge. Die zwei letzten Stationen: Da ist der Militärausschuss, in dem ich entweder selbst bin oder vertreten werde durch meinen ständigen Vertreter, und am Ende ist es der NATO-Rat. In dem sitzen die Vertreter der Außenministerien, die über all dieses entscheiden, auch über einen Operationsplan.

Die Verantwortung, die der Generalinspekteur hat für die Planung und Durchführung von Einsätzen gegenüber dem Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt, dem Minister also, und dem Parlament, ist ohne taktische und operative Führungszuständigkeit wahrzunehmen. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, den ich glaube erklären zu dürfen.

Ich bin also als Generalinspekteur darauf angewiesen gewesen, dass die taktischen und operativen Handlungsebenen in den verschiedenen Einsatzgebieten so transparent waren, dass ich Ihnen Rechenschaft legen konnte, dass ich dem Minister Rechenschaft legen konnte und dass ich Ihnen gegenüber vor allem sicherstellen konnte, dass Ihr Mandat eingehalten wird. Das ist, glaube ich, eine Konstruktion, über die man sicherlich lange diskutieren kann. Warum erwähne ich sie? Weil das der Grund dafür war, dass wir gesagt haben am 4. September nach dem Luft-Boden-Einsatz in Kunduz: ISAF ist für die Aufklärung und Aufarbeitung zuständig. Es kann in einer ersten Phase deshalb, weil die Unterstellungen so sind, keine Paralleluntersuchung geben, weil wir sonst zum Beispiel den Oberst Klein in zwei Unterstellungsverhältnisse geführt haben: Während der Kampf weiterging unter NATO, und wir hätten national untersucht. Dieses Verfahren wäre zum Scheitern verurteilt gewesen.

Deshalb der Entschluss des Ministers auf meinen Rat hin zusammen mit dem Staatssekretär Dr. Wichert: Nationale Untersu-

chungen folgen den internationalen Untersuchungen. Deshalb musste auch der Feldjägerbericht, auf den ich noch zweimal zurückkommen werde, dorthin gegeben werden, wo die Verantwortung für die Untersuchung in der Phase 1 lag, nämlich bei der NATO; dies tat er, und dies tat er auch voll inhaltlich. Diese internationale Führungsstruktur wird erst verständlich in ihrer Komplexität, wenn man die nationale danebenstellt.

Eine stringente, auf die Einsatzführung optimierte Führungsstruktur im Bundesministerium der Verteidigung ist unterwegs. Aber ich beurteile es so, dass sie noch nicht am Ziel ist. Die Erweiterung der Verantwortung des Generalinspektors im Sommer 2002 für Vorbereitung, Planung und Durchführung der Einsätze ist erfolgt. Mittlerweile steht dem Generalinspekteur ein Einsatzführungsstab zur Verfügung, in dem erste gute Ansätze zur Vernetzung von Art. 87 a und Art. 87 b des Grundgesetzes im eigenen Hause verwirklicht werden, in dem erste gute Ansätze zur interministeriellen Vernetzung zwischen den entscheidenden - für die Auslandseinsätze entscheidenden - Ministerien stattfinden. Ansonsten wartet unsere Führungsorganisation sicherlich noch auf den Beginn einer grundlegenden Neuausrichtung. Das Spannungsfeld - Einsätze, Geschäftsordnung des BMVg und der Bundesregierung, Zuständigkeiten, Art. 87 a und Art. 87 b - harret schon noch der Entspannung, wenn ich es mal so sagen darf.

Diese Struktur, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Frau Vorsitzende, macht es eben notwendig, dass wir ebenengerecht denken, führen und handeln. Das ist das, was man Auftragstaktik nennt. Die Auftragstaktik ist das Instrument, durch konsequente Delegation und Entscheidungsverantwortung sozusagen die - - Es ist die ablauforganisatorische Auflösung einer äußerst komplexen Aufbauorganisation. Anders kann man dieses Problem nicht auffangen, wie wir strukturiert sind. Ich glaube, dass nur so, in diesem Führungssystem, die extrem weite Leitungsspanne der politischen Leitung, aber auch der militärischen Führung überhaupt noch bewältigt werden kann.

Fachliche Prüfungen und Plausibilitätsprüfungen sind auf verschiedenen Ebenen angesiedelt, ebenso Beratungs- und Entscheidungsverantwortung. Die oberste Führung, die oberste Entscheidungsebene, muss auf priorisierte Informationsverdichtung und

kompetente Bewertung von Sachverhalten und ebenengerechten Entscheidungsvorschlägen bestehen. Es ist in meinem Verständnis auch die Aufgabe von Stäben, die Komplexität von Problemstellungen und Entscheidungssituationen für die oberste Führung zu reduzieren. Informationsverdichtung und Komplexitätsverringern sind für mich Kompetenzmerkmale für Stäbe und Abteilungen. Dazu ist allerdings notwendig, dass man sich vertraut, dass Verlässlichkeit und dass Berechenbarkeit herrscht.

Ich habe auf diese Arbeitsweise hingewiesen, weil sie entscheidend ist für die Frage, ob Minister so beraten wurden - ich spreche in der Mehrzahl -, dass sie urteilsfähig geworden sind. Diese Frage beantwortete ich mit einem eindeutigen Ja. Dies war stets der Fall.

Diese Auffassung von Verantwortung - Wahrnehmung von Führungs- und Beratungsaufgaben - ist Konsens in der obersten militärischen Führung dieser Streitkräfte. In diesem Verständnis ist es auch gelungen, unter schwierigsten, extrem öffentlichkeitswirksamen Führungssituationen Vertrauen zu erhalten, Kompetenzen und Verantwortung zu ordnen. In diesem Vertrauen ist es auch gelungen, exekutives Handeln ohne Verantwortungsverwischung legislativ zu kontrollieren.

Ich bitte Sie um Unterstützung dabei, dass all dieses nicht durch einen im Grunde sehr überschaubaren Einzelschritt in Misskredit gebracht wird. Es wäre schade um die großen Anstrengungen vieler tüchtiger Frauen und Männer in Uniform und Zivil, in Politik, Gesellschaft und Streitkräften, die um dieses Vertrauen zwischen Militär, Politik und Gesellschaft seit Gründung der Bundeswehr mit großem persönlichem Einsatz gerungen haben. Es wäre schade darum.

Als ich am 04.09. gegen 7 Uhr informiert wurde, legte ich mir einen Arbeitsplan zu recht, von dem ich glaube, dass er meiner Führungsebene entsprochen hat. Ich habe mir sechs Punkte vorgenommen an diesem Morgen:

Erstens. Einordnen dieser Entscheidung von Oberst Klein in die Gesamtlage in und um Kunduz, und zwar über einen längeren Zeitraum.

Zweitens. Einhaltung der Zuständigkeiten zur Vermeidung eines Aufklärungs- und Meldechaos.

Drittens. Vermeiden von zu frühen Festlegungen und vor allem Sicherstellung der

Trennung von Tatsachen, Vermutungen und Spekulationen.

Viertens. Schutz der Verantwortlichen vor Vorverurteilungen.

Fünftens. Erhaltung der Einsatzstabilität in den Einsatzgebieten, weil dort die kriegsähnlichen Zustände nicht unterbrochen wurden.

Sechstens. Kommunikation mit den lokalen Autoritäten, um emotionale Eskalationen und damit zusätzliche Gefährdungen für unsere Truppe zu vermeiden.

Diesen Arbeitsplan habe ich kommuniziert im Gespräch, unter anderem mit meinem Adjutanten. Der Einsatzführungsstab, das Einsatzführungskommando, das Regionalkommando Nord sind dann entsprechend im Rahmen dieser Grundsatzweisung tätig geworden.

In diesen Zusammenhang ordne ich auch die Meldung von Oberst Klein an mich, die über den Befehlshaber Einsatzführungskommando vorgelegt wurde am Samstag, den 05., gegen Abend. Diese Punkte waren auch Gegenstand meiner ersten Telefonate mit dem Bundesminister der Verteidigung am Freitagnachmittag. Ab diesem ersten Gespräch ging es mit Minister Jung ständig um die Frage: Wie gehen wir mit dem Informationsgehalt, wie wir ihn jetzt haben, um? Was ist belastbar? Was ist Spekulation? Ab diesen ersten Telefonaten - der Minister war im Wahlkampf gebunden - gab es auch immer meine Bitte, meinen Hinweis, meinen Rat: Vorsicht mit Zahlen und vorsichtig mit Fakten und Vermutungen.

Ich habe versucht, diese Gesamtlage einzuordnen. Ich will das hier skizzieren. Sie wissen, dass sich seit gut zwei Jahren die Lage im Raum um Kunduz krisenhaft zu unserem Nachteil entwickelt hat. Wir haben dem operativ Rechnung getragen durch personelle Verstärkungen, verbesserte Fahrzeugausstattung, Zuweisung zusätzlicher Drohnensysteme, regionale Schwerpunktbildung auch für die Quick Reaction Force und auch für den Aufklärungsschwerpunkt der Tornados; die letzten beiden Dinge in enger Abstimmung mit der Führung von ISAF, die meine Beurteilung konsequent geteilt hat.

Mit Blick auf die Zeit der Führung unter Oberst Klein war sicherlich der 29. April ein einschneidendes Datum, weil die „opposing militant forces“ erstmals Elemente herkömmlicher Kampfformen eingeführt haben, wie zum Beispiel das Verfahren Auflaufenlassen auf ein Hindernis, auf einen Hinterhalt, und

dann Angriff aus der Seite - wir Soldaten nennen das Flanke -, auch wenn es nur auf der Gruppen- oder Zugebene stattgefunden hat.

Ich bringe in Erinnerung. In der Zeit von Oberst Klein: 4 gefallene, 20 verwundete deutsche Soldaten, mehr als 30 Raketenangriffe - übrigens nicht aus festen Stellungen, sondern hochmobil, oft von Pick-ups herunter -, unzählige tägliche Warnhinweise, Hinweise auf Angriffspläne auf das Lager - der sogenannte Drei-Stufen-Plan; Ihnen bekannt -, fast kein Tag ohne Zwischenfälle, vor allem um den Wahltag herum - der war ja auch in dieser Zeit, über die wir hier diskutieren müssen -, und vor dem 04.09. der Angriff in Kandahar unter genauer Nutzung eines Tankfahrzeugs mit 39 Toten und 64 Verletzten. All dies sind ja nur Stichworte, um aufzuzeigen, unter welcher immensen psychischen und physischen Belastung dieser Einsatzverband stand, und dies jeden Tag.

Unser Einsatzverband hat sich unter Oberst Klein die Führungsüberlegenheit erhalten. Auch hat der Verband eine dauerhafte Feuerüberlegenheit aufrechterhalten; unter anderem durch den Einsatz von Mardern im Juni, einschließlich der MILAN-Raketen, die zum Marder gehören.

An dieser Stelle nur ein Wort zu dem Thema Artillerieeinsatz, weil ich an dieser Stelle ja persönlich im Grunde ständig unter artilleristischem Schwerbeschuss stehe: Artillerie - auch die modernste Artillerie - ist keine Waffe gegen Punktziele; sie ist eine Waffe gegen aufgeklärte Flächenziele. Wir sind eben nicht in einem Gefecht mit einem Gegner in aufgeklärten Räumen und Stellungen. Diese Kämpfe finden nicht in menschenleerem Gebiet statt, sondern die Terroristen greifen uns immer mit dem Rücken zu Ortschaften und Gehöften an, weil sie nur dort Unterschlupf finden. Dann haben wir immer das Problem der Wirkung von Artillerie als Flächenwaffe im bebauten Gebiet, und das Thema Kollateralschäden ist ein Dauerbegleiter.

Man kann auch mit Artillerie nicht feststellen, wann der Straßenhändler sich zum Terroristen verwandelt. Ich glaube auch, dass man sagen kann: Auch wenn man mit Artillerie auf die beiden Tanklastwagen geschossen hätte, die verheerende Wirkung wäre sehr ähnlich gewesen, weil die sehr stark mit der Explosion des Inhalts der Tanklastwagen zu tun hatte.

Ich habe das sehr deutlich gesagt, weil ich warnen möchte vor dem Gedanken, Flächenwaffen würden im asymmetrischen Szenario gegen Terroristen des Rätsels Lösung sein. In dem stimmt mir auch der Inspekteur des Heeres zu, was er freundlicherweise in einem Interview der *Süddeutschen Zeitung* auch kundgetan hat. Deshalb empfehle ich ehemaligen Nachrichtensoldaten, bei ihren Leistungen zu bleiben.

Ich habe die Schwäche der Aufklärung genannt. Diese Schwäche der Aufklärung kann nicht nur durch einen besseren Verbund der Systeme oder durch einfach mehr Drohnen beseitigt werden. Sie merken, dass ich gegen die einfachen Lösungen argumentiere, weil es keine gibt in den neuen Kriegen. Der entscheidende Kampf, den wir im Einsatz zu gewinnen haben, ist der Kampf gegen die Führungsfähigkeit des Gegners. Nur im Kampf gegen die Führungsfähigkeit beschädigen wir die Durchhaltefähigkeit des Gegners. Genau deshalb brauchen wir Spezialkräfte im Einsatz.

Deshalb haben wir Spezialkräfte im Einsatz, als Kern die Task Force 47. Diese Soldaten sind - ich bleibe im offenen Bereich; ich gehe nicht in die Details - hochqualifiziert für den Einbruch in die gegnerischen Führungssysteme. Diese Soldaten brauchen für ihren Einsatz den gedeckten und geschützten Raum. Ihr Einsatz dient in allererster Linie dem Schutz unserer eigenen Truppen. Er dient dem Schutz der ISAF-Partner. Er dient aber auch dem Schutz der Zivilbevölkerung vor Terror und Mordanschlägen. Diese hochwertige Fähigkeit ist heute unter ISAF-Mandat im Einsatzgebiet tätig und unterliegt damit der normalen Kontrolle - Mandatskonformität - wie alle anderen über die normalen Stränge; darauf werden wir sicherlich noch zurückkommen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, zu sagen, dass sich diese Soldaten, seit sie im Einsatz sind, im Interesse des Ganzen bewährt haben und für mich nie Anlass zur Rüge waren, was mit Mandatsüberschreitungen oder Ähnlichem zu tun haben könnte. Die sind genauso treu, gehorsam und folgsam wie alle anderen auch. Die Gesamtverantwortung für den Raum ist klar. Die haben keine Eigenständigkeit. Das PRT hat die Gesamtverantwortung. Klar ist aber auch, dass diese Soldaten gesondert geschützt werden müssen im Interesse des Erfolges, im Interesse der eingesetzten Soldaten, aber auch im Interesse ihrer Familien.

Wir haben die Obleute der Ausschüsse Verteidigung und Auswärtiges immer nach den Einsätzen über den KSK-Einsatz informiert. Ich habe das all die Jahre selbst gemacht. Dazu gibt es schließlich auch eine Vereinbarung zwischen dem damaligen Bundesminister Jung und dem damaligen Außenminister Steinmeier, der das Haus ja dazu verpflichtet hat, regelmäßig zu KSK-Einsätzen vorzutragen, was ich auch getan habe.

Ich habe das so ausführlich gesagt, weil ich Sie darum bitte, mir zu helfen und meinem Nachfolger zu helfen, dass diese KSK-Kräfte nicht durch Verdächtigungen in Verruf geraten. Das haben diese Soldaten nicht verdient. Ohne diese Soldaten würde unsere Kooperationsfähigkeit im Bündnis auf diesem hochsensiblen Gebiet außerordentlich beschädigt. Wir sind zur Sicherheit unserer eigenen Leute im weitesten Sinne auf den internationalen Informationsverbund der Spezialkräfte angewiesen, weil wir national nicht genügend solcher Hochwertkräfte haben.

So darf auch die Zusammenarbeit mit befreundeten Spezialkräften nicht leichtfertig in Verdacht gezogen werden. Ja, wir haben Verbesserungsbedarf in der Führungsstruktur - ein altes Thema von mir, mit dem ich bisher nicht mit viel Erfolg zu tun hatte. Wir haben Nachbesserungsbedarf in der Aufbauorganisation. Das ändert aber nichts an der Qualität und an der Zuverlässigkeit dieser Truppe, vor die ich mich ausdrücklich stellen möchte. Ohne diese Truppe hätten wir in diesem riesigen Verantwortungsraum Afghanistan Nord vieles nicht bewältigt. Wir hätten es ohne diese Truppe sicherlich nicht geschafft, dass seit Ende Juli letzten Jahres die Raketenangriffe fast eingestellt worden sind. Das sollte man nicht vergessen.

Zurück zu meinen Absichten am 04.09. - mit Blick auf die Vermeidung von Aufklärungs- und Meldechaos, wie ich das genannt habe -: Das ließ sich nicht ganz so, wie ich es mir gedacht habe, umsetzen. Dafür gab es mehrere Gründe, von denen ich drei nennen möchte: Der erste Grund war die frühe öffentliche und sehr harsche Bewertung der Entscheidung des Oberst Klein durch den COMISAF selbst. Der zweite Grund war die Einbettung eines US-Journalisten in das erste Besuchsteam des COMISAF und dessen journalistische Tätigkeiten ab Freitagnachmittag in der *Washington Post*. Das Dritte war ein hausgemachtes Problem: Das

waren die Aussagen und zu frühen Festlegungen unseres Hauses am 04.09., in der ersten Pressekonferenz. Die Aussagen, die dort getätigt wurden, sind aufgrund eigener Ermittlungen der aussagenden Einrichtung entstanden und nicht mit der militärischen Seite des Hauses abgestimmt gewesen. Wir haben also genau dort die Parallelermittlungen gehabt. Ich selber war ab Nachmittag, nach dieser Pressekonferenz, auf der Defensivlinie gelandet, weil ich mich nur noch wehren musste gegen COMISAF, *Washington Post* und die ersten Vorfestlegungen - die auch Minister Jung sehr gebunden haben - des eigenen Hauses.

Am 05.09. abends habe ich die Meldung des Oberst Klein durch Feldjäger persönlich überbracht bekommen - in St. Augustin - und habe dazu mit dem Minister telefoniert. An diesem Tag war der Minister auf einer Wahlkampfveranstaltung im Ruhrgebiet, ich glaube, zusammen mit der Bundeskanzlerin, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Diese ganzen Telefonate - 04., 05., 06.; das war das Wochenende, Freitag, Samstag, Sonntag - waren immer thematisiert: Austausch von Informationen. Wer weiß was? Minister Jung hat zweimal mit dem Oberst Klein telefoniert. Herr Jung hat mit dem McChrystal telefoniert. Das musste ja alles wieder in das Informationsgeflecht eingebunden werden. Das ging nur in dem Austausch: Wer hat was gemacht, und wer weiß folglich was? Ich wurde vom Einsatzführungskommando, vom Einsatzführungsstab und von meinem Adjutanten unterrichtet.

Die einzelnen Punkte waren: Wie sah der Oberst Klein die Lage? Wie steht es mit dem Zusammenwirken der örtlichen Autoritäten? Was sagen die zur Frage: „Unbeteiligte getötet?“? Wie belastbar sind die Hinweise auf die Verletzten in den Krankenhäusern mit den Verbrennungen? Man konnte ja nie sicher sagen: „Die Ursache ist der Luftschlag gewesen“ oder: Es waren andere. - Sie kennen die Meldungen alle aus den Akten. Die Frage: Wie belastbar ist die Aussage von Oberst Klein: 56 Tote und 14 Fliehende? Sie erinnern sich auch an diese Zahlen. All das haben wir sehr oft diskutiert, hinterfragt. Auch die Frage „Taliban oder nicht?“ war eine sehr relevante.

Frau Vorsitzende, ich würde an dieser Stelle gerne von meiner Chronologie abweichen und auf einen für mich sehr wichtigen und interessanten Punkt hinweisen, der unser Verhalten an diesem Wochenende, was

die Information und die Verarbeitung von belastbaren Zahlen angeht, dazu etwas schildern:

Am Dienstag, den 08.09., habe ich morgens die Obleute - Verteidigungs- und Außenausschuss - unterrichtet, und um 8 Uhr war Verteidigungsausschuss. An diesem Dienstag, den 08., hat der COMISAF seine Untersuchungskommission eingesetzt - nicht vorher -, das Joint Investigation Team; genau an diesem Dienstag. Dann haben die zwei Monate untersucht. Der Untersuchungsbericht kam am 28.10., dem letzten Tag von Minister Jung; abends Zapfenstreich, Sie erinnern sich. Die haben also fast zwei Monate untersucht. Die haben 34 Zeugen gehört, 60 Stunden Interviewaufzeichnungen gemacht und haben geendet mit der Feststellung einer Bandbreite von 17 bis 142 Toten und Verletzten. Das war die Spannweite im ISAF-Bericht im Oktober. Die lokalen Führer haben von 30 bis 40 Toten und Zivilians gesprochen.

Jetzt möchte ich Ihr Augenmerk lenken auf andere Berichte, die ja auch Untersuchungen gemacht haben: Die afghanische Regierungskommission meldete am 17.09.: 69 tote Taliban, 11 verletzte; 30 Zivilisten tot, 9 verletzt. Wir haben diesen Bericht bekommen am 22.09. Ich habe auf der Vorlage an Minister Jung kommentiert: Vorsicht mit den Zahlen; wir warten bitte auf den ISAF-Bericht. - Der war zu diesem Zeitpunkt noch nicht da. Das Internationale Rote Kreuz hat an diesem Wochenende auch untersucht. Die haben sich - -

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Darf ich darauf hinweisen, Frau Vorsitzende, dass dieser Bericht - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Generalinspekteur, der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes ist ja als Geheim eingestuft. Wir haben ein Problem, das jetzt in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Auch dieser Bericht, der später eingegangen ist, nennt andere Zahlen. Die afghanische Menschenrechtskommission - am 12., also, am 10. Dezember erst vorgelegt -, spricht von 112 Toten und 18 Verletzten. Was ich nur sagen möchte: Wir haben heute noch kein eindeutiges Bild, wie viele Tote und Verletzte welcher Kategorie es gegeben hat. Wir sind am ersten Wochenende, im Grunde Stunden

nach dem Luftschlag unter immensen Druck geraten, weil wir nicht in der Lage waren, belastbare, konkrete Zahlen zu diesen Themen zu nennen.

Das war die Situation, in der wir uns befunden haben. Ich glaube, es ist interessant - zumindest aus meiner Sicht -, mal zu sehen, wie die internationalen Untersuchungen über die lange Zeit Probleme hatten, das alles konkret zu machen. Es gibt eben in Afghanistan kein Einwohnermeldeamt. Wir hatten eben auch viele Listen mit Namen; manche waren doppelt benannt, manche waren nur einmal benannt. Es war nicht belastbar. Meine Devise war von Anfang an, dass unser Haus mit belastbaren Zahlen auftritt und nicht mit Spekulationen oder Vermutungen.

Die Meldung Oberst Klein - ich sagte es - hat der Minister bekommen. Staatssekretär Wichert hat auch eine Kopie bekommen. Am Sonntag, den 06.09., kam um 19.07 Uhr per Fax vom Einsatzführungskommando der Bericht aus der Provinz Kunduz an den Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan, unterzeichnet vom Gouverneur, vom Polizeichef, vom Chef des nationalen Sicherheitsdienstes Kunduz, vom Provinzratvorsitzenden und vom Kommandeur der zweiten afghanischen Brigade. Das war übersetzt worden durch den Dolmetscher des PRTs, den damaligen Oberstleutnant Qasi. Auch diesen Bericht habe ich am Sonntagabend dem Minister zur Verfügung gestellt und habe korrekterweise darauf hingewiesen, dass auf dem Exemplar noch eine Unterschrift fehlt. Eine Kopie davon hat auch der Einsatzführungsstab bekommen.

Am 04. und 05. gab es Unterrichtungen der Obleute des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses durch den Staatssekretär Wichert. Dazu will ich nur so viel sagen, dass in diesen Informationen bereits angesprochen ist, dass die Entscheidung von Klein auch gegen „opposing militant forces“ getroffen wurde, und nicht nur Tankfahrzeuge.

Am Sonntag etwas später, Sonntag, den 06.09., 19.25 Uhr - Glatz ist sehr genau in seiner Buchführung -, bekam ich von Glatz per Fax den so genannten N [REDACTED]-Bericht. Der Oberst im Generalstabdienst N [REDACTED] war Angehöriger des Fact Finding Teams unter Leitung des Director Strategic Communications aus dem Hauptquartier ISAF. Das war der Rear Admiral Smith. Oberst N [REDACTED] hat uns persönlich seine Beobachtun-

gen vorab gemeldet. In diesem Bericht erwähnt der Oberst N [REDACTED] - -

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Darf ich darauf hinweisen, dass der Bericht eingestuft ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine Details aus dem Bericht, bitte.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Keine Details aus dem Bericht, jawohl. - Dieser Bericht ging dann mit dem Inhalt und seinen Hinweisen auch an den Verteidigungsminister und an den Staatssekretär Dr. Wichert, an diesem Abend. Der Sonntagabend endete für mich mit einem Gespräch mit dem Staatssekretär des Verteidigungsministeriums Schmidt, in dem es um das Informationsmanagement ging.

Warum erwähne ich dieses? Ich erwähne dies, weil ich mich nachdrücklich dagegen wehre, was ich im *Stern* lesen konnte, dass ich am Sonntag, den 06., nicht erreichbar gewesen sei, für wen auch immer. Vielleicht hat derjenige, der das dem *Stern* mitgeteilt hat, das ständige Belegzeichen missinterpretiert. Mein Briefkasten war offen, und wir wären auch am Sonntag in der Lage gewesen, E-Mails in Empfang zu nehmen. Der Leiter Einsatzführungstab des Bereitschaftszentrums der Bundeswehr, mein Adjutant, wir waren alle ständig am Agieren und ständig erreichbar. Es ist unwahr, dass der Generalinspekteur zu einem Zeitpunkt nicht erreichbar war. Vielleicht war es belegt.

Gut. Man kann gegen solch böswillige Behauptungen nichts machen. Tatsache ist, dass am Montag, den 07., morgens um 7.40 Uhr, eine presseverwertbare Stellungnahme von meinem Büro an den Staatssekretär Dr. Wichert ging, und zwar für die Bundespressekonferenz an diesem Tage. Sie wurde dem Minister zugeleitet. Der Staatssekretär hat dies gemanagt, weil Minister Jung und ich zusammen mit vielen von Ihnen an diesem Montagmorgen in Bonn waren zur Feier des 60. Jahrestages der konstituierenden Sitzung des ersten Bundestages im alten Plenarsaal. Zu diesem Zeitpunkt hat Minister Jung, von mir beobachtet von der Zuschauertribüne, Gespräche geführt mit dem Außenminister, mit den beiden Fraktionsvorsitzenden der damaligen Regierungskoalition und mit anderen. Danach bin ich mit Wichert nach Berlin geflo-

gen. Der Minister hat anderweitige Verpflichtungen gehabt, die ich jetzt nicht kenne.

An diesem 07., morgens um 11 Uhr, ist eine weitere Unterrichtung von Wichert an die Obleute gegangen. In dieser Information, die nicht eingestuft ist, hat Wichert auch von den zwölf männlichen Verletzten - darunter ein zwölfjähriger Junge - berichtet. Ich will damit sagen: In dieser Information waren die vorhergehenden Berichte eingearbeitet. Warum sage ich es? Weil das die Arbeitsweise ist, die wir angewandt haben: ohne die Berichte alle in einem wissenschaftlichen Anhang aufzuzählen, aber der Informationsgehalt der Berichte ist immer verarbeitet worden.

Es gab an diesem Montag früh eine Vorlage an Staatssekretär Wichert von meinem Büro zur Billigung und Weiterleitung an das Kanzleramt. Diese Information ist wohl am Montag per E-Mail erbeten worden. Auf der Seite 2 dieser Vorlage vom 07.09. finden Sie dann Hinweise auf den Bericht des Initial Action Teams, sodass es - - Und das war die Aussage, die sich von da an durchgezogen hat: dass das Team davon ausgeht, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Zivilisten getötet oder verletzt wurden. Diesen Satz finden Sie auch in dem Hintergrund zur Vorlage an den Minister über Wichert zur presseverwertbaren Stellungnahme.

Dies alles, was wir da geschrieben haben, reflektiert den zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, belastbaren, offiziellen COMISAF-Informationsstand. Ich habe den Bericht selbst am Montagabend bekommen und habe ihn verwertet - wie schon angesprochen - für die Unterrichtung der Obleute - Außen- und Verteidigungsausschuss - am nächsten Morgen um 7.30 Uhr, und dann Verteidigungsausschuss. Das habe ich inhaltsgleich gemacht. Was ich gesagt habe, ist im Protokoll des Verteidigungsausschusses von diesem 08. ja auch festgehalten.

Jetzt muss ich Sie anucken, ob das, was ich gemacht habe, immer noch eingestuft ist, um eine inhaltliche Skizze zu geben, oder ob es jetzt so ist - - Meine Unterrichtung der Obleute vom 08., morgens.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Die Unterrichtung der Obleute ist offen, ist nicht eingestuft.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Dann würde ich Ihnen gerne einige Punkte daraus

vortragen, weil es für mich wichtig ist, was wir da vorgetragen haben. Wir haben die Situation der Luftfahrzeuge vorgetragen. Wir haben die Ablösung des B-1 durch die F-15 vorgetragen. Was heißt „wir“? Ich habe vorgetragen. Ich habe zur Quelle vorgetragen und habe erwähnt, dass es sich um eine ausdrücklich als zuverlässig eingestufte Quelle handelt. Ich habe erwähnt, dass Namen von vier Talibanführern erwähnt worden sind. Ich habe erwähnt, wann der Kommandeur PRT die Entscheidung getroffen hat. Ich habe die Warnhinweise erwähnt. Ich habe das Verfahren des Bombenwurfs erwähnt. Ich habe erwähnt, dass die Flugzeugbesatzung deutlich größere Bomben empfohlen hat, und ich habe erwähnt, dass nach diesem Kenntnisstand in der Meldung von Klein diese 56 Getöteten und 14 auf der Flucht nach Nordosten erwähnt wurden.

Ich habe dann erwähnt, dass am nächsten Morgen der Oberst Klein mit dem Zielortungsgerät aufgeklärt hat, dass die Zahl der Toten nicht mehr verifiziert werden konnte, weil die Leichen geborgen waren. Ich habe erwähnt, dass am 4. September zwölf männliche Verletzte - darunter ein zehnjähriger Junge - in das Krankenhaus der Stadt Kunduz, zumeist mit Brandverletzungen, eingeliefert worden sind. Ich habe erwähnt, dass am Nachmittag des 4. September das ISAF-Team zur Voruntersuchung eingetroffen ist, dass der ISAF selbst da war und Voruntersuchungen durchgeführt hat, und ich habe erwähnt, dass es absolut keinen Zweifel gibt, dass eine erhebliche Zahl regierungsfeindlicher Kräfte getötet und verletzt wurde. Ich habe aber auch erwähnt, dass das Untersuchungsteam davon ausgeht, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit - „high degree of certainty“, habe ich zitiert - auch Zivilisten getötet und verletzt wurden. Ich habe erwähnt, dass das Team die Einsetzung einer formalen Untersuchung empfohlen hat. Ich habe erwähnt, dass es am Nachmittag des 05. zu einem weiteren Vorfall kam mit Mörserbeschuss, genau in der Furt, wo der COMISAF wenige Minuten vorher noch besichtigt hat. Ich habe erwähnt den Bericht der afghanischen Regierung - die afghanischen Offiziellen habe ich auch erwähnt - und dass die Staatsanwaltschaft Potsdam über den Vorfall unterrichtet wird.

Ich habe Sie dann unterrichtet über den Selbstmordanschlag vom 05. im Raum um Kunduz, bei dem fünf deutsche Soldaten

verletzt wurden und ein Dingo beschädigt wurde. Ich habe in dem Zusammenhang erwähnt, dass die Alarmreserve des PRT Kunduz eingesetzt wurde. Ich habe schließlich erwähnt, dass wir seit 12. August mit starken Kräften auch etwa 60 Kilometer nördlich von Kunduz in der Operation „Aragon“ in den Distrikten Archi und Kandabad gebunden sind, und wir dort die ANA, die Afghanische Nationale Armee, mit rund 200 Soldaten unterstützen. Ich habe also dieses Szenario, wie es sich für Klein seit dem Freitag ergibt, seit Donnerstag - das war der 03. - schon ergeben hat, dargestellt.

Ich habe schließlich vorgetragen, dass wir Sanitätshubschrauber abgestellt haben, verstärkt haben, dass wir Drohnen verstärkt haben. All das war der Lagebericht; und die Details sind - wie gesagt - auch im Protokoll des Verteidigungsausschusses vom 8. September.

Am 08.09. gab es dann die Erklärung der Bundeskanzlerin und des Bundesministers. In beiden Reden sind ausdrückliche Hinweise darauf, dass Opfer unter Zivilisten nicht ausgeschlossen werden können. Das ist für mich wichtig, weil das ja der Sicht widerspricht, dass man erst ab 25. November - im Grunde durch den Feldjägerbericht - habe von unschuldigen Opfern wissen können. Diese Möglichkeit ist von uns sehr früh eingeräumt worden.

Dann kam das Joint Action Team. Am 08.09. hat der COMISAF, wie gesagt, sein Joint Investigation Team eingesetzt. Das ist auch offen; deshalb möchte ich es zitieren. In der Ziffer 2 heißt der Auftrag am 08.09.:

The number and extent of civilian casualties, if known, and the status of those injured as a result of the airstrike.

Das war der Auftrag am 08.09. zur Untersuchung. Das war der Dienstag dieser Woche.

In der Ziffer 3 dieses Vorganges, 3 d genau, gibt es die Weisung:

If possible, based on facts available, as much detail as possible regarding the cause of any deaths and the status of any victims should be provided.

Das war der Untersuchungsauftrag, zumindest ein Ausschnitt daraus. Daraus möchte ich wieder ableiten, wie unklar die Lage auch bei ISAF an diesem Dienstag, den 08., immer noch war. Der ISAF hat es damit geschafft, ein geordnetes Verfahren einzu-

leiten, um das ich ihn am Ende fast beneidet habe.

Wir haben dann den Feldjägerbericht zu bewerten. Bevor der Feldjägerbericht virulent wurde, gab es eine Absprache zwischen Staatssekretär Wichert und mir, dass wir keine nationalen Untersuchungen haben möchten, bevor ISAF abgeschlossen hat - ich erwähnte es vorher und begründete es Ihnen auch. Deshalb gab es diese Weisungen. Deshalb war es so schwierig, mit diesem Feldjägerbericht umzugehen.

Ich selbst habe mich mit diesem Feldjägerbericht sehr intensiv beschäftigt, muss jetzt leider öffentlich sagen, dass ich mit der Qualität dieses Feldjägerberichts zutiefst unzufrieden war, weil er mehr Vermutungen und mehr Spekulationen und mehr Fragen als Fakten und Tatsachen geliefert hat und zum Zeitpunkt des Aufschlags eher geeignet war, Vorverdächtigungen und Vorvermutungen auszulösen, als selbige zu verhindern oder gar auszuräumen.

Deshalb habe ich das Verfahren gewählt, das Sie kennen, nämlich den Bericht zurückgegeben, nach Abstimmung mit dem Minister Jung, der den Bericht nicht gelesen hat, dem ich aber dazu vorgetragen habe, und in meinem Vortrag begründet habe, warum der Bericht in die NATO gehen muss, weil dort die Untersuchung läuft. Es gibt dann ja auch in Ihren Akten, nehme ich mal an, die Meldung von dem Oberregierungsrat Freud (?) vom 02.12. letzten Jahres, der ja in diesem Untersuchungsteam war, weil es nach den ISAF-Regeln so ist, dass immer ein Vertreter der betroffenen Staaten in diesem Bericht ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Moment, Herr General. - Herr Birkenheier.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Diese Dinge sind eingestuft.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gut.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe auf ihn nur verwiesen. Ich wollte ihn jetzt nicht inhaltlich ansprechen.

Ich bin mir sicher, dass all meine Mitarbeiter, die zu dieser Zeit im Haus den Minister und den Staatssekretär mit Informationen bedient haben, der Meinung waren: Wer alle Berichte kennt, kennt alle Berichte, alle Meldungen, auch die des Feldjägerberichts. Und dieser Auffassung bin ich noch heute.

Ich bin sehr betroffen von der Tatsache, dass dieser Feldjägerbericht rechtzeitig zur Veröffentlichung am 26.11. der *Bild*-Zeitung vorgelegt wurde. Ich unterstelle demjenigen, der es getan hat, oder denjenigen, die es getan haben, nicht, dass sie zur Aufklärung komplexer Sachverhalte beitragen wollten. Sie haben - das sage ich ohne Selbstmitleid, aber durchaus verärgert - ihr Ziel erreicht: ein Generalinspekteur, ein Staatssekretär, ein Minister. Das ist eine beachtliche Strecke, die da erlegt wurde. Ob sie sich auch überlegt haben, was für Kollateralschäden sie damit anrichten - für unser internationales Ansehen, für die militärische und politische Führung und ihr Krisenmanagement, für die Qualität der Arbeit unserer Feldjäger -, ob sie sich überlegt haben, was das international bedeutet, weiß ich nicht. Ich weiß nur eines: Den Taliban haben sie eine Freude gemacht. Ich hoffe - ich weiß es nicht; ich hoffe -, dass man im Bundesministerium der Verteidigung mit größter Energie versucht, herauszufinden, wer diesen ungeheuerlichen Vorgang zu verantworten hat.

Zurück zur Chronologie: Am 11. September, von 11 bis 12 Uhr, war wieder eine Unterrichtung der Obleute beider Ausschüsse. Da habe ich über die Einsetzung des Initial Action Teams informiert. Ich muss da jetzt nicht in die Details gehen, weil Sie das aus den anderen Berichten alles kennen. Ich habe sehr ausführlich vorgetragen, was das Initial Team für einen Auftrag hatte. Ich habe in diesem Zusammenhang auch vorgetragen, welche Problempunkte in diesem Report aufgeworfen wurden. Das waren „troops in contact“ und die Anwendung der Rules of Engagement. All dies ist in diesem Bericht aufgeworfen worden als Problemstellung. Darüber habe ich am 11., morgens, unterrichtet. Am Ende dieses Berichtes war wieder eine andere Zahl von Toten zu finden. Das war jetzt die fünfte Variante, die ich gerade aufgezählt habe. Interessant in diesem Bericht ist natürlich, wie die örtliche Reaktion war auf diesen Luftschlag, die uns sicherlich am Ende in ihrer sehr befürwortenden und unterstützenden Art eher auch noch zu Schwierigkeiten hätte führen können. - Das war der Bericht.

Ich habe dann am nächsten Tag dem Minister Jung einen Vorschlag für einen Tagesbefehl gemacht. Ich glaube, der Tagesbefehl ist auch in den Akten zu finden. In diesem Tagesbefehl reflektiert der Minister Jung dankenswerterweise große Teile meiner

eigenen Einschätzung, wo ich drei Dinge erwähnt habe:

Erstens die Dimension dieser Entscheidung von Oberst Klein jenseits all dessen, was bisher von Deutschen im ISAF-Einsatz entschieden worden ist. Ich habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es darauf ankommt, die Sachverhalte aufzuklären, transparent zu machen, weil das der einzige Weg auch bei Fehlern ist, um Missinterpretationen und Verleumdungen und Spekulationen den Boden zu unterziehen. Das war die gemeinsame Auffassung von Minister Jung und mir.

Ich bin dann, nachdem ich das Gefühl hatte, dass ich einigermaßen zur Ordnung beitragen konnte, nach Afghanistan geflogen. Manche haben mir vorgeworfen, zu spät. Manche haben mir vorgeworfen, ich hätte mich zu spät öffentlich geäußert. Ich habe das alles sehr bewusst so gemacht, weil ich nicht zu denen gehören wollte, die vielleicht zu früh zu allem etwas gesagt haben.

Ich habe drei Journalisten mitgenommen zu dieser Reise, einen von der *Süddeutschen*, einen von der *Frankfurter* und einen von der *Welt*. Ich habe Gespräche geführt mit Journalisten, unter Anwesenheit von Journalisten mit dem Oberst Klein und dem General Vollmer - so weit auch zum Thema Offenheit oder Nichtoffenheit. Die Journalisten hatten, während ich meine Vier-Augen-Runden mit Vollmer und Klein gehabt habe, freies Rennen in Kunduz, im PRT. Da gab es von mir keine Auflagen, mit wem sie sprechen.

Ich bin dann schließlich zum COMISAF geflogen und habe mit COMISAF die Angelegenheit aufgearbeitet. Ich habe ihn - das will ich ganz kurz skizzieren - beglückwünscht zu seiner neuen Initial Guidance und dann zur Tacital Directive, die für die Deutschen nicht ganz so neu war. Ich habe mir erlaubt, ihm durchaus zu sagen, wie sehr ich mich freue, dass Grundgedanken deutscher Einsatzführung, für die wir gelegentlich geprügelt und belächelt wurden, nun offizielle COMISAF-Einsatzregeln geworden sind. Umso bedauerlicher ist es natürlich gewesen, dass genau in dieser Phase Oberst Klein diesen Entschluss gefasst hat. Das ist eine gewisse Tragik, der man sich da nicht entziehen konnte. Ich habe ihn beglückwünscht zu seinem Versuch, endlich eine einheitliche Führungsphilosophie für alle Regionen in Afghanistan herbeizuführen. Ich

habe ihm gesagt, dass Schutz der Zivilbevölkerung immer deutsches Gebot war. Ich habe ihm gesagt, dass Kleins Entscheidung keine grundsätzliche Philosophieänderung deutscher Einsatzregeln ist, sondern der Situation, in der Klein war, geschuldet ist, also keine Veränderung der Taktik. Wir unterstützen den Vorgang der Aufklärung; das habe ich ihm zugesagt. Ich habe mich sehr direkt darüber beschwert, dass bei der ersten Befragung von Klein durch ihn ein US-Journalist dabei war, ohne dass Klein auf die Dimension dieses Embedded hingewiesen worden ist. Daraus können Sie schließen, dass dieses Gespräch nicht unbedingt ein sehr freundliches Gespräch war.

Ich war am 16.09. zurück in Deutschland. An diesem Morgen war Kabinettsitzung. Der Bundesminister der Verteidigung hat mich um 9.20 Uhr, wie verabredet, angerufen. Ich habe ihm einen ersten Inflight Report von meinem Bericht ins Kanzleramt telefoniert. Dann haben wir um 18 Uhr abends die Obleute des Verteidigungsausschusses in einer Konferenzschaltung am Telefon informiert. Technische Gründe haben mich dazu gezwungen, in meinem Vorzimmer das Gespräch zu führen. Deshalb habe ich die Begrüßung nicht mitgekriegt. Das mag unerheblich sein, aber es gehört zur Ordnung. Ich weiß im Moment noch nicht, ob Staatssekretär Kossendey mit im Zuhörerkreis war oder nicht. Ich weiß aber, dass die Obleute des Verteidigungsausschusses in Normalbesetzung zugehört haben.

Das habe ich gedebrieft. Das ist offen, weil ich auch am offenen Telefon informiert habe, deshalb sehr knapp. Ich habe vorgetragen, wie der COMISAF sich die Untersuchung vorstellt und wann er Ergebnisse erwartet. Ich habe vorgetragen, dass die HUMINT-Quelle besser qualifiziert ist, als ich im Verteidigungsausschuss sagte. Im Verteidigungsausschuss am 08. sprach ich von einer C3-Quelle. Es war dann eine B3-Quelle; da habe ich mich selbst korrigiert. Ich habe berichtet, dass vor dem Einsatz von Bomben der tiefe Überflug zur Warnung abgelehnt wurde, musste zu dem Zeitpunkt aber sagen, dass ich mir nicht ganz sicher bin, wer abgelehnt hat. Ich habe vorgetragen, dass die erste Meldung über Verluste - 56/14, keine Zivile durch PRT Kunduz - vermutlich nicht korrekt war. Ich habe gesagt, dass das Battlefield Damage Assessment eindeutig zu spät erfolgte. Ich habe gesagt, dass es doch Infanteriekräfte im PRT gab,

die allerdings nicht verfügbar waren, sondern gebunden waren von einem Anschlussauftrag durch den Regionalkommandeur. Ich habe gesagt, dass der Luftschlag unter Bedingungen, wie er durchgeführt wurde, Verstöße gegen die Weisungslage COMISAF bedeuten könnte. Ich habe dann noch als letzten Punkt erwähnt, dass die Begründung für die Anforderung der Luftfahrzeuge mit „troops in contact“ zumindest schwierig werden wird nachzuzeichnen.

Ich habe dann kurz auf mein Gespräch mit COMISAF hingewiesen. Es gab zwei Nachfragen, eine von Ihnen, Herr Abgeordneter Schäfer. Sie haben mich gefragt, wieso ich Bagram erwähnt habe in diesem Report. Das habe ich erwähnt, weil da die F-15 herkamen. Die Frau Homburger hat mich gefragt, wie ich die Lageeinschätzung vor Ort bei der eigenen Truppe bewerte. Ende der Unterrichtung. Danach war für mich das Thema Afghanistan weitgehend abgeschlossen, weil kaum mehr, nein, nicht kaum mehr, sondern niemand mehr Fragen gestellt hat. Ab diesem Zeitpunkt war für mich das Thema im Grunde keines mehr.

Wenn ich also noch mal meinen Arbeitsplan angucke, ist einiges gut gelaufen: die Bemühungen, den Luft-Boden-Einsatz in Gesamtzusammenhang zu bringen, die Motivation der Truppe zu erhalten, der Truppe auch zu sagen: Das ist unser gemeinsames Problem; das ist nicht euer Problem in Kunduz; das ist auch mein Problem in Berlin, deshalb braucht ihr keine Sorgen haben, dass ich euch hängen lasse; Fehler werden aufgedeckt, Unzulänglichkeiten angesprochen, und wenn Fehler gemacht wurden, räumen wie sie ein.

Mit der Reaktion der afghanischen Bevölkerung musste ich mir ja nun keine Sorgen machen. Im Gegenteil: Da musste ich Sorge haben, dass die Truppe daraus schließt: Mehr vom selben wünschen die sich. Das war auch ein Punkt, den man einfach erklären musste, nachdem die Reputation von ISAF nach diesem Luftschlag ja gestiegen ist und nicht, wie erwartet, gesunken ist, wie in Deutschland erwartet.

Das war die Chronologie bis hierher. Dann war die lange Pause. Ich bin jetzt in meiner Chronologie, Frau Vorsitzende, beim 28.10. angekommen. Das ist der Tag des Ministerwechsels mit Zapfenstreich und Eingang des COMISAF-Berichts in selbiger Nacht. Der ist um 22.30 Uhr durch einen Kurrier übergeben worden, und zwar dem

Einsatzführungsstab. Die haben sofort mit der Auswertung begonnen und haben Berichte, Anlagen und so was kopiert, haben sie weitergegeben an meine Adjutantur und an den Planungsstab. Ab 22.30 Uhr begannen im Haus die Abstimmungsgespräche mit dem Referatsleiter von Recht, mit dem stellvertretenden Leiter Presseinfostab, mit dem Teamleiter Afghanistan, einem Oberst und dem Teamleiter Balkan. Das ist der Oberst P [REDACTED]. Er ist Teamleiter Balkan, der war aber da dabei, weil er - -

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Ich bitte, keine Namen zu nennen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Gut. Das Ergebnis floss dann ein in eine Sprechempfehlung an mich. Die hatte ich in den frühen Morgenstunden des 29.10. Diese Sprechempfehlung wurde um 7.35 Uhr in eine Schlussbearbeitung gebracht und wurde dann auch mit dem Staatssekretär oder vom Staatssekretär mit dem Leiter Planungsstab noch mal endredigiert. Meine Sprechempfehlung für eine Presseerklärung, zu der man sich für den 29., 12.15 Uhr, entschlossen hat. Die Einladungen ergingen sehr kurzfristig.

Vor der Presseerklärung von mir wurde der Minister zu Guttenberg von 9.20 Uhr bis 11.30 Uhr in Anwesenheit der beamteten, der Parlamentarischen Staatssekretäre und meines Stellvertreters, Admiral Kühn, in zwei Themenbereiche eingewiesen: erstens eine militärpolitische Tour d'Horizon und zweitens die Lage in den Einsatzgebieten mit Schwerpunkt Afghanistan ohne 4. September - ohne 4. September.

Nach dieser Unterrichtung, um 11.45 Uhr, bin ich mit Staatssekretär Wichert in den Ministerraum gegangen, und der Staatssekretär - die Leiterin Ministerbüro war noch anwesend - hat den Minister in die Presseerklärung eingewiesen, die ich jetzt gleich abgeben werde, und hat ihm erklärt, warum der Generalinspekteur nach seiner und auch meiner Meinung - wobei die Initiative nicht so sehr von mir ausgegangen ist - eine Erklärung abgeben soll: Erstens. Wir können nicht unendlich warten mit der Auswertung des Berichtes - die Öffentlichkeit erwartet eine schnelle erste Reaktion -, und die sollte nur militärisch erfolgen; das hing auch mit dem Ministerwechsel zusammen.

Das war die Begründung für meine Presseerklärung um 12.15 Uhr, und die habe ich dann abgegeben, Wort für Wort vorgelesen -

vielen ist das aufgefallen -, Fragen habe ich keine zugelassen. Und das war diese Erklärung, in der ich aus militärisch-operativer Sicht die Angemessenheit Kleins Entscheidung zugesprochen habe; Sie kennen das alles.

Danach bin ich nach Tegel gefahren, um mit dem Minister und anderen Leitenden - Herrn Staatssekretär Wolf und Leiter Planungsstab - mit dem Transporter A310 „Kurt Schumacher“, also nicht der VIP-Version, nach Nörvenich zur Übergabe der Luftwaffe und zum abendlichen Zapfenstreich zur Entlassung von General Stieglitz zu fliegen.

Ich habe, da ich dem Minister nicht im Detail vortragen konnte an diesem Vormittag, meinen Einstieg ins Flugzeug genutzt - der Minister saß in der ersten Reihe rechts bei Staatssekretär Wolf; Sie kennen das Flugzeug - und habe ihm gesagt - bin stehen geblieben bei ihm -, sozusagen unter vier Augen, aber durchaus umrundet von den anderen: Herr Minister, mit Blick auf die Pressearbeit im Zusammenhang mit Übergabe Luftwaffe und Zapfenstreich ist auch das Thema ISAF-Bericht sicher relevant. Ich rate Ihnen zur Vorsicht und Zurückhaltung; denn es mag nicht alles so einfach gewesen sein, wie es heute Morgen in dem ersten Durchgang geklungen haben mag.

Herr Minister hat sich bei mir dafür bedankt und hat mich gefragt, ob ich den Bericht dabei habe. Das musste ich wegen seiner Einstufung verneinen, ohne den belehrenden Teil: Der ist eingestuft, kann ich mitnehmen [sic!]. - Ich habe nur gesagt: Nein.

Genau diese Sentenz habe ich in meinem Brief vom 30.11., abgegeben am 03.12., dem Minister noch einmal in Erinnerung gerufen, dass ich ihn da zur Vorsicht ermahnt habe oder zur Vorsicht geraten habe. Das ist für mich ein wichtiger Punkt in der Woche, weil wir - - Bevor wir zum Zapfenstreich herausgingen, habe ich dem Minister in Anwesenheit von Stieglitz, seiner Frau und anderen - auch meiner Frau - gesagt, dass ich morgen, am Freitag, nicht im Dienst sein werde, weil ich Urlaub habe. Ich habe dem Minister gesagt, dass ich am Montag in Moskau sein werde, am Dienstag Nachmittag in Brüssel beim EU-Militärausschuss und von dort nach Bratislava fliegen werde, um meinen Kollegen zu besuchen zu einem lange geplanten Gegenbesuch, mit meiner Frau.

Das hat der Minister zur Kenntnis genommen und mir seinerseits gesagt, dass er auch zunächst mal ein oder zwei Tage Ur-

laub nimmt, nachdem er jetzt in unser Haus gekommen ist. So war das wohl auch; aber das ist nicht Gegenstand dessen, was ich zu sagen habe. Ich habe zu sagen: Ich war in dieser Woche am Dienstagmorgen einige Stunden im Haus, und dann war ich weg.

Ich habe in dieser Woche dann am 05.11. - das war der Vortag der Ministerpresseerklärung - von meinem Stellvertreter, General Dora, einen Anruf nach Bratislava bekommen, der da lautete: Der Minister will morgen vor die Presse zum ISAF-Abschlussbericht. Wollen Sie kommen, oder sollen wir das machen? - Die Frage „Wollen Sie kommen?“ hat sich daraus ergeben, dass es bisher in solchen Situationen immer das Gespann Minister und Generalinspekteur gegeben hat. Sie erinnern sich sicherlich an viele dieser gemeinsamen Auftritte.

Dann habe ich gesagt, das wäre jetzt natürlich ein ziemlicher Aufwand, wenn ich hier abbreche, nachdem ich gerade ein paar Minuten da bin, und, sofern der Minister damit einverstanden sei, würde ich sagen: Dora, und die Truppe Einsatzführungsstab macht die Arbeit, und ich mache meinen Besuch in Bratislava zu Ende, unter der Bedingung, der Herr Minister ist einverstanden. - Am Abend, gegen 19 Uhr, ich war gerade am Umziehen für das Abendessen, rief mich der Minister selbst an und hat mir mitgeteilt, dass er vor die Presse gehe, dass ich keine Angst haben brauche, was in der *Leipziger Volkszeitung* als Überschrift spekuliert wurde - man mag sich fragen, warum diese Spekulation -, ob der Minister den Generalinspekteur fallen lässt. Er würde mich nicht im Regen stehen lassen. - Das ist jetzt meine Formulierung gewesen.

In den *Stuttgarter Nachrichten* gab es eine ähnlich spekulative Überschrift - „Lässt Guttenberg Schneiderhan fallen?“ - mit Blick auf diese Pressekonferenz. Warum? - Ich soll nicht spekulieren. Ich habe mich beim Minister dafür bedankt, dass er das so tut, und ich habe ihn dann gebeten, der Presse zu erklären, warum der Generalinspekteur nicht da ist, damit es erst gar keine Spekulationen darüber gibt, weil es ein außergewöhnlicher Vorgang ist. Und der Minister sagte, er mache es ohne Dora, was er aber dann doch anders gemacht hat, wie Sie gesehen haben.

Und das war es dann. Dann hat der Minister am nächsten Tag seine Presseerklärung gemacht. Ich habe im Nachhinein die Vorlage zur Kenntnis genommen, die am

03.11. vom Einsatzführungsstab zur Vorbereitung des Ministers auf die Pressekonferenz geschrieben wurde. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie die Beratung in dieser Woche lief, weil mein Kontakt mit dem Minister in dieser Woche von mir gerade eben beschrieben worden ist. Andere Kontakte hat es seit Dienstantritt bis zu der Presseerklärung zwischen mir und dem Bundesminister zu Guttenberg nicht gegeben. Ich kann Ihnen da also sicherlich im Augenblick nicht weiterhelfen.

Ich habe diese Vorlage zur Kenntnis genommen, und ich muss hier sagen: Auch wenn ich da gewesen wäre, hätte es keine umfangreichere, ausführlichere und treffende Beurteilung des COMISAF-Berichts gegeben als die, die auch ohne mich von meinem guten Stab dem Minister vorgelegt wurde. Der Herr Minister hatte also drei Dokumente: den ISAF-Bericht, er hatte den Rot-Kreuz-Bericht, dessen Vorlage ich noch aus Bratislava sichergestellt habe. Als ich am 5. hörte, der ist eingetroffen, habe ich an Adjutanten die Weisung gegeben: Sofort an Minister und Staatssekretär.

Diese Vorlage folgt natürlich im Grunde nach meiner Presseerklärung und meiner Beurteilung des Handelns von Oberst Klein. Das zieht sich natürlich da durch; wäre ja auch seltsam, wenn es anders gewesen wäre. So, und damit war das Thema Afghanistan, Presseerklärung, Luftschlag wieder mal erledigt, und es war kein Bedarf mehr, mit mir darüber zu reden.

Ich hatte am Montag, dem 23.11., den Auftrag, dem Bundesminister von 14.30 Uhr bis 16 Uhr vorzutragen. Thema war die Konzeption der Bundeswehr, für die ich verantwortlich war, die Bundeswehrplanung, und der Haushalt - alles Zuständigkeiten Generalinspekteur. Bei diesem Vortrag war Staatssekretär Dr. Wichert dabei.

Am Dienstag dieser Woche hat der Minister zu Guttenberg auf meine Einladung hin ein kurzes Referat vor den truppenstellenden Kollegen aus der Nordregion, die jährlich einmal zu einer Koordinierungskonferenz von mir eingeladen wurden - - an die das Wort gerichtet. Und am 25.11. war ich morgens hier zu der ersten Sitzung des neuen Verteidigungsausschusses. Staatssekretär Kosendey hat vorgetragen, ich habe ergänzt, wie immer. Der Minister kam nach dem Kabinett, ging etwas früher, hat mir das auch erklärt, dass er leider gehen muss und ich solle weiterreden. Also, es war im Grunde

wie immer. Die Sitzungen gehen ein bisschen länger, und ich bin ein bisschen später ins Büro gekommen als geplant und habe meine normale Arbeit um etwa halb zwei aufgenommen mit Terminen, die ich einfach verschoben habe.

Ich wurde gegen 14 Uhr aufgefordert, um 14.20 Uhr im Ministerbüro zu sein; es wurden mir keine Gründe genannt. Ich war um 14.19 Uhr im Vorzimmer Minister und traf dort auf Staatssekretär Wichert, der auch nicht wusste, warum wir zum Minister gerufen wurden. Dieses Ministergespräch wurde eröffnet mit Hinweisen des Bundesministers auf die große Verantwortung, die er übernommen hat durch die Presseerklärung zugunsten von Klein, und wie er sich vor Klein gestellt habe. Große politische Verantwortung, hat der Minister uns beiden, Wichert und mir, noch mal erzählt.

Dann hat der Minister hingeführt zur Frage, ob es noch andere Berichte gäbe als diesen COMISAF-Bericht. Es war eine nicht ganz klare Situation, weil die Frage auch nicht ganz klar war. Und es gab eine erste Antwort von Staatssekretär Wichert, die hieß: Nein, wir haben keine nationalen Ermittlungen geführt. - Dann hat der Minister noch einmal eine Frage gestellt, und dann habe ich gemerkt, dass der Minister was anderes meint, nämlich Berichte zwischen Luftschlag und COMISAF-Bericht. Das war eine erste, für mich unklare Runde, weil ich nicht präzise gefragt wurde, sondern selber herausfinden musste - und das ging Wichert auch ähnlich -: Was liegt hier an? - Das war ja aus dem blauen Himmel. Wir waren gerade eben noch zusammen im Ausschuss, kein Hinweis, kein gar nichts; wir haben nie mehr über ISAF gesprochen. Und nun war die Frage.

Und dann habe ich drei Berichte genannt. Erstens die Meldung von Klein, zweitens den N██████-Bericht und drittens den Feldjägerbericht. Und da sagte der Minister: Ja, dann muss es wohl bei der *Bild*-Zeitung um diesen Bericht gehen. - Dann war definiert, um welchen Bericht es geht, an der Stelle. Und dann hat Wichert nachgeschoben: Und den Rot-Kreuz-Bericht. - Das erwähne ich deshalb, weil die Unklarheit der Situation deutlich wurde; denn jetzt hätte der Minister oder der Schneiderhan sagen müssen: Um den kann es ja nicht gehen, den kannte der Minister ja. - Der ist aber widerspruchlos erwähnt worden als Bericht, den es auch noch gibt, obwohl er schon bekannt war. Ich

will nur skizzieren, dass die Lage nicht so eindeutig war.

Also, es ging um den Feldjägerbericht. Ich habe dann erzählt, vorgetragen, dass ich dem Minister Jung den Feldjägerbericht vorgestellt habe und der auf meine Empfehlung hin den Feldjägerbericht zur NATO gegeben habe. Das war es. Wir bekamen dann den Auftrag, nun so schnell wie möglich die in Rede stehenden Berichte - also die drei, die ich nun schon mehrfach genannt habe - dem Minister vorzulegen und uns für ein Gespräch bereitzuhalten.

Ich bin zurück ins Büro. Wie das dann so ist. Die, die das Militär kennen, wissen, wie das jetzt geht: Alles halt. Neue Lage. Ich brauche sofort. - Dann haben die mich gefragt: Was ist jetzt los? Dann habe ich es erklärt, und dann haben die begonnen, zu arbeiten. Ich bin noch mal zu Wichert, um zu versuchen, abzustimmen, dass der jetzt nicht denselben Auftrag noch mal gibt und der Stab endgültig ins Schleudern gerät. Kurz vor 17 Uhr hat das Büro Wichert dem Minister gemeldet, dass wir gesprächsfähig seien.

Ich wurde kurz vor 17 Uhr für 17 Uhr ins Ministerbüro gerufen. Mein Oberst folgte mir mit fliehenden Rockschoßen und diesem Aktenordner mit diesen Berichten. Im Vorzimmer des Ministerbüros wurde ich getrennt von Oberst und Bericht, indem die Leiterin des Ministerbüros dem Oberst gesagt hat: Legen Sie den Bericht da hin. - Und ich wurde ins Ministerbüro geschoben, und die Türe ging zu.

Und da habe ich erfahren, dass wir ein gestörtes Vertrauensverhältnis haben, was dem Minister sehr weh tut und leid tut. - Ich habe dann gesagt: Dann müssen wir jetzt eine Lösung finden. - Und die Lösung kennen Sie. Ich habe den Minister darum gebeten, dass er mich von meinen Dienstpflichten entbindet und mich in den Ruhestand schickt. „Einstweilig“ ging ja bei mir nicht, weil ich schon in der Überrunde war; ich war ja schon anderthalb Jahre über Normal. Also konnte ich gar nicht einstweilig in Ruhestand versetzt werden.

Ich wollte dann mit Staatssekretär Wichert reden. Der Minister hat gebeten, dieses nicht zu tun; er wolle mit Wichert reden. Dann hat der Minister mir versprochen, dass er mich nach dem Gespräch mit Wichert wieder anruft. Das hat er getan, gegen 19 Uhr, und hat mir gesagt, dass er nun darum bittet, dass ich meine Formulierung alsbald in seinem Büro hinterlege, weil er sie morgen früh im

Parlament benutzen möchte, weil er morgen auch die entsprechende Pressearbeit machen muss über meinen Antrag.

Ich bin dann zu Wichert gegangen, und habe zum Staatssekretär gesagt: Herr Staatssekretär, ich brauche Ihren Rat - Sie wissen, der ist Jurist und Beamter, und ich bin Panzersoldat -: Wie formuliert man so was? Dann hat Wichert gesagt, dass er mir keinen Rat mehr geben kann, weil er rausgeflogen sei. Und ich habe dem Herrn Wichert gesagt: Und ich habe gerade eben meinen Entwurf für meine Entlassungserklärung in der Hand.

Die habe ich dann selbstständig geschrieben:

Herr Minister, Sie haben Ihre Erklärung vom 6.11.09 zum Luft-Boden-Einsatz in Kunduz [am 4.9.] auf der Grundlage des Abschlussberichts Com-Isaf abgegeben. Andere Zwischenberichte, Berichte und Meldungen wurden Ihnen nicht vorgelegt. Dafür übernehme ich die Verantwortung. Deshalb bitte ich Sie, mich von meinen Dienstpflichten zu entbinden und in den Ruhestand zu versetzen.

Mit respektvollen Grüßen
Wolfgang Schneiderhan

Ich habe diesen Bericht bewusst im Passiv geschrieben, weil ich ja nicht agiert hatte in dieser Woche, sondern mein Stab in meiner Abwesenheit. Also nicht ich habe nicht vorgelegt, sondern: Es wurden. - Sie können die schwierige Situation für mich psychologisch auch daran ablesen, dass ich immer noch ungenau war. Denn es stimmt ja nicht, dass Sie Ihre Erklärung vom 06.11. nur auf der Grundlage des Abschlussberichtes ISAF gegeben haben, sondern Sie hatten auch eine Vorlage vom 03.11. durch den Stab. Und er hatte den Rot-Kreuz-Bericht.

Ich war also in meiner Schlussklärung noch einmal ungenau. Aber Sie können sich vorstellen, dass das nach dreiundvierzigdreiviertel Berufsjahren ohne Konsultation, sozusagen aus dem Stand heraus, vielleicht auch emotional nicht das Einfachste war. Ich weine nicht, aber es war nicht ganz einfach.

Ich habe die Verantwortung übernommen. Das ist eigentlich eine dämmliche Aussage, weil ich sie hatte; ich musste sie nicht übernehmen. Ich habe sie auch übernommen, um weiteres Suchen nach Schuldigen und Verantwortlichen in meinem ehemaligen Verantwortungsbereich zu unterbinden. Ich weiß

alleine, dass ich für das Handeln Anvertrauter verantwortlich bin, und Minister Jung wird Ihnen bestätigen können, dass ich dieses Verhalten nicht zum ersten Mal am 25.11. an den Tag gelegt habe, sondern für Handeln anderer selbstverständlich Verantwortung übernommen habe.

Die Abläufe, die ich Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordnete, Frau Vorsitzende, geschildert habe, sind in meinem Brief an den Minister vom 30.11. - da habe ich ihn verfasst, und abgegeben habe ich ihn am 03.12.; das war der Tag des Zapfenstreiches - alle erfasst und aufgegliedert. Da die ehrabschneidende, unwahre Berichterstattung auch nach dem 30.11. - *Spiegel*-Bericht; Sie kennen ihn - nicht aufgehört hat, habe ich dann noch mal ein Fax nachgelegt am 10. Dezember und den Minister um Richtigstellung dieser Aussage im *Spiegel* - - Das ist die Aussage, die Sie kennen; das muss ich jetzt im Augenblick nicht wiederholen.

Ich habe das Recht des Ministers, mich als einen einem politischen Beamten gleichgestellten General zu entlassen, auch ohne Angabe von Gründen, nie infrage gestellt - nie infrage gestellt. Ich will auch in diesem Kreis auf viele Gerüchte zu meiner bevorstehenden Ablösung und böse Berichte im *Griephan* vor der Bundestagswahl, ja diffamierende Berichte für mich - - hier nicht weiter erwähnen und auf diese Spekulationen nicht eingehen, obwohl es sicherlich interessant wäre - für mich zumindest -, zu erfahren, wer da in Uniform oder Zivil entsprechend aktiviert wurde.

Verletzt hat mich ausschließlich die Diktion der Öffentlichkeitsarbeit um meine Zuruhesetzung. Diese Verletzung ist teilweise ausgeräumt mit dem Presseinterview der letzten Woche durch den Bundesminister der Verteidigung. Das nehme ich mit Erleichterung zur Kenntnis, vor allem mit Blick auf meine Mitarbeiter. Denn es waren auch meine Mitarbeiter, die durch die Worte „vorhalten“, „unterschlagen“, „verheimlicht“ betroffen waren. Denn diese Mitarbeiter wussten, dass es ein Pauschalvorwurf auch gegen sie ist, weil der Generalinspekteur selbst gar nicht agiert hat. Dies ist erledigt, und ich sage laut und deutlich: Ich habe dieses Interview mit großer Erleichterung, vor allem für alle meine tüchtigen Mitarbeiter, zur Kenntnis genommen.

Es bleibt aber eins übrig. Übrig bleibt für mich, dass ich mich mit aller Deutlichkeit gegen die Darstellungen im *Spiegel* vom

30.11., Seite 23/24, wehre, ich hätte bei dem Gespräch am 25.11. beim Minister die Existenz von nun heute schon vielfach erwähnten Berichten geleugnet. Richtig ist: Ich habe drei Berichte genannt - Klein-Meldung, N [REDACTED] - Bericht und Feldjägerbericht - und habe diese Berichte auftragsgemäß vorgelegt. Wer auch immer aus dem Umfeld des Ministers - so heißt es ja im *Spiegel* - die Begrifflichkeit „leugnen“ eingeführt haben mag, trug eben wesentlich dazu bei, dass lange gepflegt werden konnte, eine böswillige Absicht zum Schaden des Ministers beim Generalinspekteur festzumachen. An dieser Stelle bin ich ganz alleine und ganz persönlich alleine von dieser Aussage betroffen; das berührt jetzt nicht mehr meine Mitarbeiter.

Mit diesem „leugnen“ wurden auch Zweifel an meiner Redlichkeit genährt. Aber was mir auch weh tut: Es wurden auch Zweifel an meinem Verstand genährt. Die Existenz von Berichten zu leugnen, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, die ich in Kopie an dem fraglichen Wochenende dem Minister Jung und dem Staatssekretär Wichert zugeleitet habe, sozusagen, mit meiner Paraphe, zwei Berichte - ich meine jetzt Klein und N [REDACTED] -, die ich benutzt habe, um Sie zu informieren in Obleute- und Ausschussunterrichtung: Ich weiß nicht, wo der Sinn zu suchen ist, wenn ich diese Berichte, deren Existenz geleugnet hätte.

Beim Feldjägerbericht ist es auch so. Ich habe den im Stab lange diskutiert, ich habe auch mit Ramms darüber gesprochen, ich habe viel Beratung gesucht: Wie gehst du damit um? Ich habe den Bericht dem Minister Jung vorgetragen, und ich habe ihn in die NATO zurückgegeben. Was für einen Sinn hätte es denn gehabt, die Existenz eines solchen Berichtes zu leugnen? Es hätte den Minister mit seinem Planungsstab keine fünf Minuten gekostet, dann wäre die Nummer geplatzt, weil sie diese Berichte teilweise alle in Kopie in ihren Akten hatten. Also, da ist auch die Frage, wie man mit meinem Intellekt umgeht, berührt. Da bin ich als Schwabe dann vielleicht auch empfindlich.

Ich will Sie abschließend auf zwei Sachverhalte hinweisen. Erstens. Ich wurde mit Ablauf des 31.12.2009 vom Bundespräsidenten in den Ruhestand versetzt. Damit wurde die Verlängerung meiner Dienstzeit von zwei auf anderthalb Jahre reduziert und meine Gesamtdienstzeit bei dreiundvierzig-dreiviertel Jahren abgebrochen. Ich habe kein anderes Dokument als die Urkunde des

Bundespräsidenten, dass ich zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand gehe. Zweitens möchte Ihnen melden, dass ich mich beim Herrn Bundespräsidenten und bei der Frau Bundeskanzlerin schriftlich abgemeldet habe.

Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:

Vielen Dank, Herr General Schneiderhan, für die doch sehr ausführliche, chronologische Darstellung Ihrer Sicht. - Ich habe jetzt im öffentlichen Teil eigentlich keine Fragen mehr, weil Sie so ausführlich waren. Ich möchte nun den anderen Ausschussmitgliedern die Möglichkeit geben, ihre Fragen zu stellen.

Ich möchte Ihnen kurz den Ablauf darstellen. Für die Fraktionen ergibt sich aus der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitbudget für Fragen und folgende Antworten, wobei der Grundsatz von Rede und Gegengrede berücksichtigt wird.

Zur Eröffnung der ersten Fragerunde gebe ich nun das Wort der CDU/CSU-Fraktion.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr General, Sie haben sehr ausführlich die entsprechende Chronologie der Ereignisse vorgestellt. Ich habe zunächst mal eine Frage, einfach eine grundsätzliche Frage: Wenn Sie diesem Auditorium noch mal die Verantwortlichkeit für die Einsätze darlegen. Wie ist das geregelt? Wie ist die Verantwortlichkeit des Generalinspektors, etwa in der Abgrenzung zu der des beamteten Staatssekretärs, hier konkret Dr. Wichert? - Das wäre meine erste Frage.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ist gleich Beantwortung jetzt?

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der Staatssekretär ist natürlich dem Minister gegenüber für diese Dinge zuständig, und der Staatssekretär hat die Staatssekretärszuständigkeit für die Einsätze. Das heißt - deshalb habe ich das vorher etwas kritisch angesprochen -, der Generalinspekteur ist für die Vorbereitung, Planung und Durchführung der Einsätze dem Minister verantwortlich.

Aber das heißt auf Deutsch, dass dazwischen der Staatssekretär ist.

Ich habe keine direkte, unmittelbare Unterstellung für die Einsätze unter den Minister, sondern - das ist sicherlich von mir nicht zu erklären, warum das so ist - da liegt der Staatssekretär. Wenn Sie so wollen, habe ich im Grunde den mehr militärischen Teil, was die Durchhaltefähigkeit angeht. Aber es läuft keine Vorlage von mir über Einsätze ohne Staatssekretär an den Minister, außer der Minister ruft mich zum persönlichen Vortrag allein.

Ich weiß nicht, ob ich sie jetzt ganz genau beantwortet habe, aber Staatssekretär hängt immer zwischen dem Generalinspekteur und dem Minister.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sie haben, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, kein sogenanntes Immediatrecht, direkten Zugang zum Minister. Ist das richtig?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Doch, Immediatrecht schon; natürlich habe ich jederzeit Zugang. Aber wenn ich dem Minister Entscheidungen abringe, dann muss der Staatssekretär in seinem Verantwortungsbereich beteiligt sein. Das ergibt sich aus der Geschäftsordnung des Bundesministers der Verteidigung, und die ist eben - - Sagen wir mal, dieses System hat 2002 keine Anpassung erfahren in der Konsequenz zum Berliner Erlass. Da ist das, was ich mit Nacharbeiten meinte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich habe in dem Kontext jetzt noch mal eine Frage. Sie haben das ja auch sehr detailliert, auch was den Zeitablauf angeht - - wie also die Kommunikationswege waren. Wir haben in der bisherigen Anhörung im Grunde die entsprechenden Vorstufen von Kunduz ausgehend über das Einsatzführungskommando bis ins Ministerium hinein etwa auch verfolgen können. Es würde mich also einfach noch mal interessieren: Wie sind in der Regel solche Dinge organisiert, also etwa bei einem besonderen Vorkommnis dieser Art und dieser Dimension? Aber wir hatten da ja auch schon andere Ereignisse mit Gefallenen oder mit schwerwiegenden Vorkommnissen. Wie läuft da in der Regel die Kommunikation?

Und die zweite, gleich anschließende Frage: Gab es hier in diesem Kontext Abwei-

chungen von dem, was sich an Kommunikationsregeln im Ablauf des Ministeriums abspielt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Jawohl, Herr Abgeordneter. Der normale Weg ist: Der Befehlshaber Einsatzführungskommando erfährt es aus dem Ein - -

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende, diese Erklärungen können nicht in einer öffentlichen Sitzung abgegeben werden!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Birkenheier, ich habe Sie nicht verstanden. Gehen Sie bitte ans Mikrofon.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Entschuldigung, ich wiederhole noch mal: Diese Erklärungen, wie die Meldewege laufen aus dem Einsatzgebiet, können nicht in öffentlicher Sitzung abgegeben werden.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Gut, dann nehme ich meine Frage zurück. Ich frage jetzt mal anders: Gab es im Ministerium eine Linie, und wann wurde die festgelegt, etwa in der Frage der Kommunikation dieses Ereignisses?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Herr Abgeordneter, Sie sprechen da aus meiner Sicht den Punkt an, den ich erwähnt habe, mit dem ich nicht besonders glücklich war. Es gab erste Meldungen schon in aller Frühe an diesem Freitag, die beim Einsatzführungskommando aufgelaufen sind und dort in der Presse- und Öffentlichkeitszentrale verarbeitet wurden, wohl auch dann an den Einsatzführungsstab und an den Pressestab gegangen sind. Das hat uns, mich leider nicht eingeschlossen, obwohl der Adjutant davon erfahren hat. Wir hatten sehr früh eine Meldung, wie ISAF pressemäßig reagiert, und die wurde unserem Sprecher vom Dienst, also dem Kapitän, der da aktiv war, zugeleitet.

Das war nicht besonders, sagen wir mal, stringent organisiert, weil, der Presse- und Informationsstab des Ministeriums ist ja ein Stab der Leitung; das ist kein Stab, auf den der Generalinspekteur in irgendeiner Form Zugriff oder Weisungsbefugnis hat. Der Pressestab, der Planungsstab und der Organisationsstab sind Leitungsstäbe, genauso wie der Protokollstab. Da bin ich auf Zusam-

menarbeit angewiesen, aber alles andere - - nur nicht weisungsbefugt.

Und deshalb ist es ein Kommunikationsproblem, ob man einbindet oder nicht. In militärischen Fragen bietet sich es ja an, sich sachkundig zu machen. Und diese Abstimmung an dem Morgen - im Grunde bis zur Bundespressekonferenz - meinte ich vorher mit dem Defizit, das mich dann ab Nachmittag des Freitag in diese Defensivrolle und erklärende Rolle gedrückt hat und nicht mehr sozusagen in dem Fahrerstuhl gehalten hat, was die Informationsverarbeitung anging.

In der Phase lief ja dann auch diese erste Meldung, dieser berühmte INTSUM. Auch da jetzt keine Details, nehme ich an. Davon wusste ich aber. Mit allgemeingültigen Bemerkungen auf INTSUMs kann ich da auch nicht allzu viel anfangen. Insofern gab es da jetzt auch keine weiteren Reaktionen mehr. Da haben wir zu lange gebraucht, bis wir uns eingespielt hatten und wirklich ein Informationsmanagement von top-down an dem Freitag bis Mittag ungefähr entstanden wäre. Das würde ich kritisieren an unserem eigenen Ablauf. Danach ist es besser geworden. Aber bis dahin war es arges Kopfsteinpflaster, auf dem wir uns da bewegt haben.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich frage noch mal nach, ohne jetzt auf die Details, die ja zum Teil eingestuft sind, eingehen zu können, eingehen zu wollen: Wie erklären Sie sich den Sachverhalt, dass bei den Beteiligten bereits relativ früh, bereits am 04., zumindest, wenn auch nicht die Gewissheit - die haben wir bis heute nicht -, aber die Vermutung da war, dass Unbeteiligte zu Schaden gekommen sind, und in der ersten Erklärung, die auch noch eine gewisse Zeit angehalten hat, der Eindruck erweckt worden ist, dass es keine unbeteiligten Opfer gegeben hätte?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das war eine Riesenspannung, weil, hätte man das gesagt, Herr Abgeordneter, dann hätte man ab dem Moment auch gesagt, dass der Klein eine Falschmeldung abgegeben hat. Das war zu dieser Zeit aber noch nicht verifizierbar, ob das belastbar ist oder nicht. Aber jede Andeutung in Abweichung von Kleins verantwortlicher erster Meldung an den Generalinspekteur hätte eben genau zumindest genährt, dass die Urteile von unserem eigenen Haus über Klein jetzt schon gefallen sind. Deshalb war die Wortwahl entschei-

dend. Und deshalb hat man, glaube ich, in der Presseerklärung dann auch „unbeteiligt“ eingeführt, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, um da den Weg zumindest offen zu halten.

Aber keiner war in der Lage, zu sagen: Die Klein'sche Meldung ist falsch. - Und es wäre katastrophal gewesen, in dieser Situation, zu diesem Zeitpunkt dieses Urteil schon so anzulegen, zumal wir damals ja - ich als Soldat - nicht einschätzen konnten, wie die strafrechtliche Bewertung des Falls Klein im Weiteren laufen wird.

Und ich will Ihnen nicht verheimlichen, dass hochgestellte Persönlichkeiten dieser Republik mir sehr ans Herz gelegt haben, wie sehr ich auf den Oberst Klein aufpassen muss, dass da jetzt nicht etwas danebengeht, was im Grunde die gesamte Einsatzmoral der Truppe beschädigen könnte, wenn der Klein sozusagen zu diesem Zeitpunkt zum Abschuss freigegeben wird. Das war die ständige Klemme, in der ich auch war, dieses so hinzukriegen, dass man zwar dann sich dem annähert, dass man das nicht ausschließen kann - -

Und, Herr Abgeordneter, ich habe auch so lange geschwiegen in diesen Zeiten, weil ich es natürlich auch nicht ausschließen konnte. Keiner, der das weiß, wie es da zugeht, der weiß, wie diese Lage war, der weiß, was da sonst noch los war im PRT und um das PRT herum die ganze Zeit, keiner wäre in der Lage gewesen, das genau zu sagen. Die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, belegen ja, dass man es im Grunde bis heute nicht schafft, das genau zu belegen.

Deshalb haben wir zur Vorsicht gemahnt. Dass diese Vorsicht sehr rigide formuliert wurde und mit einer Selbstsicherheit verbreitet wurde, die darauf hingedeutet hat, man müsse es hundertprozentig - - das wiederum ist eine Frage, für die ich natürlich die Verantwortung nicht übernehmen kann.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr General, Sie haben vorher bei Ihrem Arbeitsplan ja auch zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie Spekulationen, voreilige Festlegungen vermeiden wollten, weil eben die Faktenlage außerordentlich undurchsichtig war. Jetzt muss ich doch noch mal nachfragen: Sie haben auch erklärt, weshalb auf eine nationale Untersuchung verzichtet wurde, um keine Verdoppelung etwa mit den Untersuchungen des COMISAF zu haben.

Aber mich würde doch noch mal interessieren, ob nicht angesichts dieser Situation eine nationale Untersuchung vor Ort schneller, also nicht diesen langen Zeitraum, den also auch COMISAF hatte - gut, Gründlichkeit geht hier vielleicht vor Eile - - aber dass man also mit eigenen Mitteln schneller hätte Klarheit schaffen können. Oder einfach nur mal nachgefragt: Was waren die Gründe, auf eine solche nationale Untersuchung zu verzichten?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Erstens, Herr Abgeordneter, ein Grund war, die Verantwortlichkeit klarzulegen. Wir haben dann ja in der deutschen Presse gelesen: Die Bundeswehr bombt in Kunduz. - Die Bundeswehr hat nicht gebombt. ISAF hat die Verantwortung. Und das musste eingeklagt werden in diesem Zusammenhang.

In diesem Zusammenhang war es ja auch wichtig, dass wir noch einmal die sonstige Reaktion von ISAF auf ähnliche Zwischenfälle in anderen Regionen geordnet bekommen. Wir durften uns jetzt auch nicht singularisieren lassen, sondern das ist ein ISAF-Problem, und das war immer - Herr Koenigs, Sie wissen das besser als ich - ein ISAF-Thema, und alle Nationen haben sich herausgehalten - da brauchen wir jetzt die Einzelnen nicht nennen -, wenn sie adäquate Vorfälle hatten.

Wir hätten uns auch im System singularisiert, weil das System Beteiligung eines Hochrangigen aus der betroffenen Nation vorsieht. Damit ist die Nation drin, und wir konnten denen ja alles liefern, was wir wollten. Deshalb ist auch kein Widerspruch zwischen der Aussage der Bundeskanzlerin: Wir tun alles, um aufzuklären. - Das heißt nicht: Wir setzen uns an die Spitze der Aufklärung. Aber wir tragen alle Fakten und Informationen, die wir kennen, dorthin, wo sie dann ausgewertet und verwertet werden, und das ist der ISAF-Strang.

Und das Zweite: Hinter den nationalen Ermittlungen - ich weiß ja nicht, was im Ausschuss bei der Anhörung meiner Generalkameraden mit einem und drei Sternen gesagt wurde -, hinter dem Ansatz, wie ich ihn mitgekriegt habe - auch im Gespräch mit Vollmer -, war eine Disziplinarermittlung gegen Klein. Und das wäre die Katastrophe geworden, wenn wir sofort mit Disziplinarermittlungen angefangen hätten an diesem Wochenende.

Ich meine, das war meine Wahrnehmung, dass das der Ansatz ist. Und das sind ja zwei Untersuchungsebenen. Und das konnte auf keinen Fall passieren. Egal, wie wir untersucht hätten: Wir hätten in der Wahrnehmung der Truppe immer gegen Klein untersucht - immer gegen Klein.

All das hat zu diesem Rahmen geführt, wo wir gesagt haben: Lasst es mal sauber. - Wenn man die Berichte, die ich nicht ausführlich zitieren darf, nimmt, dann sind dort ja auch keine Anklagen drin. Da sind Fakten gesammelt worden. Jetzt bleibt es an uns, daraus die nationalen disziplinareren oder was immer Konsequenzen zu ziehen. Das muss natürlich auch irgendwann mal abgeschlossen werden. Man kann das ja jetzt nicht so vor sich hin tröpfeln lassen, und das endet irgendwie im Sande, sondern das muss ja ein geordnetes Verfahren mit einem geordneten Abschluss sein. Aber das ist nicht Generalinspekteur, weil der ja eh keine disziplinare Vorgesetzteneigenschaft hat - - noch ein Problem für den Generalinspekteur im Einsatz, aber das nur am Rande.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr General, Sie haben gesagt: die Frage der Aufklärung. - Nun ist ja genau dies - wenn ich jetzt also die *Spiegel-online*-Meldung von heute 12.10 Uhr sehe -, dass man dem Ministerium und speziell Ihnen, aber auch dem Staatssekretär Wichert vorhält, praktisch ein Kartell des Vertuschens und der gezielten Vertuschung der Wahrheit durch die Einrichtung einer „Gruppe 85“ - - Ich habe von dieser „Gruppe 85“ erst vor Kurzem gehört, dass es die gegeben hat.

Ich frage die Bundesregierung: Da es in *Spiegel online* ja bereits öffentlich ist, zitiere ich ja nicht aus geheimen Dokumenten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Beck, aber vielleicht können Sie es dann dem Herrn General Schneiderhan nachher vorlegen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Das kann ich sehr gerne vorlegen.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende, unabhängig davon, dass es in der Presse steht, dieser Vorgang, kann nicht in der Öffentlichkeit hier diskutiert werden! - Lachen auf der Zuschauertribüne - Omid Nouripour

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Natürlich!

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Warum nicht?

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Jedenfalls kann nicht über Inhalte dieser Gruppe gesprochen werden; denn sie sind eingestuft. Pressemeldungen können natürlich vorgelesen werden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Gut, Herr Kollege, dann machen wir das im geheimen Teil.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Gut, dann muss ich mich der Meinung der Bundesregierung wohl oder übel beugen. Ich könnte die Frage auch ein bisschen anders formulieren. Ich könnte Sie jetzt nicht nach der „Gruppe 85“ fragen, sondern sagen: Ich habe vorher keinerlei Hinweise darauf entnehmen können, dass die Absicht des Generalinspektors und des Ministers darin gelegen hätte, die Dinge zu vertuschen. Darum habe ich jetzt hier einfach noch mal nachgefragt, ob also da nun und in welcher Geschichte, in welchem Kontext, in welchem organisatorischen Rahmen etwa eine solche Meldung überhaupt möglich ist. Das war meine Intention.

Ich frage die Bundesregierung noch mal, ob sie dagegen auch Einwände hätte. Weil es in diesem Kontext natürlich störend ist, wenn ich sage: Ich kriege in acht Stunden vielleicht unter „Geheim“ dann eine entsprechende Antwort.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Beck, wenn wir jetzt eine Rede und Gegenrede machen, dann müsste ich die Sitzung eigentlich unterbrechen und eine Beratungssitzung machen. Ich weiß nicht, ob Sie das wollen. Wir haben jetzt die Befragung des Zeugen.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sie dürfen das Gelächter oben nicht unerwähnt lassen und müssen schon sagen, dass es richtig ist, was der Herr Birkenheier erwähnt hat!)

- Ja.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Gut, ich ziehe meine Frage zurück und beende damit meine Befragung. Aber der Kollege Otte wird an der Stelle weitermachen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Und ich sage jetzt: Das Publikum kann - - Ich verstehe zwar die emotionale Situation, aber es darf eben kein Gelächter oben entstehen, weil das Ministerium in dem Fall wirklich recht hatte. - So, Herr Kollege Otte.

Henning Otte (CDU/CSU): Herr General, Sie haben berichtet, dass es am 08.09., am 8. September, eine Unterrichtung der Obleute in der sogenannten Obleuterunde gegeben habe. Können Sie sich erinnern, wer an dieser Obleuterunde teilgenommen hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich kann mich im Wesentlichen daran erinnern, dass die Masse der klassischen Obleute aus dem Verteidigungsausschuss da war, weil die am besten, sozusagen durch den meisten Umgang, kannte. Ich bin mir nicht sicher - - Ich weiß nicht, ob ich hier Namen nennen darf oder nicht; sonst wird es ein bisschen schwierig mit der Antwort. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie, Herr Dr. Lamers, da waren, oder ob Herr Siebert für Sie da war. Ich kann mich erinnern im Auswärtigen Ausschuss an den Herrn Klose von der SPD und an den Herrn von Klaeden von der CDU. Ich meine, die Frau Müller von den Grünen sei etwas später gekommen. Ich kann mich erinnern an den Herrn Gehrcke von den Linken. Und ich kann mich an Sie, Herr Arnold, erinnern.

Das sind die, die ich jetzt spontan drauf habe. Ich sehe die Runde schon noch vor mir, aber ich kriege jetzt nicht spontan alle Namen zusammen.

Henning Otte (CDU/CSU): Können Sie in Kürze noch mal zusammenfassen, um welche Themen es ging? War es eine detaillierte Information unter Berücksichtigung der zeitlichen Anspannung? Ging es auch darum, dass geschildert worden ist, wie es zu dieser Entscheidung des Oberst kam? Oder ging es auch im Detail darum, aus welcher Operationszentrale diese Operation geführt worden ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe den Text der Unterrichtung hier. Ich hatte ja die Absicht, sie zu wiederholen, damit ich zeigen kann, wie detailliert ich vorge-tragen habe. Aber das geht ja jetzt nicht. Ob ich über die Frage, welchen Gefechtsstand, gesprochen habe - - Ich glaube, dass muss ich dann zurückstellen, weil, das liegt ja jetzt wahrscheinlich auch auf der Ebene, wo wir gerade ein bisschen festhängen.

Aber ich glaube, ich habe zu Beginn ge-sagt, in welchen Gefechtsstand dieser Oberst gerufen wurde. Ich glaube, ich habe damit begonnen. Aber das müsste ich dann nachher in dem Zusammenhang machen, weil ich sonst - - Ich kann es nur erläutern, wenn ich meinen Zusammenhang kriege. Aber es war trotz des Zeitdrucks eine sehr ausführliche, und ich weiß auch, dass einige von Ihnen ein bisschen ungeduldig wurden, weil ja um 8 Uhr schon der Verteidigungs-ausschuss dran war.

Henning Otte (CDU/CSU): Herr General, Sie haben berichtet, dass es am 16. Sep-tember eine Unterrichtung der Obleute gege-ben habe, eine telefonische Unterrichtung.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Henning Otte (CDU/CSU): War das der gleiche Kreis der Obleute, wie von Ihnen ge-schildert? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich kann mich erinnern an alle klassischen Ob-leute oder an die Obleute, Obfrauen des damaligen Verteidigungsausschusses. Ich habe nur kommuniziert mit - - Sie haben mir eine Frage gestellt - Entschuldigung, wenn ich so gemacht habe - und Frau Homburger. Herr Abgeordneter Siebert, damals noch Sprecher der CDU im Verteidigungs-ausschuss, hat mich später angesprochen, dass er nichts fragen konnte, weil ich ihn in einem Fußballstadion erwischte habe; so wusste ich, dass er auch da war. Und meinen Lands-mann Arnold habe ich anders erkannt.

Ja, es waren alle da. Ich wusste nur nicht, ob Kossendey drin ist, weil ich die Einführung nicht mitgekriegt habe, weil meine Leitung kaputt war, und ich musste dann raus. Und in dem Vorzimmer von mir, wo ich dieses Ge-spräch geführt habe, da waren dann Vertre-ter der Büros. Da war einer aus dem Büro Schmidt, aus dem Büro Wolf, aus dem Büro Kossendey und mein Adjutant. Die standen

alle um mich rum, und haben das auf diese Weise mitgehört, was ich da sage, und ich habe laut gestellt gehabt.

Henning Otte (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr General, Sie haben geschildert, dass Sie auf eine nationale Untersuchung in dem Sinne verzichtet haben, auch deswegen, weil Herr McChrystal vor Ort sich ein Bild ver-schafft hat zur Erarbeitung des COMISAF-Berichtes. Ist es üblich, dass eine solche Aufnahme der Lage vor Ort nach einem sol-chen Vorfall in Pressebegleitung stattfindet, wie dies offensichtlich geschehen war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: McChrystal und mein amerikanischer Kolle-ge, den ich darauf auch angesprochen habe, Admiral Mike Mullen - den habe ich auch angerufen; da habe ich ihm gesagt, dass wir das nicht gut finden -, hat das eingekleidet in die neue Politik der Transparenz der ameri-kanischen Einsatzrealität in Afghanistan. Genauso war die Antwort. Da habe ich ge-sagt: Das kann aber nicht wahr sein, dass wir das in dieser Form nicht wissen. Und Trans-parenz hin oder her, diese Art von Transpa-renz halte ich für nicht gangbar im Einsatz.

Man hat natürlich zu mir gesagt: Wieso hat der Klein denn nicht zu dem McChrystal gesagt: Solange der Journalist da ist, sage ich nichts? - Jetzt muss ich das sehr einfach schildern. Ein deutscher Drei-Sterne-Oberst, dem eh die Luft da weggeblieben ist in dieser Situation, der guckt in das glasklare Auge von McChrystal, einem amerikanischen Vier-Sterne-General, und sagt: Ich sage, solange der da ist, nichts. - Das ist unvorstellbar, die Situation.

Dass das nicht berücksichtigt wurde, dass der Klein sich gar nicht wehren kann, wenn die Amerikaner das machen, das empfand ich als nicht angemessen, und das habe ich ihm sehr, sehr deutlich gesagt. Das Ge-spräch lief dann schon so. Er hatte seinen Political Advisor erst im Raum, McChrystal, und ich hatte den Oberst R■■■ dabei. Dann eskalierte das, und dann habe ich um Eva-kuierung gebeten und die beiden rausge-schickt, was er dann auch gemacht. Und erst dann haben wir uns wieder auf der Wolf-gang-Steve-Ebene unterhalten; bis dahin waren wir Generals.

Henning Otte (CDU/CSU): Es gab ja, Herr General, sehr frühzeitig dann eine Mel-dung - wenn ich mich recht erinnere, in der

Washington Post -, und Sie haben ja dargestellt, dass der COMISAF-Bericht einging am Abend des Appells, also viel später.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Genau. Ja.

Henning Otte (CDU/CSU): Können Sie einschätzen, ob die Berichterstattung in der *Washington Post* sich wiederzufinden hat im COMISAF-Bericht oder eine andere Darstellung abgegeben hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Es waren im Wesentlichen - -

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende, wenn es um den Inhalt des eingestuften Berichts geht, können wir das nicht erörtern!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, die Frage müssen wir zurückstellen, Herr Kollege Otte, in den nichtöffentlichen Teil.

Henning Otte (CDU/CSU): Dann stelle ich die zurück, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Damit ist die Fragezeit der CDU/CSU zu Ende, und ich gebe das Wort der SPD-Fraktion.

Rainer Arnold (SPD): Herr General, Sie haben ganz kurz das Thema angesprochen: Gab es so was wie eine Ersteinweisung für den neuen Minister?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Sie sagten, da wäre nicht über Kunduz gesprochen worden. Hat der Minister nach diesem politisch aktuellen Thema gefragt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wir hatten - - Nein, die Antwort heißt: Nein, es gab keine gezielte Frage zu dem Vorfall am 04.09. in der ersten Einweisung am 29., früh, die ich vorher erwähnt habe. Wir haben, glaube ich, aber mit dem Admiral Krause von Anfang an gesagt, wir machen das jetzt nicht, weil wir da den Kreis nicht so hatten. Aber es gab - - Ich muss die Frage so beantworten: Mir ist nicht bekannt - - Der Minister kam ja mit seinem Planungsstab und dem Pressesprecher und sonst jemand in

den Raum. Ich war ja da drin; ich habe nicht gehört, was da vorher gelaufen ist. Aber ich hatte keinen Auftrag, zum Kunduz-Vorfall 04.09. vorzutragen.

Rainer Arnold (SPD): Gab es bei dem Flug - ich glaube, es war nach Nörvenich - die Gelegenheit, außerhalb des Einsteigens nochmals mit dem Minister zu reden? Sie sagten ja, Sie haben einen Zuruf gemacht: Vorsicht! - Hätte es hier eine Chance gegeben, noch mal ins Gespräch zu kommen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Für mich war die Situation so, dass der Minister sich nach seinem Dankeschön und der Frage „Haben Sie den Bericht dabei?“ und ich „Nein“ gesagt habe anderen Vorbereitungen für den Nachmittag zugewandt hat. Er hat dann ein langes Gespräch mit dem Leiter Planungsstab geführt. Worüber, weiß ich nicht, weil ich nicht in Hörnähe saß.

Rainer Arnold (SPD): Gab es zwischen dieser Ersteinweisung des Ministers und dem Gespräch, das nachher zur Entlassung geführt hat, weitere Gespräche unter vier Augen oder in kleinen Runden mit dem Minister, wo grundsätzliche politische Fragen besprochen wurden?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Mit mir gab es die erwähnte Einweisung, Herr Abgeordneter Arnold, in Bundeswehrkonzeption, Bundeswehrplanung und Haushalt. Angesetzt waren zwei Stunden. Dabei war Wichert und mein Stabsabteilungsleiter Planung und der Chef des Stabes Führungsstab der Streitkräfte. Das war das Einzige, was ich an Längerem gemacht habe. Sonst wurde ich nicht abgerufen zu Einweisungen des Ministers.

Rainer Arnold (SPD): Dann möchte ich gern mal zu diesem Gespräch kommen, zu dem Sie herbeizitiert wurden. Zunächst mal: Wer war noch bei diesem Gespräch mit dabei, außer dem Minister und Ihnen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Sie meinen das Gespräch um 14.20 Uhr?

Rainer Arnold (SPD): Die Uhrzeit habe ich nicht im Kopf. Aber dieses erste Gespräch, wo es um die Frage ging: Gibt es noch Unterlagen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Da waren dabei der Minister, die Leiterin Ministerbüro, der Staatssekretär Wichert und ich.

Rainer Arnold (SPD): Gab es keine weiteren Personen dabei?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Rainer Arnold (SPD): Hat dort bei diesem Gespräch jemand Notizen gemacht oder protokolliert?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Die Frau Leiterin Ministerbüro. Das ist mir insofern in Erinnerung geblieben, weil wir plötzlich eine neue Sitzordnung hatten. Bisher saß der Minister an dem ovalen Teil des Tisches, den Sie kennen, mit dem Rücken zu seinem Schreibtisch. Und da saß jetzt die Frau Leiterin Ministerbüro - die hatte so einen Stapel Akten vor sich liegen - und hatte eine, ich würde mal sagen, Kladde auf dem Schoß und hat sich Notizen gemacht. Gegenüber - - Der Minister saß da mit dem Rücken zur Wand, also blickte in sein eigenes Büro, und Wichert und ich, wir haben unsere alten Plätze eingenommen. Das heißt, Wichert genau gegenüber vom Minister, ich da und da die Leiterin Ministerbüro. Und die hat Notizen gemacht; das habe ich gesehen.

Rainer Arnold (SPD): Das wäre dann sicherlich ein Punkt, den wir natürlich auch mit Herbeiziehung, Beweisanträgen noch ansprechen müssen, dass wir diese Akten natürlich sehen wollen. Dann nochmals zu diesem Gesprächsverlauf: Sie haben von einer diffusen Situation gesprochen. Können Sie sich erinnern, wie oft der Minister gefragt hat, ob da Akten nicht vorgelegt wurden?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: „Berichte“ hat er gesagt, nicht „Akten“. Also, es war mindestens eine Runde, wo mir nicht klar war: Um was geht es hier überhaupt? - Dann kam die Replik von Wichert: Nein, es gibt keine nationalen Untersuchungen, auch keine nationalen Berichte. Und dann hat der Minister sinngemäß gefragt, ob es sonst noch irgendwas gäbe. Und da habe ich geschwallt, was er meinen könnte. Aber es war eben nicht ein direktes Hinführen auf den konkreten Anlass: Ich habe gehört, die *Bild*-Zeitung hat ... - Es war nicht konkret, sondern es war allgemein: Gibt es ...

Erst im Zuge dessen kam dann in meiner Erinnerung die *Bild*-Zeitung selbst zum Thema. Es war zunächst mal nach meiner Erinnerung eine große Tageszeitung; konnte ich mir dann natürlich auch zusammenreimen. Und dann in der zweiten Runde habe ich gemeint, ich habe kapiert, um was es geht.

Rainer Arnold (SPD): Können Sie uns noch sagen, welche Antwort Sie in der ersten diffusen Runde auf seine Frage gegeben haben -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Gar keine.

Rainer Arnold (SPD): - und welche in der zweiten Runde?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Gar keine. Die hat Herr Wichert gegeben. Die erste Antwort hat Wichert gegeben. Und dann ging es weiter, und dann habe ich die Berichte genannt. Ich habe keine erste Antwort gegeben. Ich war der Zweite, der geantwortet hat.

Rainer Arnold (SPD): Und dieses Thema, Informationen gäbe es über den Feldjägerbericht/*Bild*-Zeitung, wer hat das dann eingeführt in dieser Gesprächsrunde?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Als ich den Feldjägerbericht genannt hatte, sagte der Minister: Ja, dann muss es wohl um diesen Bericht gehen. - Dann ist Wichert eingefallen und hat gesagt, dass er ihn auch nicht kennt, aber er ihn auch nicht kennen musste. Wenn der Generalinspekteur den mit dem Minister so gehandelt hat, wie er gleich erzählt, dann hat der Wichert kein Problem damit, dass ich ihm den nicht vorgestellt habe. Und dann habe ich erläutert. Und dann war das Thema erledigt und der Auftrag, die Berichte zusammenzustellen.

Rainer Arnold (SPD): Das heißt, der Minister hat Sie gefragt, ob es weitere Berichte gibt in Kenntnis dessen, dass es diesen Feldjägerbericht gibt? Das hat er also von vornherein gewusst? Das ist ihm nicht erst in dieser Minute zugetragen worden, sondern er muss es vorher schon gewusst haben, als er Sie gefragt hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Darauf kann ich Ihnen nicht antworten. Das weiß ich nicht.

Rainer Arnold (SPD): Aber es hat niemand mit ihm gesprochen während dieser Beratung, ihm weitere Informationen gegeben?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Sie meinen - Entschuldigung, wenn ich jetzt zurückfrage -, vorher?

Rainer Arnold (SPD): Nein, während des Gespräches mit ihm, sodass er möglicherweise erst während des Gespräches erfahren hat, es gibt einen *Bild*-Zeitungs-Artikel?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, nein, es war schon klar, dass es um einen Artikel ging. Es war eine nervöse Stimmung. Vielleicht möchte ich es nicht so negativ sagen, aber es war nervös. Ich weiß nicht, ob der Herr Staatssekretär Wichert das auch so empfunden hat; nach unserem Blickwechsel glaube ich schon. Es hat einfach gedauert, um aufzuschalten: Was liegt hier an?

Es war auch zu diesem Moment nicht die Gefahr für uns oder mich so erkennbar. Es war zunächst mal eine Frage: Was ist jetzt da? - Dass das schon so eine Eskalationsstufe hatte, dass ich zwei Stunden später sozusagen freiwillig rausgeflogen bin, das habe ich zu diesem Zeitpunkt nicht so fühlen können, sondern das war noch die Frage: Was habt ihr da sonst noch gehabt, und was habe ich nicht gewusst?

Rainer Arnold (SPD): Sie haben ja schon ein paar Ministerwechsel erlebt.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Ist es üblich und sachgerecht notwendig, dass Akten, die einem amtierenden Minister gegeben wurden, wenn einer neu ins Amt kommt, die er dann auch braucht, von Ihnen nochmals vorgetragen werden?

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

Oder ist die Pflicht erfüllt, Informationen an die politische Ebene zu geben - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder zur Geschäftsordnung.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich kann nicht erkennen, was diese Frage mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat. Es kommt nicht darauf an, was üblich ist, sondern was in einem konkreten Fall veranlasst wurde. Deswegen beanstandete ich die Frage.

Rainer Arnold (SPD): Das gehört natürlich zum Untersuchungsausschuss, weil der Minister den Vorwurf macht, es wurden ihm Akten und Unterlagen nicht gegeben; das ist der Vorwurf, den er erhebt.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Arnold, vielleicht können Sie die Frage ganz konkret - -

Rainer Arnold (SPD): Ich kann die Frage natürlich konkretisieren.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Aber die Frage hat natürlich was mit dem Untersuchungszusammenhang ursächlich zu tun. Sie haben bei anderen Ministerwechseln Akten, Informationen dem Minister nach oben gegeben. Gab es da jemals eine Situation, dass der Nachfolger die gleichen Akten noch mal eingefordert hat?

(Abg. Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU) meldet sich zu Wort)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein, Herr Kollege Arnold.

Rainer Arnold (SPD): Also, hier sitzt ein General, der auch einiges an Erfahrungen, was Ministerwechsel anlangt, einbringt, und ich habe als Parlamentarier das hohe Interesse daran, zu erfahren, wie das üblicherweise gehandhabt wurde. Und dann stelle ich meine konkrete Frage zum aktuellen Fall.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wie es generell war, hat der Zeuge nicht zu beantworten, sondern wie

es in einem konkreten Fall war. Wenn Sie sagen „bei anderen Ministerwechseln“, müssen Sie schon mal erklären, welchen Sie meinen. Auch dann hat es damit nichts zu tun. Der Zeuge hat konkret Fragen zu beantworten und nicht seine Meinung kundzutun.

Rainer Arnold (SPD): Herr Kollege Kauder, ich verzichte auf die Frage, weil ich glaube, das Problem ist allen klar geworden. Das Problem ist allen klar geworden, und Ihre Reaktion bestätigt ja, -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Nein, das lasse ich, das kann er - -

Rainer Arnold (SPD): - dass es da ganz offensichtlich etwas gibt.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein.

Rainer Arnold (SPD): Sie müssen sich die Kritik dann schon auch gefallen lassen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein. Herr Kollege Kauder, der Herr Kollege Arnold verzichtet auf die Frage und bitte auch auf die Erklärung. Und Sie stellen eine konkrete Frage.

Rainer Arnold (SPD): Ist nach den Gepflogenheiten des Ministeriums im konkreten Fall, wenn Akten Jung, Minister Jung, vorgelegt wurden, eine Notwendigkeit da, was die Arbeitsabläufe anlangt, dem Nachfolger dieselben Akten nochmals vorzulegen, bezogen auf den Bombenabwurf in der Nacht von Kunduz?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich meine, mit dem, was dem Minister zugearbeitet wurde, als der Stab wusste, dass er am 06.11., also sehr kurz nach seiner Amtsübernahme, zu dem Vorfall in Kunduz etwas sagen will, mit dem war der Minister, zusammen mit dem Roten-Kreuz-Bericht, glaube ich, urteilsfähig ausgestattet. Das war einfach, wenn wir auch einmal - wenn ich das darf, Frau Vorsitzende - an die Zeit denken - nicht an die heutige, sondern an die damalige -, eine Fülle von Meldungen jeden Tag aus diesem Einsatzgebiet rundherum um diesen COMISAF-Abschlussbericht, bei allen

Szenarien, die wir hier geschildert haben. Es war überhaupt gar nicht möglich.

Und der Feldjägerbericht war ja nun genau der, von dem ich, genauso wie mein Stab, genauso wie andere, die ihn gelesen haben, überzeugt waren, dass er nun wirklich irrelevant geworden ist. Das war ja im Grunde der knackigste von den irrelevant gewordenen. Die Klein-Meldung ist ein wichtiges Dokument, weil die die Erstmeldung des sozusagen Verursachers war. Aber auch das war nicht möglich, das Bild aufzubauen in der Zeit, wenn der Minister am Freitag vor die Presse will. Was da dazwischen gelaufen ist, das kann ich nicht sagen. Aber ich glaube, dass er für diesen Fall so ziemlich alles hatte.

Ich höre den Vorwurf, aber wenn ich mal genauso ehrlich antworten darf: Vielleicht war ich auch zu naiv, weil, die Übergabe war von einem Kabinettsmitglied zu einem anderen. Der Minister zu Guttenberg war ja Mitglied der Bundesregierung, als er dieses Amt übernommen hat, sodass vielleicht zu Unrecht ich auch davon ausgegangen bin, dass es eine gewisse Kommunikation innerhalb des Kabinetts rund um den 04.09. auch außerhalb meiner Unterrichtung schon gegeben haben könnte. Und ich glaube nicht, dass der Generalinspekteur verantwortlich oder zuständig ist für die Übergabegespräche von Ministern, zumal sie Kabinettskollegen waren.

Das war vielleicht eine Missinterpretation. Aber auf der Basis hatte der Stab diese vier Tage Zeit, bevor der Minister vor die Presse ging. Der Minister hatte alle Alternativen auf seiner Seite, aber er hat sich so entschieden. Er hat sich auch entschieden, das zu sagen, was er will. Deshalb würde ich sehr kritisch anmerken wollen: Der Generalinspekteur und sein Stab haben den Auftrag, den Minister urteilsfähig zu machen. Für sein Urteil selbst ist aber er verantwortlich. Das ist die Situation, wie ich sie beurteile.

Rainer Arnold (SPD): Gab es in den Unterlagen harte Fakten, die im Hinblick auf den ISAF-Bericht neu und bedeutsam für eine Bewertung waren?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Aus meiner Kenntnis - -

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende, die Antwort würde voraussetzen, dass der

Zeuge auf den Inhalt von ein-
gestuften Berichten eingeht! -
Gegenruf des Abg. Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nein!

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Nein.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein,
ich wollte nur auf meine Presseerklärung
eingehen, -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - wenn
ich darf. Meine Presseerklärung war ja so
aufgebaut, dass ich abgeleitet habe, wie ich
zu dem „operativ-militärisch angemessen“
gekommen bin. So, und auf der Basis hat der
Minister schon mal das Urteil des obersten
Soldaten aus militärischer Sicht gehabt. Hö-
her geht es militärisch nicht, und genauer
ging es zu diesem Zeitpunkt militärisch auch
nicht. Wenn ich dann die Vorlage vom 03.11.
dazuziehe, über die ich nicht sprechen darf,
aber von der ich sage, dass ich sie auch
nicht hätte besser machen können, dann hat
er zwei bewertende Elemente - meine Pres-
seerklärung, die Vorlage vom 03.11. -, den
Rot-Kreuz-Bericht und den COMISAF-Ber-
richt, und damit ist der Minister nach meiner
Meinung zu diesem Zeitpunkt urteilsfähig
gewesen.

Rainer Arnold (SPD): Haben Sie zumin-
dest eine Schätzgröße, wie viele laufende
Meter oder Stückzahlen, wie viele Akten,
Unterlagen, Berichte zum Vorfall Kunduz
zum damaligen Zeitpunkt insgesamt da wa-
ren? Weil Sie nur über drei gesprochen ha-
ben. Wie viele hat es insgesamt gegeben?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Es gab
jeden Tag die INTSUM-Meldungen, das
Kriegstagebuch oder das Einsatztagebuch,
das in Potsdam ausgewertet wurde. Nein, ich
kann Ihnen das nicht beantworten. Ich bin
nur gestern, als ich selbst Akteneinsicht be-
kommen habe, erschrocken, wie viele Akten
das überhaupt sind.

Rainer Arnold (SPD): Also, der Minister
hat auch bis zum heutigen Tag mit den zu-
geführten drei Akten, die Inhalt des Gesprä-

ches und der Entlassung waren, bei weitem
nicht alle Unterlagen und Akten - zumindest
nicht von Ihnen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Zumin-
dest nicht von mir.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Arnold, die Frage würde ich an
Ihrer Stelle bitte zurücknehmen.

Rainer Arnold (SPD): Der General hat
sie ja schon beantwortet. Ein bisschen Ironie
darf ja vielleicht auch mal sein.

Dann haben Sie vorhin noch einen Punkt
angesprochen. Sie sagten, hochgestellte
Persönlichkeiten hätten Ihnen den Rat gege-
ben, wie Sie sich bitte auch schützend und
die Bundeswehr vor Oberst Klein stellen.
Können Sie sagen, wer die hochgestellten
Persönlichkeiten waren?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das
tue ich eigentlich ungern, weil ich das auch
als vertrauliche Gespräche empfunden habe.

Rainer Arnold (SPD): Das müssen wir
akzeptieren. Also, ich möchte Sie da nicht
bedrängen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das
war sehr vertraulich, und ich will schon - -
Vielleicht klingt das jetzt zu hochmütig, aber
ich hatte nach der langen Generalinspek-
teurzeit durchaus Ansprechpartner außerhalb
des Militärs, die früher hohe Spitzenstellun-
gen in Deutschland hatten, die mich immer
wieder kritisch begleitet haben und mir Hin-
weise gegeben haben, was ich machen
muss - soll.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
So, jetzt - - Herr Kollege Kauder.

**Siegfried Kauder (Villingen-Schwenning-
gen) (CDU/CSU):** Entweder der Kollege Ar-
nold nimmt die Frage zurück, oder der Zeuge
muss sie beantworten; denn nicht er ent-
scheidet, ob ihm das peinlich ist oder nicht.
Er hat ja eine Aussagepflicht und eine Wahr-
heitspflicht.

Rainer Arnold (SPD): Da haben Sie
recht, Kollege Kauder. Ich nehme die Frage
zurück. Das verstehe ich.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Zeit der SPD-Fraktion ist abgelaufen. - Jetzt kommt die FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr General, ich möchte eigentlich noch mal auf den Ausgangspunkt zurückkommen und nicht jetzt auf die Frage der Diskussionen und Erörterungen mit den Ministern oder dem Minister jeweils. Sie sagten, die Pressemitteilung unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Vorfalles, nach der ersten Meldung, war mit der militärischen Seite nicht abgestimmt. Wer hat sie denn herausgegeben? Wer hat sie veranlasst, wer hat sie verantwortet?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Die Verantwortung siedle ich beim Pressestab an.

Hellmut Königshaus (FDP): Pressestab. Und der ist angesiedelt im Verantwortungsbereich des Staatssekretärs?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ministerbüro. Nein, -

Hellmut Königshaus (FDP): Ministerbüro?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - das ist Ministerstab.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun war ja diese nicht abgestimmte Pressemitteilung nach den später eingehenden Meldungen zumindest dann zunehmenden Zweifeln ausgesetzt, auch im eigenen Haus. Deshalb mal meine Frage: Wie kam es denn dann dazu, dass der Bundesminister in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* am 6. September, also schon einige Tage später, sagte, nach allen ihm zurzeit vorliegenden Informationen seien bei dem durch das US-Flugzeug durchgeführten Einsatz ausschließlich terroristische Taliban getötet worden? Entsprach das dem Erkenntnisstand? Jetzt nicht des Ministers, der hat ja gesagt: nach seinen Erkenntnissen. Entsprach das dem Informationsstand des Ministeriums?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das basiert alles auf der Meldung vom Oberst Klein an mich, wo das sehr eindeutig dargestellt ist, und ist ergänzt worden durch den

Bericht von Oberst N [REDACTED], den Vorabbericht zum Initial Action Team. Bei dem löst es sich aber schon wieder ein bisschen auf. Herr Minister Jung - das war der Sonntag, der 06.; ich kann mich erinnern, weil ich das schon morgens gelesen habe und anschließend mit ihm darüber telefoniert habe - hat sich unheimlich lange ausschließlich auf den Klein-Bericht - - hat den sozusagen als gültig genommen, und deshalb hat er sich an diesem Morgen so geäußert. Denn alle anderen hatten ja nur Gefühle, dass das vielleicht nicht sein könnte. Mit Gefühlen kann man aber nicht arbeiten; das ist keine militärische Größenordnung. Entweder weiß man es, oder man weiß es nicht. Und zu diesem Zeitpunkt hatten wir belastbar die Meldung vom Oberst Klein, wir hatten Varianten - auch von der NATO-Presse -, aber wir konnten nicht sagen, was denn nun stimmt. Und der Minister hat sich auf die Oberst-Klein-Meldung an diesem Sonntag noch - - Das ist meine Interpretation, so wie ich ihn verstanden habe.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun ist es ja so, es ging ja nicht darum, dass gesagt wurde: „Wir haben keine belastbaren Informationen über zivile Opfer“, sondern es ist gesagt worden: können ausgeschlossen werden nach allen uns vorliegenden Informationen. - Zumindest das konnte ja dann nicht mehr aufrechterhalten werden. Mir geht es jetzt nicht um den Minister, der möglicherweise dann eben tatsächlich dort keinen anderen Informationsstand hatte. Aber auf der Homepage zum Beispiel des Einsatzführungskommandos war - bis heute ist das, glaube ich, noch nachzulesen - über mehrere Tage unkorrigiert auch diese Darstellung, selbst zu einem Zeitpunkt, als es völlig gegensätzliche Hinweise gab. Gibt es da jemanden, der so etwas dann sicherstellt, dass dort eine zutreffende Information dann, eine korrigierende Information nachgeschoben wird?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich kenne auch die Homepage nicht. Aber ich will wohl einräumen, dass eine der Lehren aus dem Ereignis 04.09. sein muss - das ist jetzt aber nicht mehr bei mir, und das war auch nicht die Kompetenz des Generalinspektors -: Wir müssen auch Pressearbeit koordinieren - das sagte ich ganz zu Beginn mit Blick auf Pressearbeit -, abstimmen. Jedes PIZ,

Presse- und Informationszentrum, im Einsatzgebiet, in Potsdam, was weiß ich, in Koblenz - - Alle haben sie ihre PIZen und machen Homepages. Die Frage „Wer kontrolliert das eigentlich, und wer stimmt das ab?“, die kann ich Ihnen nicht beantworten. Und daraus können Sie schließen, dass es vermutlich niemand tut.

Das ist ein Defizit, weil wir diese strategische Bedeutung von Informationen - das habe ich ja vorher nicht so deutlich ausformuliert - - Kommunikation als strategischer Faktor - diese Schlussfolgerung haben wir aus den neuen Kriegen noch nicht gezogen, auch nicht in der Wahrnehmung unserer Gegner, weil die das auch mitkriegen. Da haben wir noch ein ganz großes Defizit, wo wir intellektuell nicht an die zentralen Themen der neuen Kriege herangekommen sind, und dazu gehört der Faktor Kommunikation als strategisches Asset sozusagen.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun gibt es ja Leute, die behaupten, dafür gäbe es andere, die den Faktor erkannt haben und entsprechende Einflussmöglichkeiten aufgebaut und genutzt hätten. Ist Ihnen etwas darüber bekannt, im Ministerium beispielsweise, dass sich jemand damit befasst hat, eine Beeinflussung auch der Berichterstattung zu erreichen, möglicherweise auch eine Beeinflussung des Gangs der Untersuchungen im Einsatzgebiet?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, ich kenne nur meine Entscheidung - was heißt „meine Entscheidung“? -, die Entscheidung des Staatssekretärs in Abstimmung mit mir, dass wir jetzt national ruhig halten, bis wir den ISAF-Bericht haben. Das ist ein Eingriff, klar, den ich aber immer noch für richtig halte. Ansonsten kenne ich mich in diesen Bereichen nicht aus. Das ist mir schlicht nicht bekannt.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe Sie ein bisschen falsch verstanden, Herr Abgeordneter. Es gab schon einen Krieg mit dem Leiter Informations- und Pressestab und mit dem Generalinspekteur; der hatte aber nichts mit dem Oberst Klein zu tun.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich glaube, Sie haben mich schon genau verstanden. Ich meinte das natürlich nicht. Aber das können wir ja jetzt hier nicht erörtern im öffentlichen Teil.

Meine Frage ist allerdings, weil Sie ja jetzt auch sagten, Sie sind auf die nationale Untersuchung dann auch entsprechend eingegangen und haben sie unterbunden, einfach deshalb, um nicht nebeneinander laufende Untersuchungen durchzuführen: Wer hat das denn unterbunden? Wer hatte denn überhaupt dort die Zuständigkeit? Waren Sie das, oder war das der Staatssekretär über das Einsatzführungskommando?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Es war eine gemeinsame Entscheidung, gebilligt vom Minister, und ich habe es beim Einsatzführungskommando als Anordnung abgegeben. Und der hat das dann runterübersetzt zu Vollmer, wenn ich das richtig verfolgt habe.

Hellmut Königshaus (FDP): Nun ist es ja so, dass die ISAF Untersuchungen durchgeführt hat zum Sachverhalt - das ist richtig -, aber eben auch danach, ob entsprechende ISAF-Procedures nicht beachtet wurden bzw. ob andere Weisungen nicht beachtet wurden, die von ISAF gegeben wurden. Nun gibt es ja daneben auch noch die nationalen Richtlinien, die zu beachten sind, die die ISAF weder kennen muss noch beachten muss und demzufolge auch nicht untersucht. Wer hat die denn nun untersucht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Soweit ich weiß, sind die bis zur Stunde nicht untersucht.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist das nicht dann auch ein Verstoß, beispielsweise gegen Richtlinien wie beispielsweise der WDO?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Königshaus, das ist eine grenzwertige Frage. Das ist eine Rechtswertung.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein. Die WDO ist eindeutig, und ich glaube, jeder Soldat weiß, wann er ein Disziplinarverfahren einzuleiten hat und wann nicht. Ich weiß schon, warum ich frage. Also, ich nehme die grenzwertige Frage zurück und frage anders:

Ist Ihnen bekannt, ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, und, wenn ja, was ist daraus geworden?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Mein Kenntnisstand ist, dass es kein Disziplinarverfahren gibt. Das ist mein Kenntnisstand. Ich muss mich jetzt insofern entschuldigen, weil ich nicht Disziplinarvorgesetzter bin.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der, der das einleiten muss, ist der Vizeadmiral Kühn. Der ist truppendienstlicher Vorgesetzter, und mit dem habe ich seit meiner Entfernung aus dem Dienstverhältnis keinen Kontakt mehr gehabt. Das heißt, ich weiß es ganz einfach nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich stelle das dann zurück für den nichtöffentlichen Teil. - Aber mir geht es jetzt doch noch mal um die grundsätzliche Frage, Sachverhaltsfeststellung auch unter dem Gesichtspunkt „Konsequenzen für die Einsatzführung selbst“. Das heißt, es geht ja nicht nur um NATO Procedures, sondern eben auch die Frage: Wie werden Sachverhalte festgestellt, damit man gegebenenfalls daraus auch Konsequenzen zieht, beispielsweise für andere Ausstattung? - Läge ja hier nahe, dass man fragt: Was hatte der Oberst Klein für Alternativen? Muss es zwischen Nichtstun und dem, was er getan hat, nicht eine Alternative dazwischen geben? - Das ist ja dann ausgeblieben, wenn diese Untersuchung nicht stattgefunden hat.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Da möchte ich Ihnen widersprechen. Der Minister hat auf seiner Reise mit mir nach Afghanistan dort angekündigt, dass wir mehr Truppen da hinschicken, die Verstärkungskräfte hinschicken nach Kunduz. Das ist eine erste Reaktion. Und ich hatte auf meinem Sprechzettel für den Verteidigungsausschuss am 25.11., Ihre Unterrichtung - die habe ich aber nicht mehr - -

Hellmut Königshaus (FDP): Das war aber später. Ich bezog mich ja jetzt auf die unmittelbare Reaktion. Es ist bekannt, es gab diesen Luftschlag. Es ist bekannt, Oberst Klein hat darauf reagiert, dass er nach eigenen Erkenntnissen, eigener Einschätzung

keine Alternative hatte. Es hätte ja dann nahegelegen, zu untersuchen: Kann man ihm, muss man ihm, dem Kommandeur - wie immer er dann heißt -, Alternativen geben? - Diese Untersuchung ist dann ja auch unterblieben.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Noch mal: Da widerspreche ich Ihnen. Die erste Reaktion hat der Minister in Afghanistan bekannt gegeben, als wir zusammen dort waren, dass wir sofort ein Team runtergeschickt haben unter der Leitung eines Obersts, um die Ausbildung unserer Forward Tactical Air Controller zu verbessern, damit die dieses Dynamic-Verfahren besser beherrschen als der damals eingesetzte - -

Hellmut Königshaus (FDP): Welcher Minister war das?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Königshaus, Ihre Zeit ist zu Ende.

Hellmut Königshaus (FDP): Entschuldigung, das habe ich nicht gehört.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich habe bereits eine weitere Frage zugelassen. Sie können jetzt keine Nachfrage mehr stellen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der jetzige.

Hellmut Königshaus (FDP): Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich das Wort der Fraktion Die Linke. Herr van Aken.

Jan van Aken (DIE LINKE): Ich möchte doch noch einmal auf die hochgestellten Persönlichkeiten zurückkommen, die Ihnen nahegelegt haben, auf den Oberst Klein aufzupassen. Waren unter diesen hochgestellten Persönlichkeiten auch welche, die jetzt noch in Amt und Würden sind, Mitglieder der Bundesregierung zum Beispiel oder anderweitig in politischen Positionen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Die, die ich gemeint habe: Nein.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich auf einen anderen Punkt zurückkommen, und zwar die Akten. Sie hatten gesagt, dass der Planungsstab von Herrn zu Guttenberg denn ja die Akten haben würde, die Sie damals Herrn Jung vorgelegt haben; das haben Sie eben in Ihrem Vortrag gesagt. Das ist richtig so?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das Verfahren im Verteidigungsministerium ist so, dass es keine Vorlage an den Minister gibt, die nicht als Kopie über den Planungsstab auch zum Minister kommt. Der Planungsstab ist ja der Stab, wo das ganze Ministerium fokussiert ist, runtergespiegelt ist, und der zu allen Vorlagen des Generalinspektors an den Minister Stellung nimmt. Der Planungsstab plant ja eigentlich nichts; der Begriff ist von Helmut Schmidt. Ich war selber Leiter Planungsstab, deshalb darf ich es vielleicht sagen. Er ist ja 1972 von Helmut Schmidt eingeführt worden, auch als Controlling-Element über dieses Riesenministerium. Und es gibt eine ministerielle Arbeitsanweisung - das ist die Geschäftsordnung des BMVg; da steht das Verfahren genau drin -, dass Vorlagen an den Minister - und, wenn ja, welche und in welchem Stadium - nach Zeichnung durch - - Und dann kann der Planungsstab sagen: Sagt der Generalinspekteur, legt Ihnen vor. Dazu nehme ich Stellung. - Da kann ich gar nichts machen. Das ist das Privileg des Planungsstabs.

Insofern ist das ein Automatismus, dass der Planungsstab alles hat, was der Minister vom Generalinspekteur bekommt, außer ich schreibe ihm einen persönlichen Brief, dem Minister. Den leite ich dann nicht über den Planungsstab. Aber alle dienstlich relevanten Vorgänge sind nach der Geschäftsordnung so zu handhaben.

Jan van Aken (DIE LINKE): Das heißt, die Klein-Meldung lag im Planungsstab von Herrn zu Guttenberg vor?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Jan van Aken (DIE LINKE): Warum nicht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Als die Klein-Meldung kam, da war der Minister Jung noch im Amt, und dem habe ich sie gefaxt.

Und seitdem ist sie bei Jung, bei Wichert und bei mir und dem Einsatzführungskommando.

Jan van Aken (DIE LINKE): Und wie ist das mit der N[REDACTED]-Meldung?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Genauso.

Jan van Aken (DIE LINKE): Das heißt vorgelegen haben dem Herrn zu Guttenberg der ICRC-Bericht und der ISAF-Bericht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Internationales Rotes Kreuz, ISAF, Sprechempfehlung für den Generalinspekteur plus Vorlage des Einsatzführungsstabes vom 03.11., das sind die mir bekannten Unterlagen des Ministers. Sie schließen ja an die Frage an, die vorher schon mal gestellt wurde. Ich hätte ja nicht gewusst, wo wir beginnen müssen mit Vorlage von alten Dokumenten, wenn wir die alle in der Woche dem neuen Minister hätten vorlegen müssen. Das ist, glaube ich, ein Arbeitsverfahren, das der praktischen Anwendung nicht standhält.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut, dann komme ich auf einen dritten Punkt zurück, den Sie erwähnt haben, und zwar, dass Sie dem Minister gesagt haben - ich glaube, im Flugzeug war es -: So einfach, wie heute Vormittag vielleicht der Eindruck entstanden sein könnte, ist es nicht. - Können Sie ein bisschen genauer sagen, was Sie damit meinen? Sie selber haben ja diese Sprechempfehlung auch abgezeichnet, und dann sagen Sie hinterher: Herr Minister, aber ganz so einfach ist es doch nicht.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja nun, das, was ich damit meinte, ist, dass man die Entscheidung von Oberst Klein auch anders beurteilen kann, als sie der Generalinspekteur beurteilt hat. Die muss man politisch anders - - Nicht anders, die muss man politisch bewerten. Die muss man unter juristischen Gesichtspunkten bewerten. Ich habe mein militärisches Urteil abgegeben. Aber ich habe kein Problem, wenn man mir sagt: Sie haben es sich da ein bisschen zu einfach gemacht, und ich sehe das anders. - Das ist eben nicht einfach.

Das ist ja ein Problem, das ich auch habe, wenn ich Klein beurteile und sage: Du hast das falsch gemacht. - Dann bin ich ihm ja

schuldig, zu sagen: Was hättest du denn richtig machen müssen. - Und da habe ich bis zur Stunde auch keine Antwort, die ich Klein geben kann. Was wäre denn richtig gewesen an dieser Stelle? Was waren denn deine Handlungsalternativen? Die Truppe bei Nacht in ein Nachtbegegnungsgefecht mit diesen unkalkulierbaren Menschen zu schicken mit dem Risiko, eigene Tote zu haben? - Keine Alternative. Was bleibt uns dann übrig, dem Klein zu sagen? - Laufen lassen. Dann wären die vielleicht doch noch zum Problem geworden, und dann hätten wir miteinander wieder ein Problem gehabt.

Das ist halt alles nicht so einfach; so meine ich das. Das ist nicht so einfach, zu sagen: richtig oder falsch. Im Militärischen gibt es richtig und falsch, und es gibt zweckmäßig und unzweckmäßig. Ich will Ihnen sagen, was ich gesagt habe zu Oberst Klein - nur die eine Stelle; sonst lasse ich aus meinem Gespräch mit dem Klein nur unter Androhung von Gefängnis etwas raus -: Ich habe nicht verstanden, wieso er seinen Rechtsberater nicht geweckt hat. Das war aus meiner Sicht unzweckmäßig. Ich kann aber nicht sagen: Das war falsch. So unterscheiden wir, das ist ein militärisches Kriterium: zweckmäßig, unzweckmäßig. Und bei militärischen Meldungen haben wir eine Regel, die heißt: Ansprechen, Beurteilen, Folgern. Und wenn ich das alles habe, dann kann ich mit was umgehen. Wenn aber einer nur rumgrummelt und sagt: Ich habe da Schwierigkeiten. - Das ist für mich nicht operationalisierbar. Das ist der Punkt. Und deshalb sage ich: Man kann zu der Auffassung, die ich hatte, auch eine andere haben zum Verhalten von Oberst Klein. Das ist ja nicht abstrus, was ich da sage. Darauf wollte ich aufmerksam machen. Und vielleicht ist der Minister ja auch während seiner Vorbereitung von anderen auf den Punkt hingewiesen worden; das weiß ich nicht.

Aber so habe ich das gemeint: Das ist vielleicht alles nicht einfach. - Und es ist eben im Fall Klein nicht einfach.

Jan van Aken (DIE LINKE): Ich möchte noch einen vierten Punkt aus Ihrem Vortrag aufgreifen. Sie haben zum Feldjägerbericht gesagt, Sie waren mit der Qualität zutiefst unzufrieden. Wenn Sie jetzt mal den NATO/ISAF-Bericht und den Feldjägerbericht nebeneinander legen: Würden Sie sagen, in dem Feldjägerbericht steht auch nur ein Wort mehr Information drin als im NATO-Bericht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Jan van Aken (DIE LINKE): Danke. - Dann habe ich noch einen fünften Punkt. Als Sie an dem besagten 25.11. um 14.20 Uhr in den Raum kamen, sagten Sie, hätte der Minister gesagt, die große Verantwortung, die er mit dem Schutz von Oberst Klein übernommen hat oder so ähnlich. Hat er das in irgendeiner Form ausgeführt? Das ist ja merkwürdig. Natürlich hat der Minister Verantwortung. Aber dass er Ihnen gegenüber - - War das im Beschwerdeton, oder in welcher Form hat er das gesagt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, das habe ich nicht als Beschwerdeton, sondern das habe ich als Auftakt oder Erinnerung an das, um was es jetzt gleich gehen wird oder so, genommen. Also, ich habe mir da zunächst mal keine großen Gedanken gemacht. Ich habe mich nur gefragt: Um was geht es denn jetzt, wenn so eingeleitet wird? Warum bin ich jetzt da bei dieser Einleitung?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Danke schön, Herr van Aken. - Jetzt kommt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Nouripour.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Schneiderhan, wussten Sie oder wissen Sie von der Existenz der „Gruppe 85“?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch, was ihre Aufgabe war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie da eingebunden in diese Arbeit?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Wichert-Runde, die sogenannte?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich glaube, Sie sprechen von Identischem.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist dasselbe? Und wussten Sie, ob bei der „Gruppe 85“ andere Häuser beteiligt waren?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wussten es nicht oder waren nicht beteiligt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich weiß es nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es nicht. - Das Urteil des Verteidigungsministers Guttenberg, das erste Urteil, sein erstes Statement ging ja deutlich weiter über das, was Sie geäußert hatten, hinaus. Sehen Sie das auch so?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zwangsläufigkeit des Angriffes, wie er es beschrieben hat, das war nicht Teil Ihres Urteiles? Lag das daran, dass Sie das nicht geäußert haben, oder lag es daran, dass es nicht zu Ihrer Beurteilung gehörte?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Die Grunddiktion, die wir uns für meinen Teil beigelegt haben mit dem „aus operativer Sicht militärisch angemessen“, sollte auch so sein, dass ich sagen wollte: Man konnte so handeln. - Das war meine Grunddiktion. Die habe ich so nicht hingekriegt, weil sie unerschwinglich war. Aber so wollte ich das abgeleitet haben. Und der Minister Guttenberg hat eben eine andere Grundauffassung dazu gehabt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sagte: Man musste so handeln. - Es gibt einen *Spiegel*-Bericht, in dem Sie zitiert werden damit, dass Sie zu Ihrem Mitarbeiter vor der öffentlichen Äußerung gesagt haben sollen: „So kann ich doch nicht reden“, nachdem Sie das das erste Mal gesehen haben. Stimmt das?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja. Das war aber - - Das liegt jetzt daran, dass ich sehr dialektgefärbt bin und mich am wohlsten fühle, wenn ich nicht vorlesen muss, sondern Gedanken entwickeln kann. Und das Haus

hat mir unter juristischer Hochberatung gesagt, dass ich in diesem Fall genau sein muss und nicht ins Schwätzen kommen darf. Und deshalb habe ich mich an diesen Ratsschlag halten müssen, weil es ja eine hochbrisante Geschichte war. Ich war der erste deutsche Militär, der öffentlich dazu was sagen musste. Ich wusste, dass das auch ein Ritt auf der Rasierklinge ist, was ich da mache. Und deshalb habe ich mich an die Sprache derer gehalten, deren Fachsprache das ist; das ist aber nicht meine. Und das war der Ausdruck nach dem Motto: Kann man das nicht für mich so aufschreiben, dass das mit mir auch noch lingual funktioniert in irgendeiner Form?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist nicht mehr umgeschrieben worden, -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern Sie haben das dann so vorgetragen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe es so vorgetragen. Ich habe nur einen Einschub gemacht, und das war, dass wir den betroffenen Familien helfen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage der Revision des Urteils durch den Minister: Verstehen Sie, warum er das gemacht hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wir haben uns nicht darüber unterhalten.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Teilen Sie seine Revision des Urteils?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wenn ich es so gesehen hätte, hätte ich es vermutlich auch so gesagt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr Freiheit, als ich gedacht habe. - Die Frage, wie der Minister zu seinem eigenen Urteil gekommen ist, was ja, wie beschrieben, weitgehender war als Ihres: Wissen Sie, ob der Minister das, was Sie ihm an Vorbereitung vorgelegt haben, also die drei Berichte, gelesen hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, das weiß ich nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen nicht bekannt. - Was lag Minister Jung - das ist eine redundante Frage, aber ich bin mir nicht sicher, ob ich es verstanden habe - genau vor, als er am 07., glaube ich, das letzte Mal vor die Kameras trat und sagte, ihm sei nichts bekannt von zivilen Opfern.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der Bericht, die Meldung von Oberst Klein, der Bericht von Oberst N [REDACTED]. Wenn Sie sich auf den Dienstag beziehen, dann hatte er zu diesem Zeitpunkt von mir noch nicht den Abschlussbericht des Initial Action Teams gehabt. Den habe ich nämlich noch für meine Erklärung bei den Obleuten verarbeitet. Den habe ich noch nicht weitergeben können; den habe ich noch gebraucht, um meine Sprechunterlagen für den nächsten Früh zu machen. Den hat er dann am Mittwoch, glaube ich, gehabt. Am Mittwoch, das war dann der 09.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt möglicherweise eine naive Nachfrage: Aber wenn ein solch sensibler Bericht reinkommt, geht der dann nicht in Kopie an den Minister?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, ich wollte das vorher so sagen, dass wir ein Verfahren haben, dass der Minister zumindest meine Paraphe und einen Kommentar auf so einen Bericht kriegt und nicht die Berichte nach dem Motto: Lies, und mach Dir eine Meinung. - Das ist nicht machbar. Der müsste mich rausschmeißen, wenn ich ihm alles direkt vorlege und sage: Gucken Sie, wie Sie damit klarkommen. - Er hat ein Recht auf eine Bewertung durch den Stab. Diese Bewertung habe ich ja schon vorgezogen gemacht, und da hat der Minister ja zugehört. Als ich die Obleute unterrichtet habe, habe ich ja aus diesem N [REDACTED] - und dann dem Initial-Action-Team-Bericht zitiert und vorgelesen: Was haben die gesehen, was haben die beanstandet? - Ich kann das hier im offenen Teil nicht machen. - Damit hatte Jung natürlich automatisch als Zuhörer am Dienstagmorgen um 8 Uhr bzw. um 7.30 Uhr bei den Obleuten alle Informationen durch Vortrag von mir ja auch bekommen. Das ist der Weg, den wir da gewählt haben. Er musste

es ja nicht; sonst hätte er sich den Abend ja auch um die Ohren schlagen müssen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben in Ihrer Chronologie einen Termin nicht genannt: Das ist der 15. Oktober, der Stavridis-Besuch. Sie haben ja General Stavridis selbst getroffen. Ist das so?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, der war bei mir zu Besuch.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er war bei Ihnen zu Besuch. Traf er auch den Minister?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie ein Gespräch mit ihm unter vier Augen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, klar.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es in irgendeinem Zusammenhang oder gab es irgendwie das Thema JIB-Report?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Den Report nicht, aber das Verfahren. Noch mal: Wir haben sicherlich darüber gesprochen: Was bedeutet es jetzt, wenn ihr feststellt, dass die Rule of Engagement „troop in contact“ sprachlich schon unpräzise ist, und wir Worte wie „immediate“ aus dem Englischen übersetzen müssen, und der eine liest es so: „imminent threat“, „immediate threat“? Da kann man ja ganze Lexika wälzen, bevor man da zu einer exakten Übersetzung kommt. Wie machen wir das mit der Ausbildung? - Also, wir haben ein Fachgespräch geführt, aber nicht über den Report, sondern was wir jetzt daraus für Schlussfolgerungen ziehen. Und so ähnlich hat er auch mit dem Bundesminister der Verteidigung Jung, der ihn dann auch empfangen hat, gesprochen: Was ziehen wir für Schlussfolgerungen? - Aber es war kein - - Inhaltlich ging es nicht um den Report.

Er war froh, dass zwischen Stan McChrystal und mir die Dinge wieder in Ordnung sind, weil er ja mitgekriegt hat, dass das kurz gerauscht hat. In der Atmosphäre

lief das ab. Im Übrigen hat er sich aus diesem Unternehmen klugerweise ja auch rausgehalten und gesagt: Das ist dem McChrystal sein Problem, einen vernünftigen Bericht zu machen. - Und wir mussten keine Angst haben, dass der uns unnötig schont. Die Gefahr bestand bei McChrystal nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage jetzt die Kollegen, ob noch offene Fragen sind im öffentlichen Teil. - Das ist der Fall. Dann frage ich Sie, Herr General Schneiderhan, ob wir eine Pause machen sollen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wegen mir nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Wegen Ihnen nicht. - Dann beginnen wir jetzt mit der CDU/CSU-Fraktion.

Michael Brand (CDU/CSU): Herr Schneiderhan, Sie haben bei Ihrer Aussage eben mehrfach gesagt, dass Sie am 03.11. ein Pressestatement für den Minister vorbereitet haben und der Minister vollumfänglich informiert gewesen sei, und haben dort explizit den Rot-Kreuz-Bericht erwähnt, der nach unseren Informationen am 6. November eingegangen ist. Wie passt das zusammen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das passt schon zusammen, dass der Minister ihn ja selber erwähnt hat in seinem Pressegespräch, dass er den Rot-Kreuz-Bericht hat.

Michael Brand (CDU/CSU): Am 03.11. - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, das war die Woche. Entschuldigung, Herr Abgeordneter, wenn ich Sie unterbrochen habe; das wollte ich nicht. - Die Vorlage des Stabes war vom 03.11.: Einsatzführungsstab bewertet COMISAF-Abschlussbericht und macht auf die Knackpunkte aufmerksam. - Der Rote-Kreuz-Bericht, das weiß ich jetzt nicht exakt - weil ich ja auch nicht da war -, ob er am 05. oder am 06. eingegangen ist. Aber im Pressestatement hat der Minister Guttenberg gesagt, dass er ihn hatte. Daraus schließe ich, dass er ihn hatte.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich wollte nur klarstellen, dass der Minister ihn am

03.11. nicht gehabt haben kann, weil er erst am 06.11. eingegangen ist.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja. Aber er hat ihn verwertet für sein Pressestatement.

Michael Brand (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Die zweite Frage geht auch noch mal um diesen Themenkomplex. Sie haben uns ja den Brief dankenswerterweise auch vorgelegt, und Sie haben eben, wenn ich es richtig verstanden habe, den Brief an den Minister vom 30.11., der am 03.12. übergeben worden ist - - haben Sie bei Ihrer Aussage eben gesagt, dass Sie in der ersten Runde nichts gesagt hätten, nur Staatssekretär Wichert. Habe ich das richtig verstanden? Um 14.20 Uhr?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Die erste Antwort auf die Frage hat der Staatssekretär Wichert gegeben mit dem Hinweis: Nein, es gibt keinen nationalen Untersuchungsbericht.

Michael Brand (CDU/CSU): In dem Brief, den ich eben angesprochen habe, heißt es dann:

Es ist nicht wahr, dass ich Ihnen in der Befragung um 14.20 Uhr keine Antwort gegeben hätte.

Wie deckt sich das?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe ja eine Antwort gegeben. Ich habe ja drei Berichte genannt. So habe ich das verstanden.

Michael Brand (CDU/CSU): Also in der ersten Besprechung mit dem Minister?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Es gab nur die. Das war nach knapp 15 Minuten alles vorbei, und dann sind wir raus mit dem Auftrag, diese Berichte zusammenzustellen. Das war extrem kurz. 14.20 Uhr. Ich glaube, kurz nach halb drei war ich schon im Büro und habe den Auftrag erteilt. Also maximal 15 Minuten war das gesamte Gespräch um diesen Feldjägerbericht.

Michael Brand (CDU/CSU): Es gab zwei Zusammentreffen: 14.20 Uhr und dann das spätere.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: 17 Uhr alleine. Das war Entzug des Vertrauens und Ende der Zusammenarbeit.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich möchte jetzt von dem Themenkomplex wegkommen, weil der eigentliche Untersuchungsgegenstand sich ja um die Nacht des 3. und 4. September dreht, und komme dort noch mal auf den Feldjägerbericht zu sprechen. Wann genau haben Sie von dem Feldjägerbericht das erste Mal Kenntnis erhalten?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe grob, vermutlich, um den 07.09. herum gewusst, dass da ein Feldjägerbericht entsteht. Ich habe gehört, dass Feldjäger zur Unterstützung von Klein sogar noch vor dem ersten ISAF-Team in Kunduz waren, und habe ihn schriftlich bekommen, als ich aus Afghanistan zurückkam. Das war dann am 14. oder 15. September, da habe ich den schriftlich gehabt mit einer Bewertung des Einsatzführungsstabes. Davor wusste ich mündlich um den Bericht, wusste, dass ein Feldjäger da hingeschickt wurde. Ich habe mich selber in Kunduz aber mit diesem Thema nicht beschäftigt, weil ich ja nicht in Kunduz war, um zu ermitteln. Das heißt, ich habe auch nicht nachgefragt. Und als ich zurückkam, war er da mit einer Bewertung durch den Einsatzführungsstab.

Michael Brand (CDU/CSU): Haben Sie mit General Glatz darüber gesprochen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe mit General Glatz über den Feldjägerbericht gesprochen. Da gab es ja auch ein Gespräch zwischen Glatz und Ramms in diesem Zusammenhang, und es gab sicherlich Gespräche zwischen Glatz und Vollmer. Da stecke ich nicht drin; das weiß ich nicht. Aber die Frage: „Wie gehen wir damit um?“ war durchaus ein Thema. Der General Glatz hat mich dann bei der Atlantik-Brücke, deren Datum ich im Augenblick nicht drauf habe - Atlantik-Brücke ist die Veranstaltung der deutsch-amerikanischen Generalität in Berlin, wo ich immer vortragen darf; da war der SACEUR übrigens auch da -, da hat mir der Glatz gesagt, dass Sullivan, der Untersuchungsleiter, von dem Bericht des Feldjägers gehört habe und er möge ihn bitte haben. Da habe ich untersucht: Was machen wir jetzt?

So ist das dann gegangen, dass ich dann zum Minister gegangen bin und ihm das alles

erläutert habe und empfohlen habe: Wir müssen den jetzt in die NATO-Kette hineingeben. - Es gab drei oder vier Gespräche mit Glatz: Wie gehen wir mit dem Feldjägerbericht um? - Mit mir, Gespräche mit mir.

Michael Brand (CDU/CSU): Zu Fragen der Inhalte des Gesprächs kommen wir dann im geheimen Teil. Da gibt es eine Reihe von Nachfragen und Vorhaltungen, weil es in dem Bereich dann auch noch andere Einschätzungen der Bedeutung dieses Feldjägerberichtes gibt.

Was mich interessieren würde im Zusammenhang mit dem Feldjägerbericht: Sie haben ja zu Recht gesagt - jedenfalls aus meiner Sicht zu Recht gesagt - bei Ihrer Aussage, dass es richtig und notwendig ist, deutsche Militärs und hier den Oberst Klein vor Vorverurteilung zu schützen. Genau aus diesem Grund kann man natürlich auch zu dem Schluss kommen, zu sagen - was Amerikaner und andere Nationen ja durchaus tun -, einen nationalen Bericht zu machen - zumal wenn er schon begonnen worden ist -, um damit auch Soldaten vor Vorverurteilungen zu schützen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wir haben diskutiert: Wir veröffentlichen den Feldjägerbericht. - „Wir“ ist mein Adjutant und ich. Das war ja eine Handlungsoption. Ich habe gesagt: Leute, das geht schief, der wird falsch gelesen, der wird falsch interpretiert. - Und davon bin ich heute noch überzeugt. Der Feldjägerbericht war nicht der Einstieg in eine - nach „Ansprachen, Beurteilen, Folgen“ - solide, Fakten von Vermutungen trennende Arbeitsweise. Das war er nicht; das konnte er zu diesem Zeitpunkt ja gar nicht sein.

Als er den geschrieben hat, hat er doch auch nur die Fragen gehabt, die wir alle miteinander haben, und die musste man mir nicht mehr berichten. Die waren im N-Report-Bericht abgefasst, die waren in anderen Gesprächen erfasst. Also, ich brauchte die Hinweise dieses Feldjägerführers auf noch zu klärende Fragen nicht. Insofern hat der nicht ins System gepasst. Außerdem hat er eben Vermutungen angestellt und rum-spekuliert, und das in einer Art und Weise - - Ich bleibe dabei, so schwer mir das fällt, weil ich ja sonst auch gegenüber den Untergebenen gerne loyal bin: Aber das war nichts; das war richtig nichts, der Bericht. Anders kann ich das nicht formulieren, so leid mir das tut.

Michael Brand (CDU/CSU): Herr Schneiderhan, Sie sagten zu dem Feldjägerbericht, dass er angehalten worden wäre, um ihn dann an die NATO weiterzuleiten.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich frage Sie: Wieso wurde der Bericht dann über zwei Wochen weggesperrt und erst auf Anfrage der NATO wieder herausgegeben?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das ist von mir jetzt nicht - - Das weiß ich nicht mehr, was zwischen „Wir geben ihn in die NATO“ und wie dieses weggesperrt war - - Das war ein langer Kommunikationsprozess. Ich nehme gerne den Vorwurf entgegen, dass ich zu lange an diesem Bericht rumgekäpelt habe nach dem Motto: Was mache ich denn da jetzt mit? - Das war eine Fragestellung, die ich mit anderen auch diskutiert habe, und darüber ist sicherlich Zeit ins Land gegangen. Aber es wäre auch ohne die Anfrage, die der Herr Glatz an mich gerichtet hat bei der Atlantik-Brücke, zur Abgabe des Feldjägerberichts gekommen; denn irgendwie musste ich ihn ja offiziell behandeln. Ich konnte ihn ja nicht einstampfen lassen, weil er da ist. Das wussten ja auch alle, dass er da ist. Und wahrscheinlich haben die sich gerächt, die gemeint haben, ich hätte ihn doch bearbeiten müssen. Die haben ihn dann über die *Bild*-Zeitung zur Vorlage gemacht.

Also, ich denke, Herr Abgeordneter Brand, wenn ich das sehr hart sagen darf: Das habe ich als meine Entscheidungshoheit als Generalinspekteur gesehen, wie ich mit einem solchen Bericht umgehe. Da mögen andere andere Auffassungen haben. Aber das ist Teil meiner Verantwortung, dass ich ganz persönlich, der ich das auch verantworten muss, wenn ich es in die Öffentlichkeit gebe oder den Minister da draufsetze - - wenn ich sage „Der Bericht taugt nichts.“ Das ist in meiner Sicht keine Amtsanmaßung, auch wenn man das in Potsdam oder anderswo anders sehen mag. Sonst funktioniert Militär am Ende nicht mehr, wenn ich das tun muss, was andere meinen das ich tun soll. Dann könnten die es ja tun. Da muss ich jetzt sehr hart sein. Das ist meine Verantwortungsebene; das nehme ich für mich in Anspruch. Sonst kann man mein Gehalt eigentlich auf die Dauer auch sparen.

Michael Brand (CDU/CSU): Habe ich bei Ihrer Aussage richtig verstanden, dass Sie das nicht zusammen - also der Minister, der Staatssekretär Wichert und Sie gemeinsam - entschieden haben, sondern dass Sie als erfahrener Militär mit dem Staatssekretär Wichert dort entschieden haben, diese Untersuchung einzustellen und dann anschließend dem Minister vorgeschlagen haben, so zu verfahren? Ist das richtig?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nicht ganz, Herr Abgeordneter. Wir müssen den Feldjägerbericht von anderen Untersuchungen, die wir nicht gemacht haben, jetzt trennen. Der Staatssekretär Wichert kannte den Feldjägerbericht nicht. Auch das war meine Entscheidung; das ist mein Ding. Das ist jetzt nicht so wie der Staatssekretär. Das andere waren die Untersuchungen, die ich vorher andeutete - wo ich unterbrochen worden bin -, die in den disziplinarrechtlichen Bereich hineingegangen wären. Wir müssen sorgfältig trennen. Den Feldjägerbericht habe ich aus dem Verkehr gezogen und dahin geschickt, wo er ausgewertet gehört. Und der hat ja dann auch gemeldet - das darf ich nicht sagen -, dass der Bericht eingegangen ist und eingestampft werden konnte. Damit war das für mich auch erledigt mit dem Feldjägerbericht. Das andere waren parallele nationale Untersuchungen, unter Umständen sogar - vorher kam die Frage; sind wir unterbrochen worden - disziplinarrechtliche Untersuchungen. Und das - das bleibt meine Überzeugung - konnte zu diesem Zeitpunkt nicht sein.

Ich will meine Haltung noch mal verdeutlichen, Frau Vorsitzende, wenn ich darf. Ich kann mich doch als Soldat nicht darüber beklagen, dass, wenn ein Soldat in Afghanistan in Notwehr handelt, es in Deutschland sofort heißt: „Die Staatsanwaltschaft ermittelt und legt eine Akte an“, und gleichzeitig ist das Erste, was ich mache, disziplinar zu ermitteln. Das passt doch alles nicht zusammen. Deshalb musste ich auch eine Konsequenz haben. Wenn ich beklage, dass bei uns zu schnell die Anklage für den Soldaten droht, bevor man überhaupt weiß, was er genau gemacht hat, dann kann ich doch im militärischen Bereich nicht veranlassen, dass wir genau das Gleiche mit dem Soldaten machen. Da sind sie auf sich - - allein gelassen, kämpfen um ihr Leben, haben jeden Tag Angst bis zum Geknick, und dann passiert was, und dann kommen wir Klugen aus Berlin und sagen: Jetzt ermitteln wir erst

mal disziplinar. - So kann man Truppe im Einsatz nicht führen. Und da muss man auch konsequent sein. Da kann jemand Bauchweh haben oder nicht; das ist auch keine militärische Kategorie.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich muss noch mal nachfragen zum Feldjägerbericht: Wenn der Feldjägerbericht - Sie haben das ja beschrieben - für Sie der GAU war, also in einer negativen Art jedenfalls, wo Sie sagen „Das war für mich nicht akzeptabel“ - das habe ich richtig verstanden -, dann bleibt aber am Ende trotzdem übrig, dass er ja doch eine Bedeutung gehabt hat, nämlich in der Einschätzung, ob ihm sozusagen zu folgen ist oder eben nicht. Würden Sie dem zustimmen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Mit dem Zustimmung tue ich mich jetzt schwer. Ich konnte den national nicht operationalisieren, ohne an ihn eine Untersuchungskommission dranzuhängen und was daraus zu machen. Der lag jetzt da; Punkt. Der hat einen Haufen Fragen gestellt. Und wenn ich jetzt was bei dem machen will, dann muss ich die ja alle aufnehmen, dann muss ich ein Team gründen, dann muss ich eine Untersuchungskommission auf der Basis dieser Feldjäger laufen lassen. Und deshalb habe ich gesagt: Die Fragen, die der aufwirft, die kenne ich schon; die haben andere auch schon gestellt. Und die Besten, die es beantworten können, sind die vor Ort bei ISAF. Und so ist es ja auch gekommen. Deshalb gibt es im Feldjägerbericht nichts, was nicht im ISAF-Bericht auch abgearbeitet worden wäre.

Michael Brand (CDU/CSU): Aber, Herr Schneiderhan, Sie haben ja vorhin gesagt, dass es eine sehr harsche Reaktion von COMISAF gab. Und ich würde Ihnen in der Richtung zustimmen, dass man ein internationales Mandat hat; aber Sie haben selbst gesagt: Wir haben eine nationale Verantwortung. Deswegen glaube ich, wenn man einerseits kritisiert, dass COMISAF hier eine harsche Reaktion, wie Sie wörtlich gesagt haben, präsentiert hat, ist es doch umso wichtiger, dass man national - und da trägt man die Verantwortung - am Ende natürlich auch die Fakten sammelt, um zu einem Urteil zu kommen, um möglicherweise auch eigene Soldaten vor Vorverurteilungen zu schützen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich kann Ihnen an der Stelle nicht folgen, Herr Abgeordneter. Ich bin sicher, dass wir über den ISAF-Bericht - weil die NATO ja auch gründlich aufgeklärt hat - alles haben, was wir brauchen, um jetzt weiter überlegen zu können: Wie gehen wir weiter vor? - Dazu brauchte ich keine deutsche Untersuchung.

Und noch einmal, wenn Sie sich das in Kunduz vorstellen: Dann kommen wir; wahrscheinlich hätte man irgendeinen aus dem Ministerium eingesetzt oder eine truppendienstliche Geschichte. Der Klein untersteht tagsüber, wenn er seine Truppe führt, dem COMISAF, und abends vernehmen wir ihn national. Ich kann das vielleicht nicht vermitteln; aber die Wirkung in der Truppe, die ja gesucht hat: „Stellt ihr ein Schutzschild vor uns hin, oder ist es jetzt wie immer, dass sofort der Staatsanwalt kommt?“, die Wirkung in der Truppe, wenn eine deutsche Untersuchung gegen Klein eingeleitet worden wäre zu diesem Zeitpunkt, wäre katastrophal gewesen. Wenn Sie mit den Männern geredet haben und den Frauen, was ich ja getan habe - wenn auch, wie manche meinen, eine halbe Woche zu spät -: Die haben sich danach gesehnt, dass man gesagt hat: Leute, wir lassen euch nicht hängen, egal was da jetzt kommt. - Ich habe im *Radio Andernach* gesagt: Das ist nicht euer Problem. Das ist unser Problem, was da passiert ist. - Und dazu passen Ermittlungen nicht. Ich weiß auch gar nicht, was dieser Aktionismus hätte sein sollen. Mein Gott noch mal - - Entschuldigung, jetzt bin ich emotional.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich verstehe, was Sie sagen. Aber es geht mir nicht um das, was Sie objektiv beschreiben, sondern um den Umgang in der militärischen Führung mit diesem Fakt. Ich schlage vor, dass wir das dann in der geheimen Sitzung machen, weil es dazu eine Reihe von Unterlagen gibt, die, wie gesagt, auch kritischere Bemerkungen dazu machen.

Mich würde interessieren, ob Sie am 29. Oktober - das ist ja durchaus ein interessantes Datum - zu 100 Prozent davon überzeugt waren, dass der Luftschlag militärisch angemessen war.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich hätte am 29. Oktober kein anderes Urteil abgeben können als das, das ich abgegeben habe.

Michael Brand (CDU/CSU): Bei dem Statement, das Sie gegeben haben, haben Sie eine Formulierung gebraucht - - Das ist ein öffentliches Dokument; das muss ich mir jetzt selbst raussuchen. Da ist eine Formulierung zu lesen: „lediglich mit hoher Wahrscheinlichkeit“, eine durchaus interessante Formulierung, auf die man erst mal kommen muss: „lediglich hohe Wahrscheinlichkeit“. Das heißt, wir haben keine hundertprozentige Sicherheit. Aber wir haben bis zum 29. Oktober ja eine ganze Reihe von Berichten, die mehrfach erwähnt worden sind - N-Report, Feldjägerbericht, COMISAF, Statement der NATO -, und ich will Sie noch mal fragen: Am 29. Oktober, nachdem es auch innerhalb der Bundeswehr - auch dazu wird es dann im zweiten Teil der Zeugenvernehmung eine Reihe von Statements geben, die wir bereits vernommen haben - eine hohe Sensibilität gab und eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Unbeteiligte Opfer sind, wie kann man am 29. davon sprechen: „zu 100 Prozent militärisch angemessen“?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich glaube, die Frage „militärisch angemessen“ lohnt sich zu trennen von der Frage unbeteiligter Opfer. Also, wenn der militärische Führer das als Hauptentscheidungskriterien hat, dass es auf keinen Fall unbeteiligte Opfer gab, dann, glaube ich, hätten wir ein Problem. Ich habe damit gesagt: Bei aller Abwägung - Ich kenne auch die Argumente mit der Verhältnismäßigkeit -, mir ist das alles nicht leicht gefallen. Aber seine Entscheidung, so, wie er das Bild hatte, hat insgesamt gesagt, es sind keine Unbeteiligten oder Zivilisten dabei, wobei ich oft genug schon in meinem Generalinspektorenleben sagen konnte, dass es eben schwer ist, zu unterscheiden: Was ist Zivilist in dem Kampf, und was ist nicht Zivilist? - Das muss ich jetzt nicht mehr wiederholen.

Aber das würde ich gerne trennen. Ich kann, ich muss verantworten können, zu sagen: Du hast - - zumal wir, Herr Abgeordneter - daran möchte ich schon erinnern -, zu diesem Zeitpunkt ja schon wussten, dass wir jetzt auch von kriegsähnlichen Zuständen sprechen durften; das war ein bisschen eine andere Situation zu diesem Zeitpunkt. Insofern hat sich auch die Schutzfunktion für Klein ein bisschen jetzt verändert. Und der Generalinspekteur a. D. kann ja jetzt ein bisschen in der Hoffnung leben, dass ihm

sogar Gerichte recht geben könnten, wenn nicht mehr das deutsche Strafrecht dort gilt, sondern ein anderes eingeführt wird, aufgrund der verbalen Veränderung der Qualität des Einsatzes zum nichtinternationalen bewaffneten Konflikt.

Insofern hatte ich mir schon auch etwas dabei gedacht; aber mich hat nicht nur geleitet: „Es waren, sind zivile Opfer?“, und deshalb muss ich sagen: Das war militärisch unangemessen. - In dieser Kampfsituation, mit diesen - - Nein, ich muss das sagen, weil Sie mich da an einem ganz schwierigen Punkt erwischt haben. Wenn ich mir vorstelle den psychologischen Druck von den Ortsgouverneuren, die sagen, die Deutschen sollen endlich mal richtig zuschlagen - - Das können Sie ja in der Zeitung lesen. Das ist ja öffentlich, auch wenn es im N-Report steht; es steht ja trotzdem in der Zeitung. Der Klein hatte ja eine Unzahl von Drücken auszuhalten, und wenn er an der Stelle gesagt hätte: „Ich mache nichts“ - - Ich meine, der hätte seinen Tornister packen und nach Hause fahren können, auch aus Sicht der afghanischen Autoritäten. Insofern hat er eine solche Drucksituation gehabt. Wenn ich das alles und den Krieg - oder die kriegsähnlichen Zustände - seit dem 29. April jeden Tag - -

Michael Brand (CDU/CSU): Aber, Herr General Schneiderhan, sind wir uns einig, dass es einen Unterschied zwischen „nachvollziehbar“ und „militärisch angemessen“ gibt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, da sind wir uns einig.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich habe noch eine letzte Frage: Es ist ja nach der Befragung von Oberst Klein bekannt geworden - auch öffentlich -, dass er ausgesagt hat, dass, wenn er gewusst hätte, dass Unbeteiligte und sogar Kinder auf der Sandbank gewesen wären,

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende!)

er den Angriff nicht befohlen hätte.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende, das Dokument ist
ja Geheim eingestuft!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das - -

Michael Brand (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ja.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Doch! Sie zitieren ja aus - -)

Michael Brand (CDU/CSU): Nein, ich zitiere aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 26. Februar.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Ja, unabhängig davon!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Nein, das ist - -

Michael Brand (CDU/CSU): Gut, dann ziehe ich das -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Ziehen Sie das zurück, ja.

Michael Brand (CDU/CSU): - zurück und stelle meine letzte Frage: In Anbetracht der Information, würden Sie aus heutiger Sicht - weg vom 29. Oktober - sagen, dass das militärisch angemessen war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich bleibe bei meinem Urteil.

Michael Brand (CDU/CSU): Danke.

(Rainer Arnold (SPD): Das habe ich nicht verstanden!)

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich bleibe bei meinem Urteil.

Florian Hahn (CDU/CSU): Herr General, ich möchte kurz noch weitere Fragen stellen, noch mal zu dem Feldjägerbericht. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie wörtlich gesagt: „eigene Entscheidung, den Bericht aus dem Verkehr gezogen“, haben sich zwei Wochen damit beschäftigt und festgestellt, der taugt nichts, haben den Staatssekretär nicht darüber informiert und haben ihn dann nach Nachfrage der NATO zwei Wochen später entsprechend der NATO übergeben. Mich würde interessieren: Hätte die NATO nicht nachgefragt, wann

hatten Sie vor, dann den Bericht rüberzugeben? Wollten Sie sich noch länger damit beschäftigen oder - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das ist für mich so eine hypothetische Frage; die kann ich nicht beantworten. Ich hätte das gemacht. Ich wusste, dass er noch rechtzeitig reinkommen muss, bevor die ihren Abschlussbericht machen. Ich hatte die Daten ja als einer der wenigen einigermaßen im Kopf. Ich hätte das gemacht. Und außerdem: Wenn Sie in der Lage leben und die Entwicklungen mitkriegen und kommunizieren - auch mit den deutschen Offizieren bei ISAF -, dann wissen Sie doch begleitend, wie der Bericht aussehen wird.

Herr Abgeordneter, nach dem ersten Report, Initial Action Team, über den ich ja nicht vortragen darf, war doch klar, wo die Fahrt hingeht. Damals habe ich gesagt: Was soll denn im Abschlussbericht noch viel Weitergehendes stehen? Der war doch schon nahe an den Fakten des Abschlussberichtes. Wenn Sie die mal miteinander vergleichen - den Initial-Action-Report, den wir hier am Sonntagabend bzw. ich am Montag dann weitergegeben habe -: Da sind doch alle Probleme aufgelistet, die im Zusammenhang mit der Handlung vom Oberst Klein für uns relevant werden, alle.

Ich meine, das ist so ein theoretisches Leben, das Sie sich da vorstellen: Die einen machen das. Da interessierst du dich nicht für. Da bist du auch nicht involviert. Du weißt nicht, was läuft. Du sprichst nicht - - Mein Nachfolger war Chef des Stabes bei ISAF in der Zeit, als das richtig hoch brodelte. Man hat doch Kommunikationsverhältnisse; man hat doch ein Gefühl dafür: Was kommt da noch? Aus diesem Gefühl heraus war der Feldjägerbericht für mich schon ganz früh einfach auch zu vernachlässigen, weil all das, was der Herr erwähnt hat, irgendwo schon längst verarbeitet ist und wir ihn nicht brauchten, um uns darauf aufmerksam zu machen. Ich verstehe natürlich seine Bedeutung jetzt; die verstehe ich. Aber das ist eine politische und keine militärische. Das habe ich schon verstanden, warum der Feldjägerbericht in Ihrer Fragestellung jetzt so eine Bedeutung hat. Aber militärisch, zu dem Zeitpunkt, wo ich zu entscheiden hatte, hat er nicht die Bedeutung gehabt. Das ist meine Beurteilung, und ich bleibe da auch so stehen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich gebe das Wort der SPD-Fraktion.

Rainer Arnold (SPD): Herr General, ich möchte doch noch mal auf den Begriff „operativer Hinsicht militärisch angemessen“ kommen. Wer hat denn bei der Entwicklung dieses Begriffes alles mitgewirkt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich darf hier keine Namen nennen, -

Rainer Arnold (SPD): Ja, aber - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - aber bedeutende Leute, die mir vertraut sind, die ich kenne - im Dienstgrad Oberst und ein bisschen höher -; und das letzte Augenmerk haben ein Staatssekretär und ein hochbezahlter Leiter Planungsstab darauf geworfen.

Rainer Arnold (SPD): Konnten Sie mit diesem Begriff was anfangen, und können Sie mir den mal erklären? Gibt es noch andere Sichtweisen und Hinsichten außer dieser operativ-militärischen, wenn wir so einen Luftschlag bewerten?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das Operative reflektiert die Lagebeurteilung, die ich heute schildern durfte, wie der Oberst Klein sie gesehen habe und wie ich sie, Herr Abgeordneter Brand, auch nachvollziehen konnte. Ich habe in den Gesprächen mit Oberst Klein verstanden, wie sein Lagebild war, das ihn dazu geführt hat. Der 03., die Kämpfe und die Verletzten am Tag vorher und dann da oben im Norden, dann die Taqan-Geschichte - all das habe ich verstanden und eingeordnet. Das ist der operative Teil. Aus dieser operativen Bewertung der Gesamtlage heraus habe ich das so gesehen. Der andere ist der Einsatz militärischer Mittel. Insofern sind die beiden Worte für mich eben - - Das eine ist das operative Feld, in dem er handelt, und das andere waren die Mittel, die er eingesetzt hat, und die waren militärisch. Das ist meine Erklärung für „aus operativer Sicht militärisch angemessen“.

Rainer Arnold (SPD): Gab es bei dieser Entwicklung des Begriffes Debatten darüber, dass es noch andere Hinsichten gibt als diese operativ-militärische?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Rainer Arnold (SPD): Wie würden Sie - Sie haben vorhin kurz darüber gesprochen - noch mal die Bedeutung der durchaus stattgefundenen Regelverletzungen erklären? Wie gravierend sind die? Wurden Regeln eindeutig verletzt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der Oberst Klein hat in der Situation die eine oder andere Regel sicher sehr extensiv verstanden. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass er sie damit verletzt hat. Wenn man die Regeln liest - ich weiß; ich gehe nicht im Detail darauf ein -, merkt man, dass sie auch eine gewisse, ja, hinlängliche Ungenauigkeit besitzen. Das ist eben ihrem Entstehungsgang geschuldet. Das sind Konsensvereinbarungen zwischen den NATO-Partnern; das ist eben nicht Mandat eins zu eins in Recht umgesetzt. Dabei schleifen sich immer national eingebrachte - - Die Deutschen bringen da ja auch ihre Gesichtspunkte ein über den Generalinspekteur und andere und sagen: „Ich kann nur zustimmen, wenn da noch ein Kommasatz drinsteht, der das etwas abmildert“, und die anderen - - So sind die Dinge.

Das ist eben nicht so eine Checkliste, wo man sechs Punkte abhaken kann und dann sagen kann: Sechs Punkte erfüllt, jetzt darfst du. - Der muss immer diese Regel situativ übersetzen - das kann ihm niemand abnehmen - und sie dem Geiste nach auslegen. Andere Regeln gibt es in dieser Auseinandersetzung nicht. Und da hat er nach meiner Meinung vielleicht an der einen oder anderen Stelle grenzwertig gehandelt. Aber verstoßen? - Da würde ich eher sagen: nein.

Rainer Arnold (SPD): Ich entnehme verschiedenen Veröffentlichungen, dass Minister zu Guttenberg in seiner Presseerklärung gesagt hat:

Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen.

Gab es irgendwelche Papiere oder Empfehlungen an Minister zu Guttenberg, die Formulierung „militärisch angemessen“ in dieser Weise weiterzuentwickeln?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Herr Abgeordneter Arnold, es gab keine Empfehlungen von mir, und ich kenne keine Emp-

fehlungen aus dem Einsatzführungsstab dazu. Aus anderen Verantwortungsbereichen weiß ich nichts; da kenne ich mich nicht aus. Ich weiß nicht, wer in der Woche wie beraten hat. Ich weiß es nicht.

Rainer Arnold (SPD): Der Presse entnehmen wir aus vielen Texten, dass Minister Jung in den ersten Tagen zivile Opfer ausgeschlossen hat. Haben Sie mit ihm darüber gesprochen, und welchen Rat haben Sie ihm gegeben?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe mit dem Minister Jung fast ausschließlich über dieses Thema gesprochen, bis wir endlich da durch die Tür gekommen sind, dass wir das nicht mehr so rigoros sehen. Mein Rat war, vorsichtig zu sein mit so rigorosen „Gibt es nicht“, Türen aufmachen, vorsichtig bewerten. Das war schon mein Rat am Freitagnachmittag im ersten Gespräch.

Das weiß ich deshalb so genau, weil ich nach diesem Gespräch den Chef Einsatzführungsstab, den Admiral Krause, und meinen Oberst informiert habe über mein Gespräch mit dem Minister Jung und denen gesagt habe, was ich dem Minister jetzt noch mal gesagt habe. Das war damit auch eine Weisung an meinen Einsatzführungsstab, vorsichtig umzugehen mit Zahlen, die nicht belastbar sind, und mit absoluten Behauptungen noch viel vorsichtiger zu sein.

Der Minister Jung war aber sicherlich - aber das muss ich eigentlich nicht sagen, kann er ja selber sagen -, der war natürlich vorfestgelegt durch diese Pressegeschichte an dem Freitag, nicht? Und mein Problem - das sage ich Ihnen auch ganz offen; das kennt der Minister Jung auch -: Ich konnte zu diesem Zeitpunkt als Generalinspekteur die Tür von mir aus nicht aufmachen. Das wäre ein Akt der unglaublichen Illoyalität von mir gewesen, wenn ich in dieser Phase eine andere Meinung gesagt hätte. Daraus habe ich den Schluss gezogen, dass ich gar nichts sage. Das ist mir hinterher dann - „Wo ist der Generalinspekteur?“ - um die Ohren geflogen, und ich bin erst aus der Deckung gekommen, als der Minister auch den Weg gefunden hat. Darüber haben wir uns unterhalten, ausführlich unterhalten.

Rainer Arnold (SPD): Hat Minister Jung Ihnen bei dieser ausführlichen Unterhaltung auch erklärt, warum er zu dieser Festigkeit in der Aussage kommt und bleibt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Können Sie uns die Gründe schildern, bitte?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Weil er sich nicht vorstellen konnte, dass mitten in der Nacht in einem von Taliban nachts kontrollierten Gebiet auf einer Sandbank bei zwei Lkws, von denen ein Fahrer ermordet worden ist und der andere fehlt, andere als Beteiligte sich befinden. Das war seine Ableitung: Wer um Gottes willen soll mitten in der Nacht während des Ramadan anderthalb Kilometer stiefeln, um unbeteiligt bei diesen Tankwagen rumzustehen? Das war das Thema, das wir hatten, und das ist ja auch eine Überlegung wert, wenn man sich das Szenario mal überlegt, wo das da war. Insofern - aber das muss er selber beantworten - - Das war das, worüber wir ständig diskutiert haben, nicht? So war seine Ableitung.

Die wurde, Herr Abgeordneter, wenn ich das noch sagen darf, Frau Vorsitzende, natürlich hundertprozentig bestärkt durch den Bericht der afghanischen Autoritäten aus der Provinz Kunduz an den Karzai, die ja alle gesagt haben: Das waren nur Gangster: - Da hat er ja den Kronzeugen gehabt aus der afghanischen Bevölkerung oder aus der afghanischen Führung. Mit dem ist er ja am Montagmorgen, dem 07., im Wasserwerk auch auf den Außenminister zugegangen; das war ja, was ich ihm zugefaxt hatte, nicht? Er hatte also nicht nur den Klein, sondern er hatte auch die Wahrnehmung der eigenen Autoritäten, die gesagt haben: Das ist zwar schlimm, dass es da vielleicht zivile oder unbeteiligte Opfer gegeben hat, aber wer da dabei war, ist selber schuld. - Das war ja Inhalt dieser Meldung, nicht? Und daraus hat der Minister eben ganz einfach abgeleitet, dass das wahrscheinlich dann doch belastbar ist.

Rainer Arnold (SPD): Hat der zweite Lastwagenfahrer da eine konkretere Rolle gespielt, was ist mit diesem Menschen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein. Das habe ich jetzt - - Mit wem - - Darf ich Sie - -

Rainer Arnold (SPD): Ein Lastwagenfahrer wurde getötet.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Über den zweiten wusste man nichts. Also, man musste zumindest auch davon ausgehen, dass der möglicherweise noch bei den Fahrzeugen war, und das ist zweifellos ein Zivilist. Hat dieser Themenkomplex eine Rolle gespielt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, also aus meiner Sicht nein.

Rainer Arnold (SPD): Hat eine Rolle gespielt, dass es auch Afghanen gibt, die sagen, um diese Jahreszeit und im Ramadan, also Licht, erwacht das Leben erst etwa um 10 Uhr?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, diese Stimmen haben wir gehört. Dagegen standen eben die Aussagen, die ich gerade gesagt habe, und es gibt auch die Aussagen aus dem Bericht, wenn man das liest - ich finde es jetzt nicht rasch -, von der afghanischen Menschenrechtskommission. Der ist nicht eingestuft, keine Sorge. Da steht auch drin: Das waren nur Taliban. - Ich habe das mir hier irgendwo aufgeschrieben, finde es jetzt aber nicht auf die Schnelle. Das haben die auch berichtet: Das waren nur Taliban. - Also, andere Stimmen haben das mit dem „nachts“ und - - Ja, darüber kann man streiten. Ich finde es jetzt so schnell nicht. Aber in dem afghanischen Menschenrechtsbericht, da ist drin, das waren Taliban, eindeutig.

Rainer Arnold (SPD): Aber es gab unterschiedliche Einschätzungen, was die Nacht angeht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Das ist so?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Rainer Arnold (SPD): Okay, danke. - Kollege Bartels hat noch ein paar Fragen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Herr General, hatten Sie über diesen Sachzusammenhang irgendwann eine Unterredung mit der Bundeskanzlerin?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ist das Bundeskanzleramt in Vorbereitung der Regierungserklärung vom 8. September in irgendeiner Weise an Sie herangetreten oder Ihren Stab?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, an Staatssekretär Wichert. Es gibt eine E-Mail vom 07., von der ich vorher meinte, die hätte man auch am 06. in den Briefkasten stellen können, vom Oberst Dr. Vad mit der Bitte um Unterrichtung über den Sachstand zur Vorbereitung für die Regierungserklärung.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Haben Sie diese Unterrichtung dann gesehen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Und gebilligt? Also, das war okay, was da mitgeteilt wurde?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, ja.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Die Bundeskanzlerin hat dann ja am 08. sich im Bundestag relativ deutlich geäußert - ich will das mal zitieren, es ist nicht geheim -:

Die lückenlose Aufklärung des Vorfalles vom letzten Freitag und seiner Folgen ist für mich und die ganze Bundesregierung ein Gebot der Selbstverständlichkeit. Die Bundeswehr wird mit allen zur Verfügung stehenden Kräften genau dazu beitragen. Den Ergebnissen kann und will ich heute nicht vorgehen. Ich stehe dafür ein, dass wir nichts beschönigen werden ... Eine umfassende Bewertung des Angriffs und seiner Folgen ist mir, ist dem Bundesminister der Verteidigung, ist der Bundesregierung insgesamt absolut wichtig. Auf der Grundlage aller Fakten wird sie erfolgen: offen und nachvollziehbar.

Das war aber ja nun mit der Erarbeitung eines geheimen NATO-Untersuchungsberichts noch nicht abschließend zu machen, nicht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan:
Wieso - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Meinte die Bundeskanzlerin damit den NATO-Bericht, die Erarbeitung eines NATO-Untersuchungsberichts?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Also, ich habe die Bundeskanzlerin so gehört und meine Vorlage, unsere Vorlage so verstanden. Es geht hier nicht um einen konkreten Bericht von dem oder jenem, sondern wir tun alles, was zur Aufklärung notwendig ist, und geben denen, die aufklären, alles, was sie dazu brauchen, um aufklären zu können. Das habe ich dem COMISAF gesagt, das habe ich auch anderen gesagt, und das haben wir auch getan. Alles, was wir hatten, ist dahin gegangen; da gibt es keinerlei Geheimnisse von uns. Das geht auch gar nicht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das ist ja nun auch abgeschlossen. Damit ist aber bisher nur ein geheimer internationaler Bericht da, aus dem bis heute niemand zitieren darf, nicht hier und nicht im *Spiegel*. Müsste da noch eine nationale Unterrichtung erfolgen, offen und nachvollziehbar?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das mag ich nicht mehr beantworten, weil ich nicht mehr in der Verantwortung stehe.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ja. - Ist das, nachdem der ISAF-Bericht vorlag, noch in irgendeiner Weise Thema gewesen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Mit mir nicht. Sie kennen und wissen, dass sich der Minister Jung noch bemüht hat, ob man eine sozusagen allgemeingültige Version kriegen könnte von der NATO. Da gab es noch Bestrebungen bei uns im Haus, so eine Volksausgabe oder so.

(Heiterkeit)

Es geht aber nicht. Das bringt Ihnen auch nichts. Die Fragen, die Sie stellen, die kriegen Sie nicht in einer Volksausgabe beantwortet. Insofern braucht man auch keine Volksausgabe.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich möchte auf einen zweiten Punkt in dem Zusammenhang hinweisen, Herr Abgeordneter - Sie kennen dieses Thema von mir -: Wir

müssen bei aller Diskussion in der Öffentlichkeit auch ein bisschen aufpassen, dass wir nicht zu sehr denen, die hier auch zuhören, die aber nicht auf unserer Seite sind, alles offenlegen, was sie dann benutzen können, um in unsere Schwächen zu fahren. Also „Feind hört mit“ ist ein ganz wichtiges Thema. Darum muss man auch manchmal einfach akzeptieren, dass bestimmte Dinge nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden können zum Schutz unserer Leute. Das vergessen wir manchmal. Wir sind ja geneigt - - Ich erzähle noch einmal das Beispiel: Wenn bei uns ein Dingo angeschossen wird, dann lesen wir in der Presse, an welcher Stelle der durchgegangen ist und wo die schwächste Stelle des Dingo ist. Mehr Informationen brauchen die Taliban nicht mehr. Wir sind da noch nicht da bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit Schutz der Truppe und Geheimhaltung und Überlegen, was der Gegner daraus wahrnimmt. Die Bundeswehr ist in einem gläsernen Einsatz. Wir sind dabei, berechenbar zu werden, wir sind dabei, berechenbar zu werden, und über die Berechenbarkeit verlieren wir die Bündnisfähigkeit. Da müssen wir höllisch aufpassen; denn es gibt auch Partner, die mit uns dann nichts mehr zu tun haben wollen, weil jedes Stückchen hier öffentlich und öffentlich und öffentlich diskutiert wird. Das ist alles nicht Verschleiern und Verheimlichen; das ist in hoher Verantwortung gesagt. Aber ich glaube, wir haben da auch gesamtgesellschaftlich noch nicht das richtige Gefühl dafür, was die Einsätze von Streitkräften unter diesen Bedingung - kriegsähnliche Zustände und Terroristen auf der anderen Seite - bedeuten. Das wollte ich zum Beginn ja mit meinem Hinweis sagen. Da lohnt es sich, sich sehr viele Gedanken zu machen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Noch kurz zum Feldjägerbericht - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nein, nein, Herr Kollege Bartels, die Redezeit ist zu Ende.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Abgepiept.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, die Redezeit ist zu Ende. - Jetzt kommt die FDP-Fraktion.

Joachim Spatz (FDP): Herr General, vielleicht eine kurze Vorbemerkung zum Thema Berechenbarkeit: Da sagen uns die militärischen Führer allerdings, das Fehlen von Hubschraubern und konkreten militärischen Mitteln trägt eher zur Berechenbarkeit bei als eine offene Kommunikation.

Zum Thema „Was wurde am 4. September schon gewusst?\": Können Sie bestätigen, dass im Laufe des 4. September bereits ganz konkret über die Möglichkeit ziviler Opfer gesprochen wurde, außer bei der Berichterstattung Klein? Also, alle anderen, ich sage mal, aus dem Einsatzführungskommando oder auch über das Einsatzführungskommando aus Afghanistan haben von der konkreten Möglichkeit gesprochen schon während des 04. Können Sie bestätigen, dass das auch zu dem Thema „Verstoß, potenzieller Verstoß gegen die Rules of Engagement“ zutrifft, dass auch das mit großer Klarheit schon am Freitag diskutiert worden ist, dass man auch mit dieser Möglichkeit rechnen müsse?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das bestätige ich Ihnen gerne.

Joachim Spatz (FDP): Okay. - Sie sagten, Sie wollten unter allen Umständen vermeiden, vorfestgelegt zu werden. Jetzt hat ja über die Pressearbeit, wie Sie vorhin sagten, diese Vorfestlegung stattgefunden. Wer hat in dem konkreten Fall entschieden, welcher Linie gefolgt wird? Man hätte sich ja auch anders entscheiden können; ich sage mal: für Ihre Linie oder die, wie sie auch der Generalleutnant Glatz formuliert hat. Wer hat das konkret entschieden, dass dieser vorfestgelegten Linie, die Sie schon vorgefunden haben, dann weiter gefolgt wird?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Darüber gab es keine Kommunikation. Das war einfach so dann.

Joachim Spatz (FDP): Wer hat Ihnen das konkret mitgeteilt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das habe ich zur Kenntnis genommen. Ich bin ja nicht mehr im Gespräch gewesen; das war ja das, was ich vorher sagte. Das Ganze hat stattgefunden an uns vorbei oder parallel zu uns; das ist vielleicht fairer formuliert. Dann war das passiert, und dann war es das. Ich

meine, ich weiß nicht, ob man so was sagen darf; aber man kann den Minister ja auch dann nicht von einer Sekunde zur anderen zurückpfeifen und umlenken. Da muss man dann schon eine gewisse Durchhaltefähigkeit aufbauen, um dann die Gelegenheit zu finden, da politisch einigermaßen wieder rauszukommen. Also, das ging ja nicht, dass ich anrufe und sage: Herr Minister, Sie müssen ab sofort das Gegenteil von dem sagen, was Sie heute Morgen gesagt haben. Aber ich war nicht im Gespräch.

Joachim Spatz (FDP): Okay.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe mit dem Minister gesprochen, ich habe geantwortet, wie der Minister seine Ableitung gemacht hat, und ich habe berichtet darüber, dass ich glaube, dass der Minister bei seiner Regierungserklärung oder bei seiner Erklärung vor dem Parlament am 08. im Grunde den Ausstieg aus dieser starren Position gewählt hat.

Joachim Spatz (FDP): Okay, gut. Ich wollte nur davon ausgehen können, dass das der Minister entscheidet und eben nicht der Leiter einer Pressestelle oder Ähnliches. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, dazu möchte ich nichts sagen, weil ich nicht in diesem Szenario agiere.

Joachim Spatz (FDP): Okay. - Sie sagten, dass eine gewisse Notwendigkeit bestanden hat, nicht durch ein Abrücken oder frühzeitiges Abrücken von dieser Haltung den Oberst Klein frühzeitig Verdächtigungen auszusetzen. Würden Sie mir konzedieren, dass es natürlich ein Problem ist, wenn er die Latte selber sehr, sehr hoch hängt, nämlich behauptet, es gibt keine zivilen Opfer, dass das dann schwierig ist, wenn viele andere Beteiligte das aber behaupten? Würden Sie mir da zustimmen, dass das eine schwierige Gratwanderung ist, eben dann diesen Schutz aufrechtzuerhalten?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das bestätige ich Ihnen gerne, weil ich die gerade eben hinter mir habe, diese Gratwanderung.

Joachim Spatz (FDP): Und würden Sie auch bestätigen, dass das natürlich in der

Kommunikation gegenüber dem Parlament und gegebenenfalls der Öffentlichkeit eine schwierige Gratwanderung ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Aber ja.

Joachim Spatz (FDP): Und dass da auch der Eindruck entstehen könnte, dass es eine Wagenburgmentalität - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Spatz, Sie sollen nach Tatsachen fragen, und ich bitte Sie wirklich, die Fragen zurückzunehmen.

Joachim Spatz (FDP): Okay, alles klar, dann nehme ich diese Frage zurück und gebe jetzt an den Kollegen Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. - Herr General, ich will noch mal zurückkommen auf die Frage: Disziplinarverfahren, ja oder nein? Ich weiß, dass wir keine Personaldinge hier erörtern können. Deshalb will ich das mal im Allgemeinen lassen.

Sie haben eben ja gesagt - das waren meiner Meinung nach ja eher Opportunitäts-erwägungen -, dass in dieser konkreten Situation die Einleitung eines Disziplinarverfahrens ein falsches Signal an die Truppe hätte sein können. Das ist ja richtig. Aber es ist ja umgekehrt so, dass wir eben doch geltende Vorschriften haben, und die Wehrdisziplinarordnung sagt in § 31 Abs. 1:

Werden Tatsachen bekannt, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, hat der Disziplinarvorgesetzte den Sachverhalt durch die erforderlichen Ermittlungen aufzuklären.

Also durch Hinweis auf einen noch zu erstellenden Untersuchungsbericht Dritter wird diese Vorgabe natürlich nicht erfüllt. Ich will jetzt gar keinen Vorwurf machen; ich verstehe also Ihre Intention, die dahintersteckte. Nur müssen wir ja auch jetzt mal untersuchen, wenn es eine solche Vorschrift gibt. Sie ist aus der Sicht der militärischen Führung an dieser Stelle kontraproduktiv, ist aber verpflichtend und verbindlich, was wir damit anfangen. Deshalb mal meine Frage: Ist das geprüft worden, oder müsste man das prüfen, oder müssen wir an der Stelle auch unter den veränderten Voraussetzungen, die wir jetzt auch bei der rechtlichen Bewertung

des Einsatzes ja gefunden haben, möglicherweise auch die Wehrdisziplinarordnung noch mal unter diesem Gesichtspunkt neu bewerten?

(Zuruf: Sollten wir den Wehrbeauftragten einbeziehen?)

- Wie bitte?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Königshaus, das ist ja eher eine Frage für einen Sachverständigen als - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Aber, Frau Vorsitzende, -

Hellmut Königshaus (FDP): Entschuldigung - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - wenn ich darf, würde ich gerne die Gelegenheit schon nutzen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich möchte keine Ratschläge geben, ich bin nicht mehr im Amt. Ich war nie Disziplinarvorgesetzter, also nicht jetzt; in meinem früheren Leben schon. Ich war nicht Disziplinarvorgesetzter, und es wäre leicht. Ich will nur so viel sagen: Ich habe keinen Einfluss genommen. Wenn der zuständige Disziplinarvorgesetzte sich entschieden hätte - der Admiral Kühn jetzt als oberster, nicht die drunter -, dann hätte man darüber reden müssen. Aber auch von da kam nicht dieses Ansinnen oder diese Überlegung.

Aber es ist schon ein Thema für uns. Das hatten wir in anderen Bereichen bei der Inneren Führung ja auch: Transformation in diesem sehr fundamentalistischen Sinne, wie ich es zu Beginn meiner Einlassung sagen durfte, Einstellen auf die neuen Kriege, die verlangt natürlich auch, dass man nicht die Heeres- und zentralen Dienstvorschriften aus dem Jahre 1960 ungeprüft weiter durchschlupft. Das ist geradezu notwendig, diese alle zu überprüfen. Das ist ja das Dilemma des Generalinspektors, dass er Einsätze des 21. Jahrhunderts verantwortet mit den Methoden des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Das ist das Grundproblem, das wir haben, ob Sie in die Juristerei gucken, ob Sie in die Verwaltung gucken. Wohin sie gucken, die Transformation ist so schnell aufgrund

der Tatsache, dass die Welt sich nicht nach uns richtet. Die ganzen anderen Teile sind ja alle nicht mehr nachgekommen. Die Bundeswehr ist ja weg, die ist ja topmodern in ihrer Auffassung.

Wenn Sie aber vorher gesagt haben, Herr Abgeordneter, mit der Ausrüstung als Berechenbarkeit, dann würde ich mir jetzt als ehemaliger Generalinspekteur eine freche Gegenbemerkung gerne gönnen: Dabei kann uns das Parlament helfen, -

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb frage ich ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - aber nicht durch Kürzung der Mittel.

(Heiterkeit)

Hellmut Königshaus (FDP): Sie wissen, dass wir hier im Verteidigungsausschuss und nicht im Haushaltsausschuss sind und dass dort generell, sagen wir mal, auch manchmal gewisse Meinungsunterschiede bestehen. Aber wir sind dort auch wieder an einem wichtigen Punkt. Sie sagten ja eben, wir hatten ja eben darüber gesprochen, als meine Zeit abgelaufen war, dass

(Das Klingelzeichen für das Ende der Befragungszeit ertönt - Heiterkeit)

- die Frage darf ich noch zu Ende stellen - schon Konsequenzen gezogen wurden auch ohne diesen Bericht und auch ohne die Fortführung der Sachverhaltsfeststellung durch den Feldjägerbericht. Was hat man denn stattdessen jetzt für Erwägungen angestellt? Waren das förmliche Erwägungen, oder war das einfach aus dem Bauch heraus: Da muss man jetzt was machen, und jetzt schicken wir dies oder das, das könnte helfen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Herr Abgeordneter, da muss ich Sie einfach jetzt um Verständnis bitten: Das sind alles Dinge, die jetzt gelaufen sind, als ich aus der Verantwortung raus war. Die Entscheidungen, die jetzt getroffen wurden, die verkündet wurden im Zusammenhang mit dem neuen Mandat, -

Hellmut Königshaus (FDP): Okay, das akzeptiere ich ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - mit der neuen Philosophie, das sind alles Dinge, die mein Nachfolger auszustehen hat und der Minister zu Guttenberg. Dazu möchte ich mich, obwohl ich dazu viele Gelegenheiten geboten bekomme, nicht mehr äußern.

(Heiterkeit)

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank, ja.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt gebe ich das Wort der Fraktion Die Linke.

Jan van Aken (DIE LINKE): Haben Sie denn am 29. Oktober und in den Wochen danach eine nationale Untersuchung in Auftrag gegeben?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Jan van Aken (DIE LINKE): Sie sehen mich verwirrt. Sie haben vorhin, am Anfang, gesagt, die nationale Untersuchung folgt auf die internationale Untersuchung. Jetzt sagen Sie mir, die nationale Untersuchung folgt nicht auf die internationale. Aus welchen Gründen haben Sie das am 29. nicht in Auftrag gegeben?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das habe ich nicht gesagt.

Jan van Aken (DIE LINKE): Sie haben gesagt, die nationale folgt der internationalen. Das können wir - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, aber wenn man eine machen will. Das muss man dann entscheiden, ja?

Jan van Aken (DIE LINKE): Ja. Aus welchen Gründen haben Sie es nicht gemacht? Weil: Das waren ja offene Fragen, die in Deutschland auch offen diskutiert worden sind. Wir haben eben schon die Probleme mit dem Disziplinarverfahren gehört. Gab es eine politische Entscheidung vom Minister oder vom Staatssekretär oder von Ihnen, das jetzt nicht anzugehen, nach der Vorlage des NATO-Berichtes?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein. Also, ich kenne jetzt keine Vorgabe, die da

irgendwas geändert hätte. Ich bin jetzt etwas irritiert, weil Sie mir sozusagen die Hoheit über dieses Verfahren unterstellen. Ich habe meine Meinung abgegeben; danach hat der Minister eine Erklärung abgegeben, die über meine hinausging. Ich meine, damit war ich ausgereizt, und wenige Zeit später war ich nicht mehr Generalinspekteur. Ich meine, da bitte ich doch, andere zu befragen als mich, was da jetzt weitergeht. Das ist außerhalb meines Einflussbereichs geschehen, nicht?

Jan van Aken (DIE LINKE): Dann habe ich noch einen Punkt: Sie erwähnten in Ihrem Eingangsstatement, Sie hätten bis zum 28.10. nichts mehr mit dem Vorfall vom 04.09. zu tun gehabt, da wäre also eine längere Lücke gewesen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Hm.

Jan van Aken (DIE LINKE): Oder hatten Sie in den Tagen vor dem 28.10. schon mal eine Vorlage bekommen für einen möglichen Sprechzettel in Vorbereitung des Tages, wenn denn der NATO-Bericht kommt?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, selbstverständlich. Ich will es mal so ableiten, Herr Abgeordneter van Aken: Wir wussten, wir haben keine Zeit, wenn der Bericht da ist, und einer muss relativ schnell etwas dazu sagen. Wir waren der Auffassung, dass es am besten ist, wenn als Erster ein Militär etwas sagt, wie man so schön formuliert, ein Militär. Damit war natürlich ich gemeint. Das ist auch gut so, weil damit der Minister die Chance kriegt, sich ein bisschen weiter rauszunehmen, und länger Zeit hat, um zu beurteilen. Der Soldat steckt vielleicht auch näher drin; das war uns klar.

Wenn das so ist, dann können wir beim Eingang des Berichtes, von dem wir ja nicht vorher schon minutengenau wussten, wann er kommt - - Es gab schon mal ein Datum, er kommt früher; dann hat der Wieker mich angerufen und gesagt, es kommt doch erst dann. Da gab es also immer so ein bisschen Hin und Her. Das haben wir begleitet, dieses Entstehen dieses Berichtes, durch Kommunikation. Das war übrigens eine Aufgabe dieser Gruppe, die heute schon mal angesprochen wurde, zu der ich nichts sagen kann.

Das heißt, wir wussten, was auf uns zukommt. Wir hatten den Initial Report, und dann haben wir den V [REDACTED] da drin gehabt in

der Kommission. Der hat ja auch nicht gepennt, sondern der hat ja auch mit uns kommuniziert im Sinne, das läuft jetzt so, in der Richtung. Dann haben wir uns das aufgebaut. Das heißt, meine Leute haben dann - man sagt dann, in eckigen Klammern - Formulierungen gehabt, die sind jetzt mal so eine Idee als Platzhalter. Sonst wäre ich nie im Leben in der Lage gewesen, am anderen Morgen etwas zu sagen. Dass dazu dann noch ein Ministerwechsel kam, das haben wir ja nicht voraussehen können, dass das zeitgleich ist. Insofern sind der Bericht und meine Erklärung dazu aufgewachsen in Parallelität zur Entstehung des Abschlussberichtes. Den haben wir mit verfolgt.

Jan van Aken (DIE LINKE): War denn - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das hat der Staatssekretär gemacht, das habe nicht ich gemacht.

Jan van Aken (DIE LINKE): War denn in einem der vorherigen Entwürfe - ich sage jetzt mal: drei Tage, vier Tage, fünf Tage vorher - auch schon die Formulierung „militärisch angemessen“ enthalten?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Es war mal „militärisch angemessen und korrekt“ drin. Das sehen Sie in Ihren Akten. Es ist dann wieder rausgekommen. Das ist ein Hin und Her gewesen.

Jan van Aken (DIE LINKE): Nur, damit ich es nicht falsch verstehe: Es ist korrekt, Sie hatten den NATO-Bericht noch nicht vorliegen, hatten aber schon einen Sprechzettel, in dem „militärisch angemessen“ ausformuliert war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut. Keine weiteren Fragen; aber der Kollege Schäfer macht weiter.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wenn Sie mir das noch erlauben als Nachschub: Das war eine Option, das war ja noch nicht fertig. Ich meine, ich glaube nicht, dass es besonders fair jetzt ist, die Entstehung meiner Berichte zu nehmen - das erinnert mich ja im Augenblick gerade an ein ganz anderes Verfahren -, sondern Sie sollten sich einfach

mit dem abfinden, was ich zum Schluss gesagt habe. Das gilt, und nicht die Mosaiksteinchen, die ich dazu beigetragen habe; denn ich habe keine wissenschaftliche Arbeit mit Literaturanhang und Fußnoten gemacht, sondern eine Presseerklärung, und wie die zustande gekommen ist, ist eigentlich, glaube ich, nicht ganz so relevant. Da mag es ein Hin und Her gegeben haben. Also da bitte ich doch, mir zuzugestehen, dass am Schluss das Schlussdokument zählt und nicht die Zwischenschritte.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Herr General Schneiderhan, ich muss doch noch einmal nachfragen, weil für mich das aus bestimmten Gründen persönlich wichtig ist. Diese Situation, Schneiderhan, Wichert, zu Guttenberg: Sie haben gesagt, es gab erst mal eine diffuse Anfrage, dann eine spezielle. Also, Sie sind nicht dreimal gefragt worden, ob Sie Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt hatten?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe weder wie der Petrus dreimal gelehnet noch fünfmal.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke. - Haben Sie sich denn der Situation nach Ihrer Entlassung - - Haben Sie Ihre Entlassung - ich sage es so - in irgendeiner Weise als sachlich gerechtfertigt empfunden, oder haben Sie sich als Sündenbock gesehen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe akzeptiert, dass der Minister, wenn er kein Vertrauen mehr zu mir hat, mit mir diesen Weg geht und wir uns trennen. Darauf war ich ja schon mehrfach eingestellt in meinem Dasein als Generalinspekteur; das ist ja nicht überraschend. Ich habe Ihnen so andeutungsweise gesagt, dass es genügend Indikatoren gibt, dass da irgendwas läuft; es wurde genug gequatscht in der Zeit, als wir erfahren haben, dass wir einen anderen Minister - - Da liefen die Gerüchte ja auf Hochtouren, dass Schneiderhan und Wichert es nicht überleben. Das war für mich insofern gar nicht so überraschend.

Der Anlass mit dem Feldjägerbericht - das haben Sie ja heute gemerkt -, das habe ich jetzt noch nicht ganz so verstanden. Aber das muss ich auch nicht.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich danke Ihnen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich wollte aber nicht -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Entschuldigung.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - infrage stellen das Recht des Ministers. Das akzeptiere ich.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ich habe ja nach Ihren Empfindungen gefragt an der Stelle.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Also das war die Begleitmusik, die mich gestört hat, nicht die Entscheidung.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Eine andere Frage, Herr General Schneiderhan: Wann haben Sie zum ersten Mal davon gehört, dass die Piloten der amerikanischen Flugzeuge vorgeschlagen hätten, Tiefflug zu machen, bevor man also dann bombardiert?

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende!)

Wann haben Sie davon gehört, oder wann haben Sie es gelesen?

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Frau Vorsitzende, diese Frage basiert auf einem Bericht, der eingestuft ist.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Frage müssen Sie zurückstellen, Herr Kollege Schäfer, in den nichtöffentlichen Teil. Das basiert auf einem Bericht, der als Geheim eingestuft ist.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das stand doch in allen Medien.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Was in Medien steht, ist für uns nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend ist, wie die Berichte eingestuft sind.

(Jan van Aken (DIE LINKE): Das sehen Sie völlig falsch! Natürlich dürfen wir aus öffentlichen Quellen hier zitieren!)

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Es ging um die Frage, wann er das zum ersten Mal gehört oder gelesen hat darüber. Es ging nicht um die Frage, wo das genau gestanden hat, welche Quelle etc., sondern mir ging es einfach um den Zeitpunkt, wann diese Kenntnis zu dem General als Generalinspekteur erstmals gelangt ist. Das, finde ich, ist eine Frage, die also hier doch auch coram publico beantwortet werden kann, Entschuldigung. Er soll einen Termin nennen, er soll nicht sagen: Ich habe das Dokument soundso gesehen. - Das ist doch eine Frage.

(Abg. Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Bitte, also wann!

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich meine, im Vortrag von Oberst Klein, als ich ihn besucht - -

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, Herr Birkenheier.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Ich muss noch mal insistieren. Hier geht es darum: Die Frage ist ja nur dadurch verständlich, dass man den Inhalt eines Berichtes, der eingestuft ist, kennt und daraus zitiert und wiedergibt. Und deswegen ist diese Frage hier in der öffentlichen Sitzung nicht zulässig.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Das ist richtig. Wir sind gebunden an die formelle Einstufung. - Herr Kollege Nouripour. Aber wenn wir jetzt in - -

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich beantrage eine Beratungssitzung!)

- Ja, dann bitte ich Sie jetzt, Herr General Schneiderhan, den Saal zu verlassen. Ich bitte auch das Publikum, den Saal zu verlassen, und wir treten dann in die Beratungssitzung ein.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wie lange?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Eine kurze Unterbrechung, Herr General Schneiderhan.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
17.59 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung, III: NfD)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmungen, I: Öffentlich:
18.15 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Wolfgang Schneiderhan**

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr General, der Ausschuss hat die Frage nicht abschließend geklärt. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Vernehmung fortzusetzen, allerdings die Frage nicht mehr zu stellen. - Ich glaube, Herr Kollege Schäfer, dann haben Sie noch eine Frage gut in der Zeit.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Gut, ja, das nehme ich gerne auf; vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes ist ja auch eingestuft. Ich will auch zu dem Inhalt gar nichts sagen, sondern nur fragen: Sie haben ihn zur Kenntnis genommen? - Hat es darüber eine Diskussion gegeben, mit Herrn Wichert zum Beispiel oder dem Minister, über die Bewertung dieses Berichts?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, keine, nicht mit mir.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt kommt Bündnis 90/Die Grünen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr General Schneiderhan, Sie hatten ja auch beschrieben, dass in der NATO-Untersuchungskommission auch eben ein Mitglied des betreffenden Staates vorhanden ist. Ist es korrekt, wie *Spiegel online* heute schreibt, dass dieses deutsche Mitglied mit der eben schon benannten „Gruppe 85“ regelmäßig Kontakt hatte?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das kann ich Ihnen, Frau Abgeordnete, nicht

beantworten, weil ich mich mit der Gruppe nicht beschäftigt habe.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hatten Sie auch keinen Kontakt mit der „Gruppe 85“?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein. Ich kenne die „Gruppe 85“, ich kenne die Offiziere darin, weil sie in der Masse aus meinem Einsatzführungsstab sind. Aber ich habe zum Beispiel persönlich nie mit dem Vertreter von uns in der Kommission geredet, und insofern muss ich empfehlen, die Frage dem Staatssekretär zu stellen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das werde ich tun. - Dann würde ich gerne auf eine Ihrer Aussagen zurückkommen, als Sie gerade von Herrn Schäfer befragt wurden. Sie hatten gesagt, dass es schon auch Indizien gab, dass eventuell eine Entlassung anstehen könnte. Denken Sie, dass es nur ein Anlass war, dass sozusagen die Tatsache, dass Herr zu Guttenberg gesagt hat, dass ihm Berichte nicht vorgelegt worden wären, nur ein Anlass war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Darüber will ich nicht spekulieren.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Jetzt hätte ich eine Frage: Herr zu Guttenberg hat ja gesagt, er hat den COMISAF-Bericht selber gelesen. Jetzt haben Sie geschildert, dass es eigentlich auch Aufgabe ist, ihm natürlich zuzuarbeiten, und dass es fast nicht praktikabel ist, solche Berichte auch selber zu lesen. Wenn man jetzt angesichts der Tatsache, dass Sie ja auch, wenn ich es richtig im Kopf habe, drei- oder viermal mit Herrn zu Guttenberg über den COMISAF auch gesprochen haben und es in der Regel auch nicht sehr lange Gespräche waren - - Halten Sie es für wahrscheinlich, dass Herr zu Guttenberg wirklich den COMISAF-Bericht gelesen hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: „Halten Sie es für wahrscheinlich“, Frau Kollegin Malczak, ist keine Frage nach Tatsachen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann ziehe ich die Frage zurück. - Sie haben vorhin beschrieben, als Herr zu Guttenberg sich zum COMISAF-Bericht vor der Presse geäußert hat, waren Sie im Ausland. Sie wurden aber vom stellvertretenden Generalinspekteur Dora darüber informiert, was Herr zu Guttenberg - - wie seine Vorlagen für diesen Termin aussahen, und hatten gesagt, dass Sie dem uneingeschränkt zustimmen. Jetzt haben Sie aber auch gesagt, dass Sie die Einschätzung von zu Guttenberg nicht teilen, dass es zu dem Luftschlag hätte kommen müssen. Ist es dann so, dass dieser Teil seines Statements seine persönliche Einschätzung ist und nicht von seinen Mitarbeitern so vorbereitet wurde, soweit Sie das wissen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich muss das vielleicht aufklären. Ich habe, nachdem ich zurückgekommen bin aus Bratislava, in der Woche drauf die Vorlage vom Einsatzführungsstab, datiert vom 30.11., nachträglich billigend zur Kenntnis genommen. Ich hatte keine Dokumente in Bratislava bekommen. Der General Dora hat mir inhaltlich nichts gesagt, der hat mich nur gefragt nach dem Verfahren, ob ich kommen will oder ob er es machen soll. Dann habe ich gesagt: „Wenn der Minister einverstanden ist, macht ihr das, muss ich jetzt hier nicht abbrechen, Dramatik“, und das habe ich vorher versucht, zu erläutern.

Ich habe mit dem Minister Guttenberg inhaltlich nur insofern gesprochen, als er mir gesagt hat: „Ich lasse Sie nicht im Regen stehen“, wie bei diesen beiden Überschriften angedeutet. Daraufhin habe ich mich bedankt. Das war die einzige inhaltliche Begegnung vor seiner Presseerklärung. Alles andere habe ich nachher mitbekommen, genauso wie die Ausschiftung seiner Presseerklärung. Ich hatte also keinen inhaltlichen Zugang während meiner Abwesenheit zu dem, was der Minister sagen wird oder nicht. Insofern kann ich, Frau Abgeordnete, nicht beantworten, wer ihm zu was geraten hat in dieser Woche.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann stelle ich die Frage anders. Sie haben sozusagen gerade gesagt, dass Sie es im Nachhinein gesehen haben. War dieser Passus dann drin, dass es zu diesem Luftschlag hätte kommen müssen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe kein Redemanuskript vom Minister gesehen. Ich muss mich noch mal klarer ausdrücken: Ich habe im Nachhinein gesehen die Vorlage des Einsatzführungsstabes vom 03.11. Die ist mir vorgelegt worden zur späteren Kenntnisnahme, die hat Dora abgezeichnet gehabt. Ich kenne keine Redetexte, Vorbereitungen oder Sprechzettel für den Minister für seine Presseerklärung. Ich habe nur im Nachhinein die Ausschiftung seiner Presseerklärung gelesen, die Ausschiftung seiner Presseerklärung, nicht sein Statement. Das kannte ich nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätte ich noch eine andere Frage, weil das auch, glaube ich, eine Tatsache ist, die sehr wichtig ist. Können Sie die Begriffe „Beteiligte“ und „Unbeteiligte“ ins Verhältnis setzen zu den Begriffen „Zivilisten“ und „Taliban“? Es wurde uns hier schon mehrfach auch geschildert, wie schwierig es auch ist natürlich, in Afghanistan da genau die Trennlinie zu ziehen. Was sind die Unterschiede zwischen dem Begriffspaar „Beteiligte und Unbeteiligte“ und zwischen „Zivilisten und Taliban“, oder gibt es da keine?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Doch, da gibt es schon Unterschiede; aber ich wäre glücklich, wenn ich das alles so beschreiben könnte. Wir müssen vielleicht vom Grundsatz her mal davon ausgehen, dass auf der anderen Seite keine Soldaten sind, sondern nur Zivilisten. Das sieht man daran, dass sie keine Hoheitsabzeichen tragen zum Beispiel, dass sie keine Uniformen tragen, sondern dass sie ihre Waffen versteckt mitnehmen und dann einsetzen. Das sind keine regulären Kämpfer auf der anderen Seite. Auch wenn sie sich Gotteskrieger nennen, sie sind keine Krieger; das sind Terroristen, und die haben keine sichtbaren Zeichen an sich. Es gibt ein paar - das sind allerdings Ausländer, Usbekistan, die so grüne Armbänder oder grüne Stirnbänder haben. Damit geben sie aber zunächst nur mal eine Stammeszugehörigkeit preis, und daraus kann man schließen, ob sie eine radikalere Stammeszugehörigkeit haben oder eine weniger radikale.

Jetzt kann man in dem Fall sagen: Wer da war, war beteiligt, um diese Tankwagen herum, um ihnen zu helfen, die wieder flottzumachen, zu welchem Zweck auch immer. Das weiß ich natürlich jetzt alles auch nicht. Insofern ist es wahrscheinlich heute Abend

nicht auflösbar, Zivilist und unbeteiligt. Ich kenne die Diskussion sehr wohl. Das haben ja auch die Afghanen in ihrem Bericht geschrieben, diese vier, die ich schon erwähnt habe. Die haben ja dem Grunde nach und dem Sinne nach gesagt: Wer da zu den Tankwagen geht, ist selber schuld oder ist Beteiligter: entweder weil er sich Sprit holt - dann hat er eben einen Fehler gemacht -, oder weil er denen helfen will oder helfen muss. Das gab es ja auch, diese Variante, dass die sie gezwungen haben, denen zu helfen, die Tanklastwagen wieder freizumachen. All das kann ich nicht abschließend aufklären. Insofern ist die Frage von mir so nicht zu beantworten, wie Sie sich das wünschen. Es gibt diese Kriterien einfach in diesem Einsatzgebiet nicht so einfach. Das ist ein Problem, das wir da haben.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Vielen Dank. - Ich frage jetzt: Sind noch offene Fragen, wollen wir noch eine Frageunde machen oder die Einzelfragen, die noch da sind, beantworten lassen?

(Abg. Hellmut Königshaus (FDP)
meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Herr Kollege Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich würde doch vorschlagen, dass wir auch noch mal das Zeitkorsett im Auge behalten, das wir uns vorgenommen haben. Wir wollen uns heute noch wahrscheinlich mit gleicher Intensität einen anderen Zeugen anhören, und wir haben heute beschlossen: Open End. Also, ich würde deshalb schon bitten, dass wir noch mal darüber nachdenken, ob wir jetzt hier wirklich noch mehr ins Detail gehen müssen, weil ja noch die Befragung unter „Geheim“ kommt, und dann tatsächlich uns den nächsten Zeugen hereinbitten; denn ich glaube, sonst werden wir unser Zeitbudget überstrapazieren.

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun? Was hat die Detailliertheit der Fragen mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Es war eine Hand zu viel, Herr Königshaus.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

- Unter „Geheim“ oder unter „Offen“?

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Unter Offen!)

- Soll ich die Fragen der Grünen jetzt, die sie
noch im öffentlichen Teil haben, zulassen? -
Herr Kollege Beck.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
(CDU/CSU): Frau Vorsitzende, wir haben,
wenn ich es richtig sehe, auch bei uns noch
Fragen. Ich würde also jetzt vorschlagen,
dass wir relativ zügig die noch vorhandenen
Fragen im öffentlichen Bereich abhandeln
und dann auf Nichtöffentlich gehen, damit wir
den zweiten Zeugen also auch noch entspre-
chend befragen können. Das Zeitkorsett ist
zwar open end, aber vor dem Morgengrauen
sollte er vielleicht doch die Gelegenheit be-
kommen, hier aussagen zu können.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Dann gebe ich der CDU/CSU-Fraktion das
Wort.

Florian Hahn (CDU/CSU): Herr General,
ich habe noch ein paar Fragezeichen, die ich
gerne gelöst hätte. Sie haben beschrieben,
dass Sie in den Tagen nach dem
3./4. September immer erreichbar gewesen
sind und in Kontakt standen. Was mir noch
nicht klar ist: erreichbar telefonisch, haben
Sie gesagt. Wo waren Sie in diesen Tagen
genau, wenn ich fragen darf?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich
hatte an diesem Wochenende in St. Augustin
eigentlich geplant gehabt ein Freundestreffen
mit den Offizieren des Panzerbataillons 553
in Stetten am kalten Markt, die ich mal führen
durfte. Es ist ein jährliches Treffen, das her-
umwandert. Dieses Jahr war der Oberst-
leutnant Michael Loch der Ausführende, der
einzig noch Aktive. Da war ich in St. Augustin
und habe in St. Augustin mein Mobiltelefon
gehabt und über meinen Adjutanten auch
dem Minister meinen Festnetzanschluss
gegeben. Der Minister hatte wegen des
Wahlkampfprogramms ein Problem, ein
Festnetz zu finden, und zwar haben wir uns
lange Zeit - -

Florian Hahn (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Dort
war ich bis zum Sonntag nach dem Früh-
stück. Dann bin ich mit Telefon im Auto nach
Hause gefahren, und von da ab war ich in
Frankfurt, genauer gesagt, in Bad Soden im
Taunus.

Florian Hahn (CDU/CSU): Sonntag -
helfen Sie mir noch mal -, Sonntag war der
wievielte?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der 06.

Florian Hahn (CDU/CSU): Der 06.?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Florian Hahn (CDU/CSU): Sie haben ja
auch beschrieben, dass es anfangs eben ein
Meldechaos gab; haben Sie vorhin wörtlich
gesagt. Haben Sie da nicht in Erwägung
gezogen, angesichts dieses Meldechaos
sofort sozusagen die Sachen zu packen und,
ja, ich sage jetzt mal, auf die Brücke zu ge-
hen und nach Berlin zu fahren oder bzw. - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich
weiß nicht, wie gut Sie das Ministerium ken-
nen. Wenn Sie es gut kennen, müssten Sie
mir beschreiben, wo die Brücke des Gene-
ralinspektors in diesem Ministerium ist.

Florian Hahn (CDU/CSU): Nicht in
St. Augustin, nehme ich an.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, gut,
dann wäre ich in meinem Büro gesessen und
wäre dort telefonisch erreichbar gewesen.
Ich meine, was ist da der Unterschied, Herr
Abgeordneter?

Florian Hahn (CDU/CSU): Gut. - Sie ha-
ben vorhin gesagt, Sie sind am 31.12.2009
aus dem Dienst ausgeschieden, -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich bin
in den Ruhestand versetzt worden.

Florian Hahn (CDU/CSU): - und Sie ha-
ben nur eine Urkunde des Bundespräside-
nten in der Hand.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Florian Hahn (CDU/CSU): Aber ich glaube, es gab auch einen Zapfenstreich, wenn ich mich nicht ganz irre.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, klar.

Florian Hahn (CDU/CSU): Schon, gut, wollte ich nur wissen, ob ich das richtig in Erinnerung habe.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, sicherlich haben Sie es richtig in Erinnerung. Ich weiß nur nicht, in was für einen Zusammenhang Sie das jetzt im Augenblick gerade eben stellen.

Florian Hahn (CDU/CSU): Ich wollte nur wissen, weil ich mir auch nicht ganz klar war, was der Hinweis auf die Erwähnung, dass Sie nur eine Urkunde haben, vorhin sollte.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Der Hinweis ist sehr berechtigt, Herr Abgeordneter, weil der Eindruck aufgebaut wurde in der Öffentlichkeit, dass ich mit Wirkung des 03.12. gefeuert sei. Und dagegen habe ich etwas gesagt, weil das nicht den Tatsachen entspricht. Der Minister hat mich auch nicht von meinen Aufgaben als Generalinspekteur entbunden, sondern ich bin zum 31.12. als Generalinspekteur der Bundeswehr ausgeschieden und habe bis dahin Urlaub genommen, damit ich nicht weiter im Weg rumgehe. Das wollte ich damit mal klargestellt haben.

Florian Hahn (CDU/CSU): Okay. - Vorhin wurde schon kurz nach der „Gruppe 85“ gefragt. Sie haben da gesagt, dass Sie Kenntnis vom Bestehen dieser Gruppe, von der Existenz dieser Gruppe hatten - Kenntnis, ja. Haben Sie auch den Minister Jung damals über diese Gruppe, über das Bestehen dieser Gruppe informiert?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Diese Gruppe fällt nicht in meine Zuständigkeit, folglich auch nicht die Information für den Minister. Ich empfehle auch hier, den Staatssekretär Dr. Wichert zu fragen, der diese Gruppe eingesetzt und geführt hat.

Florian Hahn (CDU/CSU): Das machen wir auch. - Und wurden Sie von der Arbeit dieser Gruppe, also über die Arbeit, über die

Inhalte - - sind Sie da regelmäßig informiert worden?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Florian Hahn (CDU/CSU): Sind Sie nicht, okay. - Jetzt habe ich noch eine Frage: Sie haben ja mehrfach heute die Situation und das Lagebild von Oberst Klein beschrieben. Ich denke, Sie wollten damit deutlich machen, dass vor dem Hintergrund dieses Lagebildes Klein sozusagen nachvollziehbar und sehr verständlich gehandelt hat. Stimmt das?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Florian Hahn (CDU/CSU): Habe ich Sie auch richtig verstanden, dass Sie vor dem Hintergrund, dass Sie trotz dessen, dass wir inzwischen davon ausgehen können, dass es wirklich zivile oder unbeteiligte - über die Schwierigkeit, das genau zu differenzieren, haben wir ja schon gesprochen -, aber eben unbeteiligte bzw. zivile Opfer, gar Jugendliche vielleicht sogar, gab, dass Sie trotzdem heute immer noch sagen, dass dieser Einsatz militärisch angemessen war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Jawohl. Aus operativer Sicht militärisch angemessen.

Florian Hahn (CDU/CSU): Der Bundesminister hat ja am 03.12. im Parlament eine Änderung seiner Bewertung vorgenommen, und er hat da in einem ersten Teil davon gesprochen, dass er davon ausgeht, dass Oberst Klein von einer militärischen Angemessenheit seines Handelns - ausgehend von dem Lagebild, ähnlich, wie wir es gerade besprochen haben - ausgeht. Das ist ja im Grunde genau das, was Sie vorhin auch bestätigt haben. Das heißt, dass Sie also nur bei der Bewertung des Ministers nicht mit ihm übereinstimmen, mit der Formulierung: „Nach heutiger und objektiver Sicht im Lichte aller Dokumente war dieser Einsatz militärisch nicht angemessen.“ Ist das richtig?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich habe dem weder zuzustimmen noch nicht zuzustimmen, Herr Abgeordneter, ich habe das zur Kenntnis zu nehmen, was der Minister da gesagt hat.

Florian Hahn (CDU/CSU): Na, Sie haben ja vorhin mehrfach, also zweimal, gesagt: Richtig. - Sie sehen auch heute noch, dass dieser Einsatz militärisch angemessen war.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: „Aus operativer Sicht militärisch angemessen“. Da gibt es offensichtlich inzwischen einen Dis-sens zu Minister Guttenberg, der inzwischen gesagt hat, dass er nicht angemessen sei. So ist das, und ich habe an meiner Bewertung nichts zu verändern.

Florian Hahn (CDU/CSU): Jetzt habe ich noch eine weitere Frage. Sie haben vorhin berichtet von, ja, einer Situation, ich glaube, am 29. Oktober in einem Flugzeug.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Florian Hahn (CDU/CSU): Da haben Sie wohl kurz dem Minister was zugeworfen. Könnten Sie das noch mal kurz wiederholen? Ich konnte - - Sie haben so schnell vorhin gesprochen, dass ich es nicht genau verstanden habe. Es war etwa: Ich rate zur Vorsicht und zu Zurückhaltung; es mag irgendwie nicht mehr alles so sein, oder es mag nicht alles so sein, wie es bei der ersten Durchsicht, glaube ich, des Berichts aussah.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Wenn ich es richtig weiß, haben Sie meinen Brief an den Minister.

Florian Hahn (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Und da steht es auch noch mal drin, dass ich ihm gesagt habe, ich empfehle Vorsicht und Zurückhaltung - sinngemäß; ich habe den Brief jetzt nicht vor mir liegen - im Zusammenhang mit dem ISAF-Bericht, weil es sein könnte, dass es nicht alles so einfach war, wie es heute Morgen auf die Schnelle ausgesehen hat. Es waren ja nur ein paar Sekunden, wo wir Zeit hatten, mit dem Minister zu reden. Ich war um 11.45 Uhr bei ihm, um ihm meine Presseerklärung vorzustellen, um 12.15 Uhr habe ich die schon gehalten. Den Zeitplan bestimme nicht ich, und deshalb habe ich es für notwendig gehalten, die Situation im Flugzeug kurz zu nutzen, um ihm diesen Hinweis zu geben: Vorsicht, Vorsicht!

Florian Hahn (CDU/CSU): Sie haben ihm aber nicht sozusagen den Hinweis gegeben, was Sie damit meinten, nämlich dass es möglicherweise doch zivile oder unbeteiligte Opfer gegeben hat?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Hat jetzt die SPD noch Fragebedarf? - Ach, Entschuldigung, Herr Hochbaum.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Herr General, ich muss noch mal auf den Feldjägerbericht zurückkommen verständlicherweise. Sie haben ihn ja, man kann schon sagen, vernichtend bewertet. Ich glaube, Super-GAU kam da zum Ausdruck.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, das habe nicht ich gesagt, das hat ein Kollege von Ihnen so ... (akustisch unverständlich)

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Gut, also vernichtend, kann man schon sagen, bewertet. Also, die Bewertung heute war mit Sicherheit nicht so, dass man sagen kann, es war ein informativer Bericht, wo Neuigkeiten drinstanden, wo interessante Sachen drinstanden. Hat nix getaugt, keine Neuigkeiten. Die Frage: Haben Sie das genau so Minister Jung damals gesagt, als Sie mit ihm über den Bericht sprachen, also ähnlich, dass Sie ihn genau so bewertet haben damals?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Herr Abgeordneter, ich habe ja auch eine Verantwortung den Soldaten gegenüber. Ich glaube, ich wäre ein verantwortungsloser Generalinspekteur, wenn ich das Gespräch mit dem Minister Jung dazu benutzt hätte, den Mann zu beschädigen, wissend, wie Jung manchmal reagiert, wenn es so etwas gibt. Da müssen Sie aber den Minister Jung zu fragen. Meine Absicht war nicht, den Feldjägerführer kaputtzumachen, sondern, diesen Bericht in die richtigen Wege zu bringen. Es war nicht notwendig, den Mann zu beschädigen. Ich habe ein eindeutiges Urteil zum Bericht abgegeben.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Mir geht es nicht um die Beschädigung des Feldjägerführers, sondern die Frage war: Haben Sie in einer ähnlichen Art und Weise - also

auf gut Deutsch: In dem Bericht steht nichts Neues, der ist nicht erheblich usw. - es so dem Minister Jung mitgeteilt, weil er ihn ja nicht gelesen hat, wie er dann gesagt hat? Wahrscheinlich aufgrund Ihrer Mitteilung hat er ihn nicht gelesen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Wenn Sie ihn so dargestellt haben wie heute uns, war es für mich zumindest logisch, dass er dann gesagt hat: Den brauche ich mir nicht anzuschauen, da kann ja nichts drinstehen.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Gut. - Die zweite Frage wäre noch mal wegen der Zeitschiene: Wann erhielten Sie diesen Feldjägerbericht, und welche anderen Berichte aus Kunduz über diesen Zeitraum lagen Ihnen zu diesem Zeitpunkt schon vor?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Also, ich habe den Feldjägerbericht in der Hand gehabt - ich weiß es jetzt nicht ganz genau mehr -

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Ungefähr.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: - am 15. abends bei der Rückkehr aus Afghanistan. Ich bin in der Nacht aus Afghanistan zurückgekommen. Oder war es erst am 16.? Das war der Mittwoch. Da habe ich den Bericht in der Hand gehabt mit einer Bewertung. Ich habe aber vorher schon vorgetragen bekommen vom Befehlshaber Einsatzführungsstab, dass der Feldjägerbericht da ist und wie wir ihn bewerten.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Und die anderen Berichte? Welche Berichte lagen zu diesem Zeitpunkt schon Ihnen vor über den Vorfall in Kunduz?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Die Klein-Meldung, die N [REDACTED]-Meldung, der Report des Initial Action Team.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Der lag schon vor?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, ja. Und das war es dann.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Okay, danke schön. Das andere müssen wir unter Geheim besprechen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Keine Fragen mehr bei der CDU/CSU? - Die SPD? - Keine Fragen. Dann die FDP? - Keine Fragen. Die Linke? - Keine Fragen. Dann Bündnis 90/Die Grünen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr General, habe ich das richtig verstanden, am 4. September an den diversen Videokonferenzen, die an diesem Tag stattfanden, haben Sie nicht teilgenommen, am 4. September?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Zu dem Telefonat am 6. September mit Minister Jung.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat dieses Telefonat vor oder nach seinen öffentlichen Äußerungen stattgefunden?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Also, ich kann jetzt nur noch das Telefonat einigermaßen einordnen: so zwischen 14 und 14.30 Uhr.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war denn Inhalt des Telefonats?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, noch einmal mein Sachstand, sein Sachstand: Vorsicht mit den Zahlen, all das wie immer. Es war im Grunde immer dasselbe. Aber wann er Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat an diesem Tag, weiß ich nicht.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Können Sie sich erinnern, an welchem Tag die nationale Untersuchung, die vor Ort eingeleitet worden war mit dem Feldjägerbericht, eingestellt worden ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, das hat ein paar Tage gedauert. Da gab es ein

bisschen Hin und Her. Aber ich glaube, das war kurz nach dem 7. September.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war also am 7. September, also bevor die Bundeskanzlerin am 8. September erklärt hat, es wird für öffentliche Aufklärung durch Hilfe der Bundeswehr gesorgt werden. Sehen Sie da einen Widerspruch?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, weil die Bundeskanzlerin ja nur ein Verfahren angesprochen hat und keine Struktur der Untersuchung. Ich meine, ich habe die Bundeskanzlerin nicht so verstanden, dass die Bundeswehr eine Untersuchungskommission macht, sondern dass sie alles dafür tut, dass dieser Fall aufgeklärt wird, und das tut die Bundeswehr.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden nach Ihrer Kenntnis die Bundeskanzlerin oder der Verteidigungsminister Jung darüber informiert, dass am Tag vorher ein nationales Verfahren eingestellt worden war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ein Verfahren eingestellt worden war. Ja, also wir haben dem Minister Jung gemeldet - das weiß ich jetzt nicht mehr, Wichert oder ich -, dass wir keine nationalen Untersuchungen machen wollen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wäre denn im Fall eines Disziplinarverfahrens Disziplinarvorgesetzter gewesen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Für den Oberst Klein im Einsatz ist der Nächste, wenn man die Kette jetzt mal hochgeht: Über Vollmer steht dann der Befehlshaber Einsatzführungskommando, und über dem steht der Vizeadmiral Kühn, stellvertretender Generalinspekteur und Inspekteur der SKB. Dem unterstehen die truppendienstlich.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ist es richtig, dass General Glatz diese Ermittlungen geleitet hätte? Kann man das so sagen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das hätte der Admiral Kühn sicherlich angeordnet, wer das leitet.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, vielen Dank. - Dann möchte ich jetzt auf Ihre Pressemitteilung oder Presseerklärung vielmehr vom 29.10. zurückkommen. Da werfen Sie im zweiten Absatz - - Ich lese diesen einen Satz kurz vor, ja? Da stellen Sie klar, welche Frage es zu beantworten gilt, indem Sie sagen:

Die Untersuchung, deren Ergebnis uns jetzt vorliegt, wurde von COMISAF angewiesen, um in erster Linie zu prüfen, ob die Vorgänge, die zum Luftangriff führten, mit ISAF-internen Regelungen übereinstimmen.

In der weiteren Erklärung wird diese Frage dann nicht beantwortet. Warum wird diese Frage nicht beantwortet?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das kann ich Ihnen jetzt im Moment auch nicht beantworten.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass, wenn diese Frage wahrheitsgemäß beantwortet würde, dies Oberst Klein belastet hätte?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sie fragen jetzt nach einer Bewertung, Frau Kollegin: „Könnte es sein ...?“

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich bitte Sie, diese Frage nicht zu stellen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann muss ich mir meinen Teil denken an der Stelle. - Ich will noch mal eine Frage aufnehmen etwas anders - Kollegin Malczak hatte das vorhin - - Nach Ihrer Kenntnis, hat der Minister Guttenberg zwischen seinem Amtsantritt und dem 6. November den COMISAF-Bericht persönlich gelesen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das weiß ich nicht.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht, gut, ist in Ordnung. - Dann noch mal zu den Grundlagen, die Minister Guttenberg am 06.11. für seine Erklärung vorlagen: Sie hatten vorhin, ich glaube, drei oder vier Dinge benannt, die ihm vor-

lagen: eine Vorlage vom 3. November, Ihr Statement vom 29. Oktober, der COMISAF-Bericht und der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes. Das ist vollständig und richtig so, ja?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das ist mein Wissensstand.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihr Wissensstand.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Da ich nicht weiß, ob der Minister Aufträge an den Planungsstab zur Vorbereitung seiner Presseerklärung gegeben hat oder an den Pressestab, kann ich Ihnen, Frau Abgeordnete, nur die sagen, von denen ich weiß, dass sie dem Minister vorlagen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur nach denen frage ich; ist richtig.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich wollte es nur noch mal klarstellen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es nach Ihrer Kenntnis ein achtseitiges Dokument, das im Ministerium erstellt worden ist, wo der COMISAF-Bericht zusammengefasst und bewertet wird, oder ist das sogar diese Vorlage vom 03.11.?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das ist die 03.11.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Noch kurz eine Frage zur „Gruppe 85“: Wissen Sie, wann die eingereicht worden ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Relativ früh nach dem Luft-Boden-Einsatz. Aber ich weiß es nicht. Ich habe mich um diese Gruppe nicht gekümmert. Da gab es eine völlig harmlose Arbeitsteilung zwischen dem Staatssekretär und mir. Das liegt auch daran, wenn ich das einfach noch mal erklären darf: Es gibt eine andere Arbeitsweise vom Staatssekretär. Der Staatssekretär ist im Grunde im Büro da im Ministerium. Der Generalinspekteur ist häufig abwesend, nicht weil er Lustreisen macht, sondern weil Militärausschüsse sind und, und. Deshalb gibt es diese Arbeitsteilung, dass sozusagen die Struktur der Arbeit des Ministeriums bei

dem liegt, der auch da ist. Der Staatssekretär muss keine Dienstaufsicht machen, gar nichts. Insofern - - Und ich bin halt auch häufig weg.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Und deshalb haben wir uns das generell - - Das hängt jetzt mit dem Fall Klein überhaupt nicht zusammen. Das ist generell unsere Verfahrensweise.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dazu können wir ja auch Herrn Wichert dann noch im Einzelnen fragen. - Herr General, sehen Sie einen Unterschied zwischen einer geheimen NATO-Untersuchung und einer öffentlichen Aufarbeitung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, muss ich ja wohl, muss ich ja wohl. Ich habe vorher aber versucht, zu sagen, warum ich behutsam bin, wenn es um die öffentliche Aufarbeitung geht: weil, es gibt Dinge im Einsatz, die sind nicht öffentlich aufzuarbeiten. Da kommen wir an einen Punkt, den ich zu Beginn betont habe: Wenn wir jetzt so eine öffentliche Aufarbeitung ansetzen würden unter dem Aspekt, dass Sie uns einfach nicht trauen, dann würden wir unheimlich viel kaputtmachen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es denn nicht vielmehr so, dass wir Ihnen mehr trauen würden, wenn wir uns darauf verlassen könnten, dass Sie diese Umstände auch öffentlich aufklären?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Eben nicht öffentlich. Wir verstehen uns vielleicht an der Stelle nicht. Einsatz ist Risiko für Menschen, und da gibt es Grenzen für die Öffentlichkeit, und wenn wir das nicht akzeptieren können und Sie nicht als Parlamentarier, dann müsste ich Ihnen einen sehr harten Rat geben: Dann dürfen Sie nicht mandattieren. Also, da muss man mal ganz klare Sprache sprechen. Wenn der Soldat im Einsatz gegen Terroristen zum gläsernen Soldaten wird, nur damit die Öffentlichkeit beteiligt ist, dann kann ich nur sagen: Vorsicht, Vorsicht, Vorsicht! Das ist ein Unding. Dann sind wir

auch nicht mehr bündnisfähig. Es arbeitet doch niemand mehr mit uns zusammen.

Deshalb müssen Sie darauf sich verlassen können. Und ich habe bei meinem Eingangsstatement gesagt, dass ich das für eine große Errungenschaft halte, an der viele meiner Vorgänger gearbeitet haben, dass wir uns genau dieses Vertrauensverhältnis erworben haben und das klassische Misstrauen zwischen Politik und Militär und Gesellschaft abgebaut wurde in dieser Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir das zerstören, zerstören wir die Grundlage der Einsatzfähigkeit der Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Das möchte ich Ihnen ganz, ganz deutlich sagen. Deshalb Vorsicht mit der Öffentlichkeit! Vorsicht mit der Öffentlichkeit!

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, jetzt haben wir noch weitere Fragen. - Dann Herr Kollege Nouripour und Herr Kollege Koenigs, glaube ich.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch Fragen.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Also Herr Kollege Nouripour und dann Herr Kollege Koenigs; ich sage es ja. - Nein, Herr Kollege Nouripour, Sie sind dran.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wusste nicht, dass Sie dazu da sind, die Fragen, die hier gestellt werden, zu beschränken; aber sei es drum. - Herr Generalinspekteur, Sie haben ja gesagt, dass Sie vom Vorfall am 4. September um 7 Uhr erfahren haben.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich gefragt, warum es so spät ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben auch nicht sonst nachgefragt, seit wann die Meldung vorliegt und warum das so spät erst erfolgt ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein. Ich glaubte immer noch, dass wir jetzt recht-

zeitig informiert sind. Ich meine, ich will Ihnen nicht irgendwie zu nahe treten, Herr Abgeordneter, aber Aktionismus mitten in der Nacht bringt ja auch nichts. Ich meine, man muss das mal ganz trocken sehen, wie wir arbeiten können. Dann der Apparat - - Ich kann ja nicht den ganzen Apparat in der Nacht wecken, das ganze Ministerium alarmieren. Allein kann ich eh nichts machen. Das muss man sich - - Das ist für mich - - Um 7 Uhr war die da. Da haben einige schon ihre Bauchschmerzen geäußert gehabt; das ist ja alles wunderbar. Und dann begann die Arbeit, und zwar möglichst strukturiert. Die ging dann durch.

Ich glaube auch, dass man verstehen muss, was da unten los war, ja, was der Klein am Hals hatte zu diesem Zeitpunkt. Ich habe die vier Kommissionen erlebt, ich habe die Kriegsschauplätze Nord und Sprengstoffattentat am nächsten Tag hier und, und, und. Mein Gott, wenn wir dann alle fünf Minuten aus Berlin anrufen, da wird der ja verrückt da unten, da geht endlich dann gar nichts mehr. Insofern glaube ich, dass das für mich eine angemessene Zeit war, nicht weil ich gerne länger schlafe. Man kann mich auch um fünf wecken. Aber nur, damit ich das um fünf schon weiß und sagen kann, ich wusste es schon um fünf, das ist kein Zweck in sich. Ich konnte ab da agieren, der Stab war dann da, also der Einsatzführungsstab, und wir konnten normal arbeiten. Das halte ich nicht für dramatisch.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin ausgeführt, dass die Einstufung der Quelle von Ihnen korrigiert werden musste von C3 auf B3. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das weiterhin Ihr Informationsstand?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, ich hatte im Ausschuss von einer C-Quelle geredet. Sie haben mich dann gefragt, was das ist. Ich habe versucht, das zu erläutern.

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr General Schneiderhan, bitte keine Auskunft zur Quelle. Das ist Geheim.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur zur Einstufung.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, ich habe Sie ja nur darauf hingewiesen: Bitte keine Aussage zur Quelle.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Und die ist besser bewertet worden, als ich im ersten Anlauf wusste.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage war: Das hat sich danach nicht mehr korrigiert, diese - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, herzlichen Dank. - Ich würde gern noch mal zurückkommen zum Stavridis-Besuch, weil es vorhin nicht die Zeit gegeben hat, das auszuführen. Gab es Gespräche über die Art und Weise der Bewertung, die dann im JIB-Report erfolgen würde?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Gespräche darüber, wann denn der JIB-Report reinkommen soll?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, er würde - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es natürlich befremdlich anmutet, wenn eine Untersuchung dann immer wieder ein paar Tage länger dauert, und dann in der Nacht, quasi in der Sekunde, kommt, in der der alte Minister geht.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Also, ich glaube, das Datum konnten wir nicht rechtzeitig einspeisen, um damit zu arbeiten, weil uns das selber überrascht hat. Der McChrystal wollte den schneller haben. Dann ging es aber nicht schneller. Ich verstehe Ihre Frage auch so, ob wir Einfluss genommen haben nach dem Motto: Das eilt jetzt nicht so. - Das hatte aber dann nichts mit dem Ministerwechsel zu tun, sondern mit der

Bundestagswahl. Das ist alles im Bereich der Spekulation. Es gab keine Einflussnahme auf den Zeitpunkt der Vorlage des Berichts mit Blick auf innerdeutsche Vorgänge, gab es nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sonstige Einflussnahme auch nicht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Von mir nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von anderen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Das kann ich nicht beantworten.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie das Gefühl hatten, dass jederzeit Minister Jung von Ihnen sehr gut beraten wurde. Deckt sich das auch - - Haben Sie das Gefühl gehabt, dass Ihre Beratung in die öffentlichen Äußerungen von ihm auch dann eins zu eins eingeflossen ist?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, natürlich. Auf der anderen Seite habe ich ja keinen Anspruch, dass der Minister sozusagen sich zur Marionette vom Generalinspekteur entwickelt. Er ist ein freier, erwachsener Mann, ist Politiker, der muss wissen, was er öffentlich sagt. Ich bin dafür verantwortlich, dass ich ihn gut berate. Wenn er mir sagt: „Deinen Rat brauche ich nicht“, oder er ist gar falsch, und es anders macht, dann ist das eben so. Damit muss man umgehen. Das ist die Rolle des Beraters.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es Ihrerseits oder seitens Ihres Personals - Adjutant, Büroleiter, wer auch immer - Gespräche über die Meldung auf der Website mit Herrn Raabe und mit Herrn Dienst?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Also, Sie meinen jetzt den 04. vormittags?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den 04., 05., 06, die drei Tage, in denen - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, die Website ist kein Thema für uns gewesen, die Website nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ja gesagt haben, Sie hätten sich über die Verlautbarung geärgert.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja, aber das war nicht Website, das war die Pressekonferenz.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es darüber eine Unterhaltung?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Dem Minister habe ich schon gesagt, dass das jetzt nicht so klasse war, dass wir - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was hat er geantwortet?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Er konnte es ja auch nicht für gut erklären, nicht?

(Heiterkeit bei der SPD)

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten schon häufig - ich zitiere sinngemäß - für andere Verantwortung übernommen; das könne der Minister Jung ja auch bestätigen, würde er auch bestimmt bestätigen. Was haben Sie damit gemeint?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Es gab immer wieder Gelegenheiten, wo der Minister unzufrieden war. Ich erinnere mich - ich weiß nicht, einige waren dabei -, ich durfte ja die Geburtstagsrede zum 60. Geburtstag von Minister Jung halten. Da habe ich ihm in Anwesenheit der Kanzlerin versprochen, dass er in Zukunft nur noch absolut belastbare Zahlen von diesem Stab bekommt. Es gab Situationen, wo der Minister sehr ärgerlich wurde, weil er mit Zahlen losgeschickt wurde - nicht unbedingt von mir; das ist aber jetzt egal -, die sich hinterher dann als nicht so belastbar herausgestellt haben. Da könnte ich Ihnen viele, viele Beispiele sagen. Da der Minister Jung vor seinem notariellen Hintergrund absolut korrekte Zahlen außerordentlich schätzt, war das für mich jedes Mal ein Problem, wenn ich wieder einen Sprechzettel

abgezeichnet hat, in dem statt „722“ „728“ stand. Oft wollte er von mir wissen: Den will ich jetzt vor mir sitzen haben, dem sage ich jetzt was. - Und ich habe ihm immer gesagt: Er sitzt schon vor Ihnen, das bin ich. - Da gab es einen ganz konkreten Streit - der hat sich ein bisschen länger hingezogen und hat sich dann fast in so eine Art freundschaftliche Stichelei -, wo er dann gesagt hat: Ich komme noch mal zurück, den nennen Sie mir noch. - Und ich habe gesagt: Den nenne ich Ihnen nicht. - Ich will mich damit nicht brüsten; aber ich denke, das ist meine normale Aufgabe, weil es in einem Stab von über 700 Leuten, die in der Masse unter ungeheurem Leistungsdruck sind, in der Vorlage an die Spitze dieses Ministeriums - alles Öffentlichkeit und politisch relevant - Fehlleistungen gibt; das ist nicht auszuschließen. Das wissen Sie alle, wenn Sie mit großen Organisationen zu tun haben. Dann kann es nicht sein, dass bei jeder Fehlleistung, bei jedem falschen Zahlenkomma, Köpfe geschlachtet werden. Wir haben in der Bundeswehr Zeiten gehabt, wo dies eher Usus war, und ich wollte dazu beitragen, dass das nicht mehr eintritt. Das ist der Hintergrund; deshalb habe ich das so deutlich gesagt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch zwei Fragen. Soll ich sie einfach stellen jetzt?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Machen Sie weiter.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - Es gibt ja Meldungen, die produziert worden sind im Juni, um den 11. Juni herum, mit dem Duktus, es gebe jetzt einen Strategiewechsel in der Bundeswehr in Afghanistan, -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nun würde man - - Es gibt auch das Wort „Eskalation“.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt das Wort „Offensive“ usw. Hat das aus Ihrer Beurteilung irgendetwas zu tun mit dem 4. September?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, nein, an der Eskalation bin ja ich schuld. Das habe ich gesagt. Das war die Bundespressekonferenz mit den beiden Parlamentarischen Staatssekretären vor der Sommerpause, und kurz davor haben die zum ersten Mal Marder eingesetzt in Afghanistan. Dann war das ein Thema bei der Fragen stellenden Presse, und dann habe ich gesagt: Aufgrund der leicht geänderten Kampfweise, wo wir - das habe ich öffentlich damals gesagt - noch nicht wissen: „Ist es ein genereller taktischer Wandel, oder ist es nur in dieser Situation so?“, war der Einsatz von Marder notwendig, und diese Eskalationsstufe war notwendig.

Ich habe aber, um das richtigzustellen, in meinem Intranetinterview, nachdem ich aus Afghanistan zurückgekommen bin, den Soldaten gesagt, die deutsche Philosophie hat sich damit nicht geändert. Das war ein einmaliger, der 04.09. Das war also nicht die Ankündigung: Wir eskalieren jetzt in die obere Stufe. Das ist mir ja vorgeworfen worden. Wenn ich Sie verweisen darf auf das Protokoll der Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 8. September, da habe ich diesen Passus auch gesagt, dass das nicht bedeutet, dass wir jetzt in eine andere Eskalationsstufe oder Strategie gehen. Aber ich musste den Soldaten sagen: Ihr habt Marder mit Milan und anderes auch, um es einzusetzen. Da war ja so eine Frage: Dürfen wir das einsetzen oder nicht? - So war der Hintergrund. Insofern habe ich das Wort „Eskalationsstufe war jetzt notwendig“ benutzt.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hat mit dem 4. September aus Ihrer Sicht analytisch nichts zu tun?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Nein, nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage: Sie haben gesagt, dass nicht Sie, sondern Staatssekretär Wichter konsultiert worden ist vom Kanzleramt vor dem Hintergrund der Regierungserklärung am 8. September. Habe ich so verstanden; wenn das falsch ist, dann müssen Sie mich korrigieren. Gab es in irgendeiner Art und Weise vorher, nachher, bis zum 6. November oder bis Ende November irgendeine Kontaktaufnahme, irgendeine Anfrage des Kanzleramtes an Sie?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich muss jetzt das vielleicht noch einmal erklären, wie das Verfahren ist. Das Kanzleramt richtet sich - in der Masse war das jetzt der Gruppenleiter - da an den Staatssekretär und bittet um Unterlagen. Dann steuert der Staatssekretär das an mich ab, und ich bereite das mit meinem Stab vor und lege ans Kanzleramt über den Staatssekretär vor, unter Umständen unter Beteiligung des Ministers. Das entscheidet aber der Staatssekretär. Also, das Kanzleramt, die Gruppe 23, wendet sich meistens nicht an mich, sondern an den Staatssekretär. Die Arbeit landet aber garantiert in meinem Stab. So ist das Verfahren; so habe ich das gemeint. Und ansonsten gab es oberhalb dieses Oberst keine Anfragen, die mir bekannt sind, an mich, meinen Stab oder sonst irjemanden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Koenigs.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr General Schneiderhan, teilen Sie meine Einschätzung, dass Ihre Entlassung mit der vom Minister gegebenen Begründung unangemessen war?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Herr Abgeordneter - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Koenigs, „teilen Sie meine Einschätzung“ ist eine Bewertung. Stellen Sie Ihre Frage bitte so, dass Sie nach Tatsachen fragen.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie Ihre Entlassung mit der in der Öffentlichkeit und Ihnen gegebenen Begründung für angemessen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Herr Abgeordneter, das Wort „angemessen“ oder „unangemessen“ hat mich die letzten zwei Jahre so kaputtgemacht, dass ich dazu nichts mehr sagen möchte, was angemessen und nicht angemessen ist.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Frau Kollegin Malczak.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine letzte Frage. Ich teile auch Ihre Einschätzung, Herr General Schneiderhan, was es angeht, nicht jedes militärische Detail kann in der Öffentlichkeit debattiert werden. Aber es ist natürlich trotzdem so: Wir haben eine Parlamentsarmee, und deshalb gibt es auch Geheim und Nicht-öffentlich, und das Parlament müsste besser informiert werden, sonst würden wir auch heute nicht hier in diesem Untersuchungsausschuss sitzen. Deshalb frage ich Sie, da Sie auch gesagt haben, dass der Feldjägerbericht nicht eine geeignete Grundlage für eine weitere Analyse war, und nach Abschluss des JIB-Reports waren Sie auch noch Generalinspekteur: Gab es da noch Überlegungen, eine nationale Untersuchung anzuschließen?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Von mir nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Weil ich jetzt eigentlich dann gedacht habe, ich habe das jetzt bewertet und die Meldung gesagt. Ich habe da im Augenblick keinen Handlungsbedarf gesehen. Ich würde jetzt darüber spekulieren, wie ich mich entwickelt hätte, wenn ich im Dezember noch weiter aktiv geblieben wäre. Das mag ich nicht, weil das in die Kompetenzen anderer jetzt reingeht. Aber ich will Ihnen schon sagen, dass die Situation, wie ich sie empfunden habe - ich weiß gar nicht, ob „empfinden“ jetzt zulässig ist, Frau Vorsitzende - -

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen ist das zulässig.

(Heiterkeit)

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Aber manchmal hat ja auch der Generalinspekteur Empfindungen. - Ich hatte das Gefühl, dass das öffentlich nach meiner Presseerklärung eigentlich durch war und wir jetzt intern weiterarbeiten können. Die Reaktionen in der Presse, die öffentliche Reaktion - - Ich kenne Zeitungen, die halten meine Einschätzung für falsch; das ist in Ordnung. Ich habe ja gesagt, das kann man anders sehen, muss man nicht so sehen wie ich. Das ging ja - - Wann ging es denn eigentlich wieder los mit

diesem 4. September? Als die *Bild*-Zeitung diesen Feldjägerbericht platziert hat. Bis dahin hatte ich das Gefühl, im Übrigen auch nach dem 16.09., meinem letzten Bericht an die Herrn Vorsitzenden und Obleute, nachdem ich aus Afghanistan zurück war, dass der Bedarf an Interesse gedeckt ist durch das, was wir gemacht haben. Das ist ja selbst nach der Ministerpressekonferenz - - Was heißt „selbst“? Gerade nach der Ministerpressekonferenz ist es ja auch ruhig geblieben. Das Ganze ist doch jetzt wieder hochgekommen am 25., weil die *Bild*-Zeitung diesen alten Bericht, den wir schon längst abgehakt hatten, hier so hochstilisiert hat, dass daraus plötzlich ein Thema wurde, das eine ganz andere Dimension angenommen hat. Ich bitte nur, zu verstehen, wie ich es beurteilt habe, ja? Wir wussten intern - - Wir kannten die Berichte, und wir wussten, was zu tun ist. Der Minister hat verkündet, dass wir in Kunduz verstärken. Der Minister hat dann inzwischen weiterentwickelt die neue Strategie mit der NATO. Da war ich aber schon weg. Das heißt, da laufen ja Aktionen, die nicht immer wieder die Frage nur aufbereiten: Feldjägerbericht, nicht Feldjägerbericht.

Das ist etwas, was ein bisschen irritierend für mich ist. Das geht ein bisschen an eine vorher gestellte Frage. Da möchte ich beklagen dürfen, dass ich nie die Chance hatte, meine Bewertung des Feldjägerberichtes jemand anders außer dem Minister Jung auch mitzuteilen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann nur noch eine allerletzte Anschlussfrage: Finden Sie, dass das öffentliche Interesse entscheidend ist für die Notwendigkeit einer nationalen Untersuchung?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich weiß nicht, ob wir hier genau das öffentliche - -

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Frau Vorsitzende, das ist auch wieder eine Frage nach einer Bewertung!)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja, das ist eine Frage, die bewertend ist, und ich bitte Sie, sie anders zu stellen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann ziehe ich sie zurück. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt kommt der Kollege Brand noch mal dran.

Michael Brand (CDU/CSU): Lieber Herr General Schneiderhan, das, was Sie zum Schluss gesagt haben, kann ich sehr gut nachvollziehen: dass Sie gesagt haben: Ich habe eigentlich gedacht, das Thema ist damit beendet. - Das erklärt vielleicht auch, warum dem einen Minister der Feldjägerbericht im Inhalt wiedergegeben worden ist, dem nächsten nicht. Habe ich das richtig verstanden, dass das einer der Gründe war, weil Sie gesagt haben: Eigentlich war die Sache für mich an der Stelle beendet?

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Ich weiß nicht, wie ich das jetzt sagen soll, um das ganz emotionslos zu machen. Ich wäre mal wirklich dran interessiert, zu erfahren, auf welcher genauen Detailkenntnis des Feldjägerberichts wir eigentlich seit geraumer Zeit miteinander diskutieren. Der hat ja seinen Wert erhalten durch eine Zeitung, ja? Und die ist jetzt sozusagen gegen mein militärisches Urteil angetreten. Jetzt diskutieren wir einen Feldjägerbericht, den ich sehr wohl kenne, auch bewerten kann. Die Öffentlichkeit kennt ihn nicht, und dieser Feldjägerbericht hat jetzt aus völlig anderen Gründen seinen Stellenwert bekommen, als er ihn militärisch jemals hatte.

Wenn man das alles so sieht, wird es eben für mich schwer, das Ganze zu beantworten, was Sie mich fragen, ja? Ich will nicht spekulieren, obwohl es mich reizen würde. Da würde ich an die Frage des Abgeordneten Koenigs natürlich dann gerne anknüpfen. Ich habe mir aber vorgenommen, dass ich es nicht tue. Ich verstehe nicht, warum dieser Feldjägerbericht inzwischen einen solchen Stellenwert hat, wo wir aktenkundige Aussagen von Rechtsberatern haben, wie sie ihn bearbeitet und verarbeitet haben und wie Sullivan entschieden hat, dass der jetzt obsolet ist und geschreddert werden kann. Genau jetzt kriegt er in Deutschland einen Stellenwert, das ist ja geradezu gigantisch. An der Stelle könnte man - ich tue es nicht - zum Verschwörungstheoretiker werden, an der Stelle, wenn man möchte. Das ist mein Problem mit diesem Feldjägerbericht.

Ich kenne die Aktennotiz vom V███ - allerdings ist die erst vom 02.12. -, wo er ganz klar beschrieben hat, wie er den eingeführt hat, wie er den geprüft hat, was die gesagt haben, und dass dann die Kommission Sullivan gesagt hat, okay, knicken, lochen, abheften, ja? Und dagegen laufen wir jetzt die ganze Zeit an. - Das war ja nicht geheim.

(Heiterkeit der Abg. Inge Höger
(DIE LINKE))

Michael Brand (CDU/CSU): Die Frage, die sich anschließt, die ist dann im Geheimen zu stellen, weil es ja, wie gesagt auch vorhin, in der Generalität eine andere Einschätzung auch gab. Deswegen, glaube ich, ist sehr gut verstanden, dass Sie an der Stelle eben auch gesagt haben, dass natürlich in der Rückbetrachtung man wie so oft im Leben manchmal klüger ist.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Manche brauchen ihn halt jetzt und ich nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gut, ich habe jetzt keine weiteren öffentlichen Fragen mehr und schließe damit die öffentliche Befragung.

Herr General Schneiderhan, wir würden Ihnen vorschlagen - -

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Sie machen einen Vorschlag; das ist gut.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Die Fraktionen haben sich geeinigt, Staatssekretär a. D. Wichert jetzt öffentlich hier zu befragen, weil wir ja sonst umziehen müssen, und dann die geheime Befragung nacheinander im Anschluss an diese öffentliche Befragung zu machen - Ihr Einverständnis vorausgesetzt. Sie hätten einen bequemen Platz im Sekretariat des Verteidigungsausschusses.

Zeuge Wolfgang Schneiderhan: Dieses Angebot nehme ich an; auf das habe ich siebeneinhalb Jahre gewartet, Frau Vorsitzende.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Gut, dann unterbreche ich jetzt die Sitzung für fünf Minuten. - Herr Schneiderhan, Sie werden von Herrn Gerland ins Büro geleitet,

und dann vernehmen wir in öffentlicher
Sitzung Herrn Staatssekretär a. D. Wichert.

(Unterbrechung von
19.07 bis 19.14 Uhr)

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Herr Wichert, ich darf Sie im Namen des Untersuchungsausschusses ganz herzlich begrüßen.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Peter Wichert**

Herr Dr. Wichert, zunächst informiere ich Sie darüber, dass die Vertreter der Medien und auch die Besucher keine Film-, Ton-, Bild- und Fernsehaufnahmen von der öffentlichen Vernehmung machen dürfen. Von dieser Sitzung wird eine Tonbandaufnahme gefertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Herr Dr. Wichert, Sie sind mit Schreiben vom 2. März 2010 geladen worden. Das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem Beweisbeschluss zugegangen. Der Beweisbeschluss ist Ihnen und den Mitgliedern bekannt; auf eine Verlesung kann daher verzichtet werden.

Eine Aussagegenehmigung und eine Konferenzbescheinigung haben Sie vorgelegt. Die Aussagegenehmigung wurde an die Mitglieder vorab verteilt. Auf eine Verlesung kann daher ebenfalls verzichtet werden.

Nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinngemäß Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Nach § 22 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Abs. 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach den gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- und Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit eine entsprechende Einstufung erfolgen kann.

Nachdem ich Ihnen den Gegenstand der Vernehmung erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt und belehrt habe, komme ich nun zur Vernehmung zur Person. Herr Dr. Wichert, bitte nennen Sie uns Ihren vollständigen Namen, Ihren Familienstand und Ihre letzte dienstliche Anschrift.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, Frau Vorsitzende. Ich heiße Dr. Peter Wichert. Ich bin verheiratet. Mein letzter Dienstsitz, mein erster Dienstsitz war Bonn.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich komme nun zur Vernehmung zur Sache. Herr Dr. Wichert, zunächst gebe ich Ihnen die Gelegenheit, dem Ausschuss das im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen von dem Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Danach werde ich Ihnen einige Fragen stellen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses in einer festgelegten Reihenfolge das Wort. - Sie haben das Wort, Herr Dr. Wichert.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Danke, Frau Vorsitzende. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte eingangs zu vier Komplexen Stellung nehmen: erstens zur Information nach dem Luftangriff, und zwar Information innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung, innerhalb der Bundesregierung, gegenüber dem Parlament und gegenüber der Öffentlichkeit, zweitens zum Geschehen im Zusammenhang mit der Pressekonferenz von Bundesminister Dr. Freiherr zu Guttenberg am 06.11.2009, drittens zu den Vorgängen am 25.11.2009, die zu meinem Ausscheiden aus dem Amt am 03.12.2009 führten, und viertens zu der Frage, ob Einfluss auf Dokumente und Ähn-

liches genommen wurde, also zu Punkt 6 Ihres Einsetzungsbeschlusses.

Zum Punkt 1: Der Luftangriff wurde am 04.09., 1.49 Uhr Ortszeit - das entspricht 23.19 Uhr am 03.09. deutscher Zeit -, ausgeführt. Ich wurde durch den Einsatzführungsstab nach meiner Erinnerung kurz vor 7 Uhr zu Hause angerufen und über den Luftangriff informiert. Erwähnt wurden 56 tote Taliban, keine toten Zivilisten. Ich gab den Auftrag, die Unterrichtung der Obleute des Verteidigungs- und des Auswärtigen Ausschusses vorzubereiten.

Vorab noch mal eine Bemerkung zu diesen Obleuteunterrichtungen. Sie gehen routinemäßig und ausnahmslos mit einem breiten Verteiler an die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden beider Ausschüsse, an die Sprecher und Obleute der Fraktionen in diesen Ausschüssen, an alle Leitungsbüros im BMVg, aber auch an das Sekretariat des Verteidigungsausschusses, an das Auswärtige Amt und an die Gruppe 22 des Kanzleramtes sowie an den Wehrbeauftragten.

Ich legte nach der Erstunterrichtung am 04.09. die folgenden Obleuteunterrichtungen zu diesem Thema vor Abgang Herrn Bundesminister Dr. Jung zur Billigung vor. Sie finden das in den Akten.

Als ich wie üblich kurz vor 7.30 Uhr in Bonn ins Büro kam, erfuhr ich von Presseverlautbarungen der Bundeswehr, deren wesentlicher Inhalt war: 56 Aufständische getötet, Zivilpersonen kamen nicht zu Schaden, beides als feststehende Tatsachen. Ich fand also die veröffentlichte Presseerklärung bereits vor. Sie wurde von mir nicht gebilligt. Wenn ich Informationen aus dem Hause bekam, „an den Pressestab zur Billigung“, habe ich immer auf schriftlichen Vorlagen bestanden. Sie finden das auch in den Akten. Billigungen auf Zuruf entsprechen nicht meinem Arbeitsstil.

Meinem Büro wurde der vom Leiter des Einsatzführungsstabes um 6.26 Uhr gebilligte Text um 7.59 Uhr übermittelt. Angeblich gab es aber - das habe ich aus einem späteren Auftritt in der Bundespressekonferenz erfahren - bereits um kurz nach sechs eine erste Veröffentlichung der Bundeswehr, die ich aber nicht gesehen habe, ich weiß nicht, ob vom Einsatzführungsstab oder von wem auch immer. Der mir vom Einsatzführungsstab im Laufe des Vormittags vorgelegte Textbaustein für die Obleuteunterrichtung war mit der Presseerklärung im Wesentlichen

inhaltsgleich, wies allerdings schon darauf hin, dass es sich um erste Informationen und um den derzeitigen Erkenntnisstand handele, war also weniger definitiv als die Presseerklärung.

Ich ließ durch mein Büro im Einsatzführungsstab rückfragen, welche Quellen den bisherigen Meldungen zugrunde lagen, und erfuhr, dass diese auf der Presseschiene eingegangen seien, also nicht von der Truppe auf dem Dienstweg und damit also nicht autorisiert von den verantwortlichen militärischen Führern. Ich beabsichtigte, den Obleuten detailliertere Informationen zu geben, als bereits an diesem Morgen seit dem frühen Morgen über alle Nachrichtenkanäle liefen. Präzisere Auskünfte waren aber auch durch mehrere, wiederholte Rückfragen meines Büros nicht zu erlangen. Ich setzte schließlich eine Frist bis 12 Uhr und unterrichtete um 12.17 Uhr schriftlich die Obleute mit dem zuvor beschriebenen breiten Verteiler. Diese Unterrichtung liegt Ihnen in den Akten ebenso wie die folgenden vor.

Angesichts des mir nicht gesicherten Meldeaufkommens verzichtete ich in dieser Unterrichtung aber auf die Angabe einer Zahl der getöteten Personen und vor allem auch auf die Aussage, es seien keine Zivilpersonen oder Unbeteiligte zu Schaden gekommen. Ich kenne die Gefahr erster Meldungen zur Genüge und wollte auf jeden Fall eine Falschinformation des Parlaments verhindern. Außerdem fiel mir auf, dass unser Pressestab noch im Laufe des Morgens seine Sprache modifiziert hatte. Nach der ersten definitiven Meldung - ich erwähnte sie gerade - „keine Zivilisten“, hieß es wenig später, „vermutlich keine Zivilisten“, dann „vermutlich keine Unbeteiligten“ seien zu Schaden gekommen.

Wichtig ist mir noch, Folgendes festzuhalten: In dem einleitenden Satz meiner Obleuteunterrichtung heißt es:

Es kam zu einem Luftangriff gegen eine Gruppe von „opposing militant forces“.

Damit war von Anfang an klar, dass der Angriff auch Menschen galt und eben nicht nur steckengebliebenen Lastwagen. Später wurde dann so getan, als sei dies eine Neuigkeit, die es erst zu entdecken galt und die das Verteidigungsministerium versucht habe zu verdecken. Auch unser Pressesprecher sprach in der ersten Bundespresse-

konferenz am 04.09. von einem Angriff auf „opposing militant forces“.

Zu diesem Thema hat nach meiner Wahrnehmung ein erstaunlicher Prozess stattgefunden. Es wird inzwischen teilweise der Angriff auf Menschen als schlechthin vorwerfbar dargestellt. Das war kurz nach dem Angriff ganz anders. Dass Taliban bekämpft wurden, war damals - so habe ich es wahrgenommen - allgemein akzeptiert. Bedauern wurde bekundet, falls Unschuldige getroffen sein sollten. So äußerte sich zum Beispiel die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 08.09., als sie sagte, jeder in Afghanistan unschuldig zu Tode gekommene Mensch ist einer zu viel. Im gleichen Sinne äußerte sich der damalige Bundesaußenminister, als er ausführte, er habe dem afghanische Außenminister im Namen der Bundesregierung das Mitgefühl für die möglicherweise unschuldigen Opfer zum Ausdruck gebracht. Aus beiden Äußerungen ist doch wohl zu entnehmen, dass die Bundesregierung es bereits damals als möglich ansah, dass es unschuldige zivile Opfer gegeben haben könne, dass Opfer unter den Taliban oder den „opposing militant forces“ aber akzeptiert werden könnten.

Klare Worte hat hierzu auch der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der Abgeordnete Klose, gefunden, als er am 17.12. erklärte, gezielte Angriffe der Bundeswehr auf Talibankämpfer seien gerechtfertigt; so jedenfalls nach einer mir vorliegenden Agenturmeldung.

Am 05.09. um 16.03 Uhr unterrichtete ich die Obleute schriftlich, dass die NATO ein eigenes Untersuchungsteam nach Kunduz gesandt habe und der COMISAF, also General McChrystal, in Kunduz eingetroffen sei. Auch hätte die UNAMA eine Untersuchung vor Ort angekündigt. Wiederum leitete ich meinen Bericht mit dem Satz ein, es sei zu einem Luftangriff gegen eine Gruppe von „opposing militant forces“ gekommen.

Am 06.09., einem Sonntag, ging bei mir - ebenso, wie ich glaube, in der Adjutantur des Ministers - der vom Generalinspekteur angeforderte Bericht von Oberst Klein ein. Er bestätigte, dass der Angriff Aufständischen, also Menschen, und nicht nur Lastwagen gegolten habe, enthielt aber sonst keine Neuigkeiten. Gleich am Morgen des 07.09., Montag, leitete ich diesen Bericht noch mal mit einer handschriftlichen Paraphe dem Minister zu.

Außerdem gab es noch den Bericht des Gouverneurs der Provinz Kunduz und weiterer afghanischer Offizieller an Präsident Karzai, der am 06.09. im BMVg einging und den ich am 07.09. erhielt. In ihm wurde gesagt, dass ausschließlich Aufständische ums Leben gekommen seien.

Schließlich gab es noch den Bericht des vom COMISAF eingesetzten Initial Action Team mit Datum vom 06.09. Er ging nach meiner Kenntnis am Abend des 06.09. im Einsatzführungsstab des Ministeriums ein und wurde dort ausgewertet. Sein Inhalt floss in die Unterrichtung des Kanzleramtes vom 07.09., auf die ich gleich noch zu sprechen komme, und in die Obleuteunterrichtung vom 08.09. ein. Ich erhielt von der Tatsache, dass der Bericht nicht nur dem COMISAF, sondern auch bereits im BMVg vorlag, am Morgen des 08.09. Kenntnis, als der Minister die Obleute des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses unterrichtete und der Generalinspekteur vortrug. Der Bericht wurde am 08.09. meinem Büro um circa 10.20 Uhr zugestellt. Zu diesem Zeitpunkt war ich bereits auf dem Weg ins Kanzleramt zur sogenannten Nachrichtendienstlichen Lage. Ich werde den Bericht selbst also erst nach meiner Rückkehr gegen 13 Uhr, kurz nach 13 Uhr, zur Kenntnis genommen haben.

Zu erwähnen ist noch, dass das deutsche Mitglied im Initial Action Team, Herr Oberst N [REDACTED], seinen Bericht mit einer persönlichen Einschätzung am 06.09. der Adjutantur des Generalinspekteurs übermittelte. Auch diesen Bericht erhielt ich am 08.09. Er enthielt keine vom Bericht des Initial Action Team abweichenden Fakten.

Am 07.09. gab es eine weitere schriftliche Unterrichtung der Obleute durch mich; denn ich hatte dem Minister empfohlen, den Text für die Bundespressekonferenz vom gleichen Tage vorab den Obleuten zur Verfügung zu stellen. In dieser Obleuteunterrichtung, also vom 07.09., wurde ausgeführt, dass sich unter den zwölf männlichen Verletzten, die ins Krankenhaus von Kunduz eingeliefert worden waren, auch ein zehnjähriger Junge befand und einer der Verletzten - man kann auch sagen, nur einer der Verletzten - von der Polizei unter Bewachung gestellt worden sei. Dies war ein klarer Hinweis darauf, dass eben nicht nur Aufständische Opfer des Luftangriffs geworden waren.

In der öffentlichen Berichterstattung hat die Unterrichtung des Kanzleramtes eine

große Rolle gespielt. Es wurden im Vorfeld des Untersuchungsausschusses durch irgendwelche Indiskretionen Vorwürfe gegen das BMVg und hier speziell auch gegen mich erhoben. Ich will die Unterrichtung des Kanzleramtes daher etwas im Zusammenhang darstellen.

Am 07.09., also vor der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, am Tag vor der Regierungserklärung, wurde das Kanzleramt von mir ausführlich und schriftlich unterrichtet. Alle damals mir zur Verfügung stehenden Informationen wurden mitgeteilt. Das Kanzleramt hatte zuvor natürlich alle Obleuteunterrichtungen bereits erhalten. Ausgangspunkt für meinen gesonderten Bericht war eine E-Mail des Gruppenleiters 22 des Kanzleramtes, Oberst Dr. Vad, von 10.43 Uhr am 07.09. Sie lautet:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, im Auftrag der Bundeskanzlerin wird um detaillierte Zusammenstellung und Übersendung der Faktenlage des Vorfalls in Afghanistan am 4. September (Luftangriff auf Tanklaster) bis heute 17 Uhr gebeten.

Dies wurde vom Einsatzführungstab im Laufe des Tages erarbeitet und um 16.46 Uhr als sogenannter Rotstrich - das heißt, ohne abschließende Billigung durch die Leitung, aber mit meinem ausdrücklichen Einverständnis - dem Kanzleramt übersandt.

Da es sich um eine Unterrichtung der Bundeskanzlerin handelte, bestand ich auf Billigung durch den Minister, um sicherzustellen, dass auch seine aktuellen Kenntnisse Berücksichtigung finden würden. Die Billigung des Ministers erhielt ich im Laufe des späteren Abends des 07.09. Um 21 Uhr teilte mein Büro dem Kanzleramt mit, dass der Minister den Rotstrich, der, wie gesagt, seit 16.46 Uhr im Kanzleramt war, ohne Änderung gebilligt habe.

In diesem Bericht an das Bundeskanzleramt wird nochmals auf die ins Krankenhaus eingelieferten zwölf männlichen Verletzten, darunter ein zehnjähriger Junge, hingewiesen. Der Bericht ist in Ihren Akten und enthält alle damals bekannten Fakten. Aus ihm geht insbesondere auch hervor, dass der Angriff nicht allein den festgefahrenen Tanklastwagen, sondern auch den Personen galt, die sich dort aufhielten.

Ich möchte besonders auf einen Absatz dieses Berichts ans Kanzleramt hinweisen, in dem es heißt - ich zitiere jetzt -:

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Herr Vorsitzender.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Ja.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Dieser Bericht ist eingestuft.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Herr Staatssekretär, wir sind hier in einer öffentlichen Sitzung, und ich bitte Sie, nicht aus Geheim eingestuften Dokumenten hier zu zitieren.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Er ist VS-NfD eingestuft.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der ist VS-NfD.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Ja, VS-NfD.

MDg Ulrich Birkenheier (BMVg): Ja, das reicht aber. Das kann nicht in der öffentlichen Sitzung gemacht werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Es ist hier eine öffentliche Sitzung, und auch bei dieser Stufe geht das nicht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Gut. Dann kann ich das nicht zitieren. Ich kann aber sagen, dass in diesem Bericht klar drinstand, dass COMISAF - das war ja dann auch in der Presse - davon ausgeht, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit - -

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Herr Staatssekretär, auch wenn es in der Presse war, kann aus VS-NfD eingestuften Unterlagen hier nicht offen zitiert werden.

(Zuruf von der SPD: Nein, da gibt es andere Meinungen!)

Ich bitte, das zu beachten.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Gut, dann stelle ich das zurück bis zur geschlossenen Sitzung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Ja, okay.

(Zuruf: Nein, das kann man schon machen!)

Ich bitte das zurückzustellen nachher für die Sitzung, die wir dann Geheim machen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Herr Vorsitzender, für mich ist es nur sehr wichtig - und ich möchte das dann wirklich in geschlossener Sitzung ausführen -, dass wir die Äußerungen des COMISAF hier ausgiebig zitiert haben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Karl A. Lamers: Ja, das ist auf jeden Fall möglich.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Auch wegen der Übersendung des Berichts des Initial Action Team sind Vorwürfe nachträglich über die Presse lanciert worden. Tatsache ist indes, dass der Bericht am 10.09. um 10.58 Uhr durch den Referatsleiter 222 des Bundeskanzleramtes in meinem Büro angefordert wurde. Es wurde umgehend eine Kopie erstellt und diese zusammen mit dem Bericht von Oberst Klein um circa 12 Uhr an die VS-Registratorin des Kanzleramtes durch Kurier überbracht.

Am gleichen Tag erreichte mein Büro am Nachmittag die Bitte des Leiters unseres Ministerbüros, Herrn Krause, den Bericht nun auch dem Bundeskanzleramt zu übersenden. Ihm wurde mitgeteilt, dass dies längst geschehen sei. Wie es zu dieser Bitte kam, weiß ich nicht.

Auch zu dieser Übermittlung und zu ihren Abläufen ist bei mir, Herr Vorsitzender, niemals Beschwerde erhoben worden. Deshalb wundere mich die gezielten Indiskretionen, aber auch die teilweise sehr unpräzisen und damit irreführenden Auskünfte in einer Fragestunde des Bundestages schon sehr. Das Kanzleramt hatte also unverzüglich nach Anforderung und rechtzeitig vor der Regierungserklärung die Fakten, und sie hatten unverzüglich nach Anforderung auch den vollständigen Bericht.

Am Morgen des 08.09., also am Tag der Regierungserklärung, fand von 7 Uhr bis circa 8 Uhr eine Unterrichtung der Obleute des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses durch den Minister im Bundesministerium der Verteidigung statt. Zuvor gab es eine circa viertelstündige Vorbesprechung beim Minister, in der der Generalinspekteur zu den Inhalten der ver-

schiedenen Berichte und zum letzten Sachstand vortrug. Die vom Generalinspekteur, von mir und vom Minister gebilligte Unterrichtungsvorlage ist in Ihren Akten. Sie enthält die Aussage zu dem zehnjährigen Jungen und zu den Feststellungen des Initial Action Team, zu denen ich jetzt nichts sagen kann. War also umfassend.

Am 08.09. fand eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses statt, an der ich nicht teilnahm, in der Bundesminister Dr. Jung und der Generalinspekteur vortrugen. Auch hier wurde berichtet, Angriff auf Lastwagen und Personen, Einlieferung von zwölf männlichen Verletzten, ein zwölfjähriger Junge und unter Bezugnahme auf den Bericht des ISAF-Teams, was ich später sagen werde.

Am 09.09. unterrichtete ich die Obleute schriftlich, dass der Geheim eingestufte Bericht des Initial Action Team dem BMVg vorliege. Der Bericht empfehle eine förmliche Untersuchung; dem sei COMISAF gefolgt. Ich unterrichtete über die Ziele dieser Untersuchung, wobei ich besonders hervorheben möchte, dass die Anwendung der Einsatzregeln und ihre mögliche Ergänzung als Untersuchungsgegenstand angesprochen wurden. Nach meiner Erinnerung hatte Herr MdB Schäfer darum gebeten, dass dieser Geheim eingestufte Bericht zur Verfügung gestellt werde. Ich hatte dagegen votiert, weil es sich um einen NATO-Geheimbericht handelte. Ergebnis war, dass der Bericht durch den Minister nicht freigegeben wurde; aber der Minister veranlasste eine Obleuteunterrichtung am 11.09., und in dieser Obleuteunterrichtung am 11.09. unterrichtete der Minister von 11 Uhr bis circa 12.30 Uhr diesmal die Obleute des Verteidigungsausschusses. Ich war von Bonn über Videokonferenz zusammen mit einigen Obleuten, die in Bonn dazukamen, zugeschaltet. Die Sprechempfehlung des Generalinspektors liegt Ihnen vor.

Es wurde dort zu den Ergebnissen des Berichts Initial Action Team vorgetragen, ausgiebig vorgetragen, vor allem zu den Einsatzregeln. Nach meiner Erinnerung wurden die Problematik der Einsatzregeln, ihre Anwendung im konkreten Fall, mögliche Ungenauigkeiten recht intensiv diskutiert, wobei ja zu diesem Zeitpunkt auch bereits eine öffentliche Debatte stattfand und Zeitungen unter Berufung auf NATO-Kreise berichteten, Oberst Klein habe gegen das Regelwerk der NATO bei seiner Anforderung des Luftangriffs verstoßen.

Am 14.09. erhielt der Einsatzführungsstab des Ministeriums über das Einsatzführungskommando in Potsdam den sogenannten Feldjägerbericht vom 09.09. Mir wurde dieser Bericht nicht vorgelegt. Ich habe auch keine Erinnerung, jemals von ihm gehört zu haben, jedenfalls nicht bis zum 25.11., dem Gespräch mit Minister Dr. zu Guttenberg, auf das ich später zu sprechen komme. Als der Generalinspekteur am 05.10. Minister Dr. Jung über diesen Bericht informierte, war ich im Urlaub; sonst hätte der Generalinspekteur mich sicher ebenfalls unterrichtet.

Mit der Entscheidung des COMISAF, eine Untersuchung durch die NATO durchzuführen, wurde die institutionelle Verantwortung der NATO für diesen Luftangriff bestätigt. In der öffentlichen Diskussion in Deutschland wurde ja manchmal der Eindruck vermittelt, als sei die Bundeswehr, das Einsatzführungskommando oder der Einsatzführungsstab für die Operationsführung verantwortlich gewesen.

Nach meiner Erinnerung gab es dann am 16.09. auf Weisung des Ministers eine telefonische Unterrichtung der Obleute des Verteidigungsausschusses durch den Generalinspekteur, ich meine, im Anschluss an seine Reise ins Einsatzgebiet. Zum Inhalt kann ich nichts sagen. Ich meine aber zu wissen, dass der Generalinspekteur bei seiner Reise auch mit Oberst Klein gesprochen hatte und darüber auch den Obleuten berichtete.

Sobald die NATO den Bericht in Auftrag gegeben hatte, wurde bei Rückfragen auf die insoweit laufende Untersuchung verwiesen. Das Interesse an den Vorgängen ließ deutlich nach, insbesondere nachdem der Generalinspekteur seine Einschätzung bekannt gab, dass der Luftangriff „militärisch angemessen“ gewesen sei. Es gab und gibt bis heute nach meiner besten Kenntnis in der Bundeswehr niemanden mit militärischer Autorität und Detailkenntnis über die Lage im Raum Kunduz zur damaligen Zeit, der diese Beurteilung nicht geteilt hätte.

Überlegungen im Ministerium, eine eigene Untersuchung zu beauftragen, bin ich entgegengetreten; denn es handelte sich schließlich um eine NATO-geführte Operation. Zudem hätten wir niemals die Möglichkeiten der NATO gehabt, in die Geschehensabläufe auf ihrer Seite und bei den anderen beteiligten Nationen Einblick zu bekommen. Nur wenn der NATO-Bericht unfair oder unvollständig gewesen wäre, hätte ich eine eigene Untersuchung veranlasst. Das

war indes nicht der Fall; ich komme darauf noch zu sprechen.

Nach meiner Bewertung lief die Information im Ministerium zufriedenstellend. Ich hatte und habe auch heute jedenfalls keinen Grund, irgendwelche Vorwürfe an die mir unterstellten Mitarbeiter zu richten. Dies trifft ausdrücklich auch für den Umstand zu, dass mir der Feldjägerbericht nicht vorgelegt wurde. Ich brauche nicht alle Akten, alle Vorgänge, sondern ich brauche alle relevanten Informationen, und die hatte ich, und zwar in Anbetracht der wirklich angespannten Tage zwischen dem 04.09. und dem 09.09. auch in angemessenem Zeitrahmen. Dabei kann man die verspätete Vorlage des bereits am 06.09. im Ministerium angelangten Berichts des Initial Action Team an die Leitung erst am 08.09. sicher kritisch diskutieren; Bundesminister Dr. Jung übte hieran deutliche Kritik. Ich habe den Feldjägerbericht später, nach dem 25.11., angesehen und kann nur sagen: Es wäre überflüssig gewesen, ihn mir vorzulegen. Das NATO-Hauptquartier hat ihn ja ähnlich bewertet.

Auch innerhalb der Bundesregierung und gegenüber dem Parlament sehe ich keine Defizite in der Information. Ob die Konzentration aller Informationen auf die Obleute und auf die Vorsitzenden der Ausschüsse, die sich in der Staatspraxis herausgebildet hat, angemessen ist, ist eine politische Frage, zu der ich nichts sagen kann. Wir haben jedenfalls die damals geforderte Staatspraxis beachtet. Zudem war dies die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes, sodass die Ausschüsse nach meiner Information - außer, wie bereits erwähnt, am 08.09. - nicht mehr tagten.

Was die Information der Öffentlichkeit angeht, möchte ich nicht sehr detailliert Stellung nehmen. Die Pressearbeit des BMVg ist keinem der beiden beamteten Staatssekretäre zugeordnet, sondern war direkt beim Minister angesiedelt. Sachverhaltsdarstellungen aus dem Haus an den Pressestab liefen über mich, soweit ich zuständig war. Sie finden entsprechende Vermerke in Ihren Akten. Dies war unter Minister Dr. Jung sehr stark ausgeprägt.

Hinweisen möchte ich aber auf die verschiedenen Bundespressekonferenzen, erstmals bereits am 04.09. - da wurde ausführlich Stellung genommen -, dann am 11.09., als unser Sprecher eine schriftliche Aufzeichnung von Oberst Klein ausdrücklich bestätigte in der Bundespressekonferenz, die

Journalisten offenbar schon bekannt war. Wir haben also aus der Tatsache, dass es Berichte aus dem Einsatz gab, nie ein Geheimnis gemacht. Es ist doch auch kurios, wenn jemand, der nur einigermaßen Erfahrung hat, durch Berichte aus dem Einsatz nach einem solchen Vorfall überrascht sein könnte. Auch musste doch jedem klar sein, dass die Informationen, die wir gegenüber der Bundesregierung, gegenüber dem Parlament, gegenüber der Öffentlichkeit abgaben, nicht im Ministerium erfunden wurden, sondern auf Meldungen aus dem Einsatz beruhten.

Was die Information des Parlaments angeht, so war für mich immer wichtig, das Parlament keinesfalls falsch zu informieren. Deshalb habe ich die eine oder andere Verzögerung auch in Kauf genommen, und das war ja auch Gegenstand von Kritik. Ich habe von meinen Berichten aber auch nichts zurückzunehmen. Weitergegeben habe ich deshalb nur gesicherte Erkenntnisse. Zu Gerüchten, Spekulationen, zu Äußerungen Dritter habe ich nicht Stellung genommen. Hierfür haben die Zeitungen und andere Presseorgane ausführlich gesorgt. So ist auch die Informationspolitik zu möglichen zivilen Opfern zu erklären. Wirklich belastbare Fakten gibt es wohl bis heute nicht, obwohl ich mich der Meinung anschließe, dass es Menschen getroffen hat, die weder regierungsfeindliche Kräfte noch ihre Unterstützer waren.

In der Presse und der öffentlichen Diskussion spielte die Frage ziviler Opfer oder, besser gesagt, von Opfern unter Unbeteiligten von Anbeginn eigentlich die überragende Rolle. Ich habe mir die Presse dieser Tage noch mal angesehen. Bereits am 04.09., also am Tag des Luftschlags, war in Agenturmeldungen von zivilen Opfern die Rede, und zwar unter Berufung auf NATO-Kreise und afghanische Offizielle. Ebenso erklärte der NATO-Generalsekretär bereits am 04.09., es bestehe die Möglichkeit ziviler Opfer. Die Tageszeitungen griffen die Frage möglicher ziviler Opfer am 05.09. und in den folgenden Tagen umfassend auf. Sie war von Anbeginn ein zentrales Thema der Bundespressekonferenz.

Auch in der internationalen Presse wurde dies mit zum Teil hämischen Tritten in Richtung Bundeswehr thematisiert. Ausländische Politiker profilierten sich unter Berufung auf zivile Opfer dieses NATO-Angriffs. General McChrystal erklärte öffentlich, für ihn sei klar, dass es einige zivile Opfer gegeben habe.

Entsprechend sorgfältig waren ja auch Erklärungen der Bundeskanzlerin - die Regierungserklärung vom 08.09. hatte ich bereits erwähnt -, aber auch schon zuvor in einer Pressekonferenz mit Premierminister Brown. Die Angaben zu Opfern und unbeteiligten Zivilisten sind bis heute unsicher geblieben; wenn man die verschiedenen Berichte vergleicht, ist jedenfalls die Zahl bis heute ungewiss.

So weit zur Informationspolitik während der Amtszeit von Bundesminister Dr. Jung, der - Herr Vorsitzender, ich kann mir da einen Vergleich erlauben - auf eine umfassende Unterrichtung des Parlaments als Minister allergrößten Wert legte.

Bis zum Amtsantritt von Minister Dr. Freiherr zu Guttenberg am 28.10. verlief die Diskussion um den Luftschlag in sehr ruhigen Bahnen. Alle warteten auf den Bericht der NATO, durchgeführt unter Leitung des kanadischen Generals Sullivan. Der neue Minister machte nach seinem Amtsantritt die Geschehnisse am 04.09. in Kunduz unter der Verantwortung seines Amtsvorgängers nicht zu einem besonderen Thema. Ein besonderes, ausführliches Briefing ist mir nicht in Erinnerung; dies hat es wohl auch nicht gegeben, jedenfalls nicht in meinem Beisein oder als schriftliche Vorlage aus dem Haus. Im Rahmen einer Gesamtlage zu den Einsätzen der Bundeswehr haben wir natürlich auch dieses Thema kurz abgehandelt.

Der Termin für die Herausgabe des ISAF-Berichts verzögerte sich mehrfach. Schließlich erhielten wir die Nachricht, dass der Bericht am 26.10. schlussgezeichnet und vom COMISAF gebilligt worden sei. Ein Exemplar sollte mit etwas zeitlichem Vorlauf der Bundeswehr, ein weiteres Exemplar der NATO auf dem Dienstweg übermittelt werden. Mein Büro organisierte einen unverzüglichen Kurierdienst, um sicherzustellen, dass nicht durch mögliche Indiskretionen Informationen abfließen, bevor wir reagieren konnten.

Am 28.10. gegen 22.30 Uhr wurde der Bericht in Berlin im Einsatzführungsstab ausgehändigt durch den Kurier. Ich hatte eine erste Auswertung über Nacht angeordnet, eine Sprechempfehlung für den Generalinspekteur war beauftragt. Dass der Generalinspekteur als oberste militärische Autorität und nicht die Leitung des Ministeriums öffentlich Stellung nehmen sollte, lag ganz auf der bisherigen Linie, hier den militärischen Sachverstand sprechen zu lassen,

zumal der Bericht von einer militärischen Dienststelle erstellt worden war und es im Schwerpunkt um die Operationsführung ging.

Bundesminister Dr. Jung hatte nach meiner Erinnerung in der Beurteilung der militärischen Abläufe allergrößte Zurückhaltung geübt und sich auf den Fachverstand der militärischen Führung verlassen. Die von den Fachleuten über Nacht erarbeitete Sprechempfehlung wurde von mir unter Einbeziehung des Leiters des Planungsstabes ab 8.30 Uhr erörtert und gebilligt. Die Presseunterrichtung durch den Generalinspekteur fand um 12.15 Uhr statt. Er hielt sich im Wesentlichen an die zuvor erarbeitete Sprechempfehlung. Wegen der Geheimeinstufung des Berichts war diese Presseunterrichtung sehr kurz gehalten. Ich übersandte die Stellungnahme des Generalinspekteurs um 12.10 Uhr, also vor seinem Presseauftritt, an die Obleute des Verteidigungs- und des Auswärtigen Ausschusses.

Am gleichen Tag, dem 29.10., unterrichtete ich um 15.24 Uhr schriftlich die Obleute, dass der Geheim eingestufte Bericht seit dem Abend des 28.10. dem BMVg vorliege, eine Übersetzung gefertigt werde und diese dann zur Einsichtnahme in der Geheimschutzstelle des Bundestages hinterlegt werde. Außerdem bot ich erneut, wie schon in der Unterrichtung um 12.10 Uhr, ergänzende Auskünfte durch die Leitung des Ministeriums an. Hiervon wurde kein Gebrauch gemacht. Der Bericht in englischer Fassung mit Anlagen und eine Übersetzung des Berichts wurden am 02.11. gegen 15 Uhr in der Geheimschutzstelle des Bundestages hinterlegt.

Ergänzend zu der Sprechempfehlung für den Generalinspekteur war eine tiefer gehende Auswertung des ISAF-Berichts in Auftrag gegeben. Sie wurde nach meiner Erinnerung dem Minister am 03.11., acht Seiten stark, vorgelegt. Ich bekam sie nach meiner Erinnerung erst nachträglich, also nach dem Minister, zu sehen. Dies kann ich mir nur so erklären, dass ich am 03.11. eine Reihe von auswärtigen Terminen hatte und auf meine Rückkehr nicht gewartet werden sollte. Aber im Nachhinein kann ich sagen: Sie wäre nicht anders ausgefallen, diese Auswertung, wenn sie zuvor über meinen Schreibtisch gelaufen wäre. In dieser Auswertung des ISAF-Berichts sind nämlich auch nach meiner heutigen Bewertung alle für die Beurteilung des Geschehens irgendwie relevanten Fakten enthalten. Selbstverständlich hatte

der Minister auch den ISAF-Bericht selbst zur Verfügung.

Ich hatte einmal Gelegenheit, mit dem Minister über den ISAF-Bericht zu sprechen. Ich meine, das war am Morgen des 06.11., bevor der Minister zusammen mit dem stellvertretenden Generalinspekteur, General Dora - der Generalinspekteur war auf Dienstreise, ich meine, in Bratislava -, die Fraktionsvorsitzenden unterrichtete. Anwesend bei dieser Besprechung mit dem Minister war aber dann nicht General Dora, wohl aber nach meiner Erinnerung der Leiter des Einsatzführungsstabes, also Admiral Krause, und der Leiter des Planungsstabes.

Nach kurzem Vortrag durch den Leiter des Einsatzführungsstabes empfahl ich dem Minister, sich auf den militärischen Sachverstand des Generalinspekteurs zu berufen, und ich las zwei Passagen aus der englischen Fassung des ISAF-Berichts vor. Ich werde dann auch in der geschlossenen Sitzung sagen können, um welche zwei Passagen es sich handelt; denn dieser COMISAF-Bericht, Herr Birkenheier, ist ja nach wie vor Geheim eingestuft.

Bei dieser sehr kurzen Besprechung, bei der der Minister nach meiner Erinnerung keine Rückfragen stellte, ging es nach meiner Erinnerung auch „nur“ um die Information der Fraktionsvorsitzenden. Dass der Minister selbst vor die Presse gehen wollte, nachdem doch bereits der Generalinspekteur am 29.11. unterrichtet hatte, war mir nach meiner heutigen Erinnerung nicht präsent. Ebenso wenig erinnere ich mich, einen vom Haus vorbereiteten Text für ein Pressestatement gesehen oder gar gebilligt zu haben. Wo dieser Text entstand, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe jetzt auch, als ich noch Akteneinsicht nehmen konnte, da nicht gefunden, dass das über meinen Schreibtisch gelaufen sei. Ich hoffe, ich habe nichts übersehen.

Zur Vorbereitung des Pressetermins muss es eine weitere Besprechung beim Minister gegeben haben, zu der ich aber nicht hinzugezogen wurde, wohl aber der stellvertretende Generalinspekteur. Hiervon habe ich erst nachträglich erfahren. Zum Verlauf und zum Inhalt dieser Besprechung kann ich also nichts sagen; aber Sie werden ja vermutlich General Dora hören.

Da es bei Ihrer Untersuchung auch zentral um die Frage geht, ob das Ministerium unter meiner Verantwortung den Minister umfassend informiert hatte, möchte ich aus

dem Pressestatement des Ministers und damit zu seiner Kenntnis von den für die Beurteilung der Vorgänge am 04.09. wesentlichen Aussagen Folgendes in Erinnerung rufen: Zunächst berief sich der Minister darauf, dass er keinen Zweifel an der Einschätzung des Generalinspektors habe, nämlich, dass die Militärschläge und die Luftschläge vor dem Gesamtbedrohungshintergrund als „militärisch angemessen“ zu sehen sind. Er erwähnte Verfahrensfehler und Ausbildungsmängel sowie Probleme mit den Einsatzregeln. Er sagte, er persönlich gehe davon aus, dass es zivile Opfer gegeben habe. Er berief sich mehrfach auf den Bericht des COMISAF und auch auf den Bericht des Roten Kreuzes, kannte also, wie ich bereits vorhin sagte, beide Berichte und nicht nur die achtseitige Bewertung des ISAF-Berichts durch das Ministerium, die im Übrigen nach meiner Einschätzung - ich wiederhole mich jetzt - völlig korrekt war.

Dann ging der Minister aber über die Berufung auf den militärischen Sachverstand und die genauen Kenntnisse aller Einzelheiten des Einsatzes des Generalinspektors hinaus und erklärte, dass er nach seiner Einschätzung zu dem Schluss käme: Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen. Ich bin sicher, dass von mir in Vorlagen oder Vermerken diese Bewertung niemals mitgezeichnet und damit gebilligt wurde. Wie sie in den Preetext des Ministers kam, weiß ich nicht. Als ich mich später beim Planungsstab danach erkundigte - normalerweise bereitet der Planungsstab Preetexte des Ministers vor -, kam auch von dort: Fehlanzeige.

Über die Tickermeldungen zum Preetexttermin des Ministers war ich sehr erstaunt; denn mir erschloss sich nicht, warum der Minister in seiner Beurteilung der Vorgänge so weit gegangen war und sich so profiliert zu militärischen Fachfragen äußerte. Berichten kann ich allerdings, dass die Reaktion auf den Preetexttermin im Ministerium bei den Soldaten sehr positiv war, weil sich der neue Minister erkennbar vor Oberst Klein gestellt hatte, nachdem er zuvor schon von kriegsähnlichen Bedingungen im Einsatzgebiet der Bundeswehr gesprochen hatte, was ebenfalls auf große Zustimmung unter den Soldaten, beim Bundeswehrverband, aber auch in Teilen der Presse führte.

Auch zu diesem Abschnitt hat es kürzlich in der Presse unter Berufung auf das Kanz-

leramt Kritik am Bundesverteidigungsministerium gegeben. Wie ich bereits ausführte, ging der Bericht am späten Abend des 28.10. um 22.30 Uhr im BMVg in Berlin ein. Am 29.10. forderte der Referatsleiter im Kanzleramt um 8.05 Uhr den Bericht bei meinem Büroleiter an. Eine Kopie wurde gefertigt - es war ja ein Geheimbericht - und um circa 12 Uhr dem Kanzleramt ebenso wie dem Auswärtigen Amt durch Kurier überbracht.

Es ist absurd, zu unterstellen, ich, mein Büro oder eine Stelle im Ministerium verweigere oder verzögere eine Information an das Kanzleramt. Selbstverständlich wurde jeder Informationsbitte entsprochen. So erhielt zum Beispiel mein Kollege Stather aus dem BMZ, als er darum bat, unverzüglich eine Kopie zur Einsicht. Mir sind diese zielgerichteten Durchstechereien und die damit verbundenen Falschinformationen der Presse kaum zu erklären.

So weit aus meiner Sicht zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Erstellung und Übersendung des ISAF-Berichts. Es war nun vorgesehen, den ISAF-Bericht alsbald und in aller Tiefe in den Ausschüssen zu debattieren, sobald sich diese konstituiert hätten. In der Presse wurden Einzelaspekte von Zeit zu Zeit aufgegriffen.

Ich komme nun zu den Ereignissen am 25.11. Um circa 14.20 Uhr wurden der Generalinspekteur und ich zum Minister gebeten. Anwesend war nach meiner Erinnerung auch die Leiterin des Ministerbüros; wir saßen so um den Tisch herum. Der Minister berichtete, dass morgen die *Bild*-Zeitung einen großen Artikel mit Angaben zum Luftangriff vom 04.09. bringen werde. Der Artikel stütze sich auf einen bisher ihm nicht bekannten Untersuchungsbericht. Er fragte, ob es einen solchen Bericht gebe. Ich verstand seine Frage so, dass ein neuer eigener oder NATO-Untersuchungsbericht von der *Bild*-Zeitung präsentiert würde, und wies darauf hin, dass wir keine eigene Untersuchung beauftragt hätten und mir eine neue Untersuchung nicht bekannt wäre.

Dann wurde aber sehr schnell klar, dass der Minister nicht nach neuen Untersuchungen, sondern nach Berichten und Meldungen zeitnah nach dem Luftangriff fragte. Der Generalinspekteur nannte sofort und ohne erneute Nachfrage die N[]-Meldung, den Bericht durch Oberst Klein und den Feldjägerbericht, und ich meine, mich zu erinnern, dass der Minister bei der Erwähnung des Wortes „Feldjägerbericht“ bestätigte, es

handele sich wohl um einen Bericht der Feldjäger. Er wusste also nach meiner Erinnerung, dass es einen solchen Bericht gab. Wie er die Information über die bevorstehende Veröffentlichung erhielt, werden Sie ihn ja sicher fragen. Ich ergänzte noch um den Rot-Kreuz-Bericht und erklärte, dass ich den Feldjägerbericht nicht kenne. Ich könne mir aber gut vorstellen, dass es nach dem Vorfall eine Fülle von Einzelmeldungen und Berichten gegeben haben könne, zum Beispiel in den sogenannten Einsatztagebüchern.

Der Generalinspekteur berichtete dem Minister, dass er den Feldjägerbericht direkt und persönlich Minister Dr. Jung vorgelegt habe. Man sei einig gewesen, ihn der NATO für die damals laufende Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Dies sei auch geschehen.

Das Gespräch dauerte nur circa 10 bis 15 Minuten. Es endete mit dem Auftrag des Ministers, sehr kurzfristig alle Meldungen und Berichte zusammenzustellen und uns für ein weiteres Gespräch mit ihm im Laufe des Nachmittags bereitzuhalten. Diesen Auftrag nahm der Generalinspekteur mit.

Im Laufe des Nachmittags meldeten wir dem Ministerbüro, dass wir ab 17 Uhr mit den Unterlagen zur Verfügung stünden. Über mein Büro erhielt ich die Mitteilung, um 17.35 Uhr zum Minister zu kommen. Der Minister führte mit mir ein Vieraugengespräch. Die von mir mitgeführten Unterlagen interessierten ihn nicht. Er eröffnete das Gespräch, indem er mir mitteilte, er habe kein Vertrauen in meine Amtsführung und werde mich in den Ruhestand versetzen. Er bedaure dies angesichts meiner Verdienste in der Vergangenheit und werde künftig meinen Rat suchen.

Zu den Gründen für seine Entscheidung, mich nun in den Ruhestand zu versetzen, führte er nur ganz kurz aus, ihm seien nicht alle Berichte über den Vorfall vor seinen öffentlichen Äußerungen vorgelegt worden. Er erhob keinerlei Vorwürfe, ich hätte etwas verheimlicht, geleugnet oder unterschlagen; so ja zum Teil die spätere Wortwahl. Er erwähnte dabei auch nicht, dass er auch den Generalinspekteur in den Ruhestand versetzen wolle. Er fragte auch nicht, ob ich meinen Rücktritt erkläre oder um meine Entlassung bäte, sondern eröffnete, wie ich sagte, das Gespräch: Ich habe kein Vertrauen mehr in Ihre Amtsführung, Sie werden entlassen.

Erst nach dieser Mitteilung über seine getroffene Entscheidung erhielt ich das Wort,

drückte mein Bedauern aus, er wüsste aus den wenigen Tagen der Zusammenarbeit hoffentlich, dass ich meine Aufgabe gern wahrnehme. Er habe nach meiner Überzeugung alle relevanten Informationen gehabt; das sei meine Aufgabe gewesen. Wenn er aber allein die Nichtvorlage aller Meldungen und Berichte als schwerwiegenden Fehler ansehe, sei für mich klar, dass ich dafür wie für alles andere in meinem Zuständigkeitsbereich die Verantwortung trüge. Wir wechselten noch einige Worte über den Zeitpunkt und die Umstände meines Ausscheidens, wobei ich klarstellte, dass es von meiner Seite keine Widerstände oder gar Gegenvorstellungen geben würde. Das Gespräch dauerte ungefähr zehn Minuten.

Einige Zeit nach meiner Rückkehr ins Büro rief mich die Leiterin des Ministerbüros an. Sie fragte, ob ich eine goldene Brücke haben wolle; ich könne meinen Rücktritt erklären oder um meine Entlassung bitten. Ich antwortete, dass ein Beamter nicht zurücktreten könne; außerdem sähe ich dafür überhaupt keinen Grund. Zudem hätte der Minister, ohne mir eine derartige Frage zu stellen, seine Entscheidung verkündet. Nachträgliche Änderungen kämen für mich überhaupt nicht infrage.

Kurz danach kam der Generalinspekteur zu mir und teilte mir mit, dass er entlassen werde. Er war völlig überrascht, als er von meinem Gespräch mit dem Minister erfuhr.

Am nächsten Tag rief der Leiter des Planungsstabes an, um mir den einleitenden Satz eines Tagesbefehls des Ministers vorzulesen. Auch darin sollte stehen, ich hätte meinen Rücktritt erklärt oder um meine Entlassung gebeten. Ich stellte dies richtig.

Die Entscheidung des Ministers wurde sehr schnell kommuniziert. Über die später vom Minister verwendete Formulierung, ich hätte Verantwortung übernommen, war ich etwas erstaunt, denn ich liebe solche heroischen Gesten nicht. Ich habe und trage Verantwortung für meinen Geschäftsbereich; da gibt es nichts zu übernehmen oder abzustreiten. Aber ich nahm die Ungenauigkeit hin.

Dann erschien am Montag, dem 30.11., der *Spiegel*-Artikel, in dem unter Berufung auf das Umfeld des Ministers berichtet wurde, General Schneiderhan und ich hätten am 25.11. die Existenz weiterer Berichte auch auf dreimaliges Befragen geleugnet. In einer anderen Zeitung erschien die Meldung,

ich hätte mich gegen meine Entlassung heftig gewehrt. Beides ist falsch.

Zunächst zum Formalen: Sie werden im Ausschuss ja Gelegenheit haben, das Umfeld des Ministers, sein Büro, den Planungsstab, ihn selbst oder mit ihm politisch eng verbundene Persönlichkeiten zu befragen. Da an dem Gespräch am 25.11. nach meiner Erinnerung nur vier Personen beteiligt waren und General Schneiderhan und ich wohl als Informanten des *Spiegel* ausscheiden, lässt sich die Frage, wer mit wem geredet hat, leicht eingrenzen.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang noch, weil es mir aus Fairnessgründen geboten scheint, dass mich am Donnerstag oder Freitag, bevor der *Spiegel* erschien, zunächst Frau Demmer vom *Spiegel* anrief und mich nach meiner Sicht des Gesprächs vom 25.11. fragte. Ich verwies sie an die Pressestelle des Ministeriums. Kurze Zeit später rief mich der Chefredakteur des *Spiegel* an und stellte mir die gleiche Frage. Er wollte wissen, ob ich bei meiner Ablehnung wie gegenüber Frau Demmer bliebe. Ich berief mich auf meine Schweigepflicht als Beamter, was er bedauerte, aber akzeptierte.

Natürlich sagte der Chefredakteur nicht, mit wem er zuvor gesprochen hatte und woher seine Information stammte, und ich weiß natürlich auch nicht, auf welcher Ebene der Chefredakteur des *Spiegel* Gespräche führt. Aber, wie gesagt, der Kreis der möglichen Informanten, auf die die Verbreitung der ehrenrührigen Unwahrheiten zurückzuführen ist, ist ja sehr begrenzt.

Nach Erscheinen des *Spiegel* schrieb ich dem Minister mit Datum vom 30.11. einen Brief, den ich zuvor mit dem Generalinspekteur abgestimmt hatte. Ich bat darin um eine öffentliche Richtigstellung, denn es würden ehrenrührige Lügen verbreitet. Der Brief ist sicher in Ihren Akten. Eine Reaktion erfolgte zunächst nicht. Auch der auf meine Rückfrage bei der Leiterin des Ministerbüros angekündigte Telefonanruf des Ministers blieb aus. Stattdessen trat genau das ein, was ich erwartet und befürchtet hatte: Die deutsche, aber auch die internationale Presse stellten General Schneiderhan und mich als Lügner dar.

Ich mahnte deshalb erneut im Ministerbüro eine Antwort an. Diese erhielt ich am 02.12., als ich abends mit meinem Büro zum Abschied in einem Restaurant saß. Die Leiterin des Ministerbüros rief mich an und teilte mir mit, der Minister habe mir geschrieben;

ich solle den Brief unbedingt noch heute Abend, also am Tag vor meiner offiziellen Verabschiedung am 03.12., erhalten. Wir einigten uns darauf, dass sie den Brief an der Wache des Bandler-Blocks hinterlegen solle, wo ich ihn mir dann spät am Abend abholte. Ich nehme an, Sie haben auch diesen Brief in den Akten. Die für mich wesentlichen Passagen lauten - ich zitiere jetzt -:

(Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Geheim!)

- Nein. Das ist offen, Herr Birkenheier, ja?

(MDg Ulrich Birkenheier (BMVg):
Ja, ja!)

Ich zitiere jetzt. Also, das war die Antwort auf meinen Brief, die Lügen im *Spiegel* richtigzustellen. Ich zitiere jetzt:

Offenbar gibt es interessierte Kreise, die mit Setzen von vermeintlichen Zitaten und gezielten Unwahrheiten Unfrieden, ja Zwietracht säen wollen. Mir ist es nochmals wichtig zu betonen, dass ich überall darauf hinweise, dass Sie für unbestrittene Informationspannen die Verantwortung übernommen haben und dass ich nicht ansatzweise davon ausgehe, dass man Ihnen hierfür Böswilligkeit unterstellen könnte.

Dann kommen da noch so Lob und so was,

(Heiterkeit)

und dann geht es weiter:

Diese Zeilen machen Artikel nicht ungeschehen. Mir war es gleichwohl ein Bedürfnis, Ihnen diesbezüglich zu schreiben.

Der Inhalt dieses Briefes stellte mich im Wesentlichen zufrieden; denn wenn Worte überhaupt noch einen Sinn machen, heißt dies, dass es sich bei den Aussagen im *Spiegel*, wir hätten die Existenz weiterer Berichte geleugnet, um Unwahrheiten handelte. Erstaunt hat mich allerdings dreierlei: erstens, dass der Minister nicht das persönliche klärende Gespräch suchte, zweitens, dass er erneut die Version aufgriff, ich hätte Verantwortung übernommen, und drittens, dass er nicht meinem Wunsch entsprochen hatte, für eine öffentliche Wiederherstellung meines Rufes und des von General Schneiderhan zu sorgen. Ich hatte aber die Erwartung, dass er dies anlässlich unserer Verabschiedung am

folgenden Tag tun würde, wo er das Wort ergriff. Dem war indes zu meiner Überraschung nicht so.

Rätselhaft war und ist bis heute für mich auch sein Hinweis auf die offenbar vorhandenen interessierten Kreise, „die mit Setzen von vermeintlichen Zitaten und gezielten Unwahrheiten Unfrieden, ja Zwietracht säen wollen“. Der *Spiegel* kann damit ja wohl kaum gemeint sein. Allerdings - das wissen Sie vielleicht - waberten im Ministerium Gerüchte, mit dem Ministerwechsel sollten der angeblich SPD-nahe General Schneiderhan und ich in den Ruhestand geschickt werden. Einige Journalisten haben dies ja auch als den eigentlichen Grund für unsere vorzeitige Verabschiedung genannt. Sie haben es in der Hand, das Umfeld des Ministers - Ministerbüro, Planungsstab - zu befragen, ob hier politisierende Beamten oder Soldaten mit dieser Botschaft unterwegs waren.

Trotzdem stellte mich dieser Brief vom 02.12. zunächst zufrieden. Leider musste ich dann aber feststellen, dass auch danach weiterhin in Interviews, Fernsehauftritten und selbst im Bundestag davon die Rede war, dem Minister seien wichtige Informationen vorenthalten, in einer Sendung sogar „bzw. unterschlagen“ worden. Dies alles stand in diametralem Gegensatz zu seiner Aussage in dem ersten Brief, er weise überall darauf hin, dass er nicht ansatzweise davon ausgehe, dass man mir hierfür Böswilligkeit unterstellen könnte. Vorenthalten, unterschlagen sind aber gerade Sinnträger für böse Absichten.

Da diese Kampagnen gegen General Schneiderhan und mich anhielten, schrieb ich dem Minister einen weiteren Brief mit dem Datum vom 11.12. Ich nehme an, dieser Brief ist ebenfalls in Ihren Akten. Ich bat erneut um Richtigstellung oder alternativ um die Entbindung von der beamtenrechtlichen Schweigepflicht. Die Antwort des Ministers war für mich nur insofern befriedigend, als er mich von der Schweigepflicht entband. Im Übrigen enthält die Antwort für mich schwer erklärbare Merkwürdigkeiten.

Wenn der Minister ausführt, wir hätten die Gründe für seine Entscheidung offen besprochen, ist das angesichts des Gesprächsverlaufs am 25.11. schon eigenartig. Offene Gespräche verlaufen nach meiner Kenntnis anders. Er hat mir seine Entscheidung verkündet. Auch der Hinweis, er habe sich an die Vertraulichkeit gehalten, ist - völlig unabhängig von der Frage, wer dem *Spiegel* die

Unwahrheit gesagt hat - erstaunlich. Anlass für meinen zweiten Brief waren gerade doch Fernsehauftritte und öffentliche Äußerungen.

Sein Hinweis, er habe in verschiedenen Äußerungen zum Ausdruck gebracht, mit seiner Entscheidung möchte er keinesfalls eine Beeinträchtigung meines Ansehens und meiner Integrität verbunden sehen, ist angesichts seiner Wortwahl - unterschlagen, vorenthalten - für mich nicht mehr erklärlich.

Ich habe von der Entbindung von der Schweigepflicht bisher keinen öffentlichen Gebrauch gemacht, sondern die fast drei Monate bis zur heutigen Sitzung des Ausschusses abgewartet. Nun ist nach drei Monaten durch das Interview des Ministers der von ihm persönlich erhobene Vorwurf vom Tisch, General Schneiderhan und ich hätten böswillig gehandelt. Mehr habe ich dazu bisher vom Minister nicht gehört. Unausgeräumt bleibt für mich der Ablauf des Gesprächs am 25.11. Hier sehe ich die Darstellung des *Spiegel* durch den zitierten Brief des Ministers vom 02.12. widerlegt. Ob und wann hierzu eine Klarstellung durch den Minister erfolgt, bleibt abzuwarten.

Zur Glaubwürdigkeit der Darstellung durch General Schneiderhan und mich über den Verlauf des Gesprächs am 25.11. will ich ergänzend zu den Briefen des Ministers, die für sich sprechen, noch auf eines hinweisen: Die Annahme, der Generalinspekteur und ich hätten die Existenz von Berichten auf mehrmaliges Befragen bestritten, stellt nicht nur unsere Aufrichtigkeit, sondern auch unseren Verstand infrage; denn eine falsche Auskunft wäre innerhalb von Minuten zu widerlegen gewesen. Minister Dr. Jung waren aktenkundig Berichte vorgelegt worden. Unsere Kenntnis war ebenfalls nachweisbar. Zudem: Hätten wir die Existenz schlicht geleugnet, hätte der Auftrag an uns, alle Meldungen und Berichte vorzulegen, keinerlei Sinn gemacht; der Minister hätte dann den Planungsstab oder die interne Revision beauftragen müssen.

So weit zu den Vorgängen um die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand am 03.12.

Ich komme nun zum letzten Punkt meiner einführenden Bemerkungen, zu Ihrer Frage 6 nach möglichem Einfluss auf Dokumente im Zusammenhang mit den Ereignissen am 03./04.09. Ich habe nach dem 03.09. keinerlei persönliche Kontakte zur Truppe in Afghanistan gehabt. Wie ich mit Berichten und

Vorlagen zum Thema aus dem Haus umgegangen bin, habe ich geschildert.

Eines möchte ich hinzufügen: In der Zeit der Erarbeitung des ISAF-Berichts durch General Sullivan hatte ich eine Gruppe zur Unterstützung dieser Arbeiten im Einsatzführungsstab des BMVg eingesetzt und hatte dazu auch dem Minister vorgetragen. Ich wollte sicherstellen, dass eventuelle Anfragen aus dem NATO-Bereich zentral und fachkundig beantwortet würden. Ich hatte deshalb juristischen und militärischen Sachverstand in dieser Gruppe zusammengeführt, insbesondere durch einen Oberst der Luftwaffe, der bereits Kommandeur der Tornado der Bundeswehr in Afghanistan gewesen war.

Ziel dieser Arbeitsgruppe war aber auch, nach Möglichkeit sicherzustellen, dass die Untersuchung nicht einseitig zulasten der Bundeswehr und von Oberst Klein ausfiel. Ich hatte zu Beginn - das sage ich - ernsthaft diese Sorge. Die vorschnellen Äußerungen von General McChrystal verhiessen zunächst nichts Gutes. Hierzu hatte sogar der Generalinspekteur nach meiner Erinnerung öffentlich Kritik üben müssen, worauf die NATO zurückruderte. Von General McChrystal war bekannt, dass er einen ungewöhnlich rauen Führungsstil hatte, und ich hatte Zweifel, ob die ihm unterstellten Untersuchungsführer sich frei genug fühlten, um auch Fehler aufseiten der NATO bzw. der Nationen, die an dem Luftschlag beteiligt waren, offen und ehrlich darzustellen. Dass im Initial Action Team ein Journalist der *Washington Post* embedded war, wie man das nennt, der an internen Besprechungen teilnehmen durfte, während andere Journalisten, etwa von AP, den Saal verlassen mussten, weckte zusätzlich mein Misstrauen. Denn dieser Journalist hatte mit seinem Insiderwissen wenig freundliche Artikel in den USA geschrieben, die an Vorverurteilungen der Soldaten der Bundeswehr grenzten.

Hellhörig machte mich auch der Umstand, dass der kanadische General Sullivan mit der Untersuchung beauftragt wurde. Er war zu dem Zeitpunkt des Luftschlags Air Component Element Director der NATO in Afghanistan, also verantwortlich für Luftoperationen und damit letztlich auch für den Einsatz am 04.09. Ich darf daran erinnern, dass der frühere Chairman des Military Committee der NATO, der Bundeswehrgeneral Kujat, sogar öffentlich sein Misstrauen bekundete. Er kennt nun die NATO und ihre Interna, auch

ihre interne Kultur, wie kaum ein anderer. Im Nachhinein kann ich aber sagen, dass meine anfänglichen Sorgen unberechtigt waren. Der ISAF-Bericht ist aus meiner Sicht fair, wenn er auch nach meiner Auffassung zwei kleinere Schwächen aufweist. Deshalb hielt ich auch eine eigene Untersuchung oder auch nur eine kritische Kommentierung des ISAF-Berichts für überflüssig.

Bevor es zur Einsetzung dieser Gruppe kam, hatte ich mit dem deutschen Mitglied in Berlin, bevor er bestellt wurde, ein Gespräch geführt. Dabei wies ich darauf hin, dass für uns die Frage der komplizierten Einsatzregeln für die Anforderung der Luftunterstützung eine zentrale Rolle spielen könnte, und ich bat ihn, hierauf besonders zu achten.

Von der Gruppe im BMVg ließ ich mir einige Male über den Fortgang der Arbeit berichten. Sie hielten richtigerweise auch Verbindung mit dem deutschen Mitglied in der Untersuchungskommission. Es gab auf Grundlage dieser Berichte für mich keinen Grund für eigene Aktivitäten. Aber dass die prominente Rolle der Einsatzregeln von uns zu Recht betont wurde, ergab sich schon daraus, dass die NATO bereits am 14.10., also deutlich im Vorfeld des ISAF-Berichts, in Reaktion auf Unklarheiten ihre Regeln für Luftunterstützung bei „troops in contact“ - darum ging es ja - geändert hatte. Auch im Bericht selbst werden durchaus kritische Worte zum Regelwerk erhoben, und es wird Überarbeitungsbedarf geltend gemacht.

Wir haben aus der Existenz dieser Gruppe übrigens nie ein Geheimnis gemacht. Unser Pressesprecher wies in der Bundespressekonferenz vom 11.09. von sich aus auf die Existenz dieser Gruppe hin. Heute ist das zu einer Story umgedeutet worden, habe ich gehört. Da ist nichts dran. Ich hielt und halte es auch heute noch für meine Pflicht, dafür zu sorgen, dass auch alle Oberst Klein und die Bundeswehr entlastenden Argumente in eine solche Untersuchung einfließen. Das hat Oberst Klein verdient. Jede andere NATO-Nation hätte genauso gehandelt. Ich selbst habe mit NATO-Angehörigen während der Laufzeit der Untersuchung keinen Kontakt gehabt.

So weit meine einführenden Bemerkungen. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner:
Vielen Dank, Herr Dr. Wichert, für die doch sehr umfassende Darstellung.

Der Bundesminister Dr. zu Guttenberg hat ja das Amt am 28. Oktober 2009 übernommen. War bei der Kurzeinweisung, bei der Übergabe der Untersuchungsgegenstand Thema?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wie ich vorhin sagte, gab es eine allgemeine Einweisung des Ministers in die Einsätze der Bundeswehr, und da ist ihm das geschildert worden, was wir in Afghanistan machen, was wir in anderen Einsatzgebieten machen. Aber es war nach meiner Erinnerung in diesem Gesamtüberblick kein Schwerpunkt Untersuchung NATO, Untersuchung UNAMA und Ähnliches. Nur, Sie sagten zu Recht, es war der 28.10., -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ja.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - und am Abend des 28.10. kam ja auch der Bericht schon.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann war er aber Thema?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Bitte?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann war er aber Thema?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, natürlich, wie ich dargestellt habe. Dann erging der Auftrag, ihn auszuwerten. Der Generalinspekteur sollte vor die Presse treten, und natürlich war der Minister da auf dem Laufenden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Danke schön. - Ich möchte nun den anderen Ausschussmitgliedern die Möglichkeit geben, ihre Fragen zu stellen.

Für Sie möchte ich Ihnen kurz den Ablauf darstellen. Für die Fraktionen ergibt sich die sogenannte Berliner Stunde, ein festes Zeitbudget für ihre Fragen und eine bestimmte Reihenfolge, wobei der Grundsatz von Rede und Gegenrede berücksichtigt wird.

Ich gebe nun der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Staatssekretär, ich würde Sie

gern eingangs noch mal fragen nach der Aufteilung zwischen Ihnen und dem Generalinspekteur in der Frage der Verantwortlichkeit für die Einsätze. Wie ist dies geregelt? Wie ist etwa die Vertretung des Ministers in seiner Abwesenheit geregelt, und wie ist die Zusammenarbeit organisiert?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Herr Abgeordneter, nach dem Berliner Erlass von Bundesminister Dr. Struck ist bin ich, also mein Vorgänger und dann ich, für die Einsätze verantwortlich, für die Einsatzführung, und der Generalinspekteur ist mir in dieser Beziehung in jeder Beziehung unterstellt. Das heißt, der Dienstweg läuft vom Generalinspekteur über mich zum Minister. Ich verrete den Minister; der Generalinspekteur handelt im Auftrag des Ministers. Nur die Staatssekretäre vertreten den Minister.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Darf ich gleich auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, den Sie vorher angerissen haben? Habe ich es richtig verstanden, dass zu dem Zeitpunkt, wo Sie das Ministerium betreten hatten am 4. September, bereits eine Pressemitteilung des Ministeriums rausging?

Zeuge Dr. Peter Wichert: So war es nach meiner Erinnerung. Ich kam ins Büro und fand Pressemitteilung vor, und zwar definitiv: 56 getötete Taliban, keine Zivilisten.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich habe jetzt in dem Kontext ein paar Fragen. Wer legt normalerweise so eine Presseveröffentlichungslinie fest - also, man hat ja da wahrscheinlich entsprechende Sprachregelungen -, und wie konnte es eigentlich geschehen, dass dies ohne Ihr Wissen bereits zwei Stunden früher passieren konnte?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, das ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Sie sehen aus den übrigen Akten, Herr Abgeordneter, dass normalerweise Vorlagen an den Pressestab für presseverwertbare Stellungnahmen über den zuständigen beamteten Staatssekretär laufen. Ich zeichne die also ab und schreibe damit quer: „sachlich nach meiner Kenntnis richtig“, wobei ich mich natürlich auch auf das verlassen muss, was aus dem Hause kommt. In diesem Fall allerdings - das ist

kein absoluter Einzelfall - ist hier offenbar sehr schnell auf der Presseschiene reagiert worden.

Wenn Sie sich mal ansehen, was mir dann um zugesandt wurde mit der Aufschrift „Vom Leiter Einsatzführungsstab gebilligter Presstext“ - so kam es ja in mein Büro später - , und den Zettel, der daran geheftet war, da finden Sie unten in der Fußleiste „PRT Faizabad“, die mit den Dingen überhaupt nichts zu tun hatten, sondern es hätte natürlich heißen müssen „PRT Kunduz“. Ich habe mich erkundigt: Wie kommt das? - Da hieß es, da hat er eine falsche Maske in seiner Eile und Aufregung verwandt, und deshalb steht da unten „PRT Faizabad“. Also, hier ist - das ist nicht ganz ungewöhnlich, aber ist nicht lege artis - eine Pressemitteilung ohne Billigung des beamteten Staatssekretärs erfolgt. Wie vorsichtig ich mit solchen ersten Meldungen umgehe, zeigt ja, wie ich mit der Unterrichtung des Parlaments umgegangen bin, ein, zwei, drei Stunden später, indem ich nämlich sowohl die Zahl weggelassen habe als auch darauf verzichtet habe, auf die definitive Aussage, nur Aufständische, nur „opposing militant forces“ getroffen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sehe ich das richtig, dass also, wie Sie ausgeführt haben, Herr Staatssekretär, bereits am 4. September eigentlich nicht nur die Vermutung, sondern schon eine relative Gewissheit vorhanden war, aufgrund auch etwa der Meldungen, die nach und nach dann bei Ihnen wahrscheinlich eingingen - über den Leiter Einsatzführungsstab, über den Befehlshaber Einsatzführungskommando, auch vom Regionalkommandeur Nord -, die alle natürlich in der Richtung eigentlich unterrichteten, dass vermutlich Zivilisten oder besser wahrscheinlich Unbeteiligte -- Wie kann es dann geschehen, dass eigentlich die nach außen hin dargestellte Vermutung - wo Sie zunächst auch völlig richtig gesagt haben, Sie haben erkannt, dass dies eigentlich im Grunde der Kernpunkt des ganzen Problems in der Kommunikation war -, dass also dies nicht im Grunde umgehend bereits an diesem Vormittag korrigiert worden ist?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Definitive Kenntnis, dass es nun wirklich Zivilisten getroffen hat, hatten wir ja auf der anderen Seite auch nicht. Auch McChrystal hat am

04.09. gesagt - viele Journalisten berichteten aus dem Einsatzgebiet -: vermutlich auch Zivilisten. - Also, die Gefechtslage war unklar, und deshalb habe ich auf eine definitive Aussage in die eine oder andere Richtung zunächst einmal verzichtet, und auch was an Meldungen aus -- Ich hatte ja dargestellt, dass wir uns wirklich bemüht hatten in meinem Büro, ein bisschen Substanz in die Obleuteunterrichtung zu bringen. Aber stellen Sie sich mal bitte die Situation in Kunduz vor, Herr Abgeordneter - Sie waren ja selbst mehrfach da -, nach so einem Schlag! Der McChrystal kam angefliegen als Oberbefehlshaber dort - da war wahrscheinlich der Teufel los -, und dann ruft aus dem Ministerium dauernd einer an: Wo ist der Oberst Klein? Wir wollen mehr wissen, weil wir unterrichten müssen. - Also, es wird sicherlich eine etwas ungeordnete Situation da gewesen sein, und deshalb habe ich auf die Mitteilung von irgendwelchen Gerüchten, von Aussagen Dritter, von Zweifeln usw. verzichtet. Ich sagte ja auch: Selbst der Pressestab hat noch im Laufe des Vormittags des 04.09. seine Sprache modifiziert. Diese erste Meldung, definitiv keine Zivilisten, war, glaube ich, um 9 Uhr oder 10 Uhr schon relativiert worden, wie ich es vorhin in meinem Text ausgeführt habe. Also, das ungute Gefühl, dass bei einer so unübersichtlichen Lage es eben nicht nur Kämpfer und Unterstützer getroffen haben könnte, das war schon da bei allen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, Sie haben vorhin Wert darauf gelegt, dass das Parlament in Form der Unterrichtung der Obleute, was ja auch ein relativ großer Adressatenkreis ist - es sind ja nicht nur die Obleute, sondern auch die stellvertretenden Vorsitzenden, die Arbeitskreisleiter, die Sprecher -, also in einer Fülle von Obleuteunterrichtungen, eigentlich von vornherein informiert worden ist. Gibt es Punkte, die in den Obleuteunterrichtungen nicht vorkamen, sondern ist da das gesamte Spektrum dessen, was jeweils an Wissen im Ministerium auch sukzessive sich anhäufte, kommuniziert worden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nach meiner Überzeugung schon, Herr Abgeordneter. Denn Sie dürfen nicht nur die schriftlichen Unterrichtungen sehen, sondern ich hatte ja ausgeführt, dass der Minister mündlich unter-

richtet hatte, dass es die Sondersitzung des Verteidigungsausschusses gab, und nach meiner besten Kenntnis hat der Generalinspekteur, der ja im Regelfall dort vorgetragen hat, wenn solche Sitzungen stattfanden, sein Wissen vermittelt. Aber wir haben natürlich auch auf Rückfragen geantwortet, und es war ja klar, dass die Abgeordneten über die Presselage bestens informiert waren.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Ich habe das deshalb gefragt, weil ich zu diesem Zeitpunkt weder Obmann noch Sprecher war und damit also auch in diesem ganzen Zeitraum, wo ich jetzt eine sehr dichte Information des Ministeriums gegenüber dem Parlament feststelle, keine Unterrichtung hatte. Die einzige Unterrichtung des normalen Abgeordneten und Mitglieds des Verteidigungsausschusses war die Sondersitzung im Zusammenhang mit der Regierungserklärung der Bundesregierung.

Aber ich darf noch mal nur kurz nachfragen, wenn ich also da die sogenannte „Gruppe 85“, die ja heute also auch Gegenstand einer entsprechenden Meldung war - - Ich glaube, Sie haben also hier die entsprechende Aufgabe und Zielsetzung dem Ausschuss deutlich gemacht. Nun wird Ihnen vorgeworfen, dass die eigentliche Aufgabe dieser Gruppe gewesen sei, zu vertuschen, Einfluss zu nehmen auf die entsprechende Abfassung des ISAF-Berichtes. Können Sie hierzu noch mal Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, das will ich gern tun. Das ist blanker Unfug, solche Behauptungen. Ich meine, ich habe Ihnen die Motive, die mich dazu führten, eine Arbeitsgruppe zusammenzustellen, hier geschildert, und Sie kennen den ISAF-Bericht. Der ist nun Geheim eingestuft, aber ich nehme an, Sie haben ihn gesehen, und da ist nicht die Spur von irgendwelcher Einflussnahme usw. Auf Einflussnahme - das habe ich ja auch gesagt, Herr Abgeordneter - - Dass in einem solchen Bericht einer unabhängigen Gruppe bitte auch die entlastenden Momente aufgeführt werden mussten, darauf legen wir immer Wert. Selbst bei Gerichtsuntersuchungen und staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen helfen wir insofern, als wir sagen: Es müssen alle Umstände auf den Tisch. - Ich hatte Ihnen ja geschildert, worauf sich mein Unbehagen - ja, zum Teil auch Miss-

trauen - gründete, und das war ja nicht ganz ohne Substanz.

Wie Sie auch in Erinnerung haben werden, waren ja die Amerikaner sehr schnell dabei, in der öffentlichen Debatte zu sagen, sie hätten mit der Sache nichts zu tun - der deutsche Oberst hat angefordert -, was ja auch richtig ist, was wir auch nie abgestritten haben. Aber dass nach einem solch verheerenden Vorfall hier Schuldzuweisungen Platz greifen könnten, das war mir schon bewusst, und deshalb habe ich Wert darauf gelegt, dass die entlastenden Momente mit abgehandelt werden und hier nicht eine einseitige Untersuchung durch die NATO in die Welt gesetzt wird, der wir dann hinterhergelaufen wären. Aber wenn so etwas erst einmal in der Welt ist, ist es natürlich schwer, zu korrigieren. Aber Einfluss in dem Sinne, dass da geschoben oder vertuscht wurde, nein, das gibt der COMISAF-Bericht nun wirklich nicht her.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Sie haben Wert darauf gelegt, dass in diesem Bericht auch mit der Bundeswehr fair umgegangen wird. Sie hatten ja auch ausgeführt, dass Sie zu Beginn Bedenken hatten, weil die ersten Reaktionen nicht gerade sehr kameradschaftlich waren, wenn ich also da an entsprechende Vorgänge im Zusammenhang mit dem ersten Besuch des COMISAF in Kunduz denke. Könnten Sie an einigen Punkten vielleicht oder einfach nur Ihren Eindruck schildern, ob dann diese Befürchtung gegenstandslos war und wo etwa die entlastenden Momente in diesem ISAF-Bericht sind?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich muss jetzt aufpassen, dass ich nicht in den geheimen Teil komme. Aber ich kann schon sagen, Herr Abgeordneter und Herr Birkenheier, dass natürlich die Frage: „Waren die Einsatzregeln in Ordnung?“, ein ganz zentraler Punkt dieses Berichts ist. Wenn Sie die NATO kennen - und Sie kennen sie -, dann wissen Sie, ein welch bürokratisches Geflecht von SOP und Spins bei Luftangriffen auf dem Tisch liegen; das sind Hunderte von Seiten. Dass eben hier nicht ein deutscher Oberst sich über alles hinweggesetzt hat, was glasklar ist, das war mir schon ein Anliegen, und das kommt in dem ISAF-Bericht ja auch raus. Ich hatte ja auch erwähnt, Herr Abgeordneter, dass schon im Vorfeld des ISAF-Berichts genau bei dem einschlägigen

Punkt „troops in contact“, um das es ja ging - welche RoE ist angewendet worden? -, die NATO schon für Klarstellung gesorgt hatte, also selbst erkannt hatte, dass mit den RoEs bei „troops in contact“ nicht alles in Ordnung ist, und insofern könnte es sein, dass unser Beharren eine gewisse Wirkung gehabt hat.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Okay. - Ich komme noch mal kurz auf den Feldjägerbericht, den Sie zunächst gar nicht zur Kenntnis bekamen, der dann aber auch eine ungeahnt zentrale Rolle plötzlich in der öffentlichen Diskussion bekam. Ich möchte Sie nicht nach den Inhalten fragen, auch nach dem Warum nicht. Es stand auf dem Feldjägerbericht „Nur für Deutsche“. Meine Frage wäre: Zu welchem Zeitpunkt haben Sie erfahren, dass eine nationale Untersuchung offenbar von unten her in Gang gesetzt wurde? Wann wurde sie gestoppt, und mit welcher Zielsetzung wurde auf diese nationale Untersuchung verzichtet?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, eine nationale Untersuchung, etwa vergleichbar dem ISAF-Bericht, gibt es ja nicht, sondern dieser Feldjägerbericht - ich habe mir den, wie gesagt, nach dem 25.11. vorlegen lassen - ist eine Momentaufnahme von - ich will jetzt niemandem zu nahe treten - recht geringer Qualität. Das ist mein Eindruck gewesen, und deshalb sage ich ja auch: Ich finde es richtig, dass mir der nicht vorgelegt worden ist. Denn er hätte für meinen Kenntnisstand überhaupt nichts Zusätzliches gebracht, wenn der am 05.10., als der Generalinspekteur ihn dem Minister Dr. Jung gab, oder am 14.09., als er bei uns einging, vorgelegt worden wäre. Ich hätte den mir angeguckt und hätte ihn wieder zurückverfügt.

Eine eigene Untersuchung hat es also in dem Sinne nicht gegeben. Ich hatte nur gesagt und habe votiert - irgendwo in den Akten, glaube ich -, keine eigene Untersuchung zu machen; denn das war im Ministerium schon in der Diskussion. Ich glaube, der Planungsstab hatte mal votiert in einem Zwischenstadium: „Lasst uns doch eine eigene Untersuchung machen“, und ich hatte darauf gesagt: Es war eine NATO-Operation, geführt von der NATO und nicht aus Potsdam oder gar aus dem Ministerium, und nun lasst die NATO arbeiten. - Paralleluntersuchungen zu machen, NATO und parallel dazu Bundeswehr, das wäre erst recht nichts. Wir hätten niemals Zugang zu den Quellen auf

amerikanischer Seite gehabt, was die Luftkriegsführung anging, also den Luftschlag als solchen anging, die Vorgänge in den Befehlszentralen der Luftoperation. Das heißt, unser Bericht wäre von vornherein ein Krüppel gewesen. So hat es auch nicht, wie Sie vielleicht jetzt vermutet haben, einen Abbruch eines Berichts gegeben oder eine Einstellung eines Berichts, sondern wir haben die NATO arbeiten lassen.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ich habe in dem Kontext nur noch einen Fragekomplex, den ich gerne ansprechen möchte, wenn er nicht unter Geheim läuft, nämlich die Frage der Information des Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt, und zwar eben zu Zeiten um den 04. herum. Wie muss man sich das vorstellen? Wie wurde der Minister, der ja im Wahlkampf war, unterrichtet? Wurde er kontinuierlich unterrichtet? Welche Kontakte waren da?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich möchte zunächst klarstellen: In der Tat, der Minister war im Wahlkampf und als Politiker der ersten Reihe auch stark strapaziert. Aber ich muss ausdrücklich sagen, dass es in dieser Zeit keinerlei Kommunikationsschwierigkeiten mit dem Minister gab. Der Minister war zu jeder Minute für mich telefonisch erreichbar, ebenso für den Generalinspekteur und für den Leiter des Einsatzführungsstabes. Der Minister Dr. Jung hatte dem Leiter des Einsatzführungsstabes, zunächst dann General Bühler, später auch Herrn Admiral Krause, ausdrücklich gesagt, dass sie ihn auch jederzeit anrufen können, also auch an mir vorbei oder am Generalinspekteur vorbei. Die Geschäftsordnung sieht dafür ausdrücklich eine nachträgliche Unterrichtungspflicht vor, wenn man an einem Zwischenvorgesetzten vorbei einen Oberen informiert oder brieft. Also, ich hatte schon den Eindruck, dass der Minister auf Ballhöhe war, immer.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank. - Vielleicht doch noch eine letzte Nachfrage. Sie haben jetzt praktisch die Information nach oben in der Meldekette dargestellt. Die Informationen kamen ja auch von unten, und es wurde in diesem Kontext immer mal wieder diskutiert oder auch kritisiert, dass die Melde- und die Kommunikationswege nicht optimal organisiert seien. Könnten Sie als mit intimen

Kenntnissen ausgestatteter Fachmann, was dieses Ministerium angeht, eine Beurteilung abgeben, ob da nun nach diesem Vorfall Änderungen notwendig wären oder ob das sich insgesamt doch gut bewährt hat und gut eingespielt war?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich versuche mich zunächst mal, Herr Abgeordneter, in die Lage der Männer und Frauen vor Ort zu versetzen. Überlegen Sie mal bitte: Was wusste Oberst Klein, der im Zentrum des Geschehens stand, am 04.09. morgens? Was hätte der zusätzlich berichten können mit seiner Unterschrift, wofür er dann ja auch den Kopf hinhalten muss? Es ging doch da wahrscheinlich - ich will das jetzt nicht sagen - alles drunter und drüber, aber es war doch Not am Mann. Der COMISAF hatte sich angekündigt; es ging dann ein Team raus und versuchte, vor Ort Feststellungen zu treffen. Sie haben ja nun auch General Glatz und General Vollmer gehört; ich weiß nicht, was die gesagt haben. Aber dass auch dort das Meldeaufkommen Stück für Stück nur kam, ist klar. In solch einer Situation können Sie auch nicht mehr im Grunde genommen groß Regeln machen, sondern da müssen Sie sich auf die Menschen verlassen, und die zentralen Informationen, meine ich, haben wir rechtzeitig gehabt. Ich habe da nicht Kritik zu üben, wenn ich die Situation der Menschen, die vor Ort handeln mussten, mit berücksichtigte.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Es ist doch noch mal eine kurze Nachfrage, was Informationen angeht. Sie haben vorher auch Wert darauf gelegt, dass das Bundeskanzleramt jederzeit und rechtzeitig informiert war. Galt diese Information auch für die übrigen betroffenen Ressorts? Ich denke an das federführende Außenministerium.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich sagte schon, dass das Auswärtige Amt natürlich alle Obleuteunterrichtungen routinemäßig bekam - das ist immer dahin gegangen -, und wir hatten ja - das war auch eine Neuerung, die auch maßgeblich von General Schneiderhan und von mir mit betrieben wurde - es geschafft, ständig Verbindungsbeamte in unserem Einsatzführungsstab zu haben, vom Auswärtigen Amt, vom BMZ, vom BMI. Das war wirklich ein Riesenfortschritt, dass dort Tür an Tür die vier Ressorts im Bundes-

ministerium der Verteidigung zusammenarbeiteten, so wie ich diese Staatssekretärrunde geschaffen hatte der vier Ressorts plus Kanzleramt, wo wir einmal im Monat auf Staatssekretärebene Afghanistan machten und nichts anderes, für zwei Stunden. Deshalb war die Information des Auswärtigen Amtes, das ja auch eigene Informationskanäle aus dem Einsatzgebiet hatte, meiner Ansicht nach sichergestellt. Ich will nicht ausschließen, dass das eine oder andere gegenüber dem Kollegen Silberberg hätte noch besser laufen können. Aber der war kollegial genug, sich ans Telefon zu hängen, wenn er was haben wollte, und rief mich an, und ich bin genauso 24 Stunden am Tag erreichbar gewesen wie der Minister, und wir haben eben oft auch spät in der Nacht telefoniert.

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Michael Brand (CDU/CSU): Herr Dr. Wichert, Sie haben gerade eben gesagt, dass es in diesem Sinne keine eigene Untersuchung gegeben habe. Wie passt das zusammen mit der Tatsache, dass ja immerhin ein deutscher General einen Auftrag für diese Untersuchung gegeben hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Welche Untersuchung meinen Sie?

Michael Brand (CDU/CSU): Ich meine den Oberstleutnant B [REDACTED]. Der ist ja nicht von alleine losmarschiert.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der Feldjäger?

Michael Brand (CDU/CSU): Ja, richtig.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das ist auf taktischer Ebene eine Entscheidung gewesen: Geht hin und schaut, ob ihr irgendetwas feststellen könnt! - Das ist doch keine Untersuchung, Herr Abgeordneter, was die Feldjäger da vorgelegt haben. Das ist ein Bericht über das, was sie da vorgefunden haben. Wenn Sie das etwa mit dem COMISAF-Bericht vergleichen oder damit, wie wir eine Untersuchung angelegt hätten - mit Befragungen, mit Akteneinsicht -, ist das doch überhaupt kein Vergleich, sondern das war ein Bericht der Feldjäger, die natürlich, wie

üblich im Militär, einen Auftrag bekommen, das zu machen, und nicht auf eigene Faust losmarschieren.

Michael Brand (CDU/CSU): Also, ich muss jetzt an der Stelle auf die geheime Sitzung dann verweisen, weil das, was ich jetzt dazu sagen muss, nämlich auch die Vorhalte und Belege, den geheimen Bereich betreffen. Aber ich will noch mal ausdrücklich nachfragen: Wussten Sie von den Untersuchungen, die eingeleitet worden sind, dem Auftrag, den es gegeben hat, an den Feldjäger?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, das wusste ich nicht, und ich kannte auch den Feldjägerbericht, wie ich sagte, nicht, bis zum 25.11.

Michael Brand (CDU/CSU): Das heißt, Sie waren auch nicht derjenige, der diese Untersuchung gestoppt hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein.

Michael Brand (CDU/CSU): Sie haben bei Ihren Ausführungen eben sehr klargestellt, dass Sie Zweifel daran hatten, dass diejenigen, die untersucht haben im Auftrag der NATO, möglicherweise gegen einen doch sehr wortgewandten und sehr robust auftretenden General McChrystal nicht frei genug sein würden. Sie haben weiter gesagt, dass Sie die Befürchtung hatten, dass das NATO-Team nicht unbedingt frei von Fehlern sei, und Sie haben drittens gesagt, Sie seien skeptisch - Sie haben sogar das Wort „Misstrauen“ genannt - über den Vorsitzenden Sullivan. Was mich interessieren würde, oder meine Einschätzung, mit der ich Sie konfrontieren will: Es ruft doch nach einer nationalen Untersuchung, wenn man Skepsis gegenüber diesem Team hat und gleichzeitig - was Sie ja zu Recht betont haben - mit einer eigenen Untersuchung auch Entlastung von Oberst Klein und der Bundeswehr mit in die Betrachtung einbeziehen will.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich hatte geschildert, warum ich Zweifel und ein Unbehagen hatte. Aber ich habe auch gesagt - das werden Sie noch erinnern -, dass das Ergebnis des Sullivan-Berichts meine Zweifel zerstreute. Der Sullivan-Bericht, soweit ich ihn verstanden und gelesen habe - ich habe

ihn sehr ausführlich gelesen -, ist fair. Er ist ausgewogen, sodass auch jetzt für mich keine Veranlassung besteht, eine eigene nationale Untersuchung noch zu machen, die, wie ich ja gesagt hatte, auch zu kurz greifen würde, weil sie ja an die eigentlichen Quellen der Erkenntnis mit deutschen Mitteln kaum herankommt.

Michael Brand (CDU/CSU): Aber, Herr Dr. Wichert, wir sind uns einig, dass das, was Sie jetzt gesagt haben, eine nachträgliche Betrachtungsweise ist. In der Situation, Informationen zu bekommen, um auch Vorverurteilungen von den Soldaten und Oberst Klein wegzuhalten, gäbe es natürlich die Option, zu sagen: „Wir machen eine eigene Untersuchung“, aufgrund der von Ihnen nicht im Nachhinein, sondern im Vorhinein geäußerten Zweifeln an der Untersuchungskommission.

(Rainer Arnold (SPD): Sind wir in der Diskussion?)

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, das sehe ich nicht so, sondern mein Votum, keine eigene Untersuchung zu machen, setzte nach dem 04.09. ein. COMISAF gab den Auftrag am 09.09., glaube ich, oder 10.09., so um den Dreh herum, nach dem Initial Action Team, das ja vorschlug, eine tiefgehende Untersuchung durch ISAF zu machen, und da war mein Votum: Jetzt machen wir nicht eine parallele deutsche Untersuchung, sondern wir warten ab, ob der ISAF-Bericht fair und ausgewogen ist, und behalten uns vor, dann eventuell eine eigene Untersuchung zu machen. So habe ich es dargestellt, und so ist auch mein jetziger Erklärungsstand.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich gebe jetzt der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Herr Staatssekretär Dr. Wichert, am 25. November - nur um das noch mal klar zu haben - waren bei der ersten Besprechung um 14.20 Uhr vier Personen anwesend. Richtig?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das ist nach meiner Erinnerung so: der Minister, Frau Bastek, die Leiterin seines Büros, General Schneiderhan und ich. So erinnere ich mich heute, und so habe ich mich auch kurz danach erinnert. Wir saßen am Tisch.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Es kam dann ja das Gespräch auf den Feldjägerbericht. Haben Sie im Nachhinein den Eindruck, dass der Minister den Feldjägerbericht zu dem Zeitpunkt kannte?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, den kannte er mit Sicherheit nicht, Herr Abgeordneter. Ich hatte nur gesagt: Als das Stichwort durch den Generalinspekteur fiel - Feldjägerbericht -, da meine ich mich zu erinnern, dass der Minister sagte: Ja, darum geht es. - Also, es könnte sein, dass der Informant, der ihm sagte: „Da kommt ein Bericht morgen in der *Bild*-Zeitung, ganz furchtbar, ganz schrecklich“, sagte - dass dann beim Minister gelandet war -, es handle sich da um einen Bericht der Feldjäger. Aber ich gehe nicht davon aus, dass der Minister den Feldjägerbericht als solchen kannte. Das hätte er uns doch gesagt.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber ihm muss vorgetragen worden sein, was da drinstehen könnte oder was dann Gegenstand der Berichterstattung sein könnte; denn sonst ist ja nichts passiert zwischen der ersten Besprechung und der zweiten Besprechung, die dann bereits Ihre Entlassung beinhaltete. Dann hätte der Minister - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der Minister stand bei dem ersten Gespräch, Herr Abgeordneter, sichtlich unter dem Eindruck, dass dieser neue Bericht, für ihn neue Bericht, ganz furchtbar sei, also wirklich was ganz Neues und Entsetzliches schildern werde. Aber ich gehe nicht davon aus, dass er Inhalte dieses Berichtes schon kannte, sondern ich gehe davon aus, dass er das Stichwort „Ein Feldjägerbericht ist da“ wohl hatte, nach meiner Erinnerung, aber mehr nicht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Sie kennen ja nun inzwischen beide Berichte, auch den Feldjägerbericht. Enthält nach Ihrer Beurteilung der Feldjägerbericht über den COMISAF-Bericht hinausgehende Informationen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, keineswegs. Also, der Feldjägerbericht ist relativ nichtssagend, finde ich.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Also, der Eindruck, Sie hätten den Minister falsch oder

nicht korrekt oder nicht umfassend informiert, ist aus der Luft gegriffen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich würde es differenzierter ausdrücken. Ich habe immer zugegeben - auch heute, auch beim Minister in dem ersten Gespräch -, dass er in der Tat nicht alle Akten bekommen hat. Aber das wäre auch ungewöhnlich, wenn ich einem neuen Minister alle Akten seines Vorgängers vorlege. Ich glaube nicht, dass - -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das wäre dann geradezu ungehörig, wenn Sie das täten?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, so weit würde ich nicht gehen. Ich glaube also nicht, dass Minister Dr. zu Guttenberg inzwischen alle Akten zum A400M gelesen hat oder zum Eurofighter oder zum Herkules-Projekt.

(Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte er das mal lieber gemacht! - Heiterkeit)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Minister Scharping hatte mal alle Unterlagen zum Herkules-Projekt.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aber ich habe dem Minister in diesem ersten Gespräch gesagt und auch in dem zweiten - „Entlassungsgespräch“ nenne ich es mal -, dass er nach meiner Überzeugung alle irgendwie relevanten Informationen hatte.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Haben Sie Kenntnis oder denken Sie, dass der Minister selbst den ISAF-Bericht gelesen hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Da muss ich mich auf ihn verlassen. Er hat in der Presseerklärung am 06.11. mehrfach auf den COMISAF-Bericht Bezug genommen; ihm lag der vor. Ob er ihn selbst gelesen hat, kann ich natürlich nicht beurteilen; aber ich gehe davon aus, natürlich.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Weil er es gesagt hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: So interpretiere ich, Herr Abgeordneter, seine Ausführungen in dem ja schriftlich vorliegenden Presstext des 06.11. Aber ich interpretiere

jetzt; ich vermittele hier nicht Kenntnisse eines Zeugen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wobei, wer den COMISAF-Bericht gelesen hat, hat natürlich ein bisschen Mühe damit, das Wort „militärisch angemessen“ einfach so zu benutzen oder gar zu sagen: Es musste zu dieser militärischen Konsequenz kommen. - Es stehen ja auch - ich zitiere nicht daraus - dem entgegenstehende Formulierungen darin.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, der Generalinspekteur hat sich als oberste militärische Autorität geäußert. Er hat gesagt, er halte ihn für militärisch angemessen, -

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): In operativer Hinsicht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - und ich habe in einigen Besprechungen immer wieder darauf verwiesen, Herr Abgeordneter, dass ich es nur bis zum Oberstleutnant der Reserve gebracht habe und ein eigenes militärisches Urteil mir dann eigentlich auch nicht anmaße.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Zu dem Termin um 17.35 Uhr sind Sie wann einbestellt worden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Zehn Minuten vorher. Also, wir hatten im Ministerbüro gemeldet: Um 17 Uhr sind die Unterlagen fertig; wir stehen bereit zu dem vom Minister angeforderten zweiten Gespräch. - Dann mögen es zehn, zwölf Minuten gewesen sein. Legen Sie mich da bitte nicht fest. Aber relativ kurzfristig hieß es dann: 17.35 Uhr zum Minister.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Haben Sie Informationen, was in der Zwischenzeit, in den zwei Stunden dazwischen, zweieinhalb Stunden dazwischen, dem Minister vorgelegt wurde, mit wem er gesprochen hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Darüber habe ich keinerlei Informationen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Auch im Nachhinein nicht gewonnen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Auch im Nachhinein nicht gewonnen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Hatten Sie den Eindruck, dass doch diese in der Presse - Sie erwähnten das vorhin - diskutierte Grundhaltung, vielleicht müsse es zu neuem Personal kommen in der Position des Staatssekretärs, des Generalinspektors, eine Rolle gespielt hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Eigentlich in meinem Arbeitsverhältnis mit Minister Dr. Freiherr zu Guttenberg nicht. Ich habe die Arbeit zwischen seinem Dienstantritt - - Gut, da hatte er viele auswärtige Termine auch, aber wir haben öfter zusammengesessen; ich habe die Atmosphäre als ausgesprochen angenehm und sachbezogen empfunden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Und an dem Nachmittag?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe also nicht unterstellen können, dass da ein Grundmisstrauen ist, sondern im Gegenteil: Ich war durchaus angetan.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Und an dem Nachmittag?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Na ja - -

(Heiterkeit)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Vor 17.35 Uhr?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Irgendwann hört die Freude auf, nicht?

(Heiterkeit)

Aber auch diese beiden Gespräche - das muss ich auch sagen - verliefen nicht in aggressiver Atmosphäre, sondern ich habe das als professionelle Sache genommen. Das ist bei einem beamteten Staatssekretär so: kann jederzeit ohne Angabe von Gründen entlassen werden. Ich hatte dem Minister ja gesagt: Wenn allein der Umstand, dass ihm nicht alle Akten vorgelegt wurden - - Wenn das sein Arbeitsstil ist und er sagt: Das ist ein schwerwiegender Fehler, dass Sie das nicht - - Ihre Leute unter Ihrer Verantwortung nicht gemacht haben: Okay, dann ist das so. Er hatte keine Vorgaben gemacht, wie er es

haben will, sondern er hat diesen Vorfall als schwerwiegenden Fehler betrachtet; dass er kein Vertrauen mehr in meine Amtsführung hat. Er hat das ja auch nicht mit mir diskutiert, sondern als ich reinkam, hat er mir seine Entscheidung verkündet. Dann bin ich der Letzte, der dagegen angeht. Ich habe gesagt: Schade, ist halt so.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber es hat vorher keine Situation gegeben, wo Ihre Amtsführung kritisiert wurde, oder wo etwa die Fülle der Akten, die nicht vorlag, ein Problem gewesen wäre?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, ist mir nicht in Erinnerung.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Nun wissen wir ja von diesem Feldjägerbericht - und Sie ja wahrscheinlich auch -, dass der zunächst mal nur in zwei Exemplaren überhaupt existierte. Gab es dann später Kopien davon? Gab es mehr als diese zwei Exemplare in Ihrem Ministerium?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter. Ich weiß nur, dass ich am 25.11., als ich aus dem ersten Gespräch mit dem Minister ins Büro zurückkam, angeordnet habe: Gebt mir mal den Feldjägerbericht. - Der war bis dahin in meinem Büro nicht. Wie viele Kopien dann inzwischen gemacht waren, für wen, das weiß ich nicht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wer müsste das wissen? Er war ja Geheim eingestuft.

Zeuge Dr. Peter Wichert: War der eingestuft, der Bericht?

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Der war Geheim eingestuft.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Dann muss es die Geheimregistratur wissen. Da muss eigentlich die Zahl der Kopien registriert sein, nach meiner Kenntnis der Aktenordner.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wer kann das anordnen, dass von geheimen Dokumenten immer weitere Kopien gemacht werden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Jeder Zugangsberechtigte, der einen vernünftigen Grund nachweist, der ihn haben will.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das müsste in der Geheimregistratur dann auch so vermerkt sein?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich meine, das müsste nach der Geheimschutzordnung vermerkt sein, wann Kopien gezogen wurden und wer sie gekriegt hat.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wenn dann so ein geheimer Bericht das Ministerium doch verlässt, dann ist das Geheimnisverrat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das würde ich so sehen, wenn der Bericht allein beim Ministerium war. Ich nehme an, er war auch in Zwischenbehörden.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Eigentlich nicht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Eigentlich nicht, okay. Ich weiß es schlicht nicht, Herr Abgeordneter.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Das müsste dann von Amts wegen verfolgt werden.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Denn der kam ja wohl, wie ich nachträglich erfahren habe, über Potsdam ins Ministerium, also schon auf dem Dienstweg. Ich nehme an, dass eine Kopie auch bei Potsdam verblieben ist - das würde jedenfalls dem normalen bürokratischen Ablauf entsprechen, sage ich mal - und nicht der Schreibtisch leegeräumt wird in Potsdam und der Bericht ins Ministerium gekippt wird. So stelle ich mir die bürokratische Bearbeitung vor.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wenn so ein geheimes Dokument veröffentlicht wird, dann muss das von Amts wegen verfolgt werden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, es muss, glaube ich, durch den Dienstherrn beantragt werden. Aber ich bin überfragt. Ich müsste ins Gesetz gucken.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Der Minister müsste -- Okay, das müssten wir klären.

Sie kennen ja die Erklärung der Bundeskanzlerin im Bundestag, ihre Regierungserklärung vom 8. September, wo sie eine offene, nachvollziehbare Untersuchung angekündigt hat; es würde die deutsche Öffentlichkeit informiert, bei allen Schwierigkeiten, die wir gehört haben, die es natürlich gibt, wenn es auch um geheimhaltungsbedürftige Sachverhalte geht. Hat eine solche Unterrichtung der Öffentlichkeit stattgefunden durch das Ministerium?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wir waren durch die Geheimeinstufung des NATO-Berichts natürlich etwas gehindert. Der Generalinspekteur hat in seiner Presseerklärung am 29.11., also am Tag nach Übersendung des COMISAF-Berichts, eine natürlich die Geheimhaltung beachtende Information abgegeben. Aber eine zusammenfassende Unterrichtung in dem Sinne, dass wir nun ein eigenes Dokument vorgelegt hätten, gab es außer der Unterrichtung des Deutschen Bundestages nach meiner Kenntnis nicht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Gab es vom Kanzleramt Nachfragen: Wie ist der Stand der Ermittlungen nach der Regierungserklärung vom 8. September?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es war zwischen uns klar, dass das Kanzleramt weiterhin laufend unterrichtet wird, dass insbesondere der COMISAF-Bericht, wenn er denn vorliegt, dem Kanzleramt zugänglich gemacht wurde. Das ist ja auch, wie ich vorhin ausführte, am 29.10. unmittelbar nach Übergabe des Berichts am 28.10. um 22.30 Uhr geschehen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wenn das Kanzleramt selbst Nachforschungen angestellt hätte: Hätte Ihnen das bekannt werden müssen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: An sich bei dem guten Verhältnis, das ich zu Herrn Ministerialdirektor Heusgen hatte und dem Chef BK, wäre mir das bekannt geworden; davon gehe ich mal aus.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Ist aber nicht so gewesen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein. Ich habe in der Richtung nichts gehört.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Wissen Sie, ob es zwischen den beiden Bundesministern, dem scheidenden und dem neu antretenden - Minister Jung und Minister zu Guttenberg -, ein Übergabegespräch gegeben hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Dazu kann ich keine Angaben machen. Weiß ich nicht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Aber es wäre üblich?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Sicher werden sich die Herren unterhalten haben. Aber ich weiß nun nicht, in welcher Tiefe dort ausgetauscht wurde über laufende Sachverhalte. Das entzieht sich wirklich meiner Kenntnis. Kann ich nichts zu sagen.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Der Umstand, den wir in früheren Runden gelegentlich thematisiert haben, dass ja nach so einer Operation, nach so einem Luftschlag, es auch eine Lagefeststellung geben muss nach NATO-Regularien: „Was ist passiert?“ - das sogenannte Battle Damage Assessment -, ist das eine Sache, die für Ihre Diskussion im Ministerium dann noch mal eine Rolle gespielt hat, dass es nicht stattgefunden hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wir haben ja eine Vorlage machen lassen - ich weiß jetzt nicht mehr das genaue Datum - über die Prozeduren, die in der NATO gelten bei derartigen Vorfällen. Die NATO hat dazu ein ganz ausgefeiltes Regelwerk - ich glaube, dieses Regelwerk ist auch in Ihren Akten -, wo genau festgelegt wird, wer wann was macht. Dieses Initial Action Team, das eine Empfehlung gibt - die sind ein bisschen darüber hinausgegangen über Empfehlungen -, hat da auch schon erste Einschätzungen gemacht. Aber das ist in den NATO-Prozeduren genau festgelegt und müsste sich auch in Ihren Akten finden.

Michael Brand (CDU/CSU): Dass es nicht stattgefunden hat, hat das sozusagen eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, es hat ja stattgefunden. Der COMISAF-Bericht ist ja

genau in Linie mit diesem Regelwerk der NATO entstanden, der Sullivan-Bericht.

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD): Es hat stattgefunden im Sinne von: aus großer Höhe. Aber das Problem, das Sie haben, das wir haben, nicht sagen zu können: „Wie viele Opfer gab es, und wer war das?“, hat natürlich damit zu tun.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Die Frage: „Wie viele zivile Opfer gab es, und welchen Status haben die zivilen Opfer?“, ist ja sicherlich ein Schwachpunkt; das räume ich ein. Denn der Auftrag an den Sullivan war auch, unter anderem zum Status der Getöteten Feststellungen zu treffen. Das scheiterte nun nicht am schlechten Willen des Sullivan-Teams, sondern das scheiterte an den objektiven Unmöglichkeiten. Muslime werden sehr schnell beerdigt. Bei diesem Luftangriff kam es eben zu einer massiven Explosion. Auch brannte der Tanklastwagen. Das heißt, dort fand man eben nur noch wenige Reste. Wie schwierig es ist, individuell zu sagen: „Es hat diesen Menschen und jenen Menschen getroffen, und welchen Status hatte er“, das sehen Sie ja an den ganzen Diskussionen; das sehen Sie an dem UNAMA-Bericht. Das Rote Kreuz beanstandet auch ausdrücklich - nach meiner Erinnerung - in seinem Bericht, dass der Status - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Staatssekretär, das unterliegt eigentlich der Geheimhaltung, und da dürfen Sie nicht drüber reden.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Rotes Kreuz ist eingestuft? - Bitte ich um Nachsicht, wusste ich nicht.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt gebe ich der FDP-Fraktion das Wort.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. - Herr Dr. Wichert, ich will noch mal auf Folgendes zurückkommen: Bisher wurde mehr über das Verhältnis zu Zeiten von Herrn zu Guttenberg gesprochen; aber noch mal auf den Kern. Der war ja am 04. bzw. dann den folgenden Tagen des Septembers. Nachdem Sie nun festgestellt haben, dass entgegen der üblichen Regel und der üblichen Verfahrensweise eine Pressemitteilung schon da war, die sich dann hinterher auch in

der Tat als problematisch erwiesen hat: Was ist denn daraufhin eigentlich von Ihnen geschehen, damit insbesondere auch die Klarstellungen, die dann später bei neuen Erklärungen eingearbeitet wurden, auch dort vorgenommen wurden, wo die alte, falsche Darstellung noch fortwirkte, Internetdarstellung usw.?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Die definitive Erklärung, dass es nur Aufständische getroffen habe, Herr Abgeordneter, die hatte ja eine Halbwertzeit von wenigen Stunden.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, bis zum 08.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich sagte ja vorhin, dass bereits am 04.09. der Pressestab seine Sprache modifizierte. In der Pressekonferenz, der Bundespressekonferenz am 04.09, hat sich meiner Ansicht nach Kapitän zur See Dienst - der war der Sprecher des Ministeriums - nicht so definitiv festgelegt wie in der ersten schriftlichen Erklärung vom frühen Morgen.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber eine eindeutige Klarstellung gab es nicht? Jedenfalls haben Sie keine veranlasst.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Weil wir nicht wussten, was stimmt. Ich hatte Ihnen gesagt: Da ich nicht wusste, ob es wirklich nur Aufständische waren, aber ich ein ungutes Gefühl hatte, habe ich insgesamt auf eine Aussage verzichtet. Ich glaube, am Wochenende schon - der 05. war der Samstag -, meine ich, war auch durch das Ministerium - - ich weiß jetzt nicht. Die Presseerklärung oder die Verlautbarung des Ministers habe ich nicht; der war ja auf Dienstreise am Wochenende. Aber wir haben nach meiner Erinnerung eigentlich diese definitive Aussage nicht weiter verfolgt.

Hellmut Königshaus (FDP): Das zieht sich ja wie ein roter Faden durch fast alle Aussagen, die zur Presseveröffentlichungspraxis ergangen sind. Wir haben erst mal öffentlich ausgeschlossen, dass es zivile Opfer gebe, und hinterher hatten wir ja nichts Handhabbares, nichts Genaueres, nichts Belastbares; deshalb haben wir gar nichts mehr gesagt und die ursprüngliche Darstellung eben stehen lassen. Ich sag das nur mal.

Das ist eben ein Problem. Deshalb stellt sich ja die Frage, warum man nicht dann auch mit eigenen Untersuchungen darauf gedrängt hat, dass man genau diese Klarstellung bekommt.

Der Feldjägerbericht ist natürlich unvollkommen; das gebe ich Ihnen gerne zu. Es ist ja auch kein Wunder, wenn die Untersuchung sofort wieder abgebrochen wird, nachdem man in Berlin davon gehört hat. Diese Untersuchung hat zu keinem Zeitpunkt wirklich belastbar stattgefunden. Warum? Ich kann es immer noch nicht verstehen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Noch mal, Herr Abgeordneter, zu dem Ausgangspunkt Ihrer Frage. Warum wurde nicht richtiggestellt: Es sind Zivilisten getroffen? - Ich meine, ich habe doch in meinem Einführungsstatement ausführlich geschildert, wie wir uns unter Berufung auf COMISAF, unter Berufung auf andere Quellen nun schon recht frühzeitig erklärt haben, dass die Wahrscheinlichkeit bestehe, dass Zivilisten getroffen sind.

Hellmut Königshaus (FDP): Den Ob-
leuten.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das waren aber keine eigenen Feststellungen.

Hellmut Königshaus (FDP): Den Ob-
leuten haben Sie das erzählt. Ich habe ja nach der Öffentlichkeit gefragt.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Gut. Deshalb habe ich ja gesagt: Für die Pressearbeit ist kein beamteter Staatssekretär zuständig.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, deshalb. Ich wollte nur fragen. Aber Sie haben ja festgestellt, dass die Pressearbeit eben insofern unkorrekt war. Aber Sie haben dagegen dann auch - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aber wenige Stunden unkorrekt. Dann haben sie es selbst korrigiert. Ich will hier auch keine Vorwürfe in Richtung Pressestab abladen, sondern das war eben - - Die müssen sich ja auch auf das verlassen, was aus dem Einsatzgebiet kommt. Die haben ja keine eigenen Erkenntnisquellen am 04.09. gehabt, sondern aus dem Einsatzgebiet wurde - so habe ich dann erfahren - auf dem Pressestrang diese

Falschmeldung gemacht oder diese definitive Aussage gemacht.

Hellmut Königshaus (FDP): Es stand ein paar Tage im Internet, immer noch. Aber das ist ja jetzt nicht so wichtig. Ausgangspunkt war ja: Wenn man denn eine konkrete, klare Stellungnahme nicht abgeben konnte, weil einem die Fakten fehlten, warum hat man dann den Feldjäger, der schon eingesetzt war mit seiner Truppe, daran gehindert, diese Arbeit fortzuführen, auf ausdrückliche Weisung aus Ihrem Munde, wie es heißt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das ist für mich neu. Das werden wir dann nachher in geheimer Sitzung beraten. Jedenfalls ist es für mich jetzt wirklich ein bisschen belastend, Herr Abgeordneter, wenn Sie jetzt diesen Vorwurf gegen mich in öffentlicher Sitzung erheben, und ich mich dagegen nur in geschlossener Sitzung wehren kann.

Hellmut Königshaus (FDP): Entschuldigung, ich - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aus meinem Munde, haben Sie gesagt, sei das geschehen?

Hellmut Königshaus (FDP): So wurde das verschiedentlich dargestellt. Deshalb muss das dann in - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das mag sein, dass das so dargestellt wurde. Aber ich kann Ihnen sagen: So war es nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Gut. Das kann man doch auch in öffentlicher Sitzung sagen. Dann werden wir darauf nachher dann noch mal zurückkommen. Nur, Sie haben ja auch selbst gesagt, dass Sie eine öffentliche, eigene Untersuchung, eine deutsche Untersuchung, eine nationale Untersuchung für nicht tunlich gehalten haben. Das ist ja richtig?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das ist richtig zu dem Zeitpunkt, weil ich die NATO-Untersuchung abwarten wollte. Aber ich hatte mir immer vorbehalten - das habe ich ja auch gesagt -: Wenn dort die NATO-Untersuchung unvollständig, unfair, zulasten der Bundeswehr ist, dann machen wir eine eigene Untersuchung.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber Sie verstehen ja vermutlich das Misstrauen, das verschiedentlich dann damit verbunden ist; denn allein die Tatsache, dass das Battlefield Assessment - das ist ja hinreichend bekannt; das ist, glaube ich, nicht eingestuft - eben sehr spät stattfand und man, wie es dann ja auch berichtet wurde, im Grunde genommen nichts mehr vorfand, weil eben, wie Sie sagen, in islamischen Ländern die Toten sofort bestattet werden, hat die Sache auch erschwert. Alles dies zeigt ja, wie schwierig es wird mit zunehmendem Zeitablauf, dann tatsächlich konkrete Fakten zusammenzutragen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aber bitte rufen Sie sich doch die Zeitabläufe am Ort des Geschehens noch mal in Erinnerung, Herr Abgeordneter. Der Angriff war am 04., morgens um halb zwei. Am gleichen Tag war COMISAF vor Ort und hat dort Untersuchungen gehabt, ist dort rumgegangen, ist ins Krankenhaus gefahren, war am Ort des Geschehens. Unsere Soldaten waren am Ort des Geschehens. Das heißt, dass hier irgendwie ein unzulässiger Verzug in der Aufnahme des Geschehens stattfand, dem kann ich mich nicht anschließen.

Hellmut Königshaus (FDP): Jetzt muss ich mich darüber beschweren, nun in der Situation zu sein, dass ich das jetzt nur in nichtöffentlicher Sitzung vertiefen kann. Das müssen wir dann nachher fortführen. Aber der entscheidende Punkt ist ja trotzdem - in der Gesamtschau muss man das eben doch verwunderlich finden; deshalb würde ich Sie da bitten, doch noch mal dazu Stellung zu nehmen -: Wir haben eine Untersuchung durch ISAF, die sich nur auf die Situation vor dem Hintergrund von ISAF-Regeln bezogen hat. Es gab keine Untersuchungen parallel, wenn wir recht informiert sind - so habe ich das bisher aufgenommen -, auch bis heute nicht, ob denn nicht nach deutschem Recht, nach deutschen Regeln, mögliche Verstöße vorgekommen sind, ob nach deutschen Regeln irgendwelche Maßnahmen zu treffen sind. Das stellt kein COMISAF-Bericht, kein kanadischer Brigadegeneral oder Oberst fest. Das müssen wir schon selbst feststellen, und genau diese Feststellung gibt es nicht. Deshalb ist noch mal die Frage: Warum hat man das unterlassen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Zunächst einmal: Die Operation selbst wurde nach NATO-Regeln durchgeführt. Ihre Aussage, dass wir von unserer Seite nichts gemacht haben, um deutsche Fehler zu erkennen, die kann ich nicht mittragen. Wir haben sehr wohl - ich glaube, Sie finden das auch in den Akten - bewerten lassen: Was ist bei uns falsch gelaufen? Der Minister zu Guttenberg hat die Ausbildungsmängel angesprochen. Dazu gab es eine Vorlage: Was müssen wir in der Ausbildung verbessern?

Ich habe ein Briefing Team nach Afghanistan geschickt, Herr Abgeordneter, um unsere Soldaten in den Regeln Close Air Support zu schulen und zu unterweisen nach diesem Luftschlag, weil schon sehr schnell klar war, dass da möglicherweise Regelverstöße waren. Dieses Team ist unverzüglich nach Afghanistan gefahren und hat Briefings gemacht mit den Kommandeuren, mit den Leuten, die für Close Air Support zuständig sind. Wir haben schon einiges gemacht. Es war nicht so, dass wir die Hände in den Schoß gelegt haben.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Bevor ich der Fraktion Die Linke das Wort gebe, weise ich die Zuschauer noch mal darauf hin, dass Handybenutzung auf der Tribüne nicht erlaubt ist, Handybenutzung hier im Saal generell nicht erlaubt ist. - Und jetzt die Fraktion Die Linke.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Wichert, hatten Sie den Eindruck bei der Lektüre des IRT-Berichts - der ist ja eingestuft; das ist klar; das ist ein Zwischenbericht - , dass man dort zu einem tendenziösen, unausgewogenen, einseitigen Urteil gekommen ist?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, bei dem Bericht selbst nicht, aber bei dem Drumherum.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Bei den ersten Reaktionen. Gut, aber der Bericht war ja nach ein paar Tagen nach dem Luftschlag. Da sagen Sie, das war sozusagen erst mal eine faire Bestandsaufnahme?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wobei der Bericht - wie gesagt, der ist eingestuft - sich ja auch -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Es geht nur um die Bewertung.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - mehr oder weniger im Formalen erschöpft.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Der legt ja auch sozusagen den Auftrag fest. Darin ist ja ein Auftrag festgelegt worden, sehr ausführlich, also ein Katalog. Haben Sie darin irgendwas Einseitiges, Tendenziöses, Unausgewogenes entdeckt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, habe ich nicht.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Hatten Sie denn gegen die Zusammensetzung der Kommission, die dann McChrystal eingesetzt hat, irgendwelche Einwände?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich hatte ganz erhebliche Einwände gegen diesen Embedded Journalist. In der - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Nein. Ich rede jetzt von dem Auftrag.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe schon verstanden. - Das war Ausgangspunkt für mich, besonders hellhörig zu sein, dass dort in einem NATO-Team, Initial Action Team, ein Journalist der *Washington Post* an internen Besprechungen teilnimmt und dann Artikel schreibt, die in eine Vorverurteilung der Bundeswehr mündeten; das kann man, glaube ich, ohne Übertreibung sagen. In dem Auftrag, der für das Initial Action Team formuliert war, habe ich keine Beschwer gefunden, sagte ich. Die Zusammensetzung erschien mir vernünftig, insbesondere da auch ein deutscher Offizier in der Sache befasst war. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich zunächst einen gewissen Vorbehalt gegen Sullivan hatte, der ja - so sagte ich es - für Air Components zuständig war, also für die Luftkriegsführung der NATO, der also auf der Hierarchieebene Verantwortung trug, letztlich auch für den Einsatz der Flugzeuge am 04.09. Aber - um auch hier klar zu sein - mein Misstrauen hat sich nicht bewahrheitet. Ich halte den Bericht von Sullivan für fair und ausgewogen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber dann habe ich immer noch nicht verstanden,

was der Grund war, eine eigene Gruppe einzurichten, die, wie Sie sagten, sicherstellen sollte, dass nicht einseitig ermittelt wird.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, genau das war es.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben gesagt: Die Ausgangslage war ja zu dem Zeitpunkt, bis nach dem IRT-Bericht sozusagen die richtige Kommission angefangen hat und richtig ermittelt hat, dass Sie den Eindruck hatten: Das ist auf verlässlichem Grund.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich meine, es ist doch selbstverständlich, dass ich eine solche Untersuchung von einem unabhängigen Gremium irgendwie begleiten muss. Wenn eine unabhängige Kommission eingesetzt wird: Die redet doch auch mit diesem und mit jenem. Wenn es Anfragen gegeben hätte vom Sullivan-Team an die Bundeswehr, wollte ich eine zentrale Beantwortung sicherstellen, dass es in einer Hand ist. Das ist für mich selbstverständlich. Jede andere Nation, Herr Abgeordneter, hätte das genauso gemacht.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Gut, da kommen wir wahrscheinlich in dem anderen Teil noch mal dazu - auch mit Vorhalt.

Noch mal zu der Situation am 26.11., die ja für Sie nicht erfreulich war. Jetzt hatte ich auch den Eindruck, dass Sie - - Ich muss noch mal fragen. Sie haben gesagt: Es waren nach Ihrer Erinnerung wirklich diese vier besagten Personen im Raum, keine einzige mehr? Können Sie das noch mal bestätigen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: So ist meine Erinnerung, ja.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben dann etwas später diesen Anruf der Büroleiterin - der Büroleiterin des neuen Ministers zu Guttenberg - bekommen, die sagt, sie wolle Ihnen eine goldene Brücke bauen? Oder wie war das? Schildern Sie doch noch mal kurz diesen Vorgang. Es war so umfangreich, Ihre Darlegungen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich kann das gerne noch mal schildern.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Angezeigt nach meiner Rückkehr ins Büro rief mich die Leiterin des Ministerbüros an. Sie fragte, ob ich eine goldene Brücke haben wolle. Ich könne meinen Rücktritt erklären oder um meine Entlassung bitten. Ich antwortete, dass ein Beamter nicht zurücktreten könne. Außerdem sähe ich dafür keinen Grund. Zudem hätte der Minister, ohne mir eine derartige Frage zu stellen, seine Entscheidung verkündet. Nachträgliche Änderungen kämen für mich nicht infrage.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben das also eher als ein unmoralisches Angebot angesehen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, gar nicht. Ich habe das als gutwillige Aktion verstanden; aber ich bin nicht darauf eingegangen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das klingt ja so, dass man auch nach der Gesamtschilderung, die Sie uns jetzt hier gegeben haben - - dass Sie eigentlich nicht wissen, warum dieser Schritt vollzogen wurde. Haben Sie denn Anhaltspunkte, was der wahre Grund sein konnte, weshalb man Sie mit dieser Situation konfrontiert hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich kann mich nur auf das verlassen, was mir der Minister gesagt hat. Der Minister sagte mir in dem Entlassungsgespräch am 25.11., er habe nicht alle Akten, alle Berichte, Meldungen gehabt. Darauf antwortete ich ihm: Er hat alle Informationen gehabt; das sei meine Aufgabe. Mehr habe ich an diesem 25.11. vom Minister zu dem Thema auch nicht gehört.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben sich bezogen auf das Pressestatement des Ministers zu Guttenberg vom 6. November, wo diese Aussage war: „militärisch angemessen“. Sie haben erwähnt, dass Sie ein gewisses Unverständnis haben, dass Minister zu Guttenberg dort formuliert hat, auch wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte der Luftschlag stattfinden müssen. Können Sie diese Aussage noch mal bestätigen bzw. auch die Frage beantworten: Wie kam Minister Guttenberg Ihrer Meinung nach zu dieser Schlussfolgerung: Auch wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte der Luftschlag stattfinden müssen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich kann das gerne noch mal wiederholen, Herr Abgeordneter. Das ist für mich kein Problem.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zunächst berief sich der Minister darauf, dass er keine Zweifel an der Einschätzung des Generalinspektors habe, nämlich dass die Militärschläge und die Luftschläge vor dem Gesamtbedrohungshintergrund als militärisch angemessen zu sehen sind. Er erwähnte Verfahrensfehler, Ausbildungsmängel, Probleme, Einsatzregeln. Er sagte, er persönlich gehe davon aus, dass es zivile Opfer gab. Er berief sich mehrfach auf den Bericht des COMISAF, Bericht Rotes Kreuz. Er kannte also beide Berichte. Dann ging der Minister aber über die Berufung auf den militärischen Sachverstand und die genauen Kenntnisse aller Einzelheiten des Einsatzes Generalinspektors hinaus und erklärte, dass er nach seiner Einschätzung zu dem Schluss käme, selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Hatten Sie jetzt gerade erwähnt, dass der Minister sich bezogen hätte auf den Bericht des Internationalen Roten Kreuzes?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Vielleicht kann er das noch bestätigen. Hatten Sie das gerade erwähnt? Das war am 06.11.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das hat er. Ich meine, das Pressestatement ist ja als Dokument der Bundesregierung zugänglich, und das hat er am 06.11. gesagt. Ich kann Ihnen das gerne raussuchen. Ich will an dieser Stelle auch noch einmal sagen - obgleich die Berichte widersprüchlich sind, was die zivilen Opfer anbelangt, auch der Bericht, der vom COMISAF kommt -, dass ich persönlich davon ausgehe, dass es zivile Opfer gab.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt gebe ich Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. -

Herr Dr. Wichert, jetzt sind heute und auch in den Medien verschiedene Runden gefallen. Könnten Sie vielleicht noch mal abgrenzen, wie die sich darstellen und wie sie sich zueinander verhalten: einmal die AG Kunduz, dann die so genannte Wichert-Runde und dann eben die „Gruppe 85“.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Diese „Gruppe 85“ war - das hatte ich ja gesagt - von mir eingesetzt worden, um die Arbeit einerseits zu unterstützen - wir haben darauf in der Bundespressekonferenz offensiv hingewiesen, dass es diese Gruppe gibt - und auch sicherzustellen, dass der Bericht nicht einseitig zulasten der Bundeswehr und von Oberst Klein ausgeht.

Mit der Wichert-Gruppe meinen Sie das Treffen der Staatssekretäre, oder was meinen Sie damit?

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im *Stern*-Artikel wurde ja zitiert, es gebe eine Wichert-Runde, in der das Bundeskanzleramt, der BND, Sie und einige weitere Leute beteiligt wären und in der man eben auch über die Gesamtstrategie in Afghanistan gesprochen hat.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich sagte schon: Ich hatte initiiert kurz nach 2005 - das muss 2006 gewesen sein -, dass wir uns einmal im Monat auf der Ebene der Staatssekretäre treffen, um alle Aktivitäten militärisch und vor allen Dingen zivil besser und enger zu verzahnen. An diesen monatlichen Besprechungen nahmen immer teil auf Staatssekretärebene Auswärtiges Amt als Federführer, BMI wegen des Polizeieinsatzes und der Sicherheit, auf Deutschland ausstrahlend, BMZ wegen der Entwicklungsanstrengungen, BMVg durch mich, und es nahm immer teil der Abteilungsleiter des Kanzleramtes der Abteilung 2 oder sein Stellvertreter. Das war eine sehr fruchtbare Arbeit, weil wir dort eben die zivilen und militärischen Anstrengungen sehr eng koordinierten, anhand eines sehr stringenten Arbeitsplans die Themen durchgingen, festlegten, wer was macht, wer mit wem spricht usw. Das war eine sehr gute Zusammenarbeit, die hier über die Jahre hinweg stattgefunden hat.

Daneben, Frau Abgeordnete, gab es natürlich eine Reihe von anderen Koordinierungsbesprechungen. Eine Wichert-Runde ist mir unter dem Namen nicht bekannt. Aber

gut, man soll Zeitungen lesen. Wir haben uns öfter natürlich zusammengesetzt und haben, speziell auf Kunduz gerichtet, auch die Sicherheitslage dort besprochen; denn für meinen Kollegen im Innenministerium war ja immer das Problem, dass Polizisten im Grunde genommen nur in befriedetes Gebiet gehen können. Deshalb hat er sich immer große Sorgen gemacht, als sich die Sicherheitslage in und um Kunduz verschlechterte, wie wir sicherstellen könnten, dass dort das Niveau der Sicherheit einigermaßen erhalten bleibt. Da gab es verschiedene Besprechungen, und da haben wir natürlich alle Kenner der Materie hinzugezogen. Da war der BND dabei; da war das Bundeskriminalamt dabei; da war das Auswärtige Amt natürlich dabei. Alle, die mit dazu beitragen konnten, wurden von mir an den Tisch gebeten, und da haben wir das diskutiert.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja jetzt mehrfach hier auch ausgesagt, dass eigentlich jede NATO-Nation natürlich auch Interesse gehabt hätte, wenn so ein Vorfall passiert, eben auch sozusagen permanent von dem Mitglied im JIP unterrichtet zu werden. Deshalb wollte ich Sie fragen: Wusste denn das JIP Bescheid, dass es diese Unterrichtung der „Gruppe 85“ gab?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Was soll ich unter „JIP“ verstehen?

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Joint Investigation Board, die NATO-Untersuchungskommission.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ach so. Das glaube ich nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie oft fanden denn diese Rückkoppelungen statt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe mir immer wieder mal berichten lassen. Das mag einmal pro Woche gewesen sein am Anfang, dann in längeren Zeiträumen. Aber da kam nie etwas, was mich zum Handeln hätte zwingen können oder veranlassen können. Ich habe mich laufend unterrichten lassen, ja.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin die Korrespon-

denz mit dem Verteidigungsminister zu Guttenberg angesprochen, in der von interessierten Kreisen die Rede war. Sie haben jetzt selber hier auch gesagt: Der *Spiegel* kann es ja nicht sein. - Wer kann denn zu diesen interessierten Kreisen gehören?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe ja gesagt: Das ist für mich nach wie vor rätselhaft. Ich weiß es nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann die Frage: Wann haben Sie den Feldjägerbericht denn erhalten, gelesen, zur Kenntnis genommen, davon erfahren?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wie ich vorhin schon sagte: Am 25.11. in dem Gespräch mit Minister Freiherr zu Guttenberg fiel das Stichwort „Feldjägerbericht“. Ich habe ihm gesagt, ich kenne den nicht. Dann habe ich ihn anfordern lassen in mein Büro; habe ihn dann am 25.11. im Laufe des Tages bekommen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben also nicht kurz nach dem Luftschlag erfahren, dass die Feldjäger dort vor Ort waren und angefangen haben, einen Bericht anzufertigen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es hätte mich gewundert, wenn die Feldjäger nicht vor Ort gewesen wären. Dafür haben wir die Feldjäger. Aber dass sie einen eigenen Bericht gemacht haben, das wusste ich nicht. Ich meine sogar, es waren Pressebilder in der Zeitung irgendwo: ein Feldjäger vor dem zerbombten Lastwagen. Ist klar: Das ist die Aufgabe der Feldjäger, sich darum zu kümmern.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Generalinspekteur hat, wie Sie auch, hier heute ausgesagt, dass im Feldjägerbericht eigentlich keine Informationen enthalten waren, die nicht auch schon im COMISAF enthalten gewesen wären. Haben Sie mittlerweile den Feldjägerbericht gelesen und das dann mit dem COMISAF abgeglichen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe den am 25.11. überflogen - nicht die ganzen Anlagen, sondern nur den Bericht selbst - und

kann die Einschätzung des Generalinspektors nur teilen.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätte ich noch eine Frage zu den zivilen Opfern. Sie haben ja hier berichtet, dass Sie auch die Obleute davon unterrichtet haben, dass Sie am 07.09. eine Nachricht von einem zehnjährigen Jungen, der im Krankenhaus war, hatten und dass das für Sie ein klarer Hinweis war, dass eben nicht nur Aufständische Opfer waren. Gleichzeitig findet sich im *Spiegel* im Artikel „Ein deutsches Verbrechen“ die Aussage:

Das Kanzleramt hält tote Zivilisten für wahrscheinlich ... Wichert ..., das seien doch alles [nur] Spekulationen ...

Können Sie das erklären?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht kurz vor der Rede der Kanzlerin diesen Satz gesagt, dass es nur Spekulationen sind, dass man noch keine Sicherheit habe?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Sicherheit hatten wir in der Tat nicht.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ist ein zehn - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Sicherheit hatten wir ja in der Tat nicht. Nur, ich habe dem Kanzleramt am 07.09., am Tag vor der Regierungserklärung, diese Information gegeben. Ich habe auch die Information gegeben, dass COMISAF davon ausgeht, es sind mit „high degree of certainty“ - habe ich rein geschrieben, in Klammern noch - Zivilisten, Unbeteiligte getroffen. Das war die Message am 07.09., 16.46 Uhr ans Kanzleramt, wie ich vorhin sagte.

Agnes Malczak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage die Fraktionen, ob noch weiterer Fragebedarf ist. - Ja. Dann gebe ich der CDU/CSU das Wort.

Henning Otte (CDU/CSU): Herr Dr. Wichert, welche Voraussetzungen müssten

vorliegen, damit ein Ermittlungsverfahren eröffnet werden muss nach der Wehrdisziplinarordnung oder auch strafrechtlich? Wie ist da die Gepflogenheit in Ihrem Haus gewesen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wir haben unmittelbar nach dem Luftschlag die Staatsanwaltschaft Dresden unterrichtet; am gleichen Tag, glaube ich, oder am Tag drauf. Damit war die zuständige Strafverfolgungsbehörde nach deutschem Recht informiert. Damit hat das Ministerium nach meiner Überzeugung alles getan. Es entspricht dann auch den Usancen, Herr Abgeordneter, abzuwarten, was die Strafverfolgungsbehörden machen, bevor man dann in disziplinäre Dinge übergeht. Dazu hatte, glaube ich, auch Minister Jung mal Stellung genommen.

Henning Otte (CDU/CSU): Es ist also nicht so, dass nach der Wehrdisziplinarordnung parallel ein Verfahren, sozusagen ein internes Verfahren, hätte eröffnet werden müssen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich bin jetzt in den Einzelheiten der Disziplinarordnung nicht so bewandt, -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Das ist - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: - aber das übliche Verfahren ist so: Wenn disziplinar eröffnet wird und parallel dazu die Staatsanwaltschaft tätig ist, dann wird das Disziplinarverfahren zum Ruhen gebracht. Man verfolgt dann den disziplinarischen Weg nicht weiter, sondern wartet die strafgerichtliche, also die Strafuntersuchung, ab, weil natürlich dort andere Methoden, andere Möglichkeiten bestehen. Ich hoffe, Herr Birkenheier, Sie müssen mich nicht korrigieren.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Otte, Herr Dr. Wichert ist, glaube ich, kein Sachverständiger. Sie müssen nach Tatbeständen fragen und nicht die Fragen für Sachverständige stellen.

Henning Otte (CDU/CSU): Sehr gerne. Es gab ja den Verdacht, die Vermutung, dass es nicht auszuschließen ist, dass auch zivile Opfer zu beklagen sind. Hätte da nicht formell ein Ermittlungsverfahren nach der

Wehrdisziplinarordnung eröffnet werden müssen, auch wenn man sagt: „Nach Eröffnung stellen wir fest: Es ist ja bei der Staatsanwaltschaft, und deswegen kann es jetzt ruhen“?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, ich glaube nicht, dass ein Zwang besteht, aber ich müsste ins Gesetz gucken.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Dr. Wichert - - Das sind wieder Mutmaßungen, Herr Kollege Otte.

Henning Otte (CDU/CSU): Hätte Ihrer Meinung nach bei der Vermutung von zivilen Opfern ein Ermittlungsverfahren nach der Wehrdisziplinarordnung eröffnet werden müssen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, ich glaube das nicht, aber ich bin jetzt wirklich überfragt. Ich müsste ins Gesetz gucken. Ich habe das nicht präsent. Das ist nicht - - Dafür haben wir eine Rechtsabteilung und eine Personalabteilung, die sich um Disziplinarsachen kümmert, und bevor ich hier -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sie müssen auch keine Antwort darauf geben, Herr Dr. Wichert.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - fragwürdige Auskünfte gebe, möchte ich da um Verständnis bitten.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sie müssen auch keine Antwort auf diese Fragen geben.

Michael Brand (CDU/CSU): Herr Dr. Wichert, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie gerade auf die Frage von der Kollegin Malczak in Bezug auf den Feldjäger sinngemäß gesagt haben: „Da war zwar ein Feldjäger vor Ort, es gab da auch irgendwie Fotos; aber dass da ein Bericht angefertigt wird, das ist nicht selbstverständlich“?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe gesagt, es entspricht der Wahrscheinlichkeit und durchaus der Möglichkeit, dass dort - - oder der Wahrscheinlichkeit, muss ich sagen, dass natürlich auch Feldjäger sich dort um solche Sachen kümmern, dass also Feldjäger vor Ort waren. Aber dass die einen

Bericht anfertigen, den ich dann, wie gesagt, am 25.11. vorgelegt bekommen habe, das wusste ich nicht.

Michael Brand (CDU/CSU): Was mich etwas hellhörig macht, ist, dass Sie eben gesagt haben, oder in der ganzen Aussage: Feldjägerbericht, also, dass die da Untersuchungen genommen haben, weiß ich nicht; selbst wenn, es ist alles gar nicht so entscheidend; wir haben ja unsere Anstrengungen unternommen; wir haben sogar das Briefing Team dort hingeschickt. - Jetzt frage ich Sie: Ist meine Information richtig, dass das Briefing Team erst eingesetzt worden ist, nachdem der COMISAF-Bericht, also deutlich später, veröffentlicht worden ist? Ist das richtig?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das ist richtig. Nur auf der Basis des COMISAF-Berichts hatten wir ja gesicherte Erkenntnisse, wo möglicherweise Fehler passiert sind. Der COMISAF-Bericht hat ja auf Ausbildungsmängel - Minister zu Guttenberg hat darauf hingewiesen - Verfahrensfehler usw. - - Das war Basis für das Briefing Team.

Michael Brand (CDU/CSU): Wie kommt es dann, dass Sie bereits am 8. September in einer öffentlichen presseverwertbaren Stellungnahme von einem doch ganz interessanten Duktus berichten über die Vorgänge in Kunduz, nämlich über die Frage von getöteten Zivilpersonen. Dort heißt es in dieser öffentlichen Stellungnahme: „lediglich ... hohen Wahrscheinlichkeit“. Können Sie mir das definieren: „lediglich hohe Wahrscheinlichkeit“?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Woraus zitieren Sie, bitte?

Michael Brand (CDU/CSU): Aus der presseverwertbaren Stellungnahme vom 8. September. Dort verwenden Sie das Begriffspaar „lediglich hohe Wahrscheinlichkeit“.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Von zivilen Opfern?

Michael Brand (CDU/CSU): Richtig. Ich kann es Ihnen auch komplett vorlesen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, das war die Presse - -

Michael Brand (CDU/CSU): Ich lese es Ihnen vielleicht gerade komplett vor, damit man weiß, um was es geht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, gerne.

Michael Brand (CDU/CSU):

Die bisher bekannten internen Untersuchungen der NATO sprechen lediglich von einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass es verletzte oder getötete Zivilpersonen gab.

Zeuge Dr. Peter Wichert: War genau der Sachstand: „High degree of certainty“ hieß es in dem Bericht der NATO. Das hat der Generalinspekteur - - Sie lesen aus der Sprechempfehlung des Generalinspekteurs vor, die ich gebilligt habe, das ist so - - Der greift genau diese Wortwahl auf, die auch die NATO verwendet hat. Das war der damalige Sachstand: „high degree of certainty“.

Michael Brand (CDU/CSU): Ich habe das jetzt in Verbindung gesetzt mit dem Briefing Team bzw. mit dem COMISAF-Bericht, der ja wesentlich später gekommen ist, weil Sie sagten: Wir hatten ja gar keine näheren Hinweise, dass es möglicherweise mit einer hohen Wahrscheinlichkeit, wie Sie ja selbst schon am 8. September schreiben, zivile Opfer gegeben hat.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aber ich kann doch kein Briefing Team in die Welt schicken mit der Aussage: „Es gab zivile Opfer“, sondern ich muss doch wissen: Wo waren Fehler in den Verfahren? Wo waren Mängel in den Verfahren? Wo ist was schiefgelaufen? Dann kann ein Briefing Team entsandt werden, um derartige Mängel abzustellen, nachzuschulen, einzuweisen und genau zu sagen, wie die Directive des COMISAF umgesetzt werden soll.

Michael Brand (CDU/CSU): Das ist aber nicht meine, das war nicht meine - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: So läuft doch der - -

Michael Brand (CDU/CSU): Das war nicht mein Punkt. Mein Punkt war nicht, dass das der Anlass war, das Briefing Team zu entsenden, sondern Ihre Bemerkung: Wir haben ja da noch irgendwie gar keinen Ein-

druck gehabt, dass es möglicherweise zivile Opfer gegeben hat. - Es gab ja eine ganze Reihe von nicht nur - - Das, was ich eben geschildert habe mit dem 8. September, das, was Sie dort formuliert haben mit einer interessanten Formulierung: „lediglich hohe Wahrscheinlichkeit“ - - Es gab ja auch die Aussage von Oberst Klein, die Sie bekommen haben, McChrystal, NATO-Pressemitteilungen, Feldjäger - haben Sie gesagt, haben Sie nicht bekommen -, aber es gab ja eine Reihe von anderen Dokumenten, die klar diesen Hinweis gegeben haben.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Hinweise auf die Möglichkeit ziviler Opfer gegeben haben. Richtig, das habe ich auch dargestellt. Nur, ich habe noch mal gesagt: Die Entscheidung, ein Briefing Team zu entsenden, die muss doch auf der Basis von Fakten geschehen. Nur, dass es - in Anführungsstrichen: nur - zivile Opfer gab, ist doch kein Fakt, um ein Briefing Team loszuschicken, sondern ich muss doch wissen: Wo stellt die NATO fest: Ist in den Verfahrensabläufen, in den Entscheidungsgängen, in der Auslegung des Regelwerkes - ihres Regelwerkes - - wo gibt es da Mängel? Das hatten wir erst auf der Basis des COMISAF-Berichts. Dann habe ich das Briefing Team in Marsch gesetzt. So arbeitet man doch.

Michael Brand (CDU/CSU): Die NATO war wesentlich schneller. Aber sei es drum. Wir können an der Stelle wieder nicht im öffentlichen Teil darüber sprechen, weil es Vorhaltungen geben wird, die eine andere Version stützen.

Ich würde gerne zurückkommen auf Ihre Aussage, was den Nachmittag des 25. November angeht. Sie hatten vorhin in Ihrer Aussage gesagt, dass bei dem Gespräch am 25. November um 14.20 Uhr vier Personen im Raum waren. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: So ist meine Erinnerung.

Michael Brand (CDU/CSU): Sie können ausschließen, dass es eine fünfte Person gegeben hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe gesagt: So ist meine Erinnerung. Ausschließen ist zu weit gegriffen; aber so ist meine recht

präzise Erinnerung. Es waren vier um den Tisch. Neben mir saß links General Schneiderhan, rechts von mir saß Frau Bastek und dann im weiteren Verlauf rechts der Minister. An dem Tisch war nach meiner Erinnerung keine fünfte Person. So ist mein Erinnerungsbild.

Michael Brand (CDU/CSU): Das heißt, Sie können nicht ausschließen, dass es eine fünfte Person gegeben hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich kann nicht mal ausschließen, Herr Abgeordneter, dass hier ein nordkoreanischer Spion im Raum sitzt.

(Heiterkeit)

Michael Brand (CDU/CSU): Das hat einen berechtigten Hintergrund. Aber wie gesagt, das ist halt das Problem von einer öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung. Auch das wird dann zu späterem Zeitpunkt heute noch behandelt werden. Das, was Sie eben gesagt haben über mögliche Opfer - auch was die Unterrichtung des Parlamentes anging -, und Ihre Aussage, es hätte keine konkreten Hinweise auf zivile Opfer gegeben: Wann haben Sie von dem Karzai-Bericht erfahren, der ja konkrete Zahlen nennt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es gibt ja zwei Berichte an Karzai. Der erste Bericht - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Bitte keine Inhalte zu den Berichten.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Die Karzai-Berichte sind auch eingestuft?

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Sind eingestuft.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Okay. Dann nur formal. - Es gab zwei Berichte an Karzai. Den ersten Bericht hatte ich erwähnt in meinem Eingangsstatement, der war sehr schnell nach dem 04.09. erstellt worden durch den Gouverneur von Kunduz und andere Offizielle. Dann gab es eine tiefergehende Untersuchung, da waren verschiedene Zahlen genannt von Kämpfern und von zivilen Opfern. Das war eine tiefergehende Untersuchung, die lief irgendwann später, im Oktober, meine ich, eher als im September.

Michael Brand (CDU/CSU): Ist das Parlament über diesen Bericht informiert worden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Müsste ich noch mal nachprüfen, aber ich kann mir gut vorstellen, dass das im Laufe der Obleuteunterrichtung in den Sitzungen geschehen ist. Kann ich jetzt aber nicht bestätigen.

Michael Brand (CDU/CSU): Wir haben ja vor Ihnen den Generalinspekteur Schneiderhan gehört - den ehemaligen - und der - - Es war eine öffentliche Sitzung, deswegen will ich aus der Befragung was sagen, nämlich: Ich habe ihn gefragt, ob ich es richtig verstanden habe, dass Sie, Staatssekretär Wichert, und der Generalinspekteur entschieden haben, die Untersuchung der Feldjäger einzustellen, und dies dem Verteidigungsminister Jung empfohlen haben. Daraufhin hat der Generalinspekteur a. D. geantwortet, dass Sie beide entschieden haben, dass diese Untersuchung gestoppt werden soll, dass Sie das dem Minister empfohlen haben. Jetzt frage ich Sie: Wenn Sie diese Untersuchung gar nicht kennen, wie wollen Sie die eingestellt haben?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Herr Abgeordneter, ich habe gesagt, dass es im Ministerium eine Diskussion gab: Machen wir eine eigene Untersuchung oder nicht? Das habe ich gesagt. Mein Votum, *mein* Votum war: Das machen wir nicht. - Ich war jetzt bei der Vernehmung des Generalinspektors natürlich nicht da.

(Michael Groschek (SPD): Man merkt, dass Herr Kauder fehlt!)

Ich kann mich nicht entsinnen, Herr Abgeordneter, dass bei meinem Votum, keine eigene Untersuchung zu machen, ein laufender Feldjäger-Untersuchungsbericht bereits zur Sprache kam. Daran kann ich mich nicht entsinnen. Aber ich stand und stehe auch heute dazu, dass ein eigener Untersuchungsbericht parallel zu den Untersuchungen der NATO keinen Sinn gemacht hätte. Das war mein Votum. Dem ist dann ja auch Minister Jung gefolgt.

Michael Brand (CDU/CSU): Das heißt, eine Aussage, dass Sie beteiligt gewesen sind, dass diese Untersuchung gestoppt worden ist - deswegen habe ich sie formuliert; sie ist im öffentlichen Raum vorhin hier

thematisiert worden von mir -, die ist nicht richtig? Weil das einen Widerspruch zwischen den beiden Aussagen ergibt.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ist nach meiner Erinnerung nicht richtig, dass ich eine laufende Untersuchung der Feldjäger gestoppt habe.

Michael Brand (CDU/CSU): Das ist eine klare Aussage.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe Überlegungen widersprochen, eine eigene Untersuchung zu machen.

Michael Brand (CDU/CSU): Das ist eine klare Aussage. - Danke schön.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das ist richtig.

Michael Brand (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Nichts mehr? - Dann gebe ich der SPD-Fraktion das Wort.

Lars Klingbeil (SPD): Herr Dr. Wichert, ich will noch mal auf die Pressekonferenz am 6. November zurückkommen. Sie haben vorhin, wenn ich es richtig mitbekommen habe, gesagt: Es hat morgens ein kurzes Vier-Augen-Gespräch gegeben zwischen Ihnen und dem Minister. Ist das - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, so war es nicht, Herr Abgeordneter. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nicht von einem Vier-Augen-Gespräch gesprochen, sondern ich habe gesagt - Moment -:

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ich hatte gesagt: Ich hatte einmal Gelegenheit, mit dem Minister über den ISAF-Bericht zu sprechen - ich meine, dies war am Morgen des 06.11., also dem Tag, den Sie gerade erwähnt haben -, bevor der Minister zusammen mit dem Stellvertretenden Generalinspekteur Dora - der Generalinspekteur war auf Dienstreise - die Fraktionsvorsitzenden unterrichtete. Anwesend bei dieser Besprechung mit dem Minister war aber nicht General Dora, wohl aber nach meiner Erinnerung der Leiter Einsatzführungsstab und der Leiter Planungsstab. Ich bin sicher, da

waren auch noch - ergänze ich jetzt - weitere Personen; also bestimmt sein Pressesprecher oder seine Büroleiterin oder so. Aber das waren die maßgeblichen Fachleute dort: Leiter Einsatzführungsstab und Leiter Planungsstab.

Lars Klingbeil (SPD): Okay, das reicht mir schon als Information. Vielen Dank.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Gut.

Lars Klingbeil (SPD): Wenn Sie sich an dieses Gespräch zurückerinnern: War das eine Diskussion mit dem Minister, oder wurde er unterrichtet? Konnte er in der Debatte auch einzelne Textstellen aus dem ISAF-Bericht eigenständig zitieren? Hatte man den Eindruck, dass er ihn gelesen hat, oder war es eine Unterrichtung des Ministers?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wie ich sagte: Es war eine relativ kurze Besprechung. Ich hatte dann angesetzt, vorzutragen, was ich in dieser Besprechung gesagt habe unter Bezugnahme auf den COMISAF-Bericht, und wurde dann zu Recht belehrt, dass ich dies nur in geschlossener Sitzung sagen dürfe. Die Besprechung selbst war relativ kurz. Nach meiner Erinnerung stellte der Minister keine großen Rückfragen.

Lars Klingbeil (SPD): Das heißt, es war für Sie nicht ersichtlich, dass er den ISAF-Bericht gelesen hatte? Aus dieser Besprechung?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Doch, doch. Ich bin davon ausgegangen; denn er hat - - Sehen Sie, am 06.11. war diese Besprechung. Wir hatten ihm die Auswertung des COMISAF-Berichts, meine ich, am 03.11. - hatte ich gesagt - vorgelegt. Da hatte er natürlich auch den Bericht selbst.

Lars Klingbeil (SPD): Herr Dr. Wichert, meine Frage ist nicht, ob Sie ihn vorbereitet haben, sondern ob erkenntlich war, dass er den Bericht zu diesem Zeitpunkt gelesen hatte, ob das aus dem Gesprächsverlauf deutlich geworden ist.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich meine schon; denn er hat ja in seinem Pressestatement, Herr Abgeordneter, - ich habe das

ja vorhin gesagt - gesagt: Ich habe die Fraktionen unterrichtet über den Bericht des COMISAF über die Luftschläge am 4. September dieses Jahres. So sein Presstext. Dann nimmt er ja auch Stellung zu den verschiedenen Inhalten des COMISAF-Berichts. Die kann er haben aus der guten, vollständigen Zusammenfassung dieses Acht-Seiten-Papiers.

Lars Klingbeil (SPD): Ich frage noch mal anders - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aber ich gehe davon aus, dass der Minister, wie er arbeitet - denn er will ja Akten haben -, dass er diesen Bericht auch gelesen hat.

Lars Klingbeil (SPD): Klare Ja-Nein-Antwort: Hat der Minister gegenüber Ihnen geäußert, dass er den Bericht gelesen hat? Ja oder Nein?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe aus dem ganzen Ablauf, auch als ich zitierte, den Eindruck gewonnen, er hatte den Bericht jedenfalls vorliegen. Ob er ihn von A bis Z gelesen hat, Herr Abgeordneter, so definitiv hat er sich da nicht geäußert. Das muss ich schon sagen.

Lars Klingbeil (SPD): Gut. - Wenn wir bei dieser achtseitigen Zusammenfassung sind, haben Sie vorhin - wenn ich mich richtig entsinne - gesagt, Sie haben mitbekommen: Es gab weitere vorbereitende Papiere auf die Pressekonferenz neben diesem achtseitigen Bericht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der Presstext selbst muss ja erstellt worden sein. Das heißt, es gab - -

Lars Klingbeil (SPD): Genau das ist meine Frage.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der Ablauf des Pressestatements ist ja so, dass der Minister ein einführendes Statement machte und sich dann eine Fragerunde anschloss. Aus den ganzen Texten dieses einführenden Statements entnehme ich, dass er sich an einer schriftlichen Aufzeichnung orientiert hat und dort nicht freihändig formuliert hat.

Lars Klingbeil (SPD): Das heißt, die Formulierung, dass der Luftschlag auch hätte erfolgen müssen, war nicht spontan, sondern war schriftlich angefertigt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Davon gehe ich aus. Ob ich das -- Ich sagte: Ich weiß nicht, woher die Formulierung kommt. Ich weiß nicht, wer sie geliefert hat. Meine Rückfrage im Planungsstab ergab Fehl-anzeige. Ich bin ziemlich sicher, dass eine solche Formulierung auch nicht über meinen Tisch jemals gelaufen ist. Wie sie in das Pressestatement des Ministers gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Das kann Ihnen eigentlich nur er oder sein Pressesprecher beantworten. Ich weiß es nicht.

Lars Klingbeil (SPD): Sie haben dann gesagt, dass diese gewählte Formulierung des Ministers in der Truppe ja sehr gut ankam: dass der Luftschlag hätte erfolgen müssen. Sie haben vorhin gesagt, dass das natürlich bei den Militärs und bei den Soldaten sehr gut ankam. War diese Zufriedenheit darüber, dass diese Äußerung so gut ankam, danach auch noch mal Thema im Ministerium? Haben Sie das mitbekommen, dass das vielleicht sogar das Ziel dieser Äußerung war?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, so weit würde ich nicht gehen. Aber ich meine, es ist schon auch in der Öffentlichkeit, ja, bis ins Parlament hinein, in den Bundeswehrverband hinein begrüßt worden, dass Minister zu Guttenberg erstens von kriegsähnlichen Zuständen sprach, also dieses Tabu Krieg irgendwie auflockerte. Das wurde positiv bewertet. Ebenso war natürlich das Pressestatement klar: Er stellt sich vor Oberst Klein und seine Soldaten. Das war mein Gefühl: Im Ministerium ist das gut angekommen.

Lars Klingbeil (SPD): Dann springe ich jetzt ein bisschen und komme zu dem Gespräch um 17.35 Uhr, das am 26. November stattgefunden hat. Sie haben vorhin so ein bisschen salopp gesagt: Die mitgebrachten Unterlagen interessierten dann nicht mehr, als Sie zu dem zweiten Gespräch an dem Tag kamen. Trotzdem interessiert mich: Diese Unterlagen sind ja, so habe ich das jetzt zumindest rausgehört, doch ein Stück weit auch der Grund dafür, warum Sie entlassen wurden, dass diese Unterlagen vorher nicht da waren. Jetzt sagen Sie: Die mitge-

fürten Unterlagen interessierten dann nicht mehr. Was ist mit denen passiert? Das war ja der zentrale Bericht. Das war ja der Bericht -- so haben Sie es gerade auch gesagt --, weswegen beim ersten Gespräch eine gewisse Nervosität beim Minister vorherrschte, weil man wusste: Am nächsten Tag kommt was in der *Bild*. Was ist mit den Unterlagen passiert?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das Ministerium hatte im Anschluss an die erste Besprechung, als der Minister den Auftrag gab: „Stellt mir jetzt alle Unterlagen zusammen“, die hintereinandergeheftet in einen Leitz-Ordner. Ich habe meine Unterlagen -- Der Generalinspekteur hatte eine Ausgabe davon, und ich hatte eine Ausgabe davon bekommen. Und als -- Wie gesagt, ich ging mit den Unterlagen unter dem Arm da hoch, dann gab es dieses Vier-Augen-Gespräch, da spielten die Unterlagen keine Rolle. Die habe ich wieder mitgenommen.

Lars Klingbeil (SPD): Die haben Sie wieder mitgenommen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja.

Lars Klingbeil (SPD): Obwohl der Bericht so zentral war.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der war nicht Gegenstand des Gesprächs. Und ich lege nicht im Ministerbüro Akten ab.

(Heiterkeit)

Lars Klingbeil (SPD): Vorletzte Frage. Bei dem zweiten Gespräch, wurde da deutlich, dass Ihre Entlassung beim ersten Gespräch um 14.20 Uhr schon feststand? Ist da irgendwie drüber geredet worden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, den Eindruck hatte ich nicht.

Lars Klingbeil (SPD): Das heißt --

Zeuge Dr. Peter Wichert: Der Minister wirkte gereizt, wegen dieses -- wegen seiner Nicht-Information. Er war nervös, ein bisschen. Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass da schon eine Entscheidung oder gar Vorentscheidung gefallen war.

Lars Klingbeil (SPD): Gut. - Letzte Frage von mir, dann gebe ich noch mal ab an die Kollegen von der Fraktion. Sie haben in dem Eingangsstatement gesagt, dass der Minister bei der Entlassung ja auch zugesichert hat, künftig Ihren Rat weiterhin zu suchen. Wie oft ist das passiert?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Na ja, Herr Abgeordneter, das darf man nicht auf die Goldwaage legen. Ich meine, das sind - - Das war wirklich ein vernünftiges Gespräch, der Inhalt wenig erfreulich für mich, klar, aber das war durchaus in vernünftigen Bahnen. Wenn er dann solcherart tröstende Worte findet, das würde ich nicht auf die Goldwaage legen. Ich warte auch nicht auf seinen Anruf.

Lars Klingbeil (SPD): Das ist bisher nicht passiert?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, natürlich nicht. Wäre ja ganz ungewöhnlich, wenn er in dieser Situation nun auf mich zukäme und sagt, was ich von dieser oder jenen Sache halte. Ich meine - - Da wäre ich überrascht.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Wichert, Sie haben eingangs ausgeführt, dass Sie nach Ihrer Unterrichtung des Kanzleramtes am 07.09. irritiert gewesen seien wegen einer nachfolgend unpräzisen und fehlinterpretierenden Unterrichtung der Bundesregierung im Rahmen einer Fragestellung im Bundestag. Könnten Sie das noch einmal präzisieren?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es gab wohl eine Fragestellung: Wie wurde das Kanzleramt unterrichtet? Ich habe jetzt den Wortlaut nicht da. Dann wurde ganz präzise nur gesagt: Wann war der Bericht im Ministerium? Ich hatte ausgeführt: am 06.09. abends. Und: Wann ging er ins Kanzleramt? Das war auf Anforderung am 10. Was nicht gesagt wurde - was ich gesagt hätte, wenn ich geantwortet hätte - war, dass der Inhalt des Berichts natürlich am 07.09. im Kanzleramt war, auf der Basis meines schriftlichen Berichts. Das hätte ich schon hinzugefügt, wenn ich geantwortet hätte. So ist ja der Eindruck entstanden, als hätten die Leute im Verteidigungsministerium das Kanzleramt vier Tage lang unwissend gehalten. Das verstehe ich

unter, ja, meiner kritischen Anmerkung, Herr Abgeordneter.

Michael Groschek (SPD): Herr Dr. Wichert, wer hat denn an Ihrer Stelle geantwortet?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es ist ja üblich, dass ein Parlamentarischer Staatssekretär antwortet. Ich glaube, es war in diesem Fall Herr Staatssekretär Schmidt. Ich bin mir aber nicht sicher; müssten Sie im Protokoll noch mal nachsehen.

Michael Groschek (SPD): Sie haben nach dieser sehr lückenhaften Unterrichtung - aus Ihrer Sicht - nicht mit dem Parlamentarischen Staatssekretär über sein lückenhaftes Verhalten in der Berichterstattung gesprochen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich war da schon in Pension. Ich habe das in der Zeitung gelesen und habe die Protokolle dann aus dem Internet oder wo rausgeholt und hatte keine Veranlassung, da noch zu intervenieren.

Michael Groschek (SPD): Ich habe jetzt noch eine andere Frage zu einem anderen Sachverhalt, der gerade schief dargestellt wurde, was die Interpretation der vorangegangenen Aussage des vor Ihnen gehörten Zeugen angeht. Ich fände hilfreich, wenn Sie noch mal den Unterschied erklären würden zwischen einer nationalen Untersuchung, die Sie für selbstverständlich im nationalen Interesse jedweden NATO-Partners oder Bündnispartners bei einem vergleichbaren Vorgang halten, und dem alltäglichen Berichtswesen der Feldjäger, weil ja gerade der Eindruck hätte entstehen können, der Feldjägerbericht sei eine nationale Untersuchung, was er ja mitnichten ist. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, den Unterschied noch mal präzisierend zu hören.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das kann ich gerne machen, Herr Abgeordneter. Wenn ich eine nationale Untersuchung in Auftrag gegeben hätte, dann wäre der Auftrag mit Sicherheit nicht bei den Feldjägern gelandet, sondern der wäre beim Einsatzführungsstab des Ministeriums gelandet, dort, wo die Gesamtschau ist. Unter Minister Dr. Jung ist ja dieser Einsatzführungsstab geschaffen wor-

den, in dem wir erstmals im Ministerium die zivilen und militärischen Komponenten in einem Stab direkt unterhalb des Generalinspektors gebündelt haben für die Einsatzführung, weil eben der militärische Anteil eines solchen Einsatzes nur ein - wenn auch bedeutender - Anteil ist. Hier haben wir eben die Rechtsabteilung drin gehabt. Hier haben wir die Liegenschaftsabteilung mit ihrer ganzen Infrastruktur gehabt. Hier haben wir die Personalabteilung wegen der personellen Planung und haben Einsatzteams gebildet im Einsatzführungsstab. Dann hätten wir einen solchen Untersuchungsbericht natürlich unter Mandatsgesichtspunkten, unter juristischen Gesichtspunkten, unter Ausbildungsgesichtspunkten - - Da wäre also der FÜ S I mit eingebunden worden. Da hätten wir nicht die Feldjäger beauftragt.

Die Feldjäger können doch nur einen ganz kleinen Teil abdecken. Ich sagte vorhin ja schon: Dass die Feldjäger bei einem solchen Zwischenfall vor Ort sind in angemessener Zeit, das ist Handwerk, das ist selbstverständlich. Immer, wenn wir Zwischenfälle haben, wenn auf Patrouillen geschossen wird, wenn wir afghanische Bürger verletzen oder gefährden, Verkehrsunfall, ist das Sache der Feldjäger. So ist es nur selbstverständlich, dass auch bei diesem Vorfall die Feldjäger vor Ort waren. Alles andere wäre also contra legem artis gewesen.

Michael Groschek (SPD): Eine Nachfrage noch mal dazu, weil die Bundeskanzlerin ja im Bundestag angekündigt hat, eine lückenlose Aufklärung zu gewährleisten, zu garantieren: Ist jemals nach dieser Rede der Bundeskanzlerin im Bundestag aus dem Bundeskanzleramt nach Ihrer Kenntnis eine Anfrage an Sie oder einen anderen Verantwortlichen des Verteidigungsministeriums gerichtet worden mit der Aufforderung oder Nachfrage, was denn eine solche gesonderte Aufklärung macht?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, die gab es nicht. Die halte ich aber auch für gar nicht erforderlich, Herr Abgeordneter; denn der ISAF-Bericht ist die Aufklärung, die umfassende. Wenn Sie ihn gelesen haben - ich nehme an, Sie haben ihn gelesen - - Das ist schon eine beachtliche Leistung, innerhalb von - wurde eingesetzt am 9. oder 10. September und wurde Ende Oktober vorgelegt - anderthalb Monaten einen so wirklich umfas-

senden, tief schürfenden Bericht - - Da kann ich nur sagen: Hut ab! Der ist gut.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt kriegt das Wort die FDP-Fraktion.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. - Herr Dr. Wichert, Sie haben ja eben noch mal den Einsatzführungsstab erwähnt, und Sie hatten vorhin ja erwähnt, dass es dort auch Verbindungsbeamte gab.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Dass es was?

Hellmut Königshaus (FDP): Verbindungsbeamte gab aus befreundeten Ministerien, also BMZ, AA, BMI, auch aus dem Bundeskanzleramt. Das heißt, der Einsatzführungsstab war die Stelle, wo alle Informationen zusammenliefen.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Wobei ich, Herr Abgeordneter, eine Korrektur anbringen muss: Einen Verbindungsbeamten des Kanzleramtes hat es nicht gegeben.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay, dann streichen wir den, gut.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja. Und die Posten waren auch nicht immer 365 Tage im Jahr besetzt. Aber organisatorisch war das so, und die Kollegen haben sich immer große Mühe gegeben, das fachkundig und gut zu besetzen.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, ja, da habe ich keinen Zweifel. Das heißt aber eben, wenn Sie an dieser Stelle, an der alle Informationsstränge zusammenliefen, Verbindungsbeamte hatten, auch, dass diese Ministerien im Prinzip auch alle Informationen, die aus den Einsatzgebieten kamen, sehen konnten und ihnen zugänglich waren.

Zeuge Dr. Peter Wichert: So war die Geschäftsgrundlage, wobei ich nicht sagen will, Herr Abgeordneter, dass das in jedem Einzelfall auch so stattgefunden hat.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, nein.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das war die Geschäftsgrundlage; das war Sinn der Veranstaltung, -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, ja, klar.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - dass jeder auf Ballhöhe ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Klar. Wir unterhalten uns ja auch jetzt darüber, was der Minister hätte wissen können, und nicht darüber, was er tatsächlich wusste, also klar. Aber jedenfalls: Die waren im Einsatzführungsstab durch Verbindungsbeamte dort, wo alle Informationen zusammenliefen, vertreten.

Nun stellt sich ja die Frage - und da würde ich Sie schon bitten, dass Sie uns mal sagen, wie das dazu gekommen ist -, warum es unter diesen Umständen zu diesen scharfen Demarchen des Auswärtigen Amtes damals kam. Sie erinnern sich ja, dort hatten ja der französische Außenminister, ich glaube, Schweden auch, der NATO-Generalsekretär und andere, McChrystal auch, sehr heftige Kritik geübt, und dann ging es ja dem Auswärtigen Amt zunächst mal auch darum, in Form einer scharfen Demarche diese Angriffe zurückzuweisen. Wie kam es dazu, wer hat eigentlich die Veranlassung gegeben? Hat das BMVg, Sie möglicherweise oder der Minister, darum gebeten, oder war das eine Eigeninitiative des Amtes?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich kann mich nicht entsinnen, dass es nötig war, von meiner Seite da eine Initiative zu ergreifen; denn die Angriffe, die dort gefahren wurden, wurden durch den jeweils Zuständigen bearbeitet, nicht? Der Generalinspekteur hat den McChrystal öffentlich angegriffen.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich glaube, Minister Dr. Jung hat auch telefoniert in der Sache, ohne dass ich genau wüsste, mit wem. Aber ich meine, er hat auch mit McChrystal gesprochen. Ich weiß nicht, ob er mit dem NATO-Generalsekretär gesprochen hat oder mit Gates; ich weiß es nicht mehr. Und der Außenminister hat seinen französischen Kollegen ja auch zur Rede gestellt.

Hellmut Königshaus (FDP): Das waren ja förmliche Demarchen, das ist ja mehr als ein Gespräch.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Und die Bot-schaften wurden, glaube ich, angewiesen -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, eben.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - so war es wohl -, zu demarchieren, wenn es zu ähnlich verantwortungslosen Äußerungen käme. Ich habe dazu keinen Anstoß gegeben. Das war auch nicht nötig; es ist ja sehr schnell auch durchs Auswärtige Amt passiert.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, und auf welcher Kenntnisgrundlage eigentlich? Denn als die Demarchen liefen, waren ja genau alle diese Informationen, die auch bei Ihnen zu Zweifeln geführt hatten, ja vorhanden, entweder über den Einsatzführungsstab, durch die Verbindungsbeamten, oder eben - - Sie erwähnten eben ja noch andere Informationskanäle; darauf können wir vielleicht noch kommen, wenn die Zeit dazu reicht. Das heißt also, auf welcher Entscheidungsgrundlage wurde Ihres Wissens zu diesem Zeitpunkt so scharf demarchiert?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, nach meiner Erinnerung, Herr Abgeordneter, wurde ja nicht dagegen demarchiert, dass ausländische Politiker und ausländische Stellen zivile Opfer beklagten oder mögliche zivile Opfer, sondern es ging ja weiter. Es wurden ja Vorwürfe gegen die Operationsführung der Bundeswehr erhoben. Das artete ja zum Teil - so entsinne ich mich - in Vorverurteilungen aus, dass gesagt wurde: Wie konnten die Deutschen da so einen Angriff fahren? Das haben wir, jedenfalls im BMVg und offenbar auch meine Kollegen im Auswärtigen Amt, als unangemessene Vorverurteilung verstanden, der man doch entgegenzutreten muss. Ich bin dankbar, dass das gemacht wurde.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber Sie haben uns doch eben gerade berichtet, dass es ja eine NATO-geführte Operation war und die deutschen Stellen mit der rein operativen Angelegenheit nichts zu tun hatten. Das heißt, die Angriffe können ja eigentlich nicht gegen die Führung gerichtet gewesen sein, sondern nur gegen die aktiv Arbeitenden dort vor Ort.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, nein, die ausländische Presse und einige ausländi-

sche Politiker griffen ja nicht die NATO an, sondern die -

Hellmut Königshaus (FDP): Die ausländische Presse - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: - sondern die bezichtigten die Bundeswehr. Das war Grundlage für unsere Intervention.

Hellmut Königshaus (FDP): Die auswärtige Presse kommentieren wir ja nicht durch Demarchen bei der Regierung.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, aber vieles ist natürlich getriggert, und die Demarchen betrafen - -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, auch.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Die Demarchen richteten sich in der Tat an die Botschaften, um öffentliche Äußerungen zu verhindern, die in eine Vorverurteilung der Bundeswehr - - Nicht Bedauern über zivile Opfer; das hat der NATO-Generalsekretär - ich sagte es vorhin - schon am 04.09. gesagt, dass es möglicherweise zivile Opfer gebe, und dagegen kann man natürlich nicht demarchieren. Aber wenn da Untertöne mit verbunden sind, wie es zum Teil ja geschehen war, dass die Deutschen hier verantwortungslos gehandelt hatten, dann finde ich es in hohem Maße angemessen, dass man demarchiert. Das hat ja das Auswärtige Amt auch in großer Klarheit getan.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie finden die Demarchen auch in dieser Form heute noch angemessen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Aber ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay, gut, dann habe ich erst mal keine Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Dann gebe ich das Wort der Fraktion Die Linke.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Danke. - Herr Dr. Wichert, Sie haben darauf abgehoben, was die Informationspolitik der damaligen Bundesregierung anbetrifft, auch nicht zuletzt auf die Unterrichtung der Obleute. Ich möchte jetzt noch mal auf die

Obleuteunterrichtung am 11.09. zu sprechen kommen. Es war in diesen Wochen, eine Woche direkt nach dem - - Auf welche Informations- und Erkenntnisquellen - die würden ja Sie nicht einzeln klassifizieren, qualifizieren, wie auch immer - - Auf welche Informations- und Erkenntnisquellen hat man sich Ihrer Erinnerung nach bezogen bei diesem Briefing, bei dieser Unterrichtung?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, am 11.09. war ja vorangegangen die Unterrichtung am 07., 04., 05., 07.09., und dann am 11. hatte der Minister gesagt: Ruft mir die Obleute noch mal zusammen. Und da war Gegenstand der Bericht des Initial Action Teams. Das war der Schwerpunkt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Denn Sie, Herr Abgeordneter, hatten gesagt: Ich will den Bericht haben. - Das haben wir nicht gemacht. Aber der Minister hat gesagt: „Dann unterrichte ich die Obleute persönlich“, und dann wurde diese Einladung ausgesprochen. Dazu gab es auch eine Sprechunterlage, die ich kenne - die habe ich auch noch mal eingesehen, meine ich, jetzt vergangene Woche im Ministerium -, wo der Generalinspekteur vorgetragen hat über den wesentlichen Inhalt. Da wurde von vielen Abgeordneten - ich glaube, auch von Ihnen, Herr Abgeordneter - das Thema Einsatzregeln problematisiert, weil das damals auch parallel in der Presse eine große Rolle spielte; denn damals wurde schon gesagt, dass Oberst Klein Verfahrensfehler begangen habe in der Frage, welche RoEs er seiner Anforderung zugrunde gelegt habe.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Also, Sie sind nach Ihrer Erinnerung jetzt auch der Meinung, dass alle wesentlichen Inhalte - so haben Sie es eben auch ausgedrückt - dieses IAT-Berichts dort diesem Gremium vorgetragen wurden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich meine schon. Der Sprechzettel des Generalinspektors - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Warden auch andere Informationsquellen herangezogen, die man zusammenträgt, um die

Obleute zu unterrichten, sagen wir: elektronische Aufklärung oder so?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein. Wir haben bei einer Obleuteunterrichtung Luftbilder gezeigt von den Drohnen, die anschließend da drübergegangen sind, und die steckengebliebenen Lastwagen - - Also, wir haben die Informationen, die wir hatten, da ausgeteilt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Sie haben gesagt auch gerade in selbiger Unter- richtung - - Ich kann jetzt den Vorhalt nicht machen. Das Dokument - - Ich habe es mir noch mal angesehen - - Sie haben ja ge- sagt - - Ihr erster Satz war dort: Luftangriff auf regierungsfeindliche Kräfte, und das sei also auch das - - Da sei mehrfach drüber informiert worden, sodass es eigentlich er- staunlich wäre, dass das in der Öffentlichkeit so behandelt wurde, dass das eine späte Erkenntnis sei, die unterschlagen worden sei. Ist denn das, was die Regierung öffentlich gemacht hat, was sie nach außen gebracht hat, deckungsgleich mit dem, was dort bei den Obleuten gesagt wurde?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, ich meine - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ihrer Erinnerung - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, ja. Ich kann nur das sagen, was meine Unterschrift trägt, und das waren die Obleuteunterrichtungen, und da stand immer drin, ein Angriff gegen „opposing militant forces“ und nicht gegen irgendwo steckengebliebene Lastwagen, die irgendwo allein rumstehen, sondern es war klar: Der Angriff richtet sich gegen Men- schen, und der richtet sich gegen die Last- wagen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber in den - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Und ich meine, -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ent- schuldigung.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - dass schon in der ersten Presseunterrichtung, in der Bun-

despressekonzferenz am 04.09., genau diese Sprache auch von Herrn Kapitän zur See Dienst verwendet wurde. Auch der hat ge- sagt: Angriff auf „opposing militant forces“.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Gut, man wird das im Allgemeinen - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das war gleichgerichtet, dass jetzt der Angriff Men- schen und Material galt.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Aber es war eine der Formeln, die in dieser Woche verwandt wurden. Das zieht sich auch durch; das kann man auch nachlesen. Auf jeden der beiden Treibstoff-Lkws auf der Sandbank wurde je eine gelenkte Bombe abgeworfen. Das ist öffentlich, war ja eine Presseverlaut- barung. Woher hatten Sie denn diese Er- kenntnis? Weil, Sie sagen ja: Wir wollten keine Vorurteile oder vorschnelle - - Woher hatten Sie diese Erkenntnis, dass das genau das Ziel war?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, das war doch - -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Also, die Formel ist ja eindeutig: Auf jeden der Tanklastwagen ist je eine Bombe geworfen worden.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Richtig.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Woher kam die Erkenntnis?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Und gleichzei- tig standen um diesen Lastwagen Menschen herum, -

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ist klar.

Zeuge Dr. Peter Wichert: - von denen Oberst Klein annahm, dass es sich aus- schließlich um Taliban, um „opposing militant forces“, handelte. Das heißt, es war ein Ziel. Als Zielcoordinate wurde dem Angriffsflug- zeug „Tankwagen“ angegeben. Aber es war klar, dass damit Menschen getroffen werden sollten.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Das ohne Zweifel. Aber würden Sie mir nicht bei-

pflichten, dass diese Formulierung auch suggeriert, dass das Ziel dieser Bomben zunächst mal die Tanklastwagen gewesen sind?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, das waren gleichberechtigte Ziele.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Gleichberechtigt ist was anderes, wenn Sie sagen: -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Menschen und Material.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): - Das Ziel sind die Tanklastwagen, ich habe Kollateralschäden.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Menschen und Material wurden getroffen, gezielt, gewollt getroffen. So war, meine ich, deckungsgleich die Aussage mit meiner Unterrichtung ans Parlament und mit den Erklärungen am 04.09. in der Bundespressekonferenz.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Was war denn Ihre Auffassung, was jetzt diese Menschenansammlung anbetrifft? Waren das Ihrer Erkenntnis nach in dieser Woche alles aktive Unterstützer der Taliban, oder wie haben Sie die eingeschätzt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, eigene Erkenntnisse hatte ich ja, konnte ich ja zu dem Thema überhaupt nicht haben, sondern ich musste mich auf das verlassen, was im Ministerium ankam. Ich habe ja eingangs sehr ausführlich geschildert, was mich bewegt hat, in die erste Unterrichtung der Obleute eben nun nicht Zahlen aufzunehmen, 56, und nicht aufzunehmen „ausschließlich Kämpfer“, weil ich eben die Gefahr bei ersten Meldungen kenne, nicht? Sie sind schnell, präzise, aber oft falsch. Ich meine, das lehrt die Berufserfahrung.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Ja. Aber jenseits der Zahlen, waren denn die Menschen, die da waren, die also auch Benzin abgezapft haben oder Benzin wegtransportiert haben, Ihrer Meinung nach unmittelbar an Feindseligkeiten gegen ISAF beteiligt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe dazu kein eigenes Urteil. Ich musste mich auf das verlassen, was Oberst Klein nach seinem Erkenntnisstand als taktischer Führer vor Ort wusste. Sein Wissen war eindeutig: ausschließlich Taliban oder „opposing militant forces“. Ich habe natürlich keine eigene Erkenntnisquelle gehabt. Ich sagte vorhin ja auch, dass es bis heute nicht gelungen ist, den Status der zivilen Opfer zu klären: Wer ist ziviler Kämpfer, Taliban, „opposing militant forces“, wer ist Unterstützer, also der mit dem Traktor dazukam, um die Lastwagen wieder flottzumachen, wer ist Benzindieb, und wer ist nur neugieriger Zuschauer? Diese Aufteilung ist uns nie gelungen, bis heute nicht, soweit ich weiß. Und soweit ich weiß, soll ja nun die Entschädigung auch nicht individuell ausgezahlt werden, sondern als Leistung an die Dorfgemeinschaft, weil man eben genau diesen Nachvollzug, den wir bei den anderen Zwischenfällen, als wir die Frau und den Jungen erschossen haben - - Da konnte man es den Familien genau, individuell zurechnen. Aber genau das ist ja bis heute nicht gelungen.

Paul Schäfer (Köln) (DIE LINKE): Hat denn Ihr Haus die Expertise des Einsatz - -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Kollege Schäfer, Ihre Zeit ist zu Ende, jetzt kommt Bündnis 90/Die Grünen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Wichert, Sie haben ja die „Gruppe 85“ initiiert, sagten Sie. Waren Sie auch der Taufpate des Namens?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, den Namen habe ich erst heute erfahren, aus *Spiegel online*.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben Sie denn die Gruppe genannt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Die hatte keinen Namen. Das war eine Arbeitsgruppe, die ich eingesetzt hatte. Da hat es keinen Gründungsakt gegeben oder so, sondern das war eine ministerielle Organisation, die ich da ins Leben gerufen habe.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben keine Vorstellung, was die Zahl 85 bedeutet?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich frage, weil wir so gewisse Erfahrungen mit Arbeitsgruppen haben, die zweistellige Nummern hintendran haben, woraus sich dann ergibt, dass es auch noch eine Task Force 46 gibt usw. Deshalb die Frage.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es gibt offenbar eine Eigenheit. Also, ich weiß auch nicht, warum man 47 gewählt hat bei der Task Force.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie sehr bewusst bei der Obleuteunterrichtung am 4. September auf die Nennung der Zahl 56 verzichtet haben. Nun war das aber eine Zahl, die online war.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Bitte, was?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Zahl war aber online. Also, wer sich informiert hat - - Es ist ja selbstverständlich, dass man sich auf der Website informiert, solange es die Obleuteunterrichtung nicht gibt. Dann haben Sie sozusagen diese gemacht und keine Zahl genannt. Sie haben aber auch die Zahl 56 nicht demontiert?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, dazu hatte ich keine Veranlassung; denn ich meine, ich muss unterscheiden zwischen dem, was die Pressearbeit macht, und dem, was unter meiner Verantwortung an Informationen ans Parlament geht. Aber - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie verstehen, dass die Obleute diese Unterscheidung erst mal nicht machen? Weil, das ist ja ein Haus.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, gut; aber die Obleute verlassen sich hoffentlich auf das, was sie mit der Unterschrift eines Staatssekretärs kriegen, mehr als auf das, was sie online lesen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das merke ich mir, herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Na, ist doch so.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe ja auch vorhin gesagt, Herr Abgeordneter, ich bin bei der Information des Parlaments lieber - - Jedenfalls keine Falschmeldung abgeben, lieber ein bisschen warten und dafür Kritik einstecken. Da hat es ja gerade von Ihrer Fraktion im Nachhinein Kritik gegeben: 15 Stunden hat es gedauert, bis wir die erste Meldung hatten. - Aber ich habe Ihnen ja auch geschildert, welche Anstrengungen wir unternahmen, um die erste Meldung etwas substanzreicher zu machen. Nur, das war erfolglos. Dann habe ich gesagt: „Jetzt Schluss, 12 Uhr Termin, wenn ihr bis dahin nichts habt, dann geht diese magere Meldung raus“, während ja an dem Morgen schon die Presse voll war von allen möglichen Meldungen, nicht wahr?

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie haben vorhin sinngemäß gesagt: Bei den militärischen Bewertungen war das Usus, dass Minister Jung auf uns gehört hat. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Peter Wichert: So habe ich es nicht gesagt, und so habe ich es auch nicht gemeint, sondern ich habe gesagt, dass Minister Dr. Jung nach meiner Erinnerung in den militärischen Bewertungen sich auf die militärischen Fachleute gestützt hat.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war das bei seinem Nachfolger auch so?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei seinem Nachfolger war das auch so. - Wir haben ja vorhin erfahren, dass der Minister am 06.11. mit dem stellvertretenden Generalinspekteur Dora auf die Pressekonzferenz gegangen ist. Waren Sie in die Entscheidung eingebunden, dass Dora da mitgeht?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das war eigentlich selbstverständlich, Herr Abgeordneter; denn der Generalinspekteur war auf Dienstreise in Bratislava. Ich sagte Ihnen ja, bei der ganzen Vorbereitung war mir nicht oder ist mir heute nicht mehr präsent, dass es um die Vorbereitung einer Pressekonferenz des Ministers ging, sondern als ich bei ihm war an dem Morgen, da ging es um die Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine Ahnung, woher eigentlich die NATO-Untersuchungskommission vom Feldjägerbericht erfahren hat?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, das war so, dass der Generalinspekteur am 05.10. den Minister Dr. Jung informiert hat, dass es diesen Feldjägerbericht gebe, und dann ist die Entscheidung zwischen beiden gefallen, diesen Bericht der NATO zu übersenden in die laufende Untersuchung des COMISAF. Das habe ich nachträglich erfahren, nach dem 25.11.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie veranlasst, dass der Initial Action Team Report nicht an die Parlamentarier weitergegeben wird?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich habe in einem Vermerk an den Minister votiert, ihn nicht an die Parlamentarier zu übersenden; denn ich meine, wir händigen nicht Akten ans Parlament aus. Wir berichten dem Parlament. Es war NATO-Geheim. Diesem Votum ist der Minister gefolgt. Aber er hat entschieden - auf Intervention des Abgeordneten Schäfer nach meiner Erinnerung vor allem -, dass anstelle dessen eine mündliche Unterrichtung am 11.09. stattfindet, und die hat stattgefunden. Ich habe darauf gerade geantwortet, dass Schwerpunkt dieser Unterrichtung am 11.09. für die Obleute des Verteidigungsausschusses dieser Bericht des Initial Action Teams war.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es eine Einbindung der Abgeordneten Mertens und Siebert, wie im *Spiegel-online*-Artikel behauptet wird, dass dieser Report nicht weitergegeben wird an das Parlament?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Davon weiß ich nichts; aber es war mein Votum in dem Vermerk an den Minister, die Verweigerung der Herausgabe mit der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses zu besprechen und mit Herrn Siebert als Sprecher der Unionsfraktion.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob das Erfolg - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ob das stattgefunden hat, weiß ich nicht.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Berichte hatten Sie denn eigentlich vor dem 26.11. vorliegen? Es gibt ja eine Fülle von Berichten. Wir haben ja direkt danach vom Minister erfahren, es gebe noch neun Berichte. Welche hatten Sie, welche kannten Sie denn eigentlich? Weil, den Feldjägerbericht kannten Sie nicht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, den kannte ich - -

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welchen noch nicht?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, ich entsinne mich - das habe ich ja auch gesagt -, ich habe den Klein-Bericht bekommen am Sonntag, den 6., der lief auf meinem Geheimfax auf. Ich habe bekommen den N-
-Bericht, ich meine, am 08.09. Ich habe den Initial-Action-Team-Bericht bekommen, habe ich auch gesagt, wann. Und ich habe natürlich den COMISAF-Bericht bekommen. Ich habe den Bericht des Roten Kreuzes bekommen. Ich habe eine Auswertung, meine ich, bekommen über UNAMA. Also, ich bin da gut versorgt worden.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie auf Nachfrage sofort Kopien weitergegeben haben: an das Bundeskanzleramt, an das Auswärtige Amt und, wenn ich es richtig verstanden habe - auch später, wann immer das auch ist, würde ich mich interessieren -,

an das BMZ. Gab es noch weitere Kopien von diesem Bericht?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ich kenne nur diese Informationen zeitnah ans Kanzleramt und ans Auswärtige Amt am 29.10. Am 28., 22.30 Uhr, war der Bericht im Ministerium, am 29. haben das Kanzleramt und das Auswärtige Amt ihn per Kurier bekommen. Es müssen ja dann Kopien in der Geheimschutzstelle gefordert werden. Und dann rief mich der Kollege Stadler an und sagte, er will da auch Einblick nehmen. Da habe ich auch eine Kopie fertigen lassen und ihm den zugestellt. Den hat er gelesen und wieder zurückgeschickt. Die Paraphe müssten Sie in den Akten finden.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich frage jetzt in die Runde, ob noch Fragebedarf ist.

(Hellmut Königshaus (FDP): Wir sollten jetzt rübergehen! - Jan van Aken (DIE LINKE): Wir haben eine!)

- Bei der SPD? - Nein. Bei den Linken und bei den Grünen. Dann würde ich die Fragen noch zulassen, und dann sehen wir mal weiter. - Herr van Aken.

Jan van Aken (DIE LINKE): Den NATO-Bericht, haben Sie den in deutscher oder in englischer Fassung an Herrn zu Guttenberg gegeben?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Er hat den in englischer Fassung gehabt; denn die deutsche Fassung wurde übers Wochenende im Bundessprachenamt erarbeitet und wurde dann am Montag der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages überstellt, englische Fassung plus englische Anlagen. Aber die deutsche Fassung nur der Bericht übersetzt.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut, ich habe noch mal - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Und der Minister muss nach meiner Erinnerung, Herr Abgeordneter, den ISAF-Bericht am 3. bekommen haben zusammen mit der achtseitigen Auswertung. So ist meine Erinnerung; ich hoffe - -

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut, aber das war der englische Bericht mit den Anlagen? Darum geht es.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, ja.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut, komplett. - Noch mal kurz zur deutschen Untersuchung. Sie haben ja gesagt, Sie haben votiert gegen eine deutsche Untersuchung. Hat irgendjemand Sie irgendwann bedrängt, angewiesen oder gebeten, keine deutsche Untersuchung durchzuführen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Nein, das war mein Votum. Ich meine, wir haben es - -

Jan van Aken (DIE LINKE): Ist gut.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Es gab ein Votum des Planungsstabes, das zu machen. Ich habe dagegen votiert, und dem ist der Minister gefolgt. Ich meine, da hatten wir eine kurze Besprechung irgendwann mal.

Jan van Aken (DIE LINKE): Und dann noch eine letzte Frage fürs Protokoll, weil Sie jetzt ja mehrfach gesagt haben, zu zivilen Opfern gab es ja keine - wie haben Sie es genannt? - belastbaren Fakten, oder es waren Vermutungen. Mich würde doch wirklich mal interessieren, ob es zu irgendeinem Zeitpunkt bis heute denn belastbare Fakten im gleichen Sinne dafür gibt, dass denn Taliban vor Ort waren zum Zeitpunkt des Bombenabwurfs.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Dass was?

Jan van Aken (DIE LINKE): Dass Taliban vor Ort waren zum Zeitpunkt des Bombenabwurfs, also genauso belastbare Fakten, wie Sie sie für Zivilisten einfordern.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Also, es gibt keinen Bericht, der das in Zweifel stellt.

Jan van Aken (DIE LINKE): Das habe ich nicht gefragt. Sie reden von belastbaren Fakten.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Und ich sage Ihnen, wie meine Kenntnis ist. Es gibt keinen Bericht, der das in Zweifel stellt, sondern alle Berichte sagen, es steht außer Zweifel, COMISAF, dass eine erhebliche Zahl von Kämpfern getroffen wurde.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut, dann frage ich noch mal nach belastbaren Fakten:

Würden Sie es denn im gleichen Sinne als ein belastbares Faktum anerkennen, dass ein zehnjähriger Junge mit Brandverletzungen im Krankenhaus ist? Das ist doch ein sehr hartes Faktum, das eindeutig auch für Zivilisten vor Ort spricht.

Zeuge Dr. Peter Wichert: Ja, das habe ich ja auch so sofort berichtet.

Jan van Aken (DIE LINKE): Gut, dann - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: Und ich hatte auch gesagt, dass nach meiner Einschätzung, Herr Abgeordneter, wir ausgehen müssen von zivilen Opfern, -

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Herr Dr. Wichert - -

Zeuge Dr. Peter Wichert: - die nichts zu tun hatten mit kriminellen Aktivitäten, und auf Treibstoffdiebstahl steht nicht die Todesstrafe, nicht?

Jan van Aken (DIE LINKE): Ich bedanke mich.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Jetzt gebe ich Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Wichert, habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass diese Untersuchungskommission der NATO nicht davon unterrichtet war, dass das deutsche Mitglied der Kommission laufend an Sie berichtet?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Davon gehe ich aus, dass die das nicht wussten. Aber für die wäre das sicherlich auch keine Überraschung gewesen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es aus Ihrer Erinnerung, aus Ihren Informationen irgendeine Direktive oder irgendeinen Versuch, während des Besuchs des NATO-Oberkommandierenden in der Bundesrepublik am 15. Oktober mit ihm über die Verfasstheit dieses Berichtes und über die Frage, wann der Bericht kommt, zu sprechen?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Dazu habe ich keine Erkenntnis. Ich war bei keinem Ge-

spräch dabei, als der NATO-Oberbefehlshaber in Deutschland war, und ich habe auch keinen Rücklauf bekommen aus Gesprächen, die geführt wurden. Der war wohl im Kanzleramt, der war bei uns und, ich meine, er war auch im Auswärtigen Amt. Aber legen Sie mich da bitte nicht fest. Ich habe ihn jedenfalls nicht gesehen, nicht mit ihm gesprochen, und ich habe auch an keinem Gespräch teilgenommen, das er in Deutschland führte.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, warum der NATO-Bericht immer später und immer später kam?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Na ja, ich kann mir vorstellen, dass Überarbeitungsbedarf da war. Wenn Sie mal sehen, wie umfangreich und präzise der NATO-Bericht abgefasst ist, ist das eine gewaltige Arbeit innerhalb von sechs Wochen. COMISAF, McChrystal, hatte sich ja auch vorbehalten, den Bericht zu genehmigen, abzuzeichnen, und ich könnte mir vorstellen, wenn wir solche umfassenden Berichte machen, gibt es auch Rückfragen, gibt es weiteren Ergänzungsbedarf. Also, das ist eine außerordentlich anstrengende Arbeit gewesen.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und es ist, ich sage mal: reiner Zufall, dass in dem Augenblick, in dem der Minister mit einem Zapfenstreich vorne verabschiedet wird, im selben Augenblick quasi hinten der Bericht reinkommt?

Zeuge Dr. Peter Wichert: Das halte ich für einen Zufall, ja.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, herzlichen Dank.

Vorsitzende Dr. h. c. Susanne Kastner: Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen mehr. Dann schließe ich die öffentliche Befragung, und wir gehen hinüber in den Saal 2 S 015 im Reichtagsgebäude zur nichtöffentlichen, zur geheimen Sitzung. Wir befragen die Zeugen in derselben Reihenfolge wie in der öffentlichen Befragung.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmungen, I, Öffentlich:
22.15 Uhr)